



*Die Kommunistische
Internationale*

1926 / HEFT 3

1.50 MARK

AUS DEM INHALT

Pepper: Die Vereinigten Staaten von Europa / Ercoli: Die idealistischen Grundlagen des Bordigismus / ** Die Liquidierung der Ultralinken in der KPD / Sinowjew: Zur französischen Frage / Bucharin: Zur deutschen Frage / Stalin: Zur deutschen Frage / Dengel: Die Krise in Deutschland und die Lage der deutschen Arbeiterschaft

VERLAG CARL HOYM NACHFOLGER

DIE KOMMUNISTISCHE INTERNATIONALE

Organ des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale. Herausgegeben von G. SINOWJEW
Erscheint gleichzeitig in russischer, französischer, englischer und deutscher Sprache. Für die
deutsche Ausgabe verantwortlich OTTO HOFFMANN, HAMBURG. Zuschriften an die Redaktion
sind zu richten an die Adresse des Verlages.

VII. Jahrgang 1926
HEFT 3 MÄRZ
(Erscheint verspätet im April)

I N H A L T

Pepper: Die Vereinigten Staaten von Europa	209
Ercoli: Die idealistischen Grundlagen des Bordigismus	224
Bernard: Die Krise des Kleinbürgertums in Frankreich und die Hegemonie des Proletariats	233
* * Die Liquidierung der Ultralinken in der KPD	237
Semard: Die Gefahren der Rechten und ihre Provokationen in Frankreich	246
Monmousseau: Das Problem der Beziehungen zwischen Gewerkschaften und Partei in Frankreich	254
Sinowjew: Zur französischen Frage	258
Bucharin: Zur deutschen Frage	270
Stalin: Zur deutschen Frage	284
Dengel: Die Krise in Deutschland und die Lage der deutschen Arbeiter- schaft	288
Kilbom: Schwedische Politik unter sozialdemokratischem Regime . . .	296
Roy: Die neue ökonomische Politik des britischen Imperialismus . .	302
Waletzki: Felix Cohn, „Unter dem Banner der Revolution“ — „Das Proletariat“	319
P. K.: A. Burnett-Hurst, Labour and Housing in Bombay	324

P R E I S

Einzelheft für das Inland einschl. Österreich und Tschechoslowakei	RM 1.50
Quartal	„ 4.50
Halbjahr mit Register	„ 10.—
Für das Ausland: Amerika, Einzelheft 50 Cts. — Drei Hefte	1.20 Dollar
Rußland, Einzelheft 1 Rubel — Jahresabonnement (12 Hefte)	10 Rubel

Bestellungen sind zu richten an unsere Adresse in Hamburg 36, Stadthausbrücke 13, oder an unsere
Berliner Zweigstelle, Berlin NW7, Luisenstraße 27-28. Sie werden auch von jeder Buchhandlung
und von den Parteikolporteurs entgegengenommen. Einzahlungen sind zu leisten auf unser Post-
scheck-Konto Berlin 45547.

VERLAG CARL HOYM NACHF. LOUIS CAHNBLEY
HAMBURG BERLIN

JOHN PEPPER:

DIE VEREINIGTEN STAATEN VON EUROPA

Die Kommunistische Internationale stellte im Plenum der Erweiterten Exekutive eine neue Losung auf: Die Losung der Vereinigten Staaten des sozialistischen Europas. Diese Losung spielt die Rolle der allgemeinen politischen Losung, die alle anderen politischen Losungen der kommunistischen Parteien für die nächste Periode zusammenfassen soll.

Man muß untersuchen, wie weit diese Losung richtig ist, ob sie im praktischen Kampf wirklich nötig und brauchbar ist, ob sie wirklich geeignet ist, als zusammenfassende politische Losung zu dienen. Diese Untersuchung ist um so notwendiger, weil die Diskussion im Plenum der Erweiterten Exekutive dieses Problem kaum berührte und man feststellen konnte, daß manche Genossen sich ein wenig skeptisch zu dieser Parole verhalten. Manche Genossen erinnerten sich, daß sich Lenin im Jahre 1915 gegen die Losung der Vereinigten Staaten von Europa ausgesprochen hat. Manche wundern sich und fragen: Ist es wirklich richtig, diese Losung jetzt aufzustellen als die zusammenfassende politische Losung für die nächste Zukunft? Man muß also die Frage, ob diese Losung richtig ist, untersuchen. Dazu ist es notwendig, zuerst ihre Grundlage, also die *k o n k r e t e L a g e* selbst, zu analysieren. Nur eine solche Analyse kann Klarheit schaffen darüber, ob sie richtig ist oder nicht.

Das neue Amerika und das neue Europa

Welches ist die konkrete Lage, die zur Aufstellung dieser Losung in den politischen Thesen der Erweiterten Exekutive geführt hat?

Es ist:

1. Die ökonomische und teilweise politische Vorherrschaft Amerikas über Europa;
2. Der wachsende, sich verschärfende Gegensatz zwischen den Vereinigten Staaten Amerikas und Großbritannien.

Wir können feststellen, daß sich immer klarer eine gegenseitige Abhängigkeit Amerikas und Europas herauskristallisiert und auf dieser Grundlage ein immer mehr wachsender Gegensatz zwischen Amerika und Europa.

Welches sind die Faktoren, die heute in Amerika die Lage bestimmen? Man muß diese Faktoren untersuchen; denn nur dann kann man feststellen, ob der Gegensatz Amerika und Europa im Wachsen oder im Abnehmen begriffen ist. Hier wollen wir diese Faktoren nicht ausführlich analysieren, sondern sie nur aufzählen.

Der erste Faktor ist die ungeheure *A k k u m u l a t i o n*, die beispiellose Konzentration des Kapitals in Amerika, die Bildung der vollständigsten Monopole, der größten Trusts der Welt. Der Export von Kapital wird immer mehr zu einer Lebensfrage für die Weiterentwicklung des amerikanischen Imperialismus.

Der zweite Faktor: Entsprechend dieser ökonomischen Entwicklung eine politische Entwicklung. Deren wichtigstes Moment ist die „S ä u b e r u n g“ der herrschenden Republikanischen Partei von allen kleinbürgerlichen und Farmer-Elementen, die Entwicklung dieser Partei zur ausgesprochenen Partei des Finanzkapitals. Die La Follette-Spaltung und die Gründung der Dritten Partei im Jahre 1924 bedeutete eine wesentliche Aenderung der sozialen Zusammensetzung der Republikanischen Partei. Die Kandidatur von Coolidge war ein bedeutender Sieg der Großbourgeoisie über die kleinbürgerlichen Elemente in der Republikanischen Partei. Die Wahl von Coolidge aber war der entscheidende Sieg des Finanzkapitals.

Ein dritter Faktor: Diese von allen linken Elementen gesäuberte herrschende Partei löst sich offiziell von der bisherigen „Antitrustpolitik“ aller politischen Parteien Amerikas los. Präsident Coolidge erklärte mit feierlichem Nachdruck in einer Rede vor der Handelskammer von New York:

„Es waren in der Vergangenheit und es werden auch in der Zukunft Versuche vorhanden sein seitens verschiedener Geschäftsinteressen, in diesem Lande die Regierung durch ein System von Privilegien zu beherrschen. Zur gleichen Zeit gab es auch Versuche und sie werden sich gleichfalls wiederholen, die Regierung immer wieder dazu zu bringen, das Gebiet des privaten Unternehmens zu beherrschen. Beide Versuche wurden aber stark diskreditiert, und wenn das Volk wachsam seine Freiheit schützen wird, werden sie nicht mehr gefährlich.“

Dann charakterisiert er das kapitalistische Unternehmen als „Wahrheit“, „Glauben“ und „Gerechtigkeit“, als die größte treibende Kraft zum „moralischen und geistigen Fortschritt der Menschheit“. Der amerikanische Kapitalismus „korrigiert in immer stärkerem Maße seine eigenen Fehler“, meint Coolidge, und deshalb wurde eine Aenderung der Politik der Regierung möglich gemacht: „eine Abkehr von den Problemen der Reformen und Unterdrückung zu denen der Sparsamkeit und Konstruktion“. Mit einem Worte, die neue Parole von Coolidge lautet: „F r e i e B a h n d e n t ü c h t i g e n T r u s t s!“ Mit einem beispiellosen Jubel der kapitalistischen Presse wurde diese Parole in Amerika aufgenommen. Die New Yorker „Herald Tribune“ schrieb: „Eine neue Konzeption des Unternehmens erscheint hier, hervorgerufen durch die veränderte Haltung der öffentlichen Meinung und der Regierung zum kapitalistischen Unternehmen.“ Die Chicagoer „Daily New“ sah das Kommen eines neuen Milleniums: „Die Regierung ist sich dessen bewußt, daß die Periode der Verfolgungen und Einschränkungen zu Ende ist, daß eine neue Epoche sich für Industrie und Handel eröffnet“. Nur im Lichte der politischen Geschichte der Vereinigten Staaten von Amerika kann man die außerordentliche Wichtigkeit dieser Wendung richtig beurteilen. Man muß wissen, daß in den letzten Jahrzehnten der Inhalt des ganzen politischen Kampfes in Amerika eigentlich der Kampf der Farmer- und Kleinbürgermassen gegen die Trusts war. Das offizielle Gesicht der ganzen Politik in den letzten Jahrzehnten war nichts anderes als eine Reihe von Gesetzen gegen die Trusts, die die ungehemmte Entwicklung der Monopole aufhalten sollten. In keinem Lande hat man ein so verwickeltes System der Regulierungen der Trusts ausgearbeitet wie in Amerika — und in keinem Lande haben die Trusts ein so unbeschränktes Monopol erreicht wie gerade hier. Mit der fortschreitenden Entwicklung der Trusts ist das „Schmutz-aufwirbeln“, die kleinbürgerliche und sozialistische Enthüllung der Macht

und Machinationen dieser ungeheuren Monopole und die einschränkende „regulierende“ Gesetzgebung Hand in Hand gegangen. Je mächtiger die Trusts geworden sind, desto heuchlerischer wurde die offizielle Entrüstung gegen ihre „Ausschreitungen“, desto breiter wurde die „Antitrustgesetzgebung“, um die immer mehr ausgebeuteten und zugrunde gerichteten Farmer und Kleinbürger zu beruhigen. Wenn jetzt das amerikanische Finanzkapital sich so stark fühlt, daß es offiziell diese so verwickelte Antitrustgesetzgebung fallen läßt und sagt: Wir wollen von nun an den Trusts keine Schwierigkeiten mehr machen, wir wollen von nun an den Trusts nicht mehr die „Maske“ der staatlichen Regulierung aufsetzen, so ist das eine grundsätzliche Aenderung der amerikanischen Politik, ein grundsätzliches Brechen mit der „demokratischen“ Heuchelei, mit der traditionellen Linie von Roosevelt und La Follette. Man darf aber nicht vergessen, daß die Roosevelt und La Follette immer die notwendige Ergänzung im gut geölten Mechanismus der kapitalistischen Politik der herrschenden Klasse Amerikas waren.

Ein vierter Faktor der amerikanischen Lage, der noch keine Wirklichkeit, sondern vorläufig noch eine Tendenz ist, ist der Kampf gegen die Hochschuttpolitik. Die Hochschuttpolitik Amerikas erreichte im Jahre 1923 mit der Errichtung des McCumber-Fordney-Schutzzollgesetzes ihren Höhepunkt. Gleichzeitig ist damals und in Verbindung mit der Aufrichtung dieser chinesischen Zollmauer um Amerika die Parole lebendig geworden: „Los von Europa“. Jetzt beginnt sich eine grundlegende Aenderung in dieser Frage bemerkbar zu machen. Das amerikanische Finanzkapital hat eine Bewegung zur Herabsetzung der industriellen Hochschutzzölle eingeleitet. Was ist die Ursache dieser schroffen Wendung? Das amerikanische Kapital hat in Europa so viel investiert, daß es daran denken muß, in irgendwelcher Form die Zinsen dieses Kapitals zu bekommen. Auch die Milliarden Schulden der europäischen Staaten an Amerika sind in den letzten Zeiten fundiert worden, und Europa muß jetzt mit Tilgung von Zinsen und Kapital beginnen. Selbstverständlich kann Europa nur in der Form des Exports von industriellen Artikeln sowohl diese Zinsen bezahlen als auch diese Schulden abtragen. Die Hochschutzzölle der Vereinigten Staaten machen es aber den europäischen Industrieprodukten unmöglich, nach Amerika einzudringen. Der Shylock des amerikanischen Finanzkapitals will sein Pfund Fleisch, und deshalb — nicht etwa aus pazifistischen oder freihändlerischen Gründen — ist er jetzt für den Abbau der Hochschutzzollmauer. Das Finanzkapital in Amerika ist wirklich mächtig, aber allein, ohne Verbündete, könnte es dennoch diese Aenderung nicht durchführen. In Amerika herrscht noch immer in mancher Beziehung eine formelle „Demokratie“, man muß also die „Massen“ irgendwie mobilisieren. Die Aufrichtung des Hochschutzzollsystems im Jahre 1922 gelang damals, weil die Farmermassen gleichzeitig für die Einführung hoher landwirtschaftlicher Schutzzölle gegen die europäische und südamerikanische Konkurrenz eintraten. Die erste große landwirtschaftliche Krise nach dem Krieg hatte den Glauben der Farmer an die Wirksamkeit der landwirtschaftlichen Schutzzölle erschüttert. Das gegenwärtige Wiederaufleben der landwirtschaftlichen Krise — nach einer kurzen Atempause — bewegt die großen Massen der unzufriedenen, halb zugrunde gerichteten, in Schulden versunkenen Farmer dazu, die Herabsetzung des

Hochschutzzolles für industrielle Produkte zu fordern. Die Hochschutzzölle halten die Preise für industrielle Artikel in Amerika künstlich hoch, während gleichzeitig die Preise der landwirtschaftlichen Produkte — trotz den Schutzzöllen — niedrig sind und weiter fallen, da sie nicht vom amerikanischen Markt allein, sondern vom Weltmarkt bestimmt werden. Das amerikanische Finanzkapital findet so in immer wachsendem Maßstabe einen mächtigen Verbündeten in seiner Kampagne gegen die Hochschutzzölle in den unzufriedenen Farmern. Aber das Finanzkapital hat einen weiteren Verbündeten in dieser Kampagne: die breiten Schichten der Rentner. Es ist richtig, daß in Europa die Schicht der Rentner sich vermindert, man muß aber feststellen, daß in Amerika diese Rentnerschicht im Laufe der imperialistischen Entwicklung immer breiter wird.

Wenn Frankreich in den Nachkriegsjahren sich gewissermaßen „amerikanisiert“, indem es sich eine „fremdgeborene“, eingewanderte Arbeiterklasse schafft, so „französiert“ sich Amerika, indem sich dort die Schichten der kleinbürgerlichen und halbkleinbürgerlichen Rentner verbreitern. Die herrschende Republikanische Partei ist jetzt der Tummelplatz der verschiedenen kämpfenden Interessen geworden. Große Teile der Industrie, die nicht mit dem durch die mächtigen „östlichen“ Banken geleiteten Finanzkapital verbunden sind, kämpfen für die Aufrechterhaltung der industriellen Hochschutzzölle. Auch Teile des Finanzkapitals sind für diese Politik, da sie nicht in Europa, sondern in Mittel- und in Südamerika Interessen besitzen. Man kann schon die Konturen eines Kampfes New York—Chicago feststellen, wobei New York als Zentrum des „östlichen“ Finanzkapitals gegen industrielle Hochschutzzölle ist und eine „europäische“ Politik machen will, während Chicago für den Schutz „des amerikanischen Lebensniveaus“ auftritt und eine „panamerikanische“ Politik propagiert. Die American Federation of Labor als Organisation der Arbeiteraristokratie solidarisiert sich mit „ihrer“ Bourgeoisie und ist für die Aufrechterhaltung der industriellen Hochschutzzölle, schon weil sie sich dessen bewußt ist, daß mit dem Fallen der Schutzzölle für Industrieprodukte auch das Einwanderungsverbot, also auch der Hochschutzzoll für die Ware Arbeitskraft, fallen muß.

Das „östliche“ Finanzkapital ist der mächtigste Machtfaktor im politischen Leben Amerikas, es ist also selbstverständlich, daß trotz der Widerstände und trotz mancher Schwankungen die politische Linie des amerikanischen Imperialismus sich immer mehr in der „europäischen“ Richtung entwickelt. Die „Los-von-Europa“-Stimmung ist in Amerika im Abflauen. Umgekehrt betont man immer stärker (man darf nicht vergessen, daß die große Presse in erster Reihe in der Hand des „östlichen“ Finanzkapitals ist) die Notwendigkeit der Annäherung an Europa, der Einmischung in europäische Angelegenheiten. Trotz Hemmnissen und Schwankungen versucht Amerika immer mehr, durch seine Anleihen, durch seine Investierung von Kapital, Europa nicht nur ökonomisch, sondern auch politisch zu beherrschen.

Darin besteht ja eben die Wendung der amerikanischen Politik, das ist ja eben das neue im Vorwärtsschreiten des amerikanischen Imperialismus, daß Amerika jetzt politische Bedingungen an die Anleihen der amerikanischen Bankiers knüpft. Der Finanzminister Amerikas, Mellon, hat

kürzlich in einer Rede erklärt, daß die amerikanische Regierung nach längerer Beratung im Jahre 1925 beschlossen hat, von nun an nicht mehr zu erlauben, daß die amerikanischen Bankiers irgendwelche Anleihen an Länder geben, die ihre Schulden an Amerika noch nicht in Ordnung gebracht haben. Noch ist der Widerhall der klatschenden Ohrfeige ins Gesicht Europas — denn das war ja die berühmte Rede Houghtons — nicht verklungen. Diese Rede des amerikanischen Botschafters in London wurde von der New Yorker „Evening Post“ ein „Friedensultimatum Amerikas an Europa“ genannt. Dieses sogenannte Friedensultimatum ist in Wirklichkeit nichts anderes als eine ganz vulgäre Drohung, daß Amerika nur unter der Bedingung geneigt ist, an Europa weitere Anleihen zu geben, wenn dieses abrüstet. Der amerikanische Außenminister Kellogg erklärte in seiner Mitte Dezember 1925 gehaltenen Rede, daß Amerika keine Anleihen an Europa geben werde, wenn diese zur Bewaffnung dienen könnten; daß es keine Anleihen an solche Länder geben werde, die ihre Schulden in Amerika noch nicht in Ordnung gebracht haben, und auch keine Anleihen an solche Länder, wo dieses Kapital irgendwelchen monopolistischen Zielen dienen könnte.

Und dieses „Friedensultimatum“ von Houghton, Mellon und Kellogg ist kein leeres Wort geblieben. Die Politik Amerikas ist nur die Durchführung dieses Ultimatums. Das krasseste Beispiel war bisher die belgische Anleihe, bei welcher Gelegenheit Amerika offen die Verminderung der belgischen Armee forderte. Die unverschämteste Glorifizierung dieser Politik und das bisher frechste Produkt des amerikanischen Imperialismus wurde von Coolidge geliefert in seiner „epochemachenden“ Rede vor der Handelskammer von New York, — die sich damit brüstet, 21 Jahre vor der Aufstellung der amerikanischen Regierung gegründet zu sein:

„Jeder weiß, daß unsere Hilfsmittel es waren, die Europa vor dem vollständigen Zusammenbruch unmittelbar nach Friedensschluß retteten. Ohne die Wohltaten unserer Kredite würde eine zerstörende Hungersnot große Gebiete beherrscht haben. Als dann das Werk der Wiederherstellung der finanziellen Verhältnisse Europas begann, wurde das wieder nur durch unsere Hilfe bewerkstelligt. Als Oesterreich den Beschluß faßte, seinen finanziellen Haushalt in Ordnung zu bringen, haben wir einen Teil des Kapitals dazu geliefert. Als Deutschland die Herstellung gesunder finanzieller Verhältnisse versuchte, haben wir wieder einen großen Teil der notwendigen Goldanleihe hergegeben. Ohne dies wäre der Reparationsplan ein Mißerfolg gewesen. Keine andere Möglichkeit war vorhanden, um Deutschland das Zahlen zu ermöglichen. Es war unsere weitgehende Kreditgarantie, die Großbritannien bei der Rückkehr zur Goldvaluta geholfen hat. Was wir für Frankreich, Italien, Belgien, die Tschechoslowakei, Polen und für andere Länder getan haben, sind nur Teile derselben Bestrebungen. Diese Bemühungen und Erfolge, die durch die Geschäftsinteressen unseres Landes hervorgebracht wurden, bedeuten eine enorme Weltleistung. . . . Die finanzielle Stärke Amerikas hat zur geistigen Wiederherstellung der Welt beigetragen.“

Und in diesem frechen Tone der neuen „Amerika-über-alles“-Melodie des neuen Parvenü-Imperialismus geht es weiter.

Zusammengefaßt: Immer klarer und entschiedener entwickelt sich in Amerika die Tendenz zu einer offenen Intervention in Europa, und nicht nur in ökonomischer, sondern auch in politischer Form. Immer schärfer zeigt sich die große Wendung: die Politik „Los von Europa“ macht Platz der Politik der ökonomischen und politischen Durchdringung Europas.

Gleichzeitig mit dieser grundlegenden Veränderung in Amerikas Politik geht auch eine tiefe Veränderung in Europa vor sich.

Diese Veränderung könnte man mit einem Worte bezeichnen und zusammenfassen: Locarno. Locarno war nicht nur ein Block gegen Sowjetrußland, Locarno war nicht nur im Interesse Großbritanniens und gegen die kontinentale Hegemonie Frankreichs gerichtet, es war nicht nur im Interesse Amerikas als Kreditgeber (Sicherstellung der Investierung von Kapital in Europa), es hatte noch eine Rolle: es war der erste Versuch der Schaffung eines europäischen Blocks unter der Führung Großbritanniens gegen die Vereinigten Staaten Amerikas. Locarno war der erste Versuch der Schuldernationen Europas, einen Block gegen die Kreditgebernation, die Vereinigten Staaten von Amerika, zu bilden.

Es herrscht noch immer viel Unklarheit — sogar in unseren eigenen Reihen — über Locarno. Das ist auch verständlich, denn Locarno war das Zentrum des ziemlich verwickelten Netzes aller imperialistischen Tendenzen und diplomatischen Intrigen. Man soll die Bedeutung Locarnos nicht überschätzen. Locarno ist sicherlich nicht die Endstation in der imperialistischen Entwicklung Europas; aber es war ein wichtiger Knotenpunkt, wo sich viele Wege kreuzten, wo sich viele Tendenzen begegneten. Man hat in der Beurteilung Locarnos manchen Fehler gemacht, die hauptsächlich durch die Einseitigkeit des Beobachtungspostens zu erklären sind. Vom französischen Beobachtungsposten sah man nur die Tendenz der Machtchwächung des französischen Imperialismus, die durch Locarno hervorgerufen wurde. Vom britischen Beobachtungsposten sah man hauptsächlich nur die Bestrebungen des englischen Imperialismus zur Blockbildung gegen die Sowjetrepublik. Vom deutschen Beobachtungsposten stand man zu einseitig unter dem überwältigenden Eindruck der großen amerikanischen Kredite und der immer mehr wachsenden ökonomischen und politischen Abhängigkeit Deutschlands vom amerikanischen Finanzkapital.

Alle diese Feststellungen sind durchaus richtig. Aber sie sind durchaus unrichtig, wenn man sie isoliert und einzeln nimmt, wenn man nicht den allgemeinen Zusammenhang herstellt und wenn man neben diesen Teiltendenzen nicht auch die allgemeine Tendenz der Organisierung der europäischen Mächte gegenüber dem amerikanischen Imperialismus sieht.

Die Führung in dieser Blockbildung hatte Großbritannien, und es ist nicht verwunderlich, wenn die offiziellen Stimmen der britischen Regierung versuchen, die Tatsachen zu leugnen. Die „Times“ schrieben: Es ist nicht wahr, es war kein Versuch der „Einheitsfront“ gegen Amerika, wir wollen den Frieden, wir wollen Europa als Europa organisieren, aber nicht gegen die Vereinigten Staaten von Amerika. Das Ableugnen, die Heuchelei gehören ja zu den ältesten Traditionen der britischen Politik. Aber die regierende und die öffentliche Meinung der Vereinigten Staaten selbst sehen die Lage ganz klar. Man könnte sagen, daß König Amerika die neue, durch Locarno geschaffene Lage mit einem lachenden und mit einem weinenden Auge betrachtet. Das Lachen über die Herstellung der Sicherheit für das investierte Kapital, das Weinen über den neuen Widerstand, der sich in Europa dem mächtigen Kreditgeber gegenüber meldet, der — wie die „New York Times“ schreibt

— damit droht, daß die bisherige „Demut“ des armen Europa rasch ein Ende nimmt.

Da die europäische Presse über diese Tendenz von Locarno ziemlich schweigsam blieb, und da auch manche in unseren eigenen Reihen ziemlich skeptisch sind in bezug auf die Analyse, nach der Locarno den ersten, wenn auch schwachen und furchtsamen Schritt der Blockbildung der Schuldernationen Europas gegen den kreditgebenden amerikanischen Imperialismus bedeutet, ist es angebracht, eine Reihe der wichtigsten Äußerungen amerikanischer Zeitschriften und Staatsmänner hier wiederzugeben, die alle die wachsende Unruhe bezeugen, mit der Amerika diesen „Verselbständigungsversuch“ wahrgenommen hat. Der Locarno-Korrespondent der „New York Times“, Edwin L. James, hat ein besonders anschauliches Bild der Lage gegeben:

„Im Zusammenhange mit dieser Entwicklung darf nicht vergessen werden, daß die amerikanische Politik in bezug auf den Völkerbund eine Tendenz hatte, die Welt in zwei Lager zu teilen: die Vereinigten Staaten und die übrige Welt. Hierbei haben die amerikanischen Bemühungen der Schuldeneintreibung keine geringe Rolle gespielt. Für den, der Europa als eine wirtschaftliche Einheit betrachtet, ergibt sich, daß jede von Europa an Amerika geleistete Zahlung dieses um dieselbe Summe ärmer macht. Auf diese Weise werden die Vereinigten Staaten Hunderte von Millionen Menschen in einem gemeinsamen Interessenbündnis für die Dauer von 62 Jahren gegen sich vereinigen. Das kann nicht ohne politische Folgen bleiben.

Es bestand das Gefühl, daß kein Land — nicht einmal England — auf sich allein gestellt, mit Amerika verhandeln könne, weder politisch noch ökonomisch. Aus dieser Lage heraus ist die Meinung entstanden, daß Europa sich vereinigen müsse, sei es auch nur zu dem Zweck der Auseinandersetzung mit den Vereinigten Staaten. Natürlich geht Hand in Hand damit die Auffassung, daß ein geeinigtes Europa nicht nur ökonomisch mit Amerika besser fertig zu werden vermöchte, sondern daß auch der europäische Bedarf an amerikanischen Krediten besser befriedigt werden könnte bei einem geeinigten und befriedeten Europa als bei einem unbefriedeten.“

Der Locarno-Berichterstatter des großen Philadelphiaer Blattes „Public Ledger“ stellte die Geburt von „Pan-Europa“ fest:

„In den Einzelheiten der täglichen Verhandlungen wurde dieses Ziel selten erwähnt. Was aber die Locarno-Konferenz an unmittelbaren Ergebnissen brachte, hängt in erster Linie ab von dem Erfolg der „Europäischen Idee“ und einer einigermaßen schnellen Entwicklung einer neuen Art, in der bisherigen Geschichte unbekanntem Zusammenarbeit der europäischen Nationen.

Vielleicht realisiert sie sich in der Form eines locker gefügten Verbandes der Vereinigten Staaten von Europa, vielleicht nur in der Form eines langsamen mühevollen Aufbaues eines arbeitsfähigen Völkerbundes. Wenn die Locarno-Konferenz indessen irgendein reales Ergebnis haben wird, so deshalb, weil in der einen oder anderen Form ein Pan-Europa das Licht der Welt erblickt hat.“

Der Leitartikel der „New York Times“ vom 29. November 1925 schildert unter der Ueberschrift: „Amerika und das neue Europa“ die Lage folgendermaßen:

„Wenn sie der Welt ein neues Europa gegeben hat — wie die kompetentesten und kühnsten Beobachter meinen —, so erhebt sich die Frage, ob dies irgendeine Aenderung in den alten Vereinigten Staaten zur Folge haben wird. Wir denken dabei nicht an die Zeit, wo manche einflußreiche Amerikaner es liebten, in bezug auf Europa eine „geringschätzende Unwissenheit“ an den Tag zu legen. Die Zeit ist seit langem vorbei, wo ein Senator der Vereinigten Staaten, ohne Widerspruch zu erregen, die höhnische Frage stellen konnte: Was kümmert uns das Ausland? Heute weiß jeder, daß es uns sehr viel zu kümmern hat. Indessen ist noch zweifelhaft, ob die Amerikaner im allgemeinen und ihre Gesetzgeber im besonderen die ganze Bedeutung der Geschehnisse erfaßt haben, die zur Zeit Europa umgestalten.“

Wenn wir klar erkennen, daß das neue Europa ein Faktor im Weltproblem ist, dessen Berücksichtigung wir bisher für unnötig gehalten haben, ist es unsere dringende Aufgabe, uns zu fragen, wie wir uns zu diesem Faktor zu stellen haben, welche neue Stellung wir angesichts der großen Veränderungen in Europa einnehmen müssen und welches die sich daraus ergebenden nächsten Aufgaben Amerikas sind.

Es ist dies nicht eine Frage der Ausarbeitung einer spitzfindigen und komplizierten Politik. Die Sache läßt sich in sehr einfachen Worten sagen: Wenn wir mit einem neuen Europa leben müssen, so müssen wir sofort daran gehen, die Beziehungen, denen wir uns nicht entziehen können, für beide Teile angenehm und nützlich zu machen. Seit dem Kriege waren die führenden Regierungen Europas immer ängstlich darauf bedacht, was die Vereinigten Staaten zu ihren jeweiligen Schritten sagen würden, und sie bemühten sich, sie so einzurichten, daß sie uns angenehm waren. Diese europäische Demut ist jetzt in einem gewissen Grade zu Ende. Es ist möglich, daß man uns in Zukunft nicht mehr so den Hof macht und uns schmeichelt. Europa wird vielleicht darauf warten, daß wir ihm entgegenkommen. Es wird fühlen, daß es nicht nur empfängt, sondern daß es auch gibt. Wie dem auch sei: die Arbeit der Anpassung an die neuen Bedingungen in Europa ist vornehmlich von Amerika zu leisten."

Ein anderer Artikel des Locarno-Berichterstatters der „New York Times“, Mr. Edwin L. James, sagt plastisch:

„Die Bewegung zu einem einheitlichen Europa hat, wenigstens als eines ihrer wichtigsten Ziele, den vereinigten Kontinent, nicht notwendigerweise gegen Amerika, vorläufig aber noch im Gegensatz zu Amerika.“

Der Bericht des Locarno-Korrespondenten der Chicagoer „Journal of Commerce“, Mr. Wilbur Forrest, teilt mit:

„Bezüglich der inneren Fragen bestand heute eine allgemeine Neigung, die Vereinigten Staaten für die gegenwärtigen Uebel verantwortlich zu machen und zu versuchen, das neugeeinte Europa zur Lösung der europäischen Probleme ohne die Hilfe Amerikas zu benutzen.

Der Fehlschlag der Verhandlungen über die Schuldenfundierung in Washington und das starke Sinken des Franken werden direkt den Vereinigten Staaten zur Last gelegt. Der Locarno-Vertrag wurde in vielen Ländern als erster Schritt bezeichnet in dieser europäischen Zusammenarbeit, bestimmt, der amerikanischen Finanzherrschaft ein Gegengewicht zu schaffen durch die Wiederherstellung des europäischen Handels ohne die Unterstützung der Vereinigten Staaten.“

Der frühere Stellvertretende Minister des Auswärtigen in Amerika, Norman A. Davis, schreibt in seinem Artikel: „Der Locarno-Pakt und dessen Bedeutung für Europa und Amerika“ — in der Dezember-Nummer 1925 der „Current“ History“:

„All' das bedeutet ein neues Leben für Europa und eine größere Sicherung des Weltfriedens, aber es bedeutet auch das Ende der Welthegemonie der Vereinigten Staaten, zu mindesten in der Gegenwart.“

Der demokratische Senator Reed sagte im Zusammenhang mit Locarno, in der offenen Sitzung des amerikanischen Senates:

„Manche Kreise glauben, daß in Europa eine große Liebe zu den Vereinigten Staaten herrsche. Ja, sie lieben uns, wie der unehrliche Schuldner seinen Gläubiger liebt. Das amerikanische Volk muß also klar sehen; die 55 Nationen haben sich im Völkerbund deshalb vereinigt, damit sie den Krieg gegen die Vereinigten Staaten führen sollen, wenn Amerika gezwungen wäre, seinen Rechten auch mit der Waffe in der Hand ohne Zustimmung des Völkerbundes Geltung zu verschaffen.“

Der frühere amerikanische Gesandte in Berlin, James W. Gerald, erklärte in einer Rede über die Weltlage, daß die Formierung der Vereinigten Staaten von Europa gefährlich wäre für Amerika:

„Die Locarno-Konferenz hatte auch ihre guten Seiten, aber mit der Gründung der Vereinigten Staaten Europas würden die Länder Europas schrittweise die Herrschaft über unser reiches Land gewinnen, wenn sie ihre Kräfte vereinigen können.“

Die europäische Presse war ziemlich einstimmig darin (besonders zu Beginn der Locarno-Verhandlungen), daß eigentlich die Vereinigten Staaten von Amerika die treibende Kraft hinter den Locarnoer Kulissen darstellen. Sehr oft hat man sogar die Vorgänge in Locarno in der Weise dargestellt, als wenn Amerika an den Verhandlungen teilgenommen hätte. Nichts entspricht weniger der Wahrheit. Die amerikanische Regierung war überhaupt nicht nach Locarno eingeladen. Es ist sehr bezeichnend für die Geschicklichkeit der britischen Diplomatie, daß dieser Umstand in der europäischen Presse überhaupt nicht erwähnt wurde. Der amerikanische Minister des Auswärtigen, Kellogg, hat aber diese Tatsache eindeutig festgenagelt in einer großen Rede, gehalten am 14. Dezember 1925:

„Ich bin in bezug auf diese europäischen Fragen sowohl in den europäischen als auch in einigen amerikanischen Staaten auf Kommentare gestoßen, die ich außerordentlich bedauere. Sie liefen darauf hinaus, daß die Vereinigten Staaten sich fern gehalten hätten, daß sie nicht gewillt gewesen seien zur Mitarbeit und Hilfeleistung, daß Europa in Locarno sich als fähig erwiesen habe, seine Probleme ohne die Hilfe der Vereinigten Staaten zu lösen.

Wie ich bemerkte, ist es die entschlossene Politik der Vereinigten Staaten gewesen, sich in rein europäische Fragen nicht einzumischen, zum mindesten nicht, bevor sie nicht aufgefordert würden. Und es bestand kein Grund, die Vereinigten Staaten zur Teilnahme an der Locarno-Konferenz einzuladen. Sie war einberufen zur Regelung rein europäischer Fragen der Gebietsgarantierung, die nur diese Länder betraf, und die übrige Welt nur insofern, wie sie sich um den Frieden in Europa sorgt.“

Der amerikanische Minister des Auswärtigen stellt alsdann nachdrücklichst fest, daß die amerikanische Regierung nach Locarno überhaupt nicht eingeladen wurde. Es ist bezeichnend (und es ist ein großer Erfolg der Hypokrisie der britischen Diplomatie), daß diese Äußerung Kelloggs in der europäischen Presse überhaupt nicht erwähnt wurde, daß sogar die so gut informierte englische Presse diese Äußerung einfach nicht zur Kenntnis genommen und überhaupt nicht kommentiert hatte. Trotz dieser Schweigensverschwörung der britischen Presse sind doch einige Äußerungen vorhanden, die die Wahrheit mindestens halbwegs gestehen. In der Dezembernummer der „Fortnightly Review“ schreibt „Augur“, der bekannte diplomatische Schriftsteller, über Locarno:

„Dann ist noch der Druck der Meinung in den Vereinigten Staaten, mit dem wir heute rechnen müssen, selbst wenn wir dagegen protestieren, um so mehr vielleicht, weil wir dagegen protestieren. Die allgemeine Meinung in Locarno war zweifellos, daß eine Einschränkung der Rüstungen in West- und Zentraleuropa vornehmlich eine Frage war, für Europa allein zu lösen, ohne amerikanische Führung. Es ist immerhin bemerkenswert, daß diese Meinung, wenn sie auch in keinem offiziellen Dokument oder auch nur in einer Unterredung zum Ausdruck kam, jedermann so klar war, daß die Amerikaner selbst davon überzeugt waren.

Ist dieses Ziel erreicht, so wird das bedeuten, daß die Völker West- und Mitteleuropas das europäische Konzert verwirklicht haben, und daß sie bereit sind, für eine einheitliche ökonomische Entwicklung zu arbeiten und zusammen von außen kommende Angriffe zurückzuweisen.“

Der konservative I. L. Garvin, einer der feinsten englischen Beobachter der Weltpolitik, schreibt im „Observer“ vom 13. Dezember 1925:

„Breitere politische Zusammenschlüsse sind ebenso unvermeidlich in der Welt, wie breitere Zusammenschlüsse in der Wirtschaft. England, Frankreich, Deutschland können aller ihrer Probleme Herr werden durch entschlossene Freundschaft und Zusammenarbeit. Sie sind gezwungen, diesen Weg zu gehen, und indem sie ihn gehen, eine Bewegung zu führen, weitaus breiter als sie selbst. Es wird noch die Vereinigten

Staaten von Europa geben, die gleichberechtigt neben die Vereinigten Staaten von Amerika treten.“

Zusammenfassend: Der amerikanische Imperialismus drängt immer aggressiver in Europa vor, und die kapitalistischen Mächte Europas versuchen eine Blockbildung gegenüber dem amerikanischen Imperialismus. Die Parole der „Vereinigten Staaten Europas“ taucht auf. Ideologische Wortführer des europäischen Kapitalismus malen schon in bunten Farben das Kommen des neuen „Pan-Europas“, und es ist selbstverständlich, daß die Sozialdemokratien der europäischen Länder in diesem kapitalistischen Konzert nicht fehlen können. Auch sie verkünden entzückt, daß die einzige Lösung der europäischen Probleme die Vereinigten Staaten der europäischen Länder bilden, die der Völkerbund ins Leben rufen wird. Wir wollen hier nur eine Äußerung des deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten Rudolf Breitscheid erwähnen, der erklärte, daß der wichtigste Punkt im Arbeitsplan des Völkerbundes eben die Gründung der Vereinigten Staaten von Europa sei, wobei er gleichzeitig mit Begeisterung feststellt, daß auch Ministerpräsident Briand Anhänger dieser Idee ist:

„Die Idee aber marschiert, die Gegensätze in Europa vermindern sich immer mehr, und die europäische Vereinigung muß kommen, als einziger Ausweg, sonst wird doch die Wirtschaft Europas zum Sklaven Amerikas.“

Was sind die wichtigsten, die allgemeinsten politischen Schlußfolgerungen aus der Feststellung dieser grundlegenden Tatsachen?

1. Der Gegensatz zwischen Amerika und Europa befindet sich im Wachsen (was natürlich nicht ausschließt, daß der Gegensatz zwischen den einzelnen europäischen Ländern, ganz im Gegenteil zu den Behauptungen des Schwätzers Breitscheid, gleichfalls im Wachsen begriffen ist, und daß innerhalb dieses allgemeinen Gegensatzes der Gegensatz zwischen den Vereinigten Staaten Amerikas und Großbritanniens sich verschärft).

2. Großbritannien ist der Führer der allgemeinen kapitalistischen Verschwörung gegen die Sowjetunion. Aber zur gleichen Zeit ist Großbritannien der Führer des Blocks gegen die Vereinigten Staaten von Amerika.

3. Aus dieser Lage folgt, daß sich eine gewisse Parallelität zwischen den Interessen und der Politik der europäischen Mächte und denen der Sowjetunion herauskristallisiert. Es ist kein Zufall, daß zur gleichen Zeit, wo Amerika die Schuldernationen Europas drangsaliert, einige Länder Europas gezwungen sind, mit der Sowjetunion „auf friedlichem Fuße“ zu verhandeln. (Die Verhandlungen mit Frankreich, die Verhandlungen über Kredite mit Deutschland).

4. Zu gleicher Zeit — das ist kein Widerspruch! — sehen wir in dem Maße, wie sich der Gegensatz Amerikas zu Europa herauskristallisiert, eine gewisse Parallelität der Interessen und der Politik der Sowjetunion und Amerikas. Hier nur einige Beispiele aus der jüngsten Zeit: China, Mossul, Locarno, Völkerbund. Es ist kein Zufall, daß Locarno sich gleichzeitig gegen die Vereinigten Staaten und gegen die Sowjetunion richtet. Es ist kein Zufall, daß die Vereinigten Staaten Amerikas und

die Sowjetunion gleichermaßen außerhalb des Völkerbundes stehen, also außerhalb jener Weltorganisation, die unter der Führung des kapitalistischen Europas steht. War es ein Zufall, daß in den chinesischen Ereignissen die Sowjetunion für das unterdrückte China eingetreten ist, und daß die Vereinigten Staaten von Amerika eine Politik verfolgten, die auch bis zu einer gewissen Hinsicht gegen die Interessen des britischen Imperialismus gerichtet war? Oder nehmen wir das Beispiel von Mossul: Was ist dort geschehen? Die Vereinigten Staaten von Amerika und die Sowjetunion waren zu gleicher Zeit gegen die Mossulpolitik Großbritanniens. Die Politik der Sowjetunion war die folgende:

1. Die Türkei ist ein neuer revolutionär-nationalistischer Staat.
2. Der britische Imperialismus versucht, diese revolutionäre Türkei ihrer Rohstoffe zu berauben.
3. Die Sowjetunion muß also ihre revolutionäre Pflicht erfüllen und die Türkei gegen den britischen Imperialismus unterstützen.

Was ist die Politik Amerikas in dieser Frage? Sie bewegt sich selbstverständlich in anderen Gedankengängen, ist imperialistisch und nicht revolutionär. Sie lautet:

1. Mossul hat Petroleum,
2. Großbritannien will dieses Petroleum von der Türkei rauben,
3. wir wollen dieses Petroleum für uns selbst, wir werden also die Türkei unterstützen, trotzdem sie ein nationalrevolutionärer Staat ist.

Amerika kommt also zu derselben Schlußfolgerung wie die Sowjetunion — natürlich auf einem anderen Wege. Trotz der entgegengesetzten Motive (bekanntlich hat schon Bismarck gesagt: „Ueber Motive wird nicht abgestimmt!“) können wir doch eine gewisse Parallelität der Politik der Vereinigten Staaten von Amerika und der Sowjetunion feststellen.

Es ist die Pflicht einer proletarischen Weltpolitik, alle diese Gegensätze und Widersprüche des imperialistischen Systems auszunützen. Einerseits ist es nötig, die bestehende Parallelität gewisser Momente der Weltpolitik der Vereinigten Staaten Amerikas und der Sowjetunion gegenüber den imperialistischen Mächten Europas auszunützen. Andererseits aber darf man nicht blind in bezug auf den fortschreitenden ökonomischen Niedergang Europas bleiben, man muß die Schlußfolgerungen aus dem aggressiven Vordringen Amerikas gegenüber Europa ziehen, man muß die ersten Verteidigungsversuche Europas analysieren, und hier beginnt die Rolle der Losung der Erweiterten Exekutive der Kommunistischen Internationale für die Vereinigten Staaten des Sozialistischen Europas.

Das kapitalistische und das sozialistische Europa

Nur auf Grundlage dieser Analyse kann man untersuchen, wie weit die Losung der Vereinigten Staaten des Sozialistischen Europas richtig oder unrichtig ist. Wie bekannt, hat sich Genosse Lenin im Jahre 1915 („Sozialdemokrat“ Nr. 44 vom 23. August) ziemlich scharf gegen eine ähnliche Losung geäußert. Was ist das? Ist die Aufstellung dieser Losung jetzt eine Revision des Leninismus? Mit nichten. Eine etwas gründlichere Unter-

suchung ergibt, daß, als in den ersten Kriegsjahren die Losung der Vereinigten Staaten Europas aufgestellt wurde, diese 1. einen grundsätzlich anderen Inhalt hatte und 2. die Weltlage im Jahre 1914-15 eine von Grund aus andere war, als sie heute im Jahre 1925-26 ist.

Wie war die Losung der Vereinigten Staaten Europas im Jahre 1914-15? Das war die Losung der Vereinigten Staaten des republikanischen Europas, oder mit anderen Worten, des kapitalistischen Europas. Die Vorbedingung der Verwirklichung dieser Losung war der Sturz der Monarchie in Rußland, Deutschland und Oesterreich. Lenin sagte damals, er glaube, daß politisch diese Losung nicht unrichtig sei, sie ist revolutionär, sie bedeutet einen Schritt in der Richtung der Revolution. Er sagte aber gleichzeitig, er sei gegen diese Losung, da sie ihrem ökonomischen Inhalt nach unrichtig ist. Er stellte fest, daß die Losung der Vereinigten Staaten Europas auf kapitalistischer Grundlage unmöglich, undurchführbar oder reaktionär ist. Lenin schrieb:

„Aber wenn die Losung der Vereinigten Staaten von Europa, in Zusammenhang gebracht mit der revolutionären Umwälzung in den drei reaktionären Monarchien Europas, mit der russischen an der Spitze, als politische Losung unantastbar ist, so bleibt noch die sehr wichtige Frage nach dem wirtschaftlichen Inhalt und nach der Bedeutung dieser Losung übrig. Vom Standpunkt der wirtschaftlichen Bedingungen des Imperialismus, d. h. des Kapitalexportes und der Aufteilung der Welt unter den „fortschrittlichen“ und „zivilisierten“ Kolonialstaaten, sind die Vereinigten Staaten von Europa unter dem Kapitalismus entweder unmöglich oder reaktionär.“

Warum ist diese Losung der Vereinigten Staaten Europas auf kapitalistischer Grundlage undurchführbar? Deshalb, weil der Inhalt dieser Losung eigentlich nichts anderes ist als die Aufteilung der Kolonien unter die imperialistischen Mächte. Lenin wirft dann die Frage auf, ob es möglich ist, daß sich kapitalistische Staaten für eine längere Zeit friedlich für die Aufteilung der Kolonien vereinigen? Und er antwortet darauf: Das ist unmöglich, weil der Imperialismus sich sprunghaft entwickelt, weil

„unter dem Kapitalismus ein gleichmäßiges Wachstum der wirtschaftlichen Entwicklung der einzelnen Wirtschaften und der einzelnen Staaten unmöglich ist.“

Es ist unmöglich, weil der Imperialismus nur eine einzige Methode zur Erledigung irgendwelcher strittigen Fragen kennt: die Methode der Macht:

„Man kann nicht anders teilen als entsprechend der Macht. . . Um die tatsächliche Macht eines Landes zu prüfen, gibt es kein anderes Mittel als Krieg.“

Aus diesem Grunde, stellt Lenin fest, ist es unmöglich, ein dauerndes Gleichgewicht in der Form der Vereinigten Staaten für die kapitalistischen Länder Europas herzustellen.

Dann sagt Lenin: natürlich besteht die Möglichkeit, die Losung der Vereinigten Staaten des kapitalistischen Europas vorübergehend, für eine kürzere Zeit, zu verwirklichen, aber dann wird sie vollständig reaktionär sein. Warum? Lenin sagt dazu folgendes: Die Vereinigten Staaten des kapitalistischen Europas wären natürlich gerichtet:

1. Gegen den Sozialismus,
2. gegen die Kolonien,
3. gegen den jungen, aufstrebenden Kapitalismus in Amerika und Japan.

Lenin war ferner gegen die Losung (wie auch gegen die Losung der Vereinigten Staaten der Welt, die an die Verwirklichung des Sozialismus gebunden ist), weil er meinte: eine so breite Losung verdunkle die Möglichkeit des Sieges der proletarischen Revolution in einem einzigen Lande.

Das waren die wichtigsten Argumente Lenins gegen die Losung der Vereinigten Staaten Europas in den ersten Kriegsjahren. Die Argumente sind klar und scharf und sind heute ebenso richtig wie im Jahre 1915.

Aber die neue Losung der Vereinigten Staaten des Sozialistischen Europas ist keineswegs dieselbe Losung, gegen die Lenin ankämpfte. Die alte Losung war eine Losung auf kapitalistischer Grundlage; die neue aber ist die der Vereinigten Staaten des Sozialistischen Europas. Die Grundbedingungen haben sich geändert. Wir kämpfen nicht mehr gegen den Zarismus von Rußland, Deutschland und Oesterreich. Diese drei alten Monarchien existieren nicht mehr. Auf der Tagesordnung steht für die wichtigsten Staaten Europas die sozialistische Revolution. Das muß man ganz klar sehen. Wenn das wahr ist, dann ist die neue Losung nicht nur politisch richtig, was Lenin sogar von der alten Losung sagte, sondern auch ihrem ökonomischen Inhalte nach. Der ökonomische Inhalt der Losung der Vereinigten Staaten des Sozialistischen Europas ist grundsätzlich anders als der ökonomische Inhalt der Losung der Vereinigten Staaten des kapitalistischen Europas. Unter sozialistischen Ländern ist die Macht nicht mehr die einzige Methode in der Erledigung von Streitfragen, sondern, wie das Bestehen der Sowjetunion uns zeigt, ist es grundsätzlich möglich, daß sozialistische Republiken untereinander Vereinbarungen treffen können auf der Grundlage der proletarischen Solidarität.

Wir müssen diesen Unterschied klar herausarbeiten. Die Kapitalisten der verschiedenen Länder, trotzdem sie das allgemein kapitalistische Interesse, gewissermaßen das historisch grundsätzlich-konterrevolutionäre Interesse der Bourgeoisie der Welt vertreten, können dies nur — auf eine lange Perspektive gesehen — konkret in der Form vertreten, daß sie sich gegenseitig bekämpfen. Die imperialistischen Gegensätze sind auf die Dauer nicht ausschaltbar. Umgekehrt ist es bei dem Proletariat. Gewiß können für eine kurze Periode gewisse Schichten des Proletariats im Gegensatz zu andern Schichten der Arbeiterklasse stehen, oder sogar das Proletariat eines Landes gegen die Arbeiterklasse eines andern. Aber das kann — historisch gesprochen — nur für eine kurze Minute sein. Von der historischen Perspektive betrachtet, ist das Proletariat eine Klasse, die ein einheitliches Weltinteresse hat. Ökonomisch genommen ist also der Inhalt der Losung eines sozialistischen Europas von Grund aus anders als der Inhalt der Losung eines kapitalistischen Europas.

Man darf auch nicht vergessen, daß die tatsächliche Lage auch in anderer Hinsicht sich grundsätzlich änderte. Im Jahre 1915 hätte Lenin diese Losung nicht nur auf kapitalistischer, sondern auch auf sozialistischer Grundlage abgelehnt. Damals bestand ja noch die unbestrittene Hegemonie Europas über die ganze Welt. In den Jahren 1914-15 war die europäische Hegemonie noch das wichtigste Merkmal der Weltlage. Dieser Umstand existiert heute nicht mehr. Heute ist ja eben das wichtigste Merkmal der Weltlage, daß die Hegemonie

Europas nicht mehr vorhanden ist, daß sie von der **Hegemonie Amerikas** abgelöst wurde.

In den Jahren 1914-15 war noch Amerika der Schuldner Europas. Heute ist Europa der Schuldner Amerikas. In den ersten Kriegsjahren war es so, daß Europa den Versuch unternahm, die Vereinigten Staaten Amerikas zu **bewaffnen**. Heute unternehmen die Vereinigten Staaten von Amerika den Versuch, Europa zu **entwaffnen**. Ein ganz verändertes, ein umgekehrtes Verhältnis. In den Jahren 1914-15 war die Losung eine **aggressive** Losung im Interesse der Hegemonie des veralteten kapitalistischen Europas gegen das junge kapitalistische Amerika. Heute wird sie zu einer **defensiven** Losung des niedergehenden Europas gegenüber der Uebermacht des amerikanischen Imperialismus. In den Jahren 1914-15 war diese Losung zwangsläufig eine Losung gegen die **Kolonien**. Sie konnte auch auf kapitalistischer Grundlage nicht anders **wirken**. Heute auf sozialistischer Grundlage ist sie nicht mehr gegen die Kolonien gerichtet. Heute erleben wir schon, daß in den wichtigsten Kolonien die unterdrückten Völker einen mächtigen Kampf gegen die europäischen und amerikanischen Kapitalisten führen — in den Jahren 1914-15 war dieser Massenkampf noch nicht vorhanden. In den ersten Kriegsjahren, vor dem Bestehen Sowjetrußlands, war die Losung geeignet, die Perspektive zu verdunkeln, daß die **Revolution auch in einem einzelnen Lande siegen kann**. Heute, wo bereits in einem einzelnen Lande die Revolution nicht nur gesiegt hat, sondern sich auch siegreich behaupten kann, braucht man diese Verdunkelung nicht mehr zu befürchten. Im Jahre 1914-15 wäre die Losung eine isolierte geblieben, heute aber (auf Grundlage der oben geschilderten Entwicklung) sind wir in der Lage, die Losung der Vereinigten Staaten des Sozialistischen Europas mit zwei grundsätzlichen Losungen zu verbinden:

1. Solidarität, Bündnis mit dem Befreiungskampf aller unterdrückten Kolonien;
2. Solidarität, Bündnis mit der Sowjetunion.

Auch ein anderer konkreter Faktor der Lage ist ein wichtiges Argument für die Losung: die Idee Pan-Europas besteht schon, auch von uns unabhängig, in Gestalt von Locarno, Dawesplan, Völkerbund. Man darf nicht vergessen, daß die offizielle Ideologie der II. Internationale ebenso wie eines Teiles der europäischen Bourgeoisie „Pan-Europa“ gegen „Pan-Amerika“ ist. Man darf nicht vergessen, daß Millionen Arbeiter an diese Ideologie glauben. Es ist sehr wichtig, daß wir gegenüber dieser bürgerlich-sozialdemokratischen Parole nicht nur eine kritische Einstellung haben, indem wir den pazifistischen Schwindelinhalt derselben zertrümmern, sondern daß wir ihr gleichzeitig eine positive Losung gegenüberstellen, die wirklich die zusammenfassende politische Losung für unsere Uebergangsforderungen sein kann. Die Losung der Vereinigten Staaten des Sozialistischen Europas muß für die nächste Zukunft als zusammenfassende politische Losung für die **europäischen kommunistischen Parteien** dienen. Selbstverständlich kann diese Losung — dies ist eine grundlegende Feststellung — nur dann einen revolutionären Sinn haben, wenn wir klar zeigen, daß auf kapitalistischer Grundlage keine Lösung der Probleme des niedergehenden Europas möglich ist, daß auf kapitalistischer Grundlage Europa gegenüber der Ueber-

macht des amerikanischen Imperialismus sich nicht mit Erfolg verteidigen kann. Die Losung der Vereinigten Staaten des Sozialistischen Europas kann nur dann eine wirklich revolutionäre Losung sein, wenn wir sie verbinden mit der rücksichtslosen Kritik und Enthüllung der bürgerlich-sozialdemokratischen Linie, die eine Vereinigung Europas auf kapitalistischer Grundlage — als dauerndes und nicht reaktionäres Gebilde — für möglich hält.

Die Losung der Vereinigten Staaten des Sozialistischen Europas ist selbstverständlich in erster Reihe eine Kampflosung für das europäische Proletariat. Die amerikanischen Kommunisten müssen diese Losung mit ihren eigenen Parolen ergänzen. Die Kommunisten in Amerika müssen alle ihre Kräfte im Kampf gegen den amerikanischen Imperialismus konzentrieren. In diesem Kampfe müssen sie als Hauptaufgabe stellen:

Bündnis mit den unterdrückten Kolonial- und Halbkolonialvölkern des lateinischen Amerikas. Nur so wird die Möglichkeit, ja Wahrscheinlichkeit gegeben, daß das lateinische Amerika in nicht allzu ferner Zukunft das China des fernen Westens, und daß Mexiko das Kanton des lateinischen Amerikas wird. Die Losung der Vereinigten Staaten des Sozialistischen Europas kann nur dann eine revolutionäre Wirkung entfalten, wenn sie als proletarische Losung für die Verteidigung des niedergehenden Europas gegen den aggressiven Imperialismus Amerikas verbunden wird mit folgenden Losungen: Bündnis mit dem Zentrum der proletarischen Revolution: der Sowjetrepublik; Bündnis mit dem Befreiungskampf der Kolonien des Ostens; Kampf für die Befreiung der unmittelbarsten Vasallen des amerikanischen Imperialismus: der unterdrückten Völker des lateinischen Amerikas.

ERCOLI: DIE IDEALISTISCHEN GRUNDLAGEN DES BORDIGISMUS

Man spricht oft von den theoretischen Abweichungen und den politischen Fehlern jener besonderen Abart der Ultralinken, die in den Reihen der Kommunistischen Internationale Genosse Bordiga vertritt. Man hat aber noch keine Untersuchung angestellt darüber, ob nicht all diese Fehler und Abweichungen auf eine einzige Ursache zurückgeführt werden können und welches diese Ursache wäre. Zu diesem Zweck wäre eine streng theoretische Analyse notwendig; ich möchte mich hier darauf beschränken, dem, der diese Analyse in systematischer Weise anstellen wollte, einige Beispiele zur Erleichterung seiner Arbeit zu liefern. Obgleich die Tendenz, die der Genosse Bordiga vertritt, heute in den Reihen der Kommunistischen Internationale nur von geringer Bedeutung ist, kann doch die Aufdeckung der Wurzeln seiner Fehler ein gutes Mittel sein, unseren Parteien an einem weiteren Beispiel zu zeigen, welches die dialektisch-materialistischen Grundlagen unserer Taktik sind.

I.

Als Ausgangspunkt der Untersuchung muß unseres Erachtens die Auffassung dienen, die der Genosse Bordiga von der Kommunistischen Partei hat, und die aus der Definition folgt, die er ihr gibt.

Die erste der Kommunistischen Partei von Bordiga gegebene Definition ist im „Programm“ enthalten, das die Partei in Livorno angenommen hat. Sie lautet:

„Die Kommunistische Partei, die den fortgeschrittensten und klassenbewußtesten Teil des Proletariats in sich vereinigt, faßt die Kraftanstrengungen der Arbeitermassen zusammen, indem sie sie von den Kämpfen um Teilinteressen und unmittelbare Resultate zum revolutionären Befreiungskampf des Proletariats überleitet.“

In den dem Parteitag der KPI zu Rom im Jahre 1922 vorgelegten Thesen ist diese Auffassung in folgender Weise umfassender dargelegt:

„Die Kommunistische Partei, als die politische Partei der Proletarierklasse, erscheint in ihrer Aktion als eine mit einheitlicher Orientierung handelnde Gemeinschaft. Die ursprünglichen Triebkräfte, die die dieser Gemeinschaft angehörenden Elemente und Gruppen dazu bestimmen, sich in einen Organismus für einheitliche Aktion einzureihen, sind die unmittelbaren Interessen der durch ihre wirtschaftlichen Verhältnisse aufgerüttelten Gruppen der arbeitenden Klasse. . . . Die Zusammenfassung aller elementaren Triebe in einer einheitlichen Aktion kommt durch zwei Hauptfaktoren zum Ausdruck: erstens durch die kritische Erkenntnis, aus der die Partei ihr Programm schöpft, zweitens durch einen Willensfaktor, der in dem Werkzeug zum Ausdruck kommt, mit dem die Partei handelt, — ihre disziplinierte und zentralisierte Organisation.“

In der „Plattform der Linken“ ist die Formulierung folgende:

„Die Partei ist das Organ, das die durch den Klassenkampf hervorgerufenen Impulse der Einzelnen und Gruppen synthetisiert und vereinigt. . . Sie muß imstande sein, . . . in Synthese die Elemente zusammenzufassen, die aus den verschiedenen Kategorien des Proletariats, aus der Bauernschaft, als Deserteur der Bourgeoisie usw. kommen.“

Im Thesenentwurf schließlich, den die Ultralinke dem 3. Parteitag der KPI vorgelegt hat, ist eine Formulierung enthalten, derzufolge die Partei eine Organisation ist,

„die alle diejenigen in sich vereinigt, denen das System von Meinungen zur Erkenntnis gekommen ist, das die historischen Aufgaben der revolutionären Klassen zusammenfaßt, und die entschlossen sind, für die Erfüllung dieser Aufgaben zu wirken.“

Zwischen diesen Formulierungen bestehen verschiedene Unterschiede im Ausdruck, die wahrscheinlich dem Umstand zuzuschreiben sind, daß Bordiga erst durch die letzte Polemik in der Partei gezwungen worden ist, seinen Gedanken in eine präzise Form zu bringen. Trotz dieser Unterschiede jedoch weisen die hier zitierten Definitionen mehrere gemeinsame Züge von grundlegender Bedeutung auf, die einer kurzen Analyse unterzogen werden müssen.

Es ist klar, daß jede Definition aus mehreren Elementen zusammengesetzt sein muß, wenn der zu definierende Begriff kompliziert ist. Die richtige Definition ist diejenige, in der jedes Element gebührend hervorgehoben und in dem insbesondere das Element in den Vordergrund geschoben wird, das von besonderer Wichtigkeit ist, d. h. das Element, das das Wesen des zu definierenden Begriffes ausmacht. In der Auffassung, die wir von der Partei haben, ist dieses wesentliche Element die Verbindung, die zwischen der Partei und der Arbeiterklasse besteht. Wenn diese Verbindung vergessen oder falsch eingeschätzt wird, so ist man nicht nur nicht imstande, eine exakte Theorie der Partei aufzustellen, sondern es ist auch unmöglich, exakte Schlußfolgerungen für die Taktik, die die Partei zu verfolgen hat, zu ziehen. Aber gerade dieses Element — das Element, das den Charakter und den sozialen Inhalt der Partei bestimmt, das den Kontakt, die Verbindung zwischen der Partei und einer bestimmten sozialen Klasse, der Arbeiterklasse, festlegt —, wird in den Definitionen Bordigas ständig in den Hintergrund geschoben.

Aber das genügt nicht. Nachdem man festgestellt hat, daß zwischen der Partei und der Arbeiterklasse eine bestimmte Beziehung besteht, daß sie eng miteinander verknüpft sein müssen, ist ein weiterer Schritt notwendig. Es muß festgestellt werden, welches das Wesen dieser Beziehung ist. Es genügt in keiner Weise — wie es Bordiga tut —, sich einfach mit der allgemeinen Behauptung zufrieden zu geben, daß die Kommunistische Partei eine „Klassenpartei“ ist. Dieser Ausdruck muß klar auseinandergesetzt und analysiert werden. Die Kommunistische Partei und die Arbeiterklasse sind miteinander verknüpft. Gut. Wodurch ist aber diese Verbindung charakterisiert. Welchen Wert hat sie? Das ist es, was in unserer Auffassung ganz klar sein muß und was aus unserer Definition klar hervorzugehen hat. Handelt es sich um eine Verbindung, die in der Welt der Tatsachen und der „realen“ Dinge besteht, oder gehört sie ins Reich des ideologischen Ueberbaues, der Erkenntnisphänomene, usw.? Unserer Ansicht nach muß die Verbindung zwischen Partei und Arbeiterklasse eine „Tatsache“ sein, d. h. sie muß sich ergeben aus dem System der konkreten Kräfte, die in der sozialen Realität wirken. Es darf sich also nicht nur um eine Verbindung ideologischer Art handeln, sondern um eine „reale“, sozusagen physische Verbindung. Mit anderen Worten, die Partei muß betrachtet werden als ein Teil der Arbeiterklasse. Das muß der Ausgangspunkt unserer Definition sein. Jede Definition, die einen anderen Ausgangspunkt hat, ist, vom marxistischen Standpunkt aus, eine absolut irri-

Gerade das aber ist bei Bordiga der Fall. Er behauptet zunächst, daß die Kommunistische Partei den fortgeschrittensten und klassenbewußtesten Teil des Proletariats zusammenfaßt, aber er mißt dieser Tatsache keine entscheidende Bedeutung bei, denn in der Folge vergißt er sie vollkommen. In seiner letzten Definition gibt es bereits keinen Hinweis mehr auf den sozialen Inhalt der Partei, die ganz einfach „die Organisation von a l l d e n j e n i g e n geworden ist, denen das System der Meinungen, in dem die historische Aufgabe des Proletariats zusammengefaßt ist, zu Bewußtsein kommt.“ Ist in der Auffassung von der Partei, die sich aus dieser Definition ergibt, noch ein Hinweis auf das Band vorhanden, das die Partei an die Arbeiterklasse knüpft?

Wohl besteht ein solches Band noch, doch ist es gegeben durch ein System von Meinungen, durch ein Programm und durch den Willen zum Kampf für dessen Verwirklichung. Eine andere Verbindung besteht nicht, und insbesondere fehlt absolut jeder Hinweis auf eine Verbindung, die auf der „Realität“ der Dinge und der sozialen Verhältnisse beruht. Man bleibt im Reich der Erkenntnis, der programmatischen Formulierungen und des Willens zu deren Verwirklichung. Man bleibt, mit einem Worte, im Reich des ideologischen Ueberbaues. Das bedeutet, daß man, um eine Beziehung, die von grundlegender Bedeutung für unsere ganze Doktrin und für unsere Aktion ist, — die Beziehung zwischen Partei und Klasse — zu verstehen und zu definieren, ein System verfolgt, das im Widerspruch zur marxistischen Dialektik steht. Anstatt von den Tatsachen zu den Ideen hinaufzugelenken, steigt man von den Ideen zu den Tatsachen herab.

Es ist vielleicht gut, aufmerksam zu untersuchen, worin der Fehler besteht, den wir analysiert haben. Zu diesem Zweck ist es notwendig, sich die Wesenszüge der marxistischen Dialektik in Erinnerung zu rufen, die Merkmale, die sie von jedem anderen System der Auslegung der Wirklichkeit unterscheiden und die ihr, zum Unterschied von jedem anderen philosophischen System, gestatten, eine lebensfähige und vollkommene Auffassung von der Wirklichkeit zu gewinnen. Während die übrigen philosophischen Systeme, mögen sie sich materialistisch oder idealistisch nennen, die Welt der Wirklichkeit in zwei Teile teilen, die sich nachher nicht mehr miteinander vereinigen lassen, — besteht auf Grund der marxistischen Dialektik zwischen den verschiedenen Teilen, die die Welt der Wirklichkeit bilden, eine enge, innige, untrennbare Einheitlichkeit. Der Marxismus gelangt zu diesem Ergebnis, weil er in jeder Analyse von der Erforschung der realen Verhältnisse ausgeht, die in der Welt vorhanden sind und auf denen der ideologische Ueberbau beruht.

Jedes Mal, wenn der Ausgangspunkt ein anderer ist, wird auch das Ergebnis ein anderes sein. Das bedeutet, daß jedesmal, wenn bei der Analyse eines Gedankens oder eines Systems von sozialen Beziehungen nicht die Wirklichkeit und das wirklich bestehende Kräfteverhältnis zum Ausgangspunkt genommen werden, sondern der ideologische Ueberbau (das Programm, die Erkenntnis, der Willen usw.), man als Resultat nichts anderes erhalten wird, als einen Riß in der Einheit und die Unmöglichkeit, diese Einheit, die nur im System des Marxismus vollständig ist, wiederherzustellen. Auf der einen Seite steht man einem System von Meinungen, von

Willensäußerungen, von Erkenntnissen usw. gegenüber, die gar keine Beziehung mehr zur realen Welt haben, auf der anderen Seite — einem Haufen von Tatsachen, die entweder unbeweglich bleiben oder auf Grund unverständlicher und blinder Gesetze aufeinanderfolgen. Um sich eines Ausdrucks zu bedienen, den Marx und Engels häufig gebrauchen, — auf der einen Seite hat man eine Welt, die nicht auf den Füßen, sondern auf dem Kopfe steht, auf der anderen Seite eine „Dialektik der Dinge“, die uns in Fatalismus stürzt.

II.

Es kann den Anschein haben, daß unsere Analyse zu theoretisch und abstrakt sei und nichts zu tun habe mit den Abweichungen der politischen Richtung, von der hier die Rede ist. Das ist aber nicht so. Die Analyse ist streng theoretisch, doch entspricht das Resultat aufs genaueste dem Resultat der Kritik am Bordigismus, die von anderen Gesichtspunkten ausgeht, d. h. von Gesichtspunkten, die in engerer Beziehung zur Praxis und zur Politik stehen.

Denn der Definition, die Bordiga der Partei und ihrem Verhältnis zur Arbeiterklasse gibt, entspricht praktisch seine ganz besondere politische Auffassung, deren Grundzug folgender ist: auf der einen Seite steht die Partei, ein Organ, dessen Wesen und Funktionen bestimmt werden auf Grund eines Verfahrens idealistischen Charakters, d. h. a priori, auf Grund eines abstrakten Verfahrens, auf der anderen Seite steht die Masse des Proletariats, die Arbeiterklasse, die sich auf Grund von Gesetzen bewegt, deren Charakter ein vollkommen mechanischer, also fatalistischer ist. Die Einheit dieser beiden, so voneinander getrennten Elemente ist nicht mehr wiederherzustellen. Von welcher Seite aus man das Ideensystem Bordigas auch betrachtet, man findet stets die Folgen dieser Spaltung.

Die erste Folge ist die Unmöglichkeit für den Genossen Bordiga, zum Begriff der „Massenpartei“ zu gelangen. Die Arbeitermasse steht auf der einen, die Partei auf der anderen Seite. Es gibt zwischen ihnen keine permanente und organische Verbindung, wie zwischen einem Ganzen und einem Teil dieses Ganzen. Es bestehen nur zufällige Beziehungen, die in Ausnahmefällen, in bestimmten Momenten der historischen Entwicklung, zustande kommen. Wenn man die Entwicklung der Arbeiterbewegung als eine — bald auf- bald absteigende — Kurve betrachtet, so steht die Entwicklung der Partei dieser Kurve als eine gerade, starre Linie ohne jede Elastizität gegenüber. Es ist klar, daß es zwischen dieser Geraden und der Kurve nur zufällige und sprunghafte Berührungspunkte gibt. Daß sie zusammenfallen, ist unmöglich.

In der „Plattform der Linken“, d. h. in einer der bedeutungsvollsten und von Bordiga erst vor kurzem verfaßten Schrift wird die Auffassung kritisiert, daß die Partei unter allen Umständen danach streben müsse, einen möglichst engen Kontakt mit der Arbeitermasse aufrechtzuerhalten, um diese führen und mit sich reißen zu können. Dieser Kontakt ist nach Bordiga von der Verschärfung der revolutionären Lage abhängig. Solange sich solche revolutionären Situationen nicht einstellen, muß die Partei, — das ist ein anderer Ausdruck, den Bordiga häufig gebraucht, „auf die Massen warten.“ Wenn man von einer solchen Auffassung ausgeht, so

ist es natürlich unmöglich, die These von der Notwendigkeit der Eroberung der Mehrheit anzuerkennen, ja selbst sie zu verstehen. Diese These ist nur für diejenigen von Bedeutung und Wert, der die Beziehungen zwischen Partei und Arbeiterklasse in marxistischer Weise auslegt. Genosse Bordiga aber kritisiert sie, indem er sich auf einen mathematischen und formalistischen Standpunkt stellt, und von diesem Standpunkt aus lehnt er sie ab. Es ist seine ganze Art der Auffassung, die ihn zu einem solchen Ergebnis gelangen läßt.

III.

Wir wollen jetzt einige praktische Probleme betrachten, wobei wir mit denen beginnen, die der bisher unternommenen Analyse am nächsten stehen. Nehmen wir z. B. das Problem der Verschmelzung von Parteien.

Nach Ansicht des Genossen Bordiga ist es unzulässig, daß sich der Kommunistischen Partei ganze Gruppen, die von anderen politischen Parteien der Arbeiterklasse kommen, anschließen. Nachdem die Periode der Spaltungen abgeschlossen ist, die in jedem Lande zur Bildung einer kommunistischen Partei geführt hat, kann und darf diese Partei sich nach Bordigas Ansicht einzig und allein durch den individuellen Beitritt von Genossen weiter entwickeln. Das ist, — so heißt es in den Thesen Bordigas, — der „normale“ Entwicklungsprozeß der Kommunistischen Partei. Was aber bedeutet normale Entwicklung? Will man damit behaupten, daß die Kommunistische Partei sich üblicherweise durch den individuellen Beitritt der Genossen entwickelt, und daß die Verschmelzung und der Anschluß ganzer Gruppen außergewöhnliche Ereignisse seien, die nur selten vorkommen? Wäre die Frage so gestellt, so könnte man dieser Auffassung zustimmen, obgleich sie gar keine Bedeutung hätte. Doch ist dem nicht so. Die normale Entwicklung, wie Bordiga sie auffaßt, läßt keine Ausnahmen zu. Sie ist eine absolute Norm, der nicht zuwidergehandelt werden dürfe. Sie ist ein logisches Schema, das abgeleitet ist mit Hilfe ganz abstrakter und formalistischer Gedankengänge und das in künstlicher Weise der Wirklichkeit entgegengestellt werden soll. Die Wirklichkeit ist eine andere. Sie lehnt sich gegen das Schema auf. In der Wirklichkeit wird die Entwicklung der Partei bestimmt durch ihre Beziehungen zur Arbeiterklasse, durch die objektive Lage und durch die Art und Weise, in der die Partei mit Hilfe ihrer Taktik auf diese Lage einwirkt. Nichts zwingt uns, die Möglichkeit auszuschließen, daß die Lage in einem bestimmten Moment den Anschluß einer ganzen Gruppe, die aus einer anderen Partei der Arbeiterklasse kommt, erfordert. So war es in Deutschland Ende 1920, in Italien im Jahre 1924, und so ist es auch in Rußland in der Zeit der revolutionären Entwicklung gewesen.

Zwischen der Wirklichkeit und dem, was Bordiga gern als absolutes Prinzip aufstellen möchte, besteht also ein unüberbrückbarer Gegensatz. Das eine schließt das andere aus. Denn wir haben es nicht mit einem Prinzip zu tun, das mit Hilfe der marxistischen Dialektik abgeleitet ist, sondern es handelt sich, wie schon gesagt, um ein Schema, das auf einer Voraussetzung rein abstrakten Ursprungs beruht. In dieser Methode der Ueberlegung gibt es nichts Dialektisches. Bordiga fällt zurück in die idealistische oder pseudo-idealistische Philosophie, die dazu verurteilt ist,

Luftschlösser zu bauen und Regeln und Normen zu erfinden, die von der Wirklichkeit ständig widerlegt werden.

Ein weiteres Beispiel, das die Probleme der Taktik der Partei betrifft. Auf dem Parteitag der KPI, der vor kurzem stattgefunden hat, ist viel gesprochen worden von einer sehr interessanten Episode aus den ersten Jahren des Bestehens der Partei. Im Jahre 1921 entstand in Italien eine Volksbewegung als Reaktion gegen den Faschismus. Die Arbeiter und Bauern bekundeten den Willen, sich zu bewaffnen und eine Massenorganisation zu schaffen, die ihnen die Fähigkeit geben sollte, den Angriffen der Faschisten Widerstand zu leisten und sie zurückzuweisen. Die Losung der Bildung von Truppen der „Arditi del popolo“ (Frontkämpfer) als Gegengewicht gegen die faschistischen Schwarzhemden gewann innerhalb kurzer Zeit große Popularität. Um diese Tendenz überzuleiten in eine Volksbewegung gegen den Faschismus, war es nur notwendig, daß sich die Avantgarde des Proletariats entschlossen an die Spitze der Bewegung stellte, um die Führung verdächtigen und zweideutigen Elementen zu entreißen, die nur im trüben fischen wollten. Das wäre Aufgabe der Kommunistischen Partei gewesen. Die Kommunistische Partei aber, an deren Spitze Bordiga stand, verfolgte einen Weg, der praktisch zu dem entgegengesetzten Resultat führte. Sie schrieb ihren Mitgliedern vor, sich den bewaffneten Volkstrupps, die in Entstehung begriffen waren, nicht anzuschließen und anstatt dessen getrennte, ausschließlich aus Kommunisten zusammengesetzte Trupps zu bilden. Es ist leicht zu erkennen, welches die Folgen der Taktik waren. Es entstand eine Spaltung zwischen der Avantgarde der Arbeiterklasse und der großen Masse der Arbeiter, und diese Spaltung wurde immer tiefer. Auf der einen Seite verfielen die Massen, die keine Führung hatten, nach und nach wieder in Trägheit und Passivität, auf der anderen Seite erschöpfte die Avantgarde ihre Kräfte in einer Reihe von Zusammenstößen, in denen sie isoliert stand, und schließlich wurde sie geschlagen, noch bevor sie dem Feind den Verlust zugefügt hatte, den sie ihm hätte zufügen können. Genosse Bordiga versuchte damals und versucht heute noch, diesen schweren politischen Fehler zu rechtfertigen durch Argumente nebensächlicher Art, z. B. durch die Behauptung, daß sich damals an der Spitze dieser Volksbewegung zweideutige und unzuverlässige Elemente befanden. In Wirklichkeit aber lagen die Wurzeln des Fehlers in demselben Formalismus, der ihn jetzt veranlaßt, jede Möglichkeit von Parteiverschmelzungen abzulehnen. Auf Grund des von ihm aufgestellten Schemas muß die Partei, der ein normaler Weg zu ihrer Entwicklung vorgeschrieben wird, nicht nur stets, auf allen Gebieten, ihre Persönlichkeit, ihre Unabhängigkeit, ihre Autonomie, wahren, sondern sie muß auch in sich selbst vollkommen abgeschlossen sein. Folglich — kein Eindringen von Kommunisten in eine bewaffnete Massenorganisation, sondern — Gründung einer bewaffneten, autonomen, unabhängigen, ausschließlich kommunistischen Organisation. Werden die Folgen dieser Taktik für die Arbeiterklasse nicht schädlich sein? Das ist gleichgültig. Mag die Welt untergehen, wenn nur mein Schema bestehen bleibt!

Dieses letzte Beispiel ist von Bedeutung für die Genossen, die der Meinung sind, Genosse Bordiga sei mit jenen besonderen Eigenschaften ausge-

stattet, die, wenn nicht jetzt, so doch im Moment entscheidender Kämpfe von großem Nutzen sein werden. Im entscheidenden Moment ist es notwendig, daß an der Spitze der Partei Führer stehen, die imstande sind, den Kampf, der auf verschiedenen Wegen ein einziges Ziel — den Sieg — verfolgt, zu führen, ohne sich von Formalismus und Organisationsfetischismus, von Vorliebe für mechanische und leere Formeln leiten zu lassen. Hätten wir uns in Italien 1921 in einer unmittelbar revolutionären Periode befunden, so würde uns der Fehler des Genossen Bordiga zur Niederlage verurteilt haben.

IV.

Betrachten wir zum Schluß, wie die allgemeinen Probleme der Taktik, die vor allem die Beziehungen zwischen der Taktik der Partei und der objektiven Lage betreffen, von Bordiga gestellt werden. Darf die Taktik auf Grund der objektiven Lage bestimmt werden? Genosse Bordiga antwortet mit einem Nein und ersetzt die leninistische Lehre von der Anpassung der Taktik an die jeweilige Lage durch eine andere Theorie, deren grundlegende Elemente im großen und ganzen folgende sind:

1. Die Partei muß ihre Taktik bestimmen auf Grund feststehender Prinzipien und eines allgemeinen Programms, die in jeder Lage unverändert bleiben.

2. Die Analyse der Lage hat einzig und allein dem Zweck zu dienen, die von der Partei aufgestellten Perspektiven und die programmatische Linie, die sie diesen Perspektiven entsprechend festgelegt hat, zu bestätigen.

3. Neben den doktrinären Prinzipien und dem Programm, die unveränderlich sind, besteht ein synthetischer Komplex von feststehenden taktischen Formeln, an die sich die Partei in ihren Aktionen zu halten hat und die deren Möglichkeiten beschränkt.

Die Methode der Ueberlegung, die wir im Zusammenhange mit der Auffassung von der Partei und ihrer Beziehung zur Arbeiterklasse untersucht und analysiert haben, tritt hier wieder voll und ganz in Erscheinung. Auf der einen Seite steht die Wirklichkeit, die sich auf Grund bestimmter Gesetze entwickelt; über ihr, in der Luft hängend, wie die Bahre Mohammeds — das System der taktischen Grundsätze der Partei. Wovon sind diese Grundsätze abgeleitet? Ihre Ableitung trägt ebenso wie in den vorhergehenden Fällen einen vollkommen abstrakten und formalistischen Charakter. Man nehme z. B. die Theorie Bordigas über die Einheitsfront. Dieser Theorie zufolge darf die Einheitsfront nur auf dem Boden der Gewerkschaftsorganisationen und nie auf dem Boden politischer Organisationen zustande kommen. Welche Bedeutung hat diese Unterscheidung? Besteht ein realer Beweisgrund, der sie rechtfertigt? Gibt es, da die Taktik der Einheitsfront die Taktik ist, die angewandt werden muß, um die Verbindung zwischen der Avantgarde der Arbeiterklasse und den großen Massen der Arbeiter herzustellen und aufrechtzuerhalten, Beweisgründe dafür, daß diese Verbindung nur hergestellt werden kann, wenn man auf dem Gebiete der Gewerkschaften und nicht auf dem der politischen Organisationen operiert? Nein, einen solchen Beweisgrund gibt es nicht. Im Gegenteil. Es gibt oft Gründe, aus denen heraus die Manöver, die einen engen Kontakt zwischen der Avantgarde und der großen Armee des Proletariats herstellen sollen, einzig und allein auf politischem

Gebiet ausgeführt werden können. Was hat den Genossen Bordiga also veranlaßt, diesen Unterschied zu machen? Wie immer, ein abstraktes logisches Schema, durch das er die Wirklichkeit ersetzt und das er über sie stellt, um auf Grund dieses Schemas die Taktik der Partei zu bestimmen.

Welche Verbindung besteht zwischen den taktischen Grundsätzen Bordigas und der Wirklichkeit? Eine solche Verbindung gibt es überhaupt nicht. Die taktischen Formeln sollen einzig und allein von den allgemeinen Prinzipien abgeleitet werden. Aber diese Prinzipien sind an und für sich ein Ding, von dem positive taktische Grundsätze, die den verschiedenen objektiven Situationen angepaßt wären, schwerlich abgeleitet werden können. Und in der Tat ist es dem Bordigismus bisher nie gelungen, von ihnen etwas anderes abzuleiten als Grundsätze negativen Charakters. Die politische Einheitsfront wird abgelehnt, die Losung der Arbeiter- und Bauernregierung wird abgelehnt, die Taktik der internationalen Gewerkschaftseinheit wird abgelehnt, usw. In jeder Lage ist Bordiga stets bereit, uns zu sagen, was nicht getan werden darf. Doch ist es schwer, von ihm zu erfahren, was je gemacht werden soll, abgesehen von der ständigen Wiederholung programmatischer und propagandistischer Losungen.

Die Ursache dieser Tatsache? Sie ist die gleiche, auf die wir schon weiter oben hingewiesen haben. Bordiga fehlt jeder Blick für die Wirklichkeit, denn er steht nicht auf dem Boden der marxistischen Dialektik. Alle Einzelheiten entgehen ihm. Von der verschiedenartig gestalteten und unebenen Oberfläche der Welt sieht er nur die wenigen Punkte, die die starre Oberfläche, das abstrakte Schema berühren, die er der Wirklichkeit entgegenzustellen bemüht ist. Einer dieser Berührungspunkte wird dargestellt durch den Moment, in dem die Arbeiterklasse in den Kampf für die Eroberung der Macht tritt, d. h. durch den Moment, in dem die unmittelbar revolutionäre Periode im revolutionären Endkampf ihren Höhepunkt erreicht. In diesem Moment müßte die nach dem Schema Bordigas aufgebaute und operierende Partei sich an der Spitze der Massen befinden und sie zum Siege führen. Wird es aber tatsächlich so sein? Es genügen ganz einfache Betrachtungen, um vom Gegenteil überzeugt zu sein. Bevor man zu diesem entscheidenden Moment gelangt, ist es notwendig, eine Serie von Zwischenstadien durchzumachen, d. h. einen bestimmten Entwicklungsweg zu gehen. Kann man aber annehmen, daß der Kontakt zwischen Partei und Arbeiterklasse, der während des Zurücklegens dieses Weges gefehlt hat, sich plötzlich, auf dem Höhepunkt der Entwicklung, einstellen wird? Das ist nicht anzunehmen. Die Partei wird im Moment des Endkampfes an der Spitze der Arbeiterklasse stehen, wenn ihre Aktion in jedem Moment der Entwicklung den Situationen angepaßt ist, d. h. wenn ihre Taktik in jedem Moment bestimmt wird im Zusammenhang mit diesen Situationen und mit dem Vorsatz, in ständigem Kontakt mit den Massen zu sein und während des langen Weges, den sie zurückzulegen haben, führend an ihrer Seite zu stehen. Wer sich nur damit beschäftigt, Schemata anzufertigen, ist zur Ohnmacht verurteilt. Der Kontakt, der sich angeblich im Moment der Revolution zwischen der abstrakten Konstruktion und der Wirklichkeit einstellen soll, ist eine Unmöglichkeit.

Noch viele Beispiele könnten gebracht werden. Doch genügen wohl die angeführten, um den Beweis zu liefern, daß die Abweichungen Bordigas auf einem grundlegenden theoretischen Irrtum beruhen, und daß dieser Irrtum wiederum seine Ursache in dem Umstande hat, daß Bordiga nicht auf dem Boden der materialistischen Dialektik steht, die die Grundlage des Marxismus bildet, sondern daß er idealistisch-philosophischen Anschauungen und abstrakten Denkmethode huldigt, die vom Marxismus bereits endgültig widerlegt sind.

A. BERNARD:

DIE KRISE DES KLEINBÜRGERTUMS UND DIE HEGEMONIE DES PROLETARIATS

Das gegenwärtige Stadium der Krise des französischen Kapitalismus erlaubt es uns, in bezug auf ihren Charakter klarer zu sehen und die Perspektiven ihrer weiteren Entwicklung mit größerer Genauigkeit aufzustellen. Es ist nicht eine vorübergehende und oberflächliche, sondern eine tiefgehende und langandauernde Krise, die nicht verfehlt wird, im Lande eine revolutionäre Situation zu schaffen.

Sie hat ihre Wurzeln in der völligen Wandlung in der ökonomischen und sozialen Struktur des alten Frankreich, einer Wandlung, über die wir uns bisher noch nicht volle Rechenschaft gegeben haben. Wir nennen hier nur einige Momente dieser Wandlung: Wir erleben die Bildung eines modernen Finanzkapitals, das hervorgegangen ist aus der Verschmelzung des alten Bankkapitals mit dem Kapital der jungen Industrie. Die Großbourgeoisie, die sich um dieses Finanzkapital gruppiert, hat den Kampf aufgenommen um die endgültige Beherrschung der Wirtschaft des Landes sowie seines politischen Lebens.

Dieser Kampf vollzieht sich inmitten der fortschreitenden Zersetzung des Kleinbürgertums, der im alten Frankreich herrschend gewesenen Schicht. Diese Zersetzung der Mittelklassen ermöglicht es gerade der Großbourgeoisie, die politische Herrschaft des Kleinbürgertums zu zerbrechen, das noch in Parteien organisiert ist, die der Struktur und gegenwärtigen Rolle dieser Mittelklassen nicht mehr entsprechen. Der auf den Vorkriegsparteien basierte Rahmen der traditionellen parlamentarischen Demokratie ist für diesen Kampf zu eng geworden, daraus ergibt sich der von allen Seiten erfolgende konzentrische Angriff gegen das parlamentarische System.

Wir befinden uns zur Zeit in der ersten Phase dieses großen Kampfes des Finanzkapitals um die endgültige Herrschaft im Lande. Die Verstärkung der ökonomischen Basis der Großbourgeoisie vollzog sich unter Ausnahmebedingungen. Der infolge des Wiederaufbaues der zerstörten Gebiete erweiterte innere Markt, die Aufsaugung der Vermögen des Kleinbürgertums, die Inflation, die, mit der Ausplünderung des Kleinbürgertums Hand in Hand gehend, mit Hilfe innerer Anleihen die französische Industrie in Stand setzte, die englische und deutsche Konkurrenz auf dem Weltmarkt zu schlagen — alles dies ermöglichte es dem französischen Finanzkapital, seine Macht auf der Grundlage einer unaufhaltsam wachsenden Produktion zu verstärken.

Aber diese Ausnahmebedingungen werden bald der Vergangenheit angehören. Der innere Markt schrumpft zusammen, die Inflation führte zu ökonomischen und sozialen Konsequenzen, die die Bourgeoisie zwingen, die Stabilisierung der Währung ins Auge zu fassen. Damit beginnt die zweite Phase der Krise des französischen Kapitalismus: die der Stabilisierung des Franken, und dies wird die Epoche einer großen Industriekrise sein, des

Zusammenbruchs zahlreicher kleiner Unternehmen, der Massenarbeitslosigkeit, des entsetzlichsten Elends für die Arbeiterklasse.

In der ersten, der Inflationsphase, wurde schwerer als alle anderen Bevölkerungsschichten das Kleinbürgertum betroffen: der kleine Industrielle und der kleine Kaufmann, der bankerott ging oder seine Unabhängigkeit verlor; der kleine Eigentümer, der seinen Besitz einbüßte, den er in Rententiteln, Obligationen usw. angelegt hatte; der Bauer, der das Steigen der Preise für die Erzeugnisse der vertrusteten Industrien sieht, während er seine eigenen Erzeugnisse zu Preisen verkaufen muß, die ihm von den großen Einkäufertrusts aufgezwungen werden; endlich die große Schicht der Rentner, die sich auflöst; — alle die kleinen Leute, die sich vom Geschäft zurückgezogen hatten und die sich jetzt gezwungen sehen, irgendeine Arbeit zu ergreifen, in die Fabrik zurückzukehren oder zum Ackerbau, wenn sie nicht untergehen wollen.

Das Proletariat hat in dieser ersten Phase in so direkter Form die Krise nicht zu fühlen bekommen. Es gab keine nennenswerte Arbeitslosigkeit. Die Löhne, wenn sie auch nicht hoch waren, ermöglichten dennoch ein erträgliches Durchkommen. Wo es zu Teilkämpfen kam, stemmten die Unternehmer sich nicht allzulange gegen kleine Lohnerhöhungen.

Dieses Bild wird in der zweiten Phase der Krise eine Aenderung erfahren. Vom Beispiel Deutschlands her wissen wir, wie schwer die Stabilisierungskrise das Proletariat trifft.

Die jüngsten politischen Kämpfe, deren Grundlage die Krise des Kleinbürgertums war und in denen das Proletariat keine sehr große Rolle gespielt hat, enthüllen uns den strategischen Plan, den die Großbourgeoisie anzuwenden gedenkt, um das auf den alten Mittelklassenparteien basierende politische System zu zerschlagen: Gewinnung eines Teiles des Kleinbürgertums (kleine Industrielle, Kaufleute, eine möglichst große Zahl Bauern), Auflösung, Einschüchterung, Niederwerfung des anderen Teiles. Auf dem Hintergrund dieses Zusammenbruches der Parteien des Kleinbürgertums hofft die Großbourgeoisie ihr neues, starkes und ihren Bedürfnissen angepaßtes politisches Regime aufrichten zu können. Und sie ist bestrebt, dieses ihr Ziel zu erreichen, noch ehe die unumgängliche Stabilisierung und die aus ihr sich ergebenden Klassenkämpfe sie unmittelbar mit dem rebellierenden Proletariat zusammenstoßen lassen.

Das italienische Beispiel zeigt uns, wie die Bourgeoisie mit dem Kleinbürgertum fertig zu werden weiß und wie sie es versteht, Teile davon auf ihre Seite zu ziehen, noch ehe der kritische Moment der Auseinandersetzung mit dem Proletariat gekommen ist. Das schmerzliche Beispiel des italienischen Proletariats, das seinerzeit die Krise des Kleinbürgertums und der Bauernschaft übersah, und das, als später seine Vorhut im Norden des Landes die Fabriken besetzte, von den „Königsgarden“ geschlagen wurde, die sich aus Bauern des Südens zusammensetzten, sowie den faschistischen Banden, deren Grundkaders durch den Sozialismus enttäuschte Kleinbürger waren — alles das muß uns veranlassen, ernsthaft nachzudenken über die Aufgaben des Proletariats und seiner kommunistischen Partei Frankreichs, dem klassischen Lande des Kleinbürgertums.

Die Lage in Frankreich unterscheidet sich von der Italiens im Jahre 1919—20 vor allem durch zwei Dinge: 1. die Wandlung der ökonomischen

und sozialen Struktur Frankreichs hat zu einem bedeutenden Anwachsen des Proletariats geführt, vor allem in der Metallindustrie; 2. das französische Kleinbürgertum, im Gegensatz zum italienischen, das keine eigene Partei besaß, ist gut organisiert und hat große revolutionäre Traditionen. Diese beiden Faktoren berechtigen zu der Hoffnung, daß das französische Proletariat das Los der italienischen Arbeiterklasse nicht wird teilen müssen.

Damit es aber seine geschichtliche Aufgabe zu erfüllen vermag, muß das französische Proletariat sich volle Rechenschaft über die Lage geben. Noch spielt sich der Kampf vor allem zwischen der Großbourgeoisie und dem Kleinbürgertum ab. Das Proletariat ist noch nicht direkt in den Kampf hineingezogen; doch kann und darf es ihm nicht gleichgültig gegenüberstehen.

Schon jetzt müssen wir feststellen, daß wir Fehler gemacht haben. Als im Herbst vergangenen Jahres die Welle der Unzufriedenheit im Kleinbürgertum zu steigen begann und ihren Ausdruck fand erst in der Krise des Linksblock, dann der Regierung und in einem Wechsel in der Taktik der Sozialistischen Partei — da hat die Kommunistische Partei das nicht verstanden, und sie verstand auch nicht die Notwendigkeit, ihre Taktik dieser veränderten Lage anzupassen.

Der Ausgang des Kampfes zwischen der Großbourgeoisie und dem Kleinbürgertum in Frankreich ist von außerordentlicher Bedeutung für die Entwicklung der proletarischen und sozialistischen Revolution. Wird in der gegenwärtigen Phase das Kleinbürgertum geschlagen und gelingt es der Bourgeoisie, einen Teil der Kleinbürger und vor allem der Bauern auf ihre Seite zu ziehen zum aktiven Kampf gegen das Proletariat, so wird dieses isoliert sein, wenn es seinerseits den Kampf wird aufnehmen müssen gegen die Unternehmeroffensive im Zusammenhang mit der Frankenstabilisierung. Das ist um so gefährlicher, weil das französische Proletariat noch jung, noch wenig erfahren und fast nicht organisiert ist. Dazu bietet es dem Gegner eine breite Angriffsfläche durch das Vorhandensein von drei Millionen ausländischen Arbeitern innerhalb seiner Reihen, zu denen vielleicht noch die gleiche Summe Arbeiter kommt, die seit kurzem aus der Mittelklasse zu ihnen gestoßen sind und die leicht den von der Reaktion gewonnenen kleinbürgerlichen Elementen folgen könnten.

Darum muß das französische Proletariat sich die Frage der Hilfeleistung für das Kleinbürgertum in der gegenwärtigen Phase seines Kampfes gegen die Großbourgeoisie stellen.

Doch darf es sich nicht auf die bloße Hilfeleistung beschränken, das Kleinbürgertum ist faktisch außerstande, seine Verteidigung gegen die Großbourgeoisie selbst zu organisieren und zu führen. Die Uebergangs- und Zwischenklassen der kapitalistischen Gesellschaft sind unfähig zur Führung eines selbständigen Kampfes. Das französische Kleinbürgertum kann sich aber nur erfolgreich verteidigen, wenn es einen ernsthaften, entschlossenen und organisierten Kampf führt. Und das ist nur möglich, wenn es unter der Führung des Proletariats kämpft.

Die Erfahrung des Linksblocks ist eine große, fortgesetzte Bekräftigung dieser Wahrheit. Und die Rolle, die die Sozialistische Partei in der Geschichte des Linksblocks gespielt hat, ist ein weiterer Beweis, daß diese Partei eine kleinbürgerliche Partei ist, daß nur die Kommunistische Partei die Hegemonie des Proletariats in diesem Kampf verwirklichen kann.

Die Doktrin der Sozialistischen Partei und ihre Taktik in bezug auf den Linksblock ist eine Verzerrung des Gedankens der proletarischen Hegemonie im Verteidigungskampf des Kleinbürgertums. Indem sie sich in dem Rahmen der bürgerlichen Demokratie und des Parlamentarismus einschließt, hat sie in Wirklichkeit vor der Großbourgeoisie kapituliert.

Wenn die Kommunistische Partei in der gegenwärtigen Periode sich die Aufgabe stellt, die Hegemonie des Proletariats im Kampf des Kleinbürgertums gegen das Finanzkapital zu verwirklichen, so kann sie auf die parlamentarischen Mittel natürlich nicht verzichten. Darum hat die Kommunistische Partei recht gehandelt, wenn sie sich zu wiederholten Malen bereit erklärt hat, eine sozialistische, ja sogar eine Linkskartell-Regierung zu unterstützen, sofern eine solche entschlossen wäre, einen energischen Kampf zu führen für die Interessen der Arbeiter, der Bauern und der Kleinbürger.

Aber auf keinen Fall kann die Kommunistische Partei sich darauf beschränken. Sie muß den Rahmen der hergebrachten parlamentarischen Beziehungen der kleinbürgerlichen Parteien verlassen. Der gemeinsame Kampf gegen die Reaktion muß unter anderen Formen, er muß im Lande selbst organisiert werden. Denn nur dort kann das Proletariat in neuen Formen und neuen politischen Organisationen seine große Kraft zur Geltung bringen und seine Hegemonie realisieren, die allein die Verteidigung wirksam machen kann.

Nur eine Partei kann diese Aktion leiten, nur eine Partei die Hegemonie des Proletariats in diesem Kampf verwirklichen: die Kommunistische Partei Frankreichs. Es ist eine schwere Aufgabe, die ihr damit zufällt. Ihre Taktik muß äußerst elastisch, vorsichtig und gleichzeitig fest sein. Die rechten Gefahren bei der Anwendung dieser Taktik, deren Wurzeln gerade in der oben geschilderten Situation der Klassen liegen, sind groß. Hier liegt im gegenwärtigen Zeitpunkt für die Partei die größte Gefahr. Aber auch die andere Gefahr, daß ein Teil der französischen kommunistischen Arbeiter dieser Taktik verständnislos gegenübersteht, sie als opportunistisch ablehnt, sich auf eine ultralinke Linie festlegt, kann sich von einem auf den anderen Tag erheben.

Gerade darum ist die Richtigstellung der politischen und taktischen Fehler der Partei durch die Konferenz vom 1. und 2. Dezember und die noch gründlichere Weiterführung dieser Richtigstellung durch die Erweiterte Exekutive von so großer Bedeutung.

An die Stelle einer Methode, die, weil es ihr an einer klaren Linie und Perspektive gebricht, ihre Losungen für den laufenden Tag nach den letzten Nachrichten des „Temps“ und der „Liberté“ orientiert, muß eine marxistische Analyse der Lage und die Ausarbeitung einer leninistischen Taktik treten.

Das wird die französische Kommunistische Partei befähigen, ihre geschichtliche Aufgabe zu erfüllen. Sie wird die Versuche der Reaktion zu nichte machen, sich auf den Trümmern des Kleinbürgertums einzurichten; sie wird die proletarischen Kräfte für den Endkampf um die Macht vorbereiten, der vielleicht in dieser zweiten Krisenphase des französischen Imperialismus auf die Tagesordnung treten wird.

* *

DIE LIQUIDIERUNG DER ULTRALINKEN IN DER KPD

Das Plenum des EKKI hat der deutschen Frage besondere Aufmerksamkeit zugewandt. Die Ultralinken haben das damit erklärt, daß die KPD zur Zeit eine schwere Krankheit, eine akute Krise in der Leitung durchmache. Das trifft nicht zu. Eine solche Krise war vorhanden, ist aber in bedeutendem Maße schon überwunden. Es genügt, darauf hinzuweisen, daß in Berlin, wo die Hauptkräfte der linken Opposition des ZK konzentriert waren, am Vorabend des Plenums von 20 Bezirken nur noch zwei auf der Seite der Ultralinken und nur vier auf der Seite der Gruppe Ruth Fischer standen. Aber auch in diesen Bezirken solidarisierte sich die überwiegende Mehrzahl der Betriebszellen vollkommen mit dem ZK der Partei. Das Plenum hat der deutschen Frage deshalb große Aufmerksamkeit zugewandt, weil das ZK der KPD, mit Gen. Thälmann an der Spitze, gegenwärtig vor sehr schweren und komplizierten Aufgaben steht und weil im Interesse der Erfüllung dieser Aufgaben ihm geholfen werden muß, die Hindernisse auf seinem Wege zu beseitigen: die Ueberbleibsel der ultralinken Opposition, die endgültig liquidiert werden müssen.

Das deutsche Proletariat und die deutsche KP sind zur Zeit in einen neuen Abschnitt ihrer Entwicklung eingetreten. Seit Beendigung des Krieges hat diese Entwicklung drei Phasen durchgemacht. Die erste Phase endete mit der Niederlage im Oktober 1923 und mit dem Frankfurter Parteitag. Es war die Sturm- und Drangperiode. Sie war charakterisiert durch den äußerst scharfen Kampf zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten, der manchmal die Form eines direkten Bürgerkrieges innerhalb der Arbeiterklasse annahm. Er hinterließ unauslöschliche Spuren im Bewußtsein der kommunistischen Arbeiter, bitteren Haß gegen die Sozialdemokratische Partei und tiefe Feindseligkeit gegen den Brandlerismus, der mit seinem kompromißlerischen Verhalten gegenüber den Sozialdemokraten die Oktoberniederlage förderte. Der zweite Abschnitt, der eineinhalb Jahre — vom Frankfurter Parteitag bis Mitte 1925 — dauerte, war die Epoche des Niederganges der revolutionären Bewegung und der deutschen Kommunistischen Partei. Es war die Zeit, in der, im Zusammenhang mit der Durchführung des Dawes-Planes und der Stabilisierung des deutschen Kapitalismus, die Anziehungskraft der Sozialdemokraten auf die deutschen Arbeitermassen sich wieder verstärkte; die Zeit, in der die Sozialdemokratische Partei sich nach Westen zu orientieren begann, nach dem Völkerbund, nach dem sich vorbereitenden Garantiepakt in Locarno; die Zeit, in der die deutsche Sozialdemokratie in der Person Kautskys u. Co. die USSR mit Schmutzkübeln übergab und so die Rolle spielte von Lakaien des englischen Imperialismus, der die Intervention gegen die USSR vorbereitete. Es war die Zeit der allergrößten Passivität der sich lichtenden Reihen der Kommunistischen Partei.

Der dritte Abschnitt begann Mitte 1925, als sich die Folgen der Durchführung des Dawes-Planes zu zeigen begannen, der deutsche Kapitalismus trotz der Injektionen mit amerikanischem Gold von neuem in eine Krisenperiode eintrat und allen Anzeichen nach in eine chronische, dauernde Krise; als die Zahl der Arbeitslosen mit jedem Monat zu steigen begann, um zuletzt die ungeheure Zahl von 3 Millionen zu erreichen. Das Charakteristikum dieser Epoche sind tiefgehende Schwankungen in den Grundkaders der deutschen Arbeitermassen selbst, verursacht durch ihre Enttäuschung an der Koalitions-politik der Sozialdemokraten, durch ihre sich stetig verstärkende Orientierung nach Osten, nach der Sowjetrepublik. In dieser Epoche bildeten sich die günstigen Bedingungen für die Wiederbelebung der kommunistischen Bewegung mit Hilfe der Einheitsfronttaktik; die Aufgabe der Durchführung dieser Taktik blieb und bleibt jedoch überaus kompliziert. Um sie erfolgreich durchzuführen, muß die deutsche KP einerseits bemüht sein, das von den kommunistischen Arbeitern angehäuften Revolutionskapital nicht zu verschwenden und jenen Haß nicht auszulöschen, den die Arbeiter gegenüber dem sozialdemokratischen Opportunismus und Kompromißertum empfinden; sie muß andererseits eine gemeinsame Sprache mit jenen Arbeitermassen finden, die aus Tradition noch mit der Sozialdemokratie gehen, wenn sie auch beginnen, in wachsendem Maße an derselben enttäuscht zu werden. Um diese Taktik erfolgreich durchzuführen, muß die deutsche KP es verstehen, ihre revolutionären Ziele mit dem Kampfe um die Tagesbedürfnisse der Arbeiterklasse zu verbinden, indem sie den Arbeitermassen anschaulich zeigt, daß sie auch in diesem Kampfe eine verlässlichere Führerin ist als die Sozialdemokratie. Diese doppelte Aufgabe kann am besten die jetzige Leitung der deutschen KP erfüllen, denn sie wird repräsentiert durch eine Arbeitergruppe, die die Schule des Bürgerkrieges durchgemacht hat und gleichzeitig, dank ihrem Klasseninstinkt, fähig ist, die richtige Einstellung zu den Millionen sozialdemokratischer Arbeiter, die durch ihre Führer total irreführt sind, zu finden. Für die Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse muß jedoch, wir wiederholen es, das derzeitige, vom Gen. Thälmann geführte ZK vor allem aus seinem Wege die Ueberbleibsel der ultralinken intellektuellen Gruppen beseitigen, die in der verflossenen Epoche des revolutionären Niederganges die Führung der Partei innehatten und die selbst den stärksten Faktor des revolutionären Zerfalls darstellten.

Die Hauptursache der wiederholten Krisen in der Führung der KPD lag in folgendem: Die alte Generation der führenden Parteikaders in Deutschland ist aus dem linken Flügel der deutschen Sozialdemokratie hervorgegangen, und gerade deshalb, weil sie bereits vor dem Kriege linke Sozialdemokraten waren, in der Opposition dem sozialdemokratischen Zentrum gegenübergestanden haben, hat die Mehrzahl dieser Genossen nach Eintritt in die Kommunistische Partei es nicht für nötig gehalten, ihre alten Anschauungen radikal umzuwerten, haben sie es nicht verstanden, daß sie nicht wirkliche Bolschewiki sind, daß ihnen noch viel sozialdemokratische Eigenheiten anhaften. Im Resultat ergaben sich bei einer Reihe alter Führer in revolutionären Momenten sozialdemokratische Rückfälle, machten sie ganz grobe opportunistische Fehler und mußten aus der Leitung beseitigt werden. Die neue, in der Nachkriegsperiode, während des Bürgerkrieges herangewachsene revolutionäre Arbeitergeneration konnte naturgemäß nicht mit einem Male aus

ihrer Mitte die revolutionären Führer hervorbringen, denn gute Führer können nur Genossen mit langjähriger Erfahrung und mit Kenntnissen sein.

Nach dem Bankrott des aus den Reihen der alten Generation hervorgegangenen Brandlerschen ZK konnten neue Führer der deutschen KP nicht mit einem Male gefunden werden, und so geriet die Leitung der Partei in der Uebergangszeit des Verfalls in die Hände der mehr oder weniger zufälligen intellektuellen Gruppe Maslow-Ruth Fischer, die in 18 Monaten die Partei fast bis an den Rand des Verderbens geführt hat. Zum Glück konnte sich um diese Zeit eine Arbeitergruppe herauskristallisieren, die die Partei aus der Sackgasse herausführte.

In der deutschen Kommission des Plenums des EKKI wurde wiederholt darauf hingewiesen, daß die Sünden der alten Führung der KPD aus dem intellektuellen Charakter, der sie kennzeichnete, herrühren. An sich hat die Beteiligung von Intellektuellen an der Leitung der Partei natürlich nichts zu besagen. Ruth Fischer, Maslow, Scholem, Katz usw. waren jedoch in die Bewegung eingetreten in der Epoche der proletarischen Revolution, wo die kleinbürgerliche Intelligenz im allgemeinen nicht mehr revolutionär zu sein pflegt; sie waren deklassierte Kleinbürger, das Produkt der Zersetzung des Mittelstandes in Deutschland, sie hatten weder eine alte revolutionäre Tradition noch eine gründliche ideologische Vorbereitung, als die revolutionäre Welle sie zu Führern erhob. Sie offenbarten deshalb alle spezifischen Züge der kleinbürgerlichen intellektuellen Sozialisten: die Vorliebe für die revolutionäre Phrase, die Geringschätzung der Arbeitermassen mit ihren täglichen wirtschaftlichen Interessen, und damit verbunden, unter dem Mantel revolutionärer Phrasen, eine tiefe Skepsis in bezug auf die großen Möglichkeiten, die in der Bewegung der Arbeiterklasse schlummern.

Es war kein Zufall, daß sowohl Maslow wie Korsch, Katz und Ruth Fischer mit der Hegemonie der KPR in der Komintern unzufrieden waren, daß sie versuchten, dem russischen, leninistischen Kommunismus einen angeblich viel revolutionäreren, mehr linksgerichteten deutschen, westeuropäischen Kommunismus gegenüberzustellen. Es war kein Zufall, daß sie der Sowjetmacht mit unverhülltem Mißtrauen begegneten, in jedem ihrer Manöver einen Schritt zur Kapitulation vor den Bauernelementen oder vor dem ausländischen Kapitalismus erblickten, und, ähnlich wie Kautsky, einen unversöhnlichen Gegensatz zwischen den Interessen der russischen Partei als Sektion der Komintern und der Sowjetmacht sahen, die angeblich den Kapitalismus nicht bekämpfen könne, sondern sich ihm anpassen müsse.

Worin besteht die Größe Lenins und des Leninismus? Darin, daß Lenin angesichts der von ihm erkannten ungeheuren Schwierigkeiten, die die proletarische Revolution überwinden muß, und angesichts der außerordentlichen Kompliziertheit der vom Proletariat in seinem Kampfe um die Macht und für die Festigung dieser Macht zu erfüllenden Aufgaben keinen Augenblick darüber im Zweifel war, daß das Proletariat bei verständiger Führung imstande sein würde, all diese Hindernisse zu überwinden und all diese Aufgaben zu lösen. Eben deshalb, weil Lenin das tiefste Vertrauen zur revolutionären Energie und zur revolutionären Schöpferkraft des Proletariats hatte, stellte er als erster das überaus schwierige Problem einer Leitung der Bauernschaft durch das Proletariat auf; eben deshalb formulierte er die

Losung des Rechtes auf Selbstbestimmung der Nationen bis zur Loslösung, ohne zu fürchten, daß dies zur Zersplitterung des Proletariats in dem bunt-nationalen Reiche führen würde; eben deshalb hatte er den Mut, während des Krieges Losungen der Niederlage aufzustellen; wagte er es, zwecks Durchbruchs der internationalen kapitalistischen Front Rußland — ein rückständiges Agrarland — zur proletarischen Revolution aufzurufen; eben deshalb fürchtete er nicht, den Brester Frieden zu schließen, die neue ökonomische Politik zu verkünden, den ausländischen Kapitalisten Konzessionen anzubieten, da er tief davon überzeugt war, daß im Endresultat dieser Manöver der Weltkapitalismus eine Niederlage erleiden und das Proletariat als Sieger hervorgehen würde.

Den deutschen ultralinken Kommunisten war diese tiefe Zuversicht in die Kraft der Arbeiterklasse fremd; deshalb erbehte ihnen bei jedem Manöver der Sowjetmacht das Herz im Leibe, und sie begannen Lärm zu schlagen: alles gehe zugrunde, die Sowjetgewalt kapituliere, schließe sich dem Völkerbund an, die Sowjetgewerkschaften schickten sich an, zu Amsterdam überzugehen, das ZK der KPD, das im Fahrwasser Moskaus schwimme, habe sich in einen Trümmerhaufen verwandelt, die Bolschewisierung der deutschen Kommunistischen Partei habe sich als ein kurzer, süßer Traum erwiesen usw. Die russischen Bolschewiki, die Leninisten sind, haben in ihrem großen Kampfe gegen den bis an die Zähne bewaffneten Kapitalismus komplizierte strategische Pläne entworfen, ohne die ein Sieg im Kriege unmöglich ist. Die deutschen Ultralinken, die weder an den Sieg noch an die zum Sieg führende Strategie glauben, sich auch keine konkrete Vorstellung davon machen, zu welcher schwierigen Manövern die proletarische Revolution greifen muß, haben es vorgezogen, diese komplizierten Manöver durch die billige und tönende revolutionäre Phrase zu ersetzen, die nur einen Zweck haben konnte: eine revolutionäre Aureole für diese charakterlosen, demagogische Phrasen im Munde führenden Intellektuellen zu schaffen.

Im Grunde ist die Ideologie der ultralinken und der ultrarechten Kommunisten eng verwandt und rührt aus der kleinbürgerlichen Natur dieser beiden Strömungen her; haben doch Souvarine in Frankreich, Paul Levi und teilweise Thalheimer in Deutschland, Höglund in Schweden ebenso wie Maslow, Korsch, Katz und Bordiga versucht, dem russischen Leninismus den „echten“ westeuropäischen Kommunismus entgegenzustellen. Der Unterschied ist nur der: in der einen Situation, die für eine rechte Abweichung günstig ist, wie z. B. jetzt in Frankreich, wo das Proletariat, ohne revolutionäre Erfahrung zu besitzen, einer heraufziehenden Krise gegenübersteht, da ziehen die Feinde des Leninismus in der Kommunistischen Partei aus Furcht vor den bevorstehenden Aufgaben die Partei offen in den sozialdemokratischen Sumpf; in der anderen Situation jedoch, wie in Deutschland, wo die kommunistischen Arbeiter die revolutionäre Schule schon passiert und sich am Brandlerismus die Finger verbrannt haben, da verhüllen die Feinde des Leninismus in der Kommunistischen Partei ihren Pessimismus durch revolutionäre Phrasen und setzen eine ultralinke Maske auf.

Als das Brandlersche ZK eine Niederlage erlitt, sah das EKKI die Gefahren voraus, die aus einer Leitung von linken intellektuellen Gruppen entstehen könnten. Das EKKI versuchte daher, die Kandidatur einer „mittleren“

Gruppe im ZK zu unterstützen, doch hatte dieser Versuch keinen Erfolg. Maslow und Ruth Fischer, die seit 1921 ihren Einfluß in der Berliner Organisation gefestigt hatten, wurden sozusagen elementar zur Führung der Partei erhoben. Gen. Sinowjew hat im Schlußwort seines Referats im Plenum dokumentarisch nachgewiesen, daß das EKKI neben seinem Vertrauen zu den deutschen linken Arbeitern ein großes Mißtrauen gegen die ultralinken Intellektuellen gehegt hat, die einen Anspruch auf die Leitung der Partei erhoben. Was die Gruppe Maslow-Ruth Fischer betrifft, so hat das EKKI, ohne sie mit den Ultralinken zu identifizieren, und bei aller Würdigung ihrer Fähigkeiten, doch nicht die Augen verschlossen vor ihren Fehlern und sie noch vor dem Frankfurter Parteitag vor diesen Fehlern gewarnt. Ungeachtet dieser Fehler hat das EKKI die Führung Maslow und Ruth Fischer, als die einzige Kombination, die um jene Zeit einer Spaltung der Partei vorbeugen konnte, sanktioniert. Nachdem es dieses ZK sanktioniert hatte, folgte das EKKI dennoch genau den Arbeiten desselben und bemühte sich, seine Linie in bezug auf die Gewerkschaften und die Einheitsfronttaktik sowohl auf dem Frankfurter Parteitag wie auf dem 5. Kongreß der Komintern auszugleichen. Die Bemühungen des Exekutivkomitees waren jedoch erfolglos. Ruth Fischer, Maslow und ihre Gruppe grenzten sich wohl in Worten von den Ultralinken ab, in der Tat führten sie aber eine ultralinke Politik und zeigten sich als unverbesserliche kleinbürgerliche Revolutionäre mit allen für die kleinbürgerlichen Führer charakteristischen Mängeln.

Man kann drei Perioden in der Geschichte dieser Gruppe verzeichnen: die erste reicht vom Frankfurter Parteitag im April 1924 bis zum „Offenen Brief“ des EKKI, der in Deutschland am 1. September 1925 veröffentlicht wurde; die zweite Periode reicht vom September 1925 bis zur Berufung Ruth Fischers nach Moskau und bis zum faktischen Uebergang der Parteileitung in die Hände des Gen. Thälmann; die dritte Periode reicht bis zum Plenum des Exekutivkomitees; es ist dies die Periode, in der Ruth Fischer versuchte, ihre Fraktion von Moskau aus zu leiten. In der ersten Periode stimmte Ruth Fischer unter dem Druck der Komintern auf dem Frankfurter Parteitag formell der Losung „Zurück in die Gewerkschaften!“, ferner der Reorganisierung der Partei auf Betriebszellengrundlage und der Durchführung der Einheitsfronttaktik zu; in der Tat aber sabotierte sie das eine wie das andere: wo Betriebszellen gegründet wurden, wurden keine Instruktooren hingeschickt; für die Rückkehr der Kommunisten in die Gewerkschaften wurde keine Propaganda geführt, und was die Einheitsfronttaktik überhaupt anbelangt, so erklärte Ruth Fischer in einer Versammlung in Düsseldorf ganz offenherzig: „Ich bin gegen jegliche Taktik der Einheitsfront, sei es von vorne oder hinten, von oben oder von unten.“ In der Folge hat sich Ruth Fischer bei der Erklärung ihres Verhaltens in dieser Periode darauf berufen, daß sie auf die damaligen Stimmungen der Parteimassen, auf deren Passivität und geringschätziges Verhalten zur Tagesarbeit, der sie das Soldatenspielen vorgezogen hätten, habe Rücksicht nehmen müssen. Wenn das das wirkliche Motiv ihres Verhaltens war, — so würde das nur bestätigen, daß sie nur eine rein intellektuelle kleinbürgerliche Einstellung zu den Aufgaben des ZK gehabt hat, daß sie dessen Aufgabe nicht darin erblickte, die Parteimassen zu leiten und auf eine höhere Stufe zu heben, sondern darin, sich ihren Vorurteilen anzupassen, um sich um jeden Preis ihre Popularität

zu bewahren. Die gleichen Motive leiteten auch die Organisationspolitik des ZK, an dessen Spitze Ruth Fischer und Maslow standen. Das EKKI wies die Gruppe Ruth Fischer darauf hin, daß sie, an der Spitze der Partei stehend, die Fraktionspolitik endgültig liquidieren und Parteipolitik treiben müsse. Diese Gruppe, die sich ihr politisches Kapital nicht durch eigene Arbeit geschaffen hatte, sondern es den Fehlern des früheren Brandlerschen ZK verdankte, führte jedoch einen organisatorischen Vernichtungskrieg gegen alle Genossen, die mit dem früheren ZK verbunden waren, und entwickelten in der Partei das Regime eines im höchsten Maße mechanischen bürokratischen Zentralismus. Im Resultat ergab sich eine Loslösung des ZK von den unteren Parteimassen, die Partei schmolz zusammen und verlor die Fühlung mit der Arbeiterklasse; bei den Maiwahlen hatten die Kommunisten noch vier Millionen Stimmen erhalten, bei den letzten Präsidentenwahlen war die Zahl der für die Kommunisten abgegebenen Stimmen auf 2 Millionen gesunken; auf dem Leipziger Gewerkschaftskongreß wurden 88 kommunistische Delegierte gezählt, auf dem Breslauer Kongreß betrug die Zahl der kommunistischen Delegierten noch zwei. Die Mitgliederzahl der Partei war auf 110 000 zurückgegangen. Es ist richtig, daß auch die objektive Lage der Partei um jene Zeit eine ungünstige war, aber die Gruppe Ruth Fischer hat dieselbe nicht günstiger gestaltet, sondern wesentlich verschlechtert. Das ist besonders deutlich in der folgenden Periode hervorgetreten, wo die Gruppe Ruth Fischer-Maslow sich nicht mehr auf ungünstige objektive Bedingungen berufen konnte.

Es war klar, daß die Partei dem Abgrund zueilte, während doch die Arbeiterbewegung sich um diese Zeit wieder zu beleben begann und viele Symptome zeigte, daß in den der Sozialdemokratie folgenden Arbeitermassen tiefgehende Schwankungen vor sich gingen, daß ein Wendepunkt in ihrer Stimmung, eine beginnende Radikalisierung zu verzeichnen war. Das ZK jedoch, das keinen Unterschied machte zwischen sozialdemokratischen Arbeitern und sozialdemokratischen Führern, das sich nicht einmal die Eroberung der sozialdemokratischen Arbeitermassen zum Ziele setzte, sondern sich auf die revolutionäre Phrase spezialisierte — es sah und verstand nicht die Bedeutung dieser Schwankung. All das bewog das EKKI, den Offenen Brief an die Mitglieder der KPD zu richten, in dem es die ultralinken Abweichungen der Partei einer gründlichen Kritik unterzog und mit aller Entschiedenheit eine neue Taktik für die Partei herausarbeitete.

Von diesem Moment an begann Genossin Ruth Fischer zu praktizieren, was im Plenum des EKKI als Taktik der „doppelten Buchführung“ bezeichnet wurde. In Moskau unterschrieb sie den „Offenen Brief“, nach ihrem Wiedereintreffen in Deutschland aber begann sie die Durchführung seiner Direktiven faktisch zu sabotieren. Im Verlaufe einer drei Monate währenden Diskussion über den „Offenen Brief“ sprach sie sich in Versammlungen für denselben aus, während sie gleichzeitig zu verstehen gab, daß sie ihre Unterschrift unter dem Druck des EKKI gegeben habe, daß sie in gewissen Punkten mit dem Briefe nicht einverstanden sei, daß im übrigen der Brief nichts wesentlich Neues sage im Vergleiche mit dem, was in der linken Berliner Organisation gesagt und getan worden sei. So hat sie unter Beobachtung äußerer Loyalität dem EKKI gegenüber in Wirklichkeit ihre Anhänger zum Kampf gegen den „Offenen Brief“ und zum Stimmen gegen

denselben veranlaßt. Gleichzeitig kämpften sie und ihre Anhänger gegen die praktischen Schlußfolgerungen aus diesem Briefe, unter anderem gegen die Verwertung der Reststimmen durch Verbindung mit den sozialdemokratischen Listen bei den Stadtverordnetenwahlen in Berlin. Lediglich unter dem Drucke der unteren Parteimassen einerseits und der Gruppe des Gen. Thälmann im ZK von oben andererseits gelang es, die Obstruktion Ruth Fischers und ihrer Anhänger zu brechen und die Mehrheit in der Berliner Organisation für das Exekutivkomitee und seinen „Offenen Brief“ zu gewinnen.

Die demoralisierende Tätigkeit Ruth Fischers, ihre Obstruktion gegen den neuen, vom Exekutivkomitee vorgezeichneten Parteikurs und ihre „doppelte Buchführung“ überzeugten das Exekutivkomitee, daß im Interesse der Gesundung der KPD Ruth Fischer und Maslow von der Leitung der Partei entfernt werden müßten. Ruth Fischer wurde abberufen, die Leitung des ZK ging faktisch in die Hände des Gen. Thälmann über. Von diesem Moment an beginnt der neue Abschnitt in der politischen Karriere der Genossin Ruth Fischer — ihre unterirdische Fraktionsarbeit, ihr Schriftwechsel aus Moskau mit ihren Gesinnungsgenossen in Deutschland, der den Zweck hat, das ZK der KPD, das ZK der KPR und das EKKI zu diskreditieren. Zu diesem Zwecke beutet sie die Diskussion am Vorabend des 14. Parteitages der KPR aus, indem sie ihn kommentiert als Beginn einer Kapitulation vor Amsterdam und Locarno, die zur Untergrabung der Bolschewisierung der Partei in Deutschland führen müsse, mit einem Worte: sie stellt ihn als den Anfang vom Ende hin. Um die KPD und mit ihr auch die Komintern vor der russischen „opportunistischen“ Gefahr zu „retten“, schleudert sie die Losung der „Einheit der deutschen Linken“ heraus. Sie glaubt, indem sie den Schatten Brandlers heraufbeschwört und die Partei mit einer möglichen Rückkehr Brandlers — diesmal unter Beihilfe Moskaus — schreckt, das Rad der Geschichte zurückwerfen zu können zum Augenblick des Frankfurter Parteitages. Der Strom der Geschichte fließt aber nicht rückwärts. Was in der deutschen linken Strömung des Jahres 1923 an Gesundem vorhanden war, hat sich heute um die Arbeitergruppe gesammelt, die sich kristallisiert hat zu einer wirklichen leninistischen Gruppe. Die Linken, die außerhalb dieser Gruppe stehen, sind zersplittert: Katz ist aus der Partei herausgeflogen und zum offenen Renegaten geworden; andere, die früher formell offen als Ultralinke hervorgetreten sind, äußerten, als sie sich plötzlich in der Gefangenschaft der anarchistischen KAP-Elemente sahen, während andererseits die sanierenden Wirkungen des Briefes des EKKI ihnen nicht entgehen konnten, den Wunsch zur Annäherung an das neue ZK. Im Resultat ergab sich, daß Ruth Fischer, anstatt die Linken zusammenzufassen, nur die Rolle mit dem ultralinken Scholem vertauscht hatte, indem sie den Platz einnahm, den dieser selbst vor dem Plenum zu verlassen sich anschickte. Da Scholem aus Erfahrung wußte, daß seine bisherige Position überaus unverläßlich und äußerst schlüpfrig war, warnte er Ruth Fischer in der deutschen Kommission des Plenums vor der Dummheit, ihm nachzuzahlen. Ruth Fischer war aber keine andere Wahl geblieben.

So hat sich die Gruppe Ruth Fischer-Maslow in den 18 Monaten ihrer Wirtschaft in der Partei endgültig überlebt. Die an ihre Stelle getretene, von Thälmann geleitete Arbeitergruppe hat in weniger als einem halben

Jahre in der Praxis bewiesen, daß die vergangene Krise in der KPD keine Krise der Partei in ihrer Gesamtheit, daß sie nur eine Krise in der Leitung gewesen ist, daß die Partei im Grunde gesund ist, daß sie bei einer guten Führung sich schnell wieder erholen und von Sieg zu Sieg schreiten kann, wenn das ZK die günstigen Bedingungen auszunützen versteht. In den vier Monaten des Bestehens des neuen ZK ist die Zahl der Parteimitglieder von 110 000 auf 140 000 gestiegen. Das neue ZK hat in dieser kurzen Zeit die Reorganisierung der Partei auf der Grundlage der Betriebszellen fast bis zu Ende durchzuführen vermocht, es verstand es, die Gewerkschaftsarbeit zu beleben und eine ganze Reihe politischer Kampagnen durchzuführen, in denen die Kommunistische Partei zum ersten Male wieder die führende Rolle innehatte und die Massen der sozialdemokratischen Arbeiter hinter sich brachte. Als die Führung der SPD während der Regierungskrise in eine große Koalition einzutreten versuchte, da durchkreuzten die sozialdemokratischen Arbeiter, in nicht geringem Maße unter dem Einfluß der kommunistischen Propaganda, in einer Reichskonferenz diese Koalition. Und als der Parteivorstand der SPD in der Frage der Abfindung der Hohenzollern ein Kompromiß mit den bürgerlichen Parteien schließen wollte, da brachte die KPD durch ihre energische Kampagne die sozialdemokratischen Arbeitermassen hinter sich, unter deren Druck dieses Kompromiß durchkreuzt wurde. So wurde in Wirklichkeit die Taktik der Einheitsfront im Kampfe um die entschädigungslose Enteignung der Fürstenthäuser durchgeführt. Der KPD gelang es zum ersten Mal wieder, die sozialdemokratische Organisation „Reichsbanner“ zu einer gemeinsamen Demonstration mit den „Roten Frontkämpfern“ zu veranlassen, was einige Monate vorher noch unmöglich schien. Trotz der Gefahr des Eindringens anarchistischer Stimmungen in die Reihen der Erwerbslosen gelang es der KPD, die Leitung der Arbeitslosenbewegung in Berlin ganz in ihre Hand zu nehmen, ohne die KAP auch nur über die Schwelle dieser Bewegung zu lassen. Als im Resultat des schweren Steuerdruckes in Deutschland eine Agrarkrise entstand und eine Bewegung unter den kleinen Bauern begann, da entfaltete die KPD eine breite Agitation unter ihnen. Als die Regierung einen Gesetzentwurf einbringen wollte mit einer Erhöhung des Mietzinses um das Zwei- bis Dreifache, zwang die Kommunistische Partei die Regierung, diesen Gesetzentwurf zurückzuziehen und seine Diskussion im Reichstag um ein Jahr zu vertagen.

Dank solcher Erfolge hatte das derzeitige ZK der KPD es nicht nötig, zu Methoden des mechanischen Druckes zu greifen, um den Einfluß der Gruppe Ruth Fischer und der anderen Ultralinken zu vernichten. Es genügte zu diesem Zweck, ihnen einen unversöhnlichen ideologischen Kampf anzusagen. Damit diese desorganisatorischen Elemente sich dem offenen Ideenampfe vor der ganzen Internationale nicht entziehen konnten, lud das ZK der KPD Vertreter aller Schattierungen zum Plenum ein. Im Ergebnis des Ideenkampfes offenbarten die Ultralinken in der Kommission wie im Plenum ihre völlige Prinzipienlosigkeit. Sie waren außerstande, das gegenwärtige ZK irgendeines opportunistischen Fhlers zu überführen; sie waren nicht imstande, seiner politischen Plattform irgendeine andere politische Linie entgegenzustellen. Als man von ihnen in der Kommission forderte, sie sollten ihre eigene Plattform aufzeigen, redeten sie sich damit heraus, daß dieselbe noch nicht formuliert sei und daß sie im Plenum vorgelegt werden würde.

Im Plenum war jedoch ihre schnell zusammengeflückte Plattform — wenn man von den allgemeinen Phrasen über die rechte Gefahr und den ultralinken Beglückungstorheiten absieht — ein Plagiat aus der Plattform des ZK. Nachdem es sich im Plenum herausgestellt hatte, daß sie keinerlei politisches Aktionsprogramm haben, und nachdem außerdem im Plenum ein Teil ihrer Armee, die Gen. Konrad und Rosenberg, auf die Seite des ZK übergegangen waren, stellte die Gruppe Ruth Fischer dort die einzige praktische Forderung auf: in der KPD eine uneingeschränkte Diskussion über alle die Partei bewegenden Fragen zu eröffnen, von der Brandlerschen Niederlage 1923 angefangen bis zum heutigen Tage, und im Anschluß daran einen „Konzentrations-Parteitag“ einzuberufen. Der Zweck dieses Vorschlages war klar: Indem man den Schatten Brandlers heraufbeschwor und eine neue Diskussion über die alten, der Partei zur Genüge bekannten opportunistischen Fehler Brandlers eröffnete, wollte man in dieser Diskussion alle brennenden Fragen der Gegenwart ertränken, ein Chaos und Durcheinander in der Partei hervorrufen, damit in diesem Chaos mit Hilfe lauter Phrasen das Prestige der Ultralinken wieder von neuem gehoben würde. Weder das Exekutivkomitee noch das ZK der KPD gingen auf diesen Leim. Sie verzichteten auf eine Konzentration aller „lebendigen Kräfte“ in einem leeren Raume. Sie stellten dem die Konzentration aller derjenigen entgegen, die bereit sind, auf der Grundlage der klaren, unzweideutigen Plattform des ZK der KPD und unter der Leitung des ZK zu arbeiten.

Das EKKI und das ZK der KPD erwiderten auf die Forderung einer „allgemeinen Amnestie“, daß im gegenwärtigen Moment, angesichts der jetzigen Situation in Deutschland die innerparteiliche Hauptaufgabe in der endgültigen Liquidierung der bankrott gewordenen ultralinken Strömung bestehe, daß in Deutschland gegen diese gegenwärtig die Hauptstöße gerichtet werden müßten; das schließe jedoch keineswegs die Pflicht des ZK aus, wachsam zu sein in bezug auf die rechten Abweichungen, die in der deutschen Partei wieder aufleben können und die unter den Bedingungen einer Teilstabilisierung des Kapitalismus sogar bestimmt wieder aufleben werden, wenn die erfolgreiche Durchführung der Einheitsfronttaktik zu einer erheblichen Vergrößerung der KP durch den Zufluß sozialdemokratischer Arbeiter führen wird. Das ZK der KPD liquidiert im gegenwärtigen Moment, neben seiner energischen positiven Arbeit, die Ueberbleibsel der linken Kinderei in der Partei, gleichzeitig aber ist es sorgsam darauf bedacht, in der Partei keine Brandlerschen Traditionen aufkommen zu lassen. Es hat dies auch schon bewiesen, indem es die opportunistischen Fehler der lokalen Organisationen in Württemberg, in Zeitz, an der Ruhr und in Baden liquidiert. Das ZK hat sich darum bereits das volle Vertrauen der Komintern zu erwerben vermocht.

PIERRE SEMARD:
DIE GEFAHREN DER RECHTEN UND IHRE
PROVOKATIONEN IN FRANKREICH

Die Rechte in Frankreich ist eine Gefahr nicht nur wegen ihrer im Grunde sozialdemokratischen Anschauungen, die sie in den kommunistische Reihen zu verbreiten versucht, sondern vor allem wegen der Fraktions- und Agitationsarbeit, die sie im Bündnis mit den ausgeschlossenen Elementen des Souvarine'schen „Bulletin Communiste“ und der Monatte-Rosmer'schen „Révolution Proletarienne“ verfolgt.

Innerhalb der Partei bekämpfen Lorient und Paz die defaitistischen Losungen der militärischen Räumung Marokkos und der Verbrüderung, kritisieren sie die vom 5. Weltkongreß festgelegte Einheitsfronttaktik, bekämpfen die Betriebszellen, indem sie die Rückkehr zur Wohnortsorganisation als Organisationsbasis der Partei fordern. Ihre Freunde Souvarine, Monatte und Rosmer leisten, in verschärftem Maße die gleiche Arbeit von außen und erstreben systematisch die Zersetzung der Partei und der roten Gewerkschaften.

So behauptet Paz, daß die Verbrüderung der Truppen auf Gegenseitigkeit beruhen müsse, daß sie eine gewisse Gleichheit im ökonomischen Entwicklungsgrad der sich bekämpfenden Völker voraussetze, sowie eine gewisse Gleichheit hinsichtlich der politischen Reife der sich gegenüberstehenden Truppen, und er schließt daraus:

„Die Losung der Verbrüderung hätte im Zusammenhang mit dem Marokkokrieg nicht ausgegeben werden dürfen.“

Nach Paz war diese defaitistische Losung unangebracht, weil sich in diesem Krieg gegenüberstehen das „zivilisierte“ französische Volk und das „rückständige“ Volk des Rif; man könne nicht die einer „überlegenen Rasse“ angehörigen französischen Soldaten dazu bringen, sich mit den Rif-„Barbaren“ zu verbrüdern, die einer niederen Rasse angehören und unter dem Kommando eines feudalen Chefs stehen.

Diese von Paz gemachte Unterscheidung hinsichtlich des Grades der politischen Entwicklung und Reife des angegriffenen Volkes und des angreifenden französischen Imperialismus läuft einfach hinaus auf die Unterstützung der bürgerlichen kolonialen These der „pazifistischen Durchdringung“ (mittels Kanonen!) der rückständigen Kolonialvölker. Paz und seine Freunde von der Rechten sind so objektiv gegen die Niederlage des „zivilisierten“ Imperialismus durch die „rückständigen“ Völker, mit denen die Soldaten sich angeblich nicht verbrüdern können, wobei er erstens vergißt, daß im Marokkokrieg der Imperialismus Menschen der gleichen Rasse gegeneinander führt: Algerier und Marokkaner, die von französischen Truppenkörpern flankiert sind, zweitens daß die Verbrüderung bereits spontan zustande gekommen ist durch den Uebergang ganzer Bataillone auf die Seite der Rebellen.

Loriot erklärt, daß die Einheitsfront weder ein Fehler noch eine Falle sei. Wenn die Kommunistische Partei sie vorschläge, so geschehe das ehrlich und loyal. Ihr Zweck sei die Zusammenfassung der proletarischen Kräfte in einer zeitweisen Koalition, und um den Charakter dieser Koalition darzutun, fügt er hinzu:

„Es sei die schlimmste Utopie, zu glauben, man könne die Führer von den Massen trennen. Die Einheitsfront über die Köpfe der Führer hinweg ist unmöglich.“

Nach Loriot müsse die Einheitsfront loyal und ehrlich mit den sozialistischen Führern sein, weil man die Einheitsfront ohne sie nicht machen könne; um also die Truppen zu gewinnen, die ihnen folgen, und die Koalition der proletarischen Kräfte zu verwirklichen, müsse man vor allem die Koalition an der Spitze verwirklichen: zwischen kommunistischer und sozialistischer Führung, d. h. in der Verwischung der Programme. So wird auch klar, warum die Rechte die Losungen der Verbrüderung und der militärischen Räumung Marokkos für unzeitgemäß erklärt; sie verurteilt sie nicht deshalb, weil die Gefahr bestehe, daß sie nicht verstanden und von den Arbeitern zurückgewiesen wird, sondern weil die sozialistischen Führer sie verwerfen und bekämpfen.

In der Frage der Zellen erklärt Loriot:

„Man benötigt andere beschließende Versammlungen, weil in der Zelle das Arbeiterelement überwiegt.“

und die gesamte Rechte erklärte in einem Schreiben an die Exekutive:

„Die Zellen können gegenwärtig in Frankreich nicht die Grundlage der Partei bilden. Ohne sie aufzuheben, muß man jedoch ohne Säumen zur Wohnortseinteilung als Organisationsbasis der Partei zurückkehren.“

Ein anderer Rechter, L. Noel, erklärt, daß der demokratische Zentralismus nur anwendbar sei, wenn die Wohnortseinteilung die Grundlage der Partei werde, während er gleichzeitig erklärt, daß die Zelle nur einer vorrevolutionären Periode entspricht.

Das Ueberwiegen der Arbeiter in den Zellen und in den verschiedenen Körperschaften der Parteiführung ist einigen rechten Intellektuellen un bequem, die sich mit einer proletarischen Partei abfinden würden, wenn ihnen in derselben die Führung garantiert wäre.

Die Zellen sind kein geeignetes Terrain für ihre rednerischen Zweikämpfe und die Befriedigung ihrer Wahlambitionen. Das ist der Grund, weswegen sie die Rückkehr zur alten Wohnortsorganisation fordern, wo sie sich ihren kleinbürgerlichen Kombinationen unbehinderter hingeben können.

Es ist klar, daß das „Bulletin Communiste“ und die „Révolution Proletarienne“ sich alle diese Argumente zu eigen machen und sie noch vervollständigen und unterstreichen. Der Vorstoß innerhalb der Partei seitens der Rechten findet seine Ergänzung in der von außen geführten Attacke dieser beiden Organe, deren erstes sich an das parteikommunistische Milieu wendet, während das zweite mehr auf die Massen in den Gewerkschaften zu wirken versucht.

Souvarine schreibt im „Bulletin Communiste“:

„Was Bankrott gemacht hat, ist nicht der Bolschewismus, sondern seine Parodie der sogenannten Bolschewisierung.“

Von da bis zur Schlußfolgerung, daß die Kommunistische Partei weniger wert sei als die Sozialistische Partei, ist nur ein Schritt, den unser Kleinbürger folgendermaßen tut:

„Die sogenannte „bolschewistische Partei“ ist in Wirklichkeit sozialdemokratisiert und dazu noch in Zersetzung: die Sozialistische Partei steht unendlich höher hinsichtlich ihres zahlenmäßigen Bestandes, ihres Einflusses, des Wertes ihrer Funktionäre, der Achtung, die ihre Führer genießen. . . .“

Nachdem er unsere Partei in dieser Weise beurteilt, empfiehlt das Herrchen seine eigene Person in der folgenden Weise:

„. . . Es gibt heute in der Krise des internationalen Kommunismus nur eine Handvoll Prinzipientreuer (zu denen er natürlich gehört), um die Lebensfähigkeit der marxistischen Lehre, die lebendige Tradition des Kommunismus zu bewahren, das proletarische Klassenbewußtsein zu festigen gegen die Abweichungen von der revolutionären Organisation, gegen die Preisgabe der Allgemeininteressen des Proletariats zugunsten bürokratischer Cliques, gegen die tödlichen Gefahren des Abenteuerertums, der Knechtseligkeit und der Korruption. . . .“

Das ist auf die Führer der KPF und der Internationale gemünzt, doch man lese weiter, wie Souvarine seinen Ausschluß erklärt:

„Man schuldet den Bolschewisateuren eine Auslese der Mitglieder der Partei in umgekehrter Richtung, d. h. die Ausmerzung der erprobten Führer, der Männer, fähig, sich eine eigene Meinung zu bilden und sie zum Ausdruck zu bringen, eine Ausmerzung, die Hand in Hand geht mit dem Emporkommen rückständiger, unbewußter und ungebildeter Elemente, mit einer Ermunterung zur Unwissenheit und zum Fanatismus. Die Begünstigung anrühiger Elemente, die bestrebt sind, sich auf ihre Art nützlich zu machen; ein intellektueller Abstieg, wie er in der Geschichte des französischen Proletariats nie dagewesen ist. . . .“

Das wagt dieses Bürschchen, der den Arbeiter verabscheut, von dessen Leben und Leiden er nicht das geringste weiß, der niemals eine Arbeiterversammlung besuchte und sich darauf beschränkt, sich an Theorien und schönen Reden zu berauschen und seine Feder in Galle zu tauchen, über die Führer des ZK der KPF zu sagen, die in ihrer Mehrheit mehr als 10 und 20 Jahre Fabriklebens hinter sich haben.

Es hat keinen Sinn, Argumente dieser Art widerlegen zu wollen, deren Falschheit in die Augen springt: unsere Partei hat die kommunistischen Intellektuellen keineswegs von sich gestoßen, sie ist absolut nicht beherrscht von den Gedankengängen der schwieligen Faust, sie ist im Gegenteil bereit, mit allen Intellektuellen zusammen zu arbeiten, wenn diese, wie alle ehrlichen Arbeiter, gewillt sind, sich der Parteidisziplin zu unterwerfen, wenn sie ihre Kenntnisse in den Dienst der Partei stellen und nicht einer Clique ehrgeiziger Kleinbürger, die nur eine Sorge haben: zu herrschen; für die Arbeiter aber, die von ihnen verlangen, in den Zellen weniger zu diskutieren und mehr praktische Agitations- und Organisationsarbeit zu leisten im Interesse der Partei und der Entwicklung ihres Einflusses auf die breiten Massen, nur Verachtung übrig haben.

Das gleiche Werk der Zersetzung mit den gleichen Argumenten, betreibt die Monatte-Rosmersche „Révolution Proletarienne“, die sich an die Funktionäre der roten Gewerkschaften wendet. Die antikommunistische Arbeit geschieht hier nicht im Namen des „Marxismus“, sondern des „Syndikalismus“. Man lese:

„Die Kommunistische Partei würde den schwersten Fehler begehen, wenn sie es nicht versteht, daß es ihre Rolle zu sein hat, die Arbeiterklasse zum Bewußtsein ihrer selbst

zu bringen, und nicht, sie zu bevormunden, wie ein Kind, das niemals auf eigenen Füßen stehen kann . . ." „So lange der Syndikalismus durch die Brille der Partei schaut, wird er in die Irre gehen; er wird seine Aufgabe nicht erfüllen, er wird sie nicht verstehen . . ." „Sie wissen (die Kommunisten!), daß die Arbeiterklasse sich selber ihre Führung schaffen muß, daß sie sie nicht von irgendwoher erhoffen darf. Sie wissen, daß der Syndikalismus von ehemals sich anpassen muß an die Notwendigkeiten des Kampfes von heute, und daß er zu diesem Zwecke es nicht nötig hat, zum Schwanz der Partei zu werden . . ."

Wir sehen hier, wie Monatte und Rosmer die Rolle der Kommunistischen Partei in der Arbeiterbewegung vor der Revolution auffassen. Ihre Meinung über die Rolle des Syndikalismus nach der Revolution geht aus folgendem hervor:

„Die Errungenschaften des „Oktober“ sind gefährdet, wenn die Gewerkschaften unfähig sind, der Revolution einen proletarischen Charakter aufzuzwingen und diesen zu verteidigen, wenn sie unfähig sind, dem siegreichen Blanquismus ein Gegengewicht zu schaffen . . ."

„Oktober“ und „siegreicher Blanquismus“ im Munde von Monatte, das ist der Triumph des Kommunismus über die Diktatur des Proletariats, das ist die bolschewistische Revolution, der Monatte einen „proletarischen Charakter“ aufzwingen will, indem er der syndikalistischen Bewegung die erste Stelle zuweist. Diese kann aber nichts anderes sein als der enge Verbündete und die verwirklichende Kraft in der Revolution; während die Kommunistische Partei die einzige Führerin der Revolution bleibt, die sich stützt auf die Kräfte der Arbeiter und Bauern.

Es handelt sich hier also nicht nur mehr darum, die Beschlüsse des 5. Weltkongresses einer Revision zu unterziehen, soweit es sich um die Einheitsfronttaktik handelt, sondern die Taktik der Internationale zu ändern hinsichtlich ihrer Beziehungen zu den Gewerkschaften sowie der Rolle der Kommunistischen Partei als Vorhut des Proletariats im Klassenkampf und in der Revolution. Bei alledem hören der Kleinbürger Souvarine und die anarchistelnden Syndikalisten Monatte und Rosmer nicht auf, sich auf Marx und Lenin zu berufen.

Sie haben damit einige Genossen täuschen können, die zum Teil ehrliche Kommunisten sind, teils aber reine Sozialdemokraten. Diese letztgenannten, bisher noch Mitglieder der Partei, sind gleichzeitig die politischen Freunde von Paz, Lorient und Souvarine sowie Monattes und Rosmers und Mitarbeiter am „Bulletin Communiste“ und an der „Révolution Proletarienne“.

Letztlich jedoch, unter dem Zwang, ihre Mitarbeit an diesen Organen bei Strafe des Ausschlusses aufzugeben, und von der Internationale selbst aufgefordert, sich der Parteidisziplin zu unterwerfen, haben diese Elemente eine Erklärung abgegeben, die den Abgrund aufzeigt, der uns trennt in der Frage der Rolle der Kommunistischen Partei und der unerläßlichen Disziplin, die in der Partei herrschen muß, wenn sie in Wahrheit ein fester Block sein soll gegenüber der Reaktion.

In dieser Erklärung, nach einigen Bemerkungen über die positiven Ergebnisse der Veröffentlichung des „Bulletin Communiste“, behauptet die „revolutionäre“ Opposition, daß sie es gewesen sei, die die Exekutive zu einem ersten öffentlichen Eingreifen in die Angelegenheiten der KPF veranlaßt habe. Das ist absolut falsch. Wenn wir es auch für selbstverständlich halten, daß die Kommunistische Internationale, wo sie es für notwendig

hält, eingreift, um ihre Sektionen zu beraten, so hat doch unsere Partei selber in der Konferenz vom 1. und 2. Dezember die von ihr begangenen Fehler hinsichtlich der Einheitsfronttaktik und der Methode der Reorganisation einer Korrektur unterzogen.

Indem sie den kürzlichen Beschluß des Präsidiums der KI, der sie zur Disziplin innerhalb der Partei auffordert, auf ihre Art interpretiert, erklärt die Opposition, daß die Resolution der KI

„im wesentlichen das Ziel zu verfolgen scheine, zum Ausdruck zu bringen, daß die französischen Kommunisten, die fähig sind, sich eine eigene Meinung zu schaffen, die Möglichkeit haben sollen, sich in der Presse der Partei zu verteidigen. Dies beweise, daß das „Bulletin Communiste“ nicht umsonst gekämpft habe; es sei eine Rechtfertigung ihrer Begründer und Mitarbeiter vor dem internationalen Kommunismus (sic).“

Wir erwidern darauf, daß die Presse der Partei zu allen Zeiten für alle Auffassungen geöffnet gewesen ist, soweit diese der Partei nicht schädlich waren und soweit überhaupt eine Möglichkeit besteht, der Unzahl von Thesen, Resolutionen, Erklärungen und Artikel, die die Rechte verfaßt, Raum zu geben. Die Presse der Partei kann unmöglich in solchem Maße eklektisch sein, daß die Arbeiter schließlich nicht mehr in der Lage sind, sich eine wirklich marxistische Auffassung zu bilden. Eine freie Tribüne ist drei Monate lang vor der Abhaltung des nationalen Parteikongresses geöffnet, um eine möglichst weite Diskussion innerhalb der ganzen Partei zu ermöglichen.

In ihrer Erklärung, nachdem sie „feststellt, daß die Exekutive nicht ein Wort der Anerkennung für die offizielle Politik der französischen Partei gehabt habe und auch nicht ein Wort des Tadels gegenüber der Politik der Opposition“, vertritt diese den Standpunkt, daß „das Urteil der nächsten Exekutive (d. h. der gegenwärtigen) noch völlig fraglich ist“, und sie unterstreicht, „daß eine solche Tatsache uns berechtigt, den beleidigenden und leeren Redensarten an die Adresse des „Bulletin Communiste“ und seines ersten Redakteurs (Souvarine), sowie der „Révolution Proletarienne“ keinerlei Bedeutung beizumessen.“

Die Exekutive wird eine Antwort geben müssen auf diese Erklärung, die eine offensichtliche Provokation seitens der Rechten darstellt, sowie die Fortsetzung der von Souvarine mit Unterstützung seines „Bulletin Communiste“ am Vorabend der Erweiterten Exekutive verfolgten Kampagne, die vor allem seine Wiederaufnahme in die kommunistische Internationale bewirken sollte. Bevor dieser Kleinbürger, der (wie er behauptet) einzige Marxist und das unglückliche Opfer der größtenwahnsinnigen Führer der KPF und der KI, seine Wiederaufnahme in die Internationale fordert, läßt er diese Forderung durch zwei oder drei unserer Zellen stellen, um sie nach ihrer Ablehnung zu wiederholen, indem er unseren Genossen Engler dazu veranlaßt, sie auf der Tribüne der Erweiterten Exekutive zu stellen. Die Exekutive muß darauf antworten mit der Bestätigung der Resolution des Exekutivkomitees, die die Wiederaufnahme Souvarines abgelehnt hat.

Die ehrlichen kommunistischen Arbeiter Frankreichs würden die Duldsamkeit im Hinblick auf Souvarine nicht verstehen, sowie der Elemente, die sich mit ihm solidarisieren und die, ihre Provokation auf die Spitze treibend, folgendes schreiben:

„Die Redaktionskommission des „Bulletin Communiste“, bestehend aus Mitgliedern der Partei und aus Ausgeschlossenen, die morgen wieder Mitglieder der Partei sein werden, hält es für ihre Ehrenpflicht, sich den Argumenten der Exekutive zu beugen: sie kann sich aber nicht oberflächlichen Behauptungen unterwerfen. Sie hält nach wie vor die Arbeit des „Bulletin Communiste“ und der „Révolution Proletarienne“ sowie ihre Kritik, nicht an die Partei und die KI im Prinzip, sondern an die Abweichungen, die die Gegenwart unfruchtbar gestalten und die Zukunft gefährden, für eine im höchsten Grade revolutionäre Arbeit. Die Unterzeichneten erklären sich mit der Redaktionskommission solidarisch und sagen der KI, daß man sie nicht auseinanderreißen könne. Innerhalb der Partei wie außerhalb verrichten sie die gleiche Arbeit: Sie bemühen sich zu retten, was vom französischen Kommunismus zu retten ist. — Nichts wird sie davon abhalten.“

Das läßt an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig und zeigt, wie diese zersetzenden Elemente, die sich, nicht gerade bescheiden, die Retter des Kommunismus nennen, die Disziplin verstehen. Trotz der Beschlüsse des Zentralkomitees der KPF und des Präsidiums der KI fahren sie in ihrer antikommunistischen Arbeit fort, in absoluter Solidarität mit dem intrigierenden Konterrevolutionär Souvarine, der kürzlich noch schrieb:

„In Rußland verhaftet man die Menschewiki, obgleich die Sowjetrepublik sie nicht mehr fürchtet. Man muß schon arm an Argumenten sein, wenn man zu dem der Unterdrückung greift.“

Der Skandal ist, daß 80 Kommunisten der Rechten sich mit diesem Souvarine solidarisieren; daß sie Souvarine unterstützen, der gelegentlich des Ablebens unseres Genossen Frunse folgendes zu schreiben wagte:

„Als Frunse das Amt des Volkskommissars für das Kriegswesen übernahm, war das nur eine Art Ministerposten. Die wenigen Monate, die er an dieser Stelle verbrachte, gestatteten es ihm nicht, sich durch neue Leistungen die Dankbarkeit des Proletariats zu erwerben.“

Und der nach dieser Behauptung in ironischem Tone den folgenden Nachruf fertigbrachte:

„Eine Ironie des Schicksals wollte es, daß im Jahre 1924 er es war, der in der Souvarine-Kommission des 5. Weltkongresses die russische Partei vertrat. Er hatte den Auftrag, für den Ausschluß einzutreten. Er tat es. Die ganze Frage war ihm unbekannt: ohne Kenntnis einer fremden Sprache (kaum daß er einige wenige Worte französisch verstand) war er außerstande, der Diskussion zu folgen. Jedoch, er hatte einen Befehl. Und das genügt für einen Soldaten. Ich sehe ihn noch vor mir, in eine Schachpartie vertieft . . . Er selbst war in der Politik nur eine Figur im Schachspiel.“

Das wagte dieses Bürschchen von einem Mann zu sagen, dem die Sowjetunion zum großen Teil den Sieg über die Weißen verdankt, und mit ihm paktieren und solidarisieren sich 80 Mitglieder der französischen Rechten.

Und damit das Bild vollständig werde, sei hier der Schluß der Oppositions-Erklärung angeführt:

„Die Führer der französischen Partei sind unfähig, Schluß zu machen mit diesem unerträglichen Regime, das für die Partei vernichtend ist, weil ein solcher Akt gleichbedeutend wäre mit ihrem Selbstmord. Die Partei hat sie nicht gewählt, erkennt sie nicht an und wird sie niemals akzeptieren. Was sie können und was sie hoffen, ist einzig, ihre armselige politische Existenz noch einige wenige Monate mit Hilfe der Knebelung, der Verleumdung und des Betruges aufrecht zu erhalten . . . Es ist an der Zeit, den Respekt vor feststehenden Tatsachen, ehrlichen Überzeugungen und geleisteten Diensten wieder zu Ehren zu bringen. Die Amoralität, der Zynismus, die Heuchelei, der Betrug, die Lüge, die Fälschung und Benutzung von Fälschungen, das Doppelspiel und die Intrigen, die charakteristisch sind für die hohe Politik der

„Leninisten“ neuesten Datums, die bis zu seinem Tode gewartet haben, um ihn für sich in Anspruch zu nehmen, — alles dies muß verurteilt werden.

Die Erweiterte Exekutive kann und muß die Krise der französischen Partei schnellstens zum Abschluß bringen. Läßt sie den Moment ungenützt vorübergehen, so macht sie ein revolutionäres kommunistisches Oppositionsorgan unerlässlich. Indem die Redaktionskommission des „Bulletin Communiste“ der Internationale einen neuen Beweis ihrer Treue gibt, ist sie entschlossen, die ehrlichen Kommunisten wachsam zu erhalten, und sie erklärt, daß angesichts des absoluten Verkennens der Grundsätze des Kommunismus, der Vergewaltigung der Beschlüsse der Partei und ihrer Statuten, der Verhöhnung ihres Bewußtseins gerade durch jene, denen die Partei anvertraut wurde — daß angesichts all' dessen die revolutionäre Verweigerung der Disziplin das elementarste Recht und die unbedingte Pflicht ist.“

Irgendein Kommentar hierzu dürfte überflüssig sein.

Diese Erklärung, die eine wirkliche Provokation ist, ist die Antwort der 80 Rechten, die sich in der Redaktionskommission des „Bulletin Communiste“ gruppieren, auf die Resolution der KPF und der KI, die sie zur Disziplin innerhalb der Partei aufforderten und zur Aufgabe ihrer Mitarbeit an diesem konterrevolutionären Organ, wenn sie nicht ausgeschlossen werden wollten.

Wir haben erklärt, daß wir nicht alle Rechten über einen Kamm scheren wollen: wir werden die Arbeiter ausnehmen, die sich zu ihnen geschlagen haben, weil sie an der Parteileitung etwas auszusetzen hatten. Wir werden ebenso handeln in bezug auf die Arbeiter unter den 80 Unterzeichnern dieser Resolution, die in politischen Fragen unzufrieden sind oder die sich täuschen ließen, und von denen sicher die Mehrheit dem verhängnisvollen Einfluß Souvarines entrissen werden kann. Die Partei weiß sehr wohl zu unterscheiden zwischen den Arbeitern, die sich verwirren ließen, und Intellektuellen, die sie verwirren.

Man muß jedoch hervorheben, daß die Opposition eine besondere Aktivität entfaltet hat unmittelbar nach der Konferenz vom 1. und 2. Dezember, auf der die französische Partei die Fehler der Einheitsfronttaktik richtigzustellen und ihre Methoden der inneren Organisation und der Verbindung mit den Gewerkschaften zu verbessern begonnen hat. Wir haben erklärt, daß die Partei mit Hilfe der KI die von der Konferenz vom 1. und 2. Dezember beschlossene Linie weiterführen wird bis zum vollständigen Verschwinden aller Fehler und falschen Methoden. Die gesamte Rechte hat sich dieser von der Konferenz angenommenen Resolution bemächtigt, um zu behaupten, daß die Parteiführung jetzt „ihre Plattform“ akzeptiert habe, und sie fordert ihre Mitglieder auf, in der Opposition und im Kampf gegen die Parteiführung fortzufahren, um (nach der Formel von Souvarine) die notwendige gründliche Reinigung zu erreichen.

Außerdem muß gezeigt werden, daß unmittelbar nach Aufforderung der Parteileitung an die Kommunisten, ihre Mitarbeit am „Bulletin Communiste“ einzustellen, deren Zahl in der Leitung des Organs von Woche zu Woche, und zwar von 8 auf 15, 40, 63 und schließlich auf 90 stieg. Das zeigt, wie die Opposition die Ausschlüsse provozieren wollte, im Interesse ihrer Agitation und um schließlich die Wiederaufnahme aller, mit Einschluß Souvarines, zu fordern.

Die Resolution der Exekutive muß fordern, daß mit dieser antikommunistischen und gegenrevolutionären Agitation Schluß gemacht wird, die,

weitergeführt und noch gesteigert, die Partei und die roten Gewerkschaften der CGTU zersetzen würde. Sie muß den 80 Unterzeichnern eine letzte Warnung geben, damit sie sich lossagen von dieser provokatorischen Erklärung und ihre Namen zurückziehen aus der Nachbarschaft der Ausgeschlossenen, wie Souvarine, den die Internationale als Konterrevolutionär gebrandmarkt hat; damit sie sich der Parteidisziplin unterwerfen und jede Fraktionsarbeit mit Souvarine aufgeben, wenn sie nicht Gefahr laufen wollen, selbst aus der Partei ausgeschlossen zu werden. Sie muß vor der gesamten Internationale die konterrevolutionäre Rolle und die Zersetzungsarbeit am Kommunismus verurteilen, die das „Bulletin Communiste“ und die „Revolutions Proletarienne“ betreiben.

G. MONMOUSSEAU:
DAS PROBLEM DER BEZIEHUNGEN
ZWISCHEN GEWERKSCHAFTEN UND PARTEI
IN FRANKREICH

Mehr als in jedem andern Lande ist in Frankreich das Problem Gewerkschaften und Partei ein verwickeltes Problem, das eine besondere Behandlung erfordert:

1. weil wir eine starke syndikalistische Tradition haben, die seit dem Jahre 1906 datiert;
2. weil die Entwicklung der revolutionären Opposition in den Gewerkschaften der Bildung der KP vorausgegangen ist;
3. weil wir es mit zwei Allgemeinen Gewerkschaftsbünden zu tun haben und weil die Spaltung in Frankreich eine der historischen Folgen des Protests der Klassenbewegung gegen die reformistische Führerschaft war, die seit 1914 zur Bourgeoisie übergegangen ist.

Infolge dieser verschiedenen Bedingungen darf man das Gewerkschaftsproblem in Frankreich weder behandeln unter dem Gesichtspunkte der russischen Frage, wo die Gewerkschaften in gewisser Beziehung durch die Kommunistische Partei geschaffen worden sind, noch im Hinblick auf die mehr oder weniger sozialdemokratische Form der deutschen, englischen oder belgischen Gewerkschaften, und man darf sie auch nicht behandeln, wie im allgemeinen in den Ländern, wo es keine Spaltung gibt.

Wir haben unbedingt eine gewisse Anzahl wichtiger Fehler begangen, insofern wir diese fundamentale Tatsache nicht von vornherein, an der Basis des Problems der Beziehungen von Partei und Gewerkschaften, berücksichtigten.

Diese Fehler haben sich auf das ganze Gebiet der Aktivität der Partei in der Frage der Einheitsfront ausgewirkt.

Es ist kaum nötig, bei der Tradition des französischen Syndikalismus besonders zu verweilen: die französischen Gewerkschaften haben sich der Vormundschaft der Parteien entzogen, um nicht der Ansteckung durch den parlamentarischen und reformistischen Geist zu unterliegen, der die Politik der sozialdemokratischen Parteien kennzeichnete.

Die syndikalistischen Führerkreise haben sich seit 1906 eine Ideologie geschaffen, die aus der einheitlichen CGT eine Art Gewerkschaftspartei machte, die in der Vorkriegszeit in Frankreich allein den Instinkt des direkten Kampfes der Arbeiter unter den Formen des Anarcho-Syndikalismus repräsentierte. Als die Sozialistische Partei sich noch völlig unter dem erdrückenden Einfluß der Sozialpatrioten befand, entwickelte sich bereits in den Gewerkschaften eine starke revolutionäre Minderheit gegen die reformistisch-nationalistische Politik Jouhaux' und seiner Freunde.

Wir haben niemals die Rolle von Monatte in bezug auf die Entwicklung der Oppositionskräfte in Frankreich unterschätzt, wir haben sein Manifest an das Zentralkomitee der CGT — einige Monate nach der Kriegserklärung — nicht vergessen: Jedoch hat das Manifest Monattes die Kriegsgegnerschaft nicht geschaffen, sie war nur ihr Ausdruck in einem gegebenen Moment der Geschichte.

Vom Moment der Kriegserklärung an, zu einer Zeit, da alle Stimmen freiwillig oder unfreiwillig schwiegen, wurde innerhalb der Gewerkschaften eine zähe Kleinarbeit geleistet, um das sozial-patriotische Fundament zu sprengen. Als das Komitee für die Wiederaufnahme der internationalen Beziehungen gebildet wurde, hatte dieses innerhalb der syndikalistischen Bewegung bereits eine Basis, und wir besaßen, als innerhalb der Sozialistischen Partei die Linksoption sich konstituierte, bereits starke Positionen bei den Eisenbahnern, den Bauarbeitern, den Metallarbeitern.

Sechs Monate vor dem Sozialistischen Kongreß in Tours, d. h. vor der Konstituierung der Kommunistischen Partei, hatte sich das Komitee der III. Internationale wegen Hochverrats zu verantworten, aber neben den Führern der Anhänger der III. Internationale mußten ca. 20 Führer der Gewerkschaftsminderheit auf der Anklagebank Platz nehmen, die in starkem Maße der anarcho-syndikalistischen Tradition anhängen.

Diese beiden Strömungen, die berufen sind, sich gegenseitig zu durchdringen, um eine starke und geschlossene Partei in Frankreich zu schaffen, sind in heftigem Gegensatz aufeinandergeprallt. Souvarine, Loriot und Monatte, die sich heute auf dem Rücken der russischen Revolution und der Internationale versöhnt haben, repräsentierten immer und repräsentieren auch heute noch den Gegensatz zwischen zwei Auffassungen über die Rolle einer kommunistischen Partei in Frankreich: die beiden erstgenannten betrachten die gewerkschaftliche Bewegung mit ihrem Apparat und ihren Kadern als eine Manövermasse, die man aus der Ferne dirigieren kann; Monatte dagegen sieht in der Kommunistischen Partei nur eine Organisation, die die gewerkschaftlich nicht organisierbaren Elemente zusammenfaßt: kleine Eigentümer, Advokaten, Literaten und Gelehrte.

Endlich ist in Frankreich die Spaltung nicht eine künstlich herbeigeführte Erscheinung. Von der Welle der revolutionären Opposition bedroht, warf die reformistische Führerschaft, d. h. der linke Flügel der Bourgeoisie, durch eine Reihe von Manövern ganze Organisationen, die in die Hände der Revolutionäre übergegangen sind, aus den Reihen der CGT, und das zu einer Zeit, wo die Frage der Beziehungen zwischen der Kommunistischen Partei und den Gewerkschaften noch nicht genügend klargestellt war.

Seit der Spaltung hat die reformistische CGT, trotz ihrer faktischen Zusammenarbeit mit den Vertretern der Bourgeoisie und dem rechten Flügel der Sozialistischen Partei, nicht aufgehört, nach außenhin ihre politische Unabhängigkeit von der einen wie von der anderen zu behaupten.

Andererseits ist eine solche Politik ganz im Sinne der Sozialistischen Partei, die in dem Abwehrkampf der Demokratie gegen die proletarische Diktatur die Rolle der Vorhut auf sich genommen hat. Die in der reformistischen CGT organisierten Massen können so auf zwei Karten ihre Hoffnungen setzen: Eroberung von Reformen auf parlamentarischem Wege und Eroberung un-

mittelbarer Zugeständnisse auf dem Wege von Verhandlungen zwischen den Organisationen der Arbeiter und den Unternehmerverbänden. Sie haben den Eindruck, daß im großen ganzen die Gewerkschaften sich ihre politische Unabhängigkeit gewahrt haben, und bilden so ein fruchtbares Feld für die antikommunistischen Kampagnen ihrer Führerschaft.

Das Problem der Partei und Gewerkschaften in Frankreich ist, wie in der gesamten internationalen Bewegung, in der folgenden Formel enthalten: Schaffung einer starken Kommunistischen Partei, die aufs engste mit den Gewerkschaften verbunden ist und die es versteht, die Massen auf verschiedenen Wegen mit sich zu reißen. Die Wahl des Wegs ist nicht immer glücklich gewesen. Sie hat uns oft in Sackgassen geführt, uns Zeit verlieren lassen und manchmal vom Ziele abgeführt.

Eine normale Lage würde erfordern, daß alle führenden Mitglieder der Gewerkschaftsbewegung nicht nur Mitglieder der Kommunistischen Partei sind, sondern daß sie absolut überzeugt sind von der der Kommunistischen Partei zukommenden Führerrolle auf allen Gebieten der revolutionären Aktivität, ja daß sogar die Massen bis zu einem gewissen Grade gewöhnt sind, die Gewerkschaftsbewegung unter dem Gesichtspunkt der Führung durch eine politische Partei zu betrachten und nicht dem einer gewissen politischen Selbständigkeit. In Frankreich ist die Lage eine andere, und die Möglichkeiten der Anwendung dieser Methoden sind um so eingeschränkter, als die reformistische CGT und die Sozialistische Partei nach Möglichkeit den Anschein einer gegenseitigen Unabhängigkeit zu wahren bemüht sind.

Hinsichtlich der Einschätzung der Rolle der Gewerkschaften beobachten wir unter den Gewerkschaften eine ganze Skala von Schattierungen: von ausgesprochen autonomistischen Gedankengängen bis zur bolschewistischen Auffassung.

Eine lange Periode der Anpassung, die um so kürzer sein wird, je eher unsere Bewegung in den faktischen Klassenkämpfen sich stählen wird, trennt uns von der Schaffung einer einheitlichen Führung der Arbeiterbewegung, so wie man sie in Frankreich durchzuführen versucht hat.

Dieser Versuch kann nicht anders als zahllose und gefährliche Konflikte zwischen den leitenden Körperschaften der Partei und der Gewerkschaften auf allen Stufen der Bewegung zur Folge haben.

Die faktische Verbindung der Partei mit den Massen kann nur durch die breiteste Arbeit der Kommunisten in den Gewerkschaften hergestellt werden. Es kann sich nicht darum handeln, auf dem Wege des Fraktionskampfes, durch verschiedene Manöver, die Kommunisten an die Führung der Gewerkschaften zu bringen. Die Kommunisten müssen vielmehr durch ihre wirkliche Arbeit in den Massen, durch ihren Eifer bei der Initiative für die Ausarbeitung von Tagesforderungen, durch ihren täglichen Kampf in allen kleinen und großen Fragen des Betriebes sich das Vertrauen der Massen erobern, die Gewerkschaften politisch und materiell stärken; sie müssen ihre Gewerkschaftsfunktionen in den beschließenden Versammlungen der Gewerkschaften selbst erobern. In Zeiten der Flaute ziehen die Massen einen Reformisten oder einen Anarcho-Syndikalisten, der sich für ihre Tagesnöte interessiert, dem Kommunisten vor, für den nur die Fragen der hohen Politik existieren.

Die zweite Bedingung der Verbindung der Partei mit den Gewerkschaften besteht darin, daß der Kampf gegen die gewerkschaftlichen Kaders, die sich der Kommunistischen Partei gegenüber mißtrauisch verhalten, ersetzt wird durch organische Arbeit, die die Sympathien dieser Elemente den Kommunisten gegenüber verstärkt.

Nur so werden die gesunden Elemente in den Gewerkschaften Vertrauen zur Partei fassen, ihre Rolle verstehen, und nur so wird man die Elemente, die sich nicht anzupassen vermögen, ausmerzen können, um den Weg frei zu bekommen für eine einheitliche Führung der Arbeiterbewegung.

Es ist klar, daß alle diese politischen Erwägungen auf die Organisationsmethoden und das Funktionieren der kommunistischen Fraktionen einwirken; sie stellen ganz besonders die Frage der Taktik der Einheitsfront in den Gewerkschaften; sie verurteilen in der entschiedensten Weise die mechanischen Organisationsmethoden, die in Frankreich eine Zeitlang angewandt wurden.

Sie entsprechen praktisch nicht einer rationellen Ausnützung der gewerkschaftlichen Funktionäre durch die Partei, sie bedeuten aber die ehrliche Zusammenarbeit im Kampf für die politischen und gewerkschaftlichen Tagesaufgaben entsprechend der von der Internationale festgelegten Linie.

Von der Vorhut der Partei hängt die Verwirklichung dieser wahrhaften Zusammenarbeit ab. Durch eine solche Politik führt sie über den Weg der Tageskämpfe die ganze Partei und die ganze Arbeiterbewegung zum Kampf um die Macht.

Das Problem Partei und Gewerkschaft in Frankreich läßt sich also dahin zusammenfassen:

1. gründliche Arbeit der Kommunisten in den Gewerkschaften;
2. wirkliche Zusammenarbeit der aktiven Mitglieder der Partei und der aktiven Mitglieder der Gewerkschaften auf allen Organisationsstufen.
3. Organisierung der Fraktionen und ihr Funktionieren auf der Grundlage einer elastischen Politik.
4. Politik des Vertrauens in bezug auf die CGTU auf Grundlage eines positiven Programms auf der Linie der Internationale.

SINOWJEW: ZUR FRANZÖSISCHEN FRAGE*

Die Eigenart der Krise in Frankreich

Genossen, in erster Linie muß man sich über die gegenwärtige allgemeine politische Lage in Frankreich klar werden. Welche ist sie?

Meines Erachtens wird von den französischen Genossen jetzt die Wichtigkeit der in Frankreich heraufziehenden Krise nicht nur nicht überschätzt, sondern eher sogar unterschätzt. Es gab eine Zeit, wo einzelne französische Genossen die Situation überschätzten, wo sie beispielsweise in einer Demonstration schon die Revolution sahen. (Die Demonstration aus Anlaß der Ueberführung der Ueberreste Jaurès ins Pantheon). Gegenwärtig können wir die offenbar gegenteilige Erscheinung beobachten.

Die französische Krise trägt einen überaus eigenartigen Charakter. Die materielle Lage der wichtigsten Arbeiterkategorien ist einstweilen relativ erträglich. Eine Arbeitslosigkeit ist nicht vorhanden. Und gerade dieses erweckt den Anschein relativen Wohlergehens. Es ist ja bekannt, daß die Arbeitslosigkeit die unvermeidliche Begleiterin einer Krise zu sein pflegt. In Frankreich ist sie aber zunächst nicht vorhanden. Daher bei manchen französischen Genossen dieser trügerische Eindruck. Wenn man sich mit Genossen unterhält, die eben aus Frankreich zurückgekehrt sind, so ersieht man deutlich, daß die französischen Genossen sich bei weitem noch nicht der ganzen Unvermeidlichkeit der in Frankreich heraufziehenden Krise bewußt werden.

Mit den unteren Schichten der Arbeitermassen, mit der Masse der unqualifizierten Arbeiter ist die KPF noch nicht in genügendem Maße verbunden. Den Bestand unserer Parteiorganisation, besonders in Paris, bilden hauptsächlich qualifizierte Arbeiter. Das erklärt, warum die französischen Genossen des öfteren auf Grund einseitiger Eindrücke urteilen, die sie aus der Berührung mit nur geringen Arbeiterschichten erhalten. Manche Genossen vermögen über ihren eigenen Kreis nicht hinauszusehen.

Womit ist die Eigenart der von Frankreich jetzt durchlebten Krise — das vorläufige Fehlen der Arbeitslosigkeit usw. — zu erklären? Damit, daß Frankreich ein Siegerland ist, daß der Versailler Friede doch irgendwie der französischen Bourgeoisie die Möglichkeit gegeben hat, sich bis zu einem gewissen Grade die aus Deutschland gesogenen Säfte zunutze zu machen. Freilich hat die französische Bourgeoisie von Deutschland nicht soviel erhalten, wie ihr von Poincaré u. Co. versprochen worden war, als diese versicherten, daß der Deutsche für alle zerbrochenen Töpfe schon bezahlen werde. Einiges hat sie aber doch erhalten.

* Rede in der französischen Kommission der Erweiterten Exekutive.

Die Grundzüge der französischen Krise

Die ganze Eigenart der Lage in Frankreich besteht eben darin, daß bei einem relativ günstigen Stande in der Entwicklung der Industrie, trotz fehlender Arbeitslosigkeit die Krise dennoch heranreift. Wir wollen nur die Grundzüge dieser Krise aufzeigen.

Da ist vor allem die Valutafrage. Wie Sie wissen, ist es selbst ärmeren Ländern als Frankreich schon gelungen, ihre Valuta zu stabilisieren. Frankreich hat dies bisher nicht zu erreichen vermocht.

Dann die Budgetfrage, die Frage der inneren und äußeren Verschuldung. Es ist natürlich schwer zu sagen, wie sich die Wechselbeziehungen Frankreichs und Amerikas endgültig gestalten werden. Wenn in der nächsten Zeit zwischen Amerika und Frankreich eine Vereinbarung in der Schuldenfrage getroffen werden sollte — was wenig wahrscheinlich ist — so kann dies die Lage in Frankreich nur für einige Zeit verändern. Die Verhandlungen Caillaux' haben gezeigt, welche schwere politische und wirtschaftliche Bedingungen das amerikanische Kapital Frankreich stellt (Abrüstung, Kontrolle der Eisenbahn, der Banken, der Industrie usw.) Eine zeitweilige Stabilisierung des Franken würde gleichzeitig eine unmittelbare Gefahr für die Industrie Frankreichs bedeuten; nicht nur der Prozeß der weiteren Industrialisierung würde voll und ganz von Amerika abhängen, auch die Unfähigkeit, gegen Deutschland und England zu konkurrieren, würde unmittelbar zu einer Krise in der Industrie, zu einer Stilllegung eines Teils der Fabriken, zur Arbeitslosigkeit usw. führen. Die ganze kapitalistische Presse spricht ganz offen von dieser Gefahr und zieht die Inflation, die den Mittelstand expropriert, einer industriellen Krise vor. Die negativen Resultate des Dawes-Planes in Deutschland werden von der französischen Bourgeoisie aufmerksam studiert.

Welches ist in Zusammenhang damit die allgemeine politische Lage? Man mag über Einzelheiten verschiedener Meinung sein, in der Hauptsache ist aber nicht zu bestreiten, daß Frankreich seine dominierende Stellung auf dem europäischen Kontinent zu verlieren im Begriff ist. Die französische Bourgeoisie hat trotz ihres Sieges im imperialistischen Kriege, trotz der vor sich gehenden Industrialisierung des Landes ihre führende Stellung auf dem europäischen Kontinent verloren. Man kann sogar sagen, daß dem derzeitigen Frankreich bis zu einem gewissen Grade die Gefahr droht, in eine „Provinz“ verwandelt zu werden.

Zu allem Gesagten kommt noch die innere politische Krise. Frankreich galt als das Land des klassischen Parlamentarismus. Das parlamentarische System in Frankreich, es verfault aber vor unseren Augen. Es sind das nicht die Parlamentskrisen, die Frankreich vor dem imperialistischen Kriege durchgemacht hat, es sind Krisen, die die Lage bedeutend mehr revolutionieren.

In unseren allgemeinen Thesen wird darauf hingewiesen, daß zur Zeit in Frankreich die Kleinbourgeoisie am Ruder ist, die in Wirklichkeit tagtäglich vor der Großbourgeoisie kapituliert, und daß die Krise der gegenwärtigen Parlamentskabinette in erheblichem Maße eine Krise der kleinbürgerlichen Parteien darstellt. Die französischen Genossen haben zu unseren Thesen eine Verbesserung beantragt: sie wünschen, daß in den Thesen gesagt werde,

daß in Frankreich eine Regierung der Großbourgeoisie am Ruder sei, die sich nur auf die kleinbürgerlichen Schichten stütze. Unserer Ansicht nach zeugt diese Korrektur von einer unrichtigen Einschätzung der Lage durch die französischen Genossen. In einem Lande bürgerlicher „Demokratie“ stützt sich jede Regierung bis zu einem gewissen Grade auf die Kleinbourgeoisie. Das charakteristische Merkmal der jetzigen französischen Kabinette ist nicht die Tatsache, daß sie sich auf die Kleinbourgeoisie stützen müssen, sondern der Umstand, daß sie unter direkter oder indirekter Hilfe der Sozialdemokratischen Partei regieren müssen. Briand ist natürlich kein Kleinbürger. Er ist einer der prominenten Agenten der Großbourgeoisie. Der Linksblock in seiner Gesamtheit, jener linke Block, der mit Hilfe und mit Unterstützung der Sozialdemokratischen Partei regiert, ist jedoch in Wirklichkeit ein kleinbürgerlicher Block. Die Krise des Linksblockes ist die Krise der kleinbürgerlichen Parteien in Frankreich.

Dazu kommt, daß Frankreich zwei Kolonialkriege führt (Marokko, Syrien). Das ist in der französischen Kommission, wo auch nach zwei Fronten gekämpft wurde, aber nach anderen, beinahe vergessen worden. (Heiterkeit.) Diese beiden Kolonialkriege bedeuten den Beginn der Krise im französischen Kolonialbesitz.

Neben dem Gesagten darf auch die Lage der Dinge in den anderen kapitalistischen Ländern, besonders bei den Nachbarn des bürgerlichen Frankreichs nicht außer acht gelassen werden. Die Kurve der kapitalistischen Entwicklung in England geht nach unten. Auch da zieht eine Krise herauf. Gleichzeitig mit Frankreich durchlebt auch Deutschland eine Krise. Die Krisen in diesen drei Hauptländern Europas verfolgen sozusagen die gleiche Linie.

Endlich ist auch die in der französischen Sozialistischen Partei vor sich gehende Umschichtung von ernster symptomatischer Bedeutung. Auch das ist eines der Anzeichen der heraufziehenden Krise. Wir alle kennen den Wert des „Radikalismus“ eines Compère Morel, wir kennen alle den Wert Renaudels und Blums. Man darf die Bedeutung des Kampfes der einzelnen Gruppen und Grüppchen unter diesen Herren nicht überschätzen. Indessen ist, was auf der Oberfläche der französischen Sozialistischen Partei vor sich geht, nur der Ausdruck einer tieferen Unzufriedenheit, die in bestimmten Schichten der Arbeiter und der Kleinbourgeoisie heranreift. Ich bin mit der von einigen französischen Genossen gegebenen Analyse nicht einverstanden, die in dem rechten Flügel der französischen Sozialistischen Partei die Tendenz einer Arbeiteraristokratie und im linken die Tendenz der Arbeitermassen des Zentrums sieht. Im großen und ganzen ist die Sozialistische Partei Frankreichs eher eine kleinbürgerliche als die sozialdemokratischen Parteien der anderen Länder. Die Krise der französischen Sozialistischen Partei ist in erheblichem Maße eine Krise der Kleinbourgeoisie.

*Die Unterschätzung der Bedeutung der heraufziehenden Krise durch die
Kommunistische Partei Frankreichs*

Die KPF ist in ihrer Gesamtheit gegenwärtig nicht nur weit entfernt von einer Ueberschätzung der heraufziehenden Krise, sie unterschätzt dieselbe

sogar. Das ist eben die Gefahr. Und doch ist die Lage in Frankreich eine solche, daß die französische Kommunistische Partei in allernächster Zeit vor äußerst verantwortungsvollen Aufgaben stehen kann.

Verantwortliche Redner der KPF haben hier gesagt, daß die Lage der Dinge in Frankreich gegenwärtig nicht für uns, sondern daß sie für die Sozialistische Partei günstig sei. Damit erklären sie die geringen Erfolge unserer Partei in Frankreich in der letzten Zeit.

Genossen, das ist keineswegs eine nur akademische Frage. Wenn die Führer der Partei glauben, daß die Zeit jetzt nicht für uns, sondern für unsere Gegner in der Sozialistischen Partei günstig ist, so ergibt sich daraus ein ganz bestimmter Ton für die gesamte Tätigkeit. Daraus entspringen auch ernste praktische Folgen. Die Sache ist aber die, daß diese Genossen im Unrecht sind. Die Lage in Frankreich ist gerade für die Kommunistische Partei günstig, und durchaus nicht für die Reformisten — selbstverständlich nur bei einer richtigen Taktik unsererseits.

Der Sieg des Linksblocks über Poincaré und die erste Periode seiner Herrschaft war wirklich ein „goldenes Zeitalter“ für den Reformismus. Der Sieg des Linksblockes erfolgte in einem Augenblick, wo das Volk von Haß erfüllt war gegen den nationalen Block, wo bedeutende Schichten der Kleinbourgeoisie und auch der Arbeiter erwarteten, daß der Linksblock eine ganz neue Lage für die Massen schaffen würde. Die reformistischen Illusionen sind zählebig. Es ist wahr, sie sind in den Massen auch gegenwärtig noch lebendig. Es kann aber keinem Zweifel unterliegen, daß bei der gegenwärtigen Lage der Dinge diese Illusionen mit jedem Tage mehr schwinden müssen. Das ist es, weshalb wir schon im Plenum davon gesprochen haben, daß sich für die französische Kommunistische Partei die Möglichkeit eröffnet, bei richtiger Anlage der Arbeit nicht nur einen Schritt, sondern sogar einen großen Sprung vorwärts zu tun.

Dazu ist natürlich vor allem notwendig, eine richtige Einschätzung der Lage zu haben. Es muß Klarheit darüber herrschen, daß in Frankreich die ganze objektive Lage jetzt mit Unvermeidlichkeit zur Revolutionierung führt.

Die französische Sozialistische Partei steht mit einem Fuß in der Regierung, mit dem anderen Fuß außerhalb derselben. Sie entschließt sich nicht, direkt ins Kabinett hineinzugehen, sie ist aber an den Linksblock geschmiedet wie der Sträfling an die Karre und kann keinerlei selbständige Position im Verhältnis zur Regierung einnehmen. Gleichzeitig erleben die der Sozialistischen Partei folgenden Massen Enttäuschung über Enttäuschung und können sich mit jedem Schritt erneut davon überzeugen, daß der von der französischen Sozialistischen Partei unterstützte Linksblock vor dem Großkapital kapituliert. Gerade diese Situation begünstigt im höchsten Maße die Durchführung der Einheitsfronttaktik. Die Lage in Frankreich ist so, daß unsere Partei bei richtiger Führung die Möglichkeit hat, nicht nur einen bedeutenden Teil der Arbeiterklasse, sondern gewaltige Schichten des Volkes überhaupt — die Bauern, kleine Angestellte, Teile der arbeitenden Intelligenz usw. — mit sich zu reißen. Die Demonstrationen in Paris zeugen deutlich von dem Vorhandensein solcher Möglichkeiten.

Darum vor allem: Weg mit der Behauptung, daß die gegenwärtigen französischen Verhältnisse dem Anwachsen der Sozialistischen Partei, daß sie nicht uns günstig seien!

Daß das begriffen wird, ist unter anderem auch darum notwendig, weil man nur dann die Rolle der „kommunistischen“ rechten Opposition (Souvarine und Co.) richtig einschätzen kann. Souvarine und seine Gruppe gehen eben davon aus, daß keinerlei revolutionäre Krise in Frankreich bevorstehe. Sie glauben nicht daran, daß die Lage in Frankreich sich revolutioniert und verschärft. Sie sehen nicht, daß die Verhältnisse in Frankreich auf die Hegemonie des Proletariats in der ganzen Bewegung gegen den Nationalblock zutreiben, sie ahnen nicht, daß im Lande entscheidende Kämpfe heraufziehen.

Die französische Kommunistische Partei und die Arbeit in den Massen

Das bestimmt auch die Grundlage unserer Arbeit in Frankreich. Worin muß dieselbe bestehen?

Vor allem in der Erkennung jener Tatsache, daß es bei uns in Frankreich noch keine ernsthaften Massenorganisationen der Arbeiter gibt. In Frankreich gibt es heute 10 Millionen Arbeiter — wenn nicht mehr. Dabei beträgt die Zahl der organisierten Proletarier in beiden Arbeitskonföderationen höchstens 600 000 (ohne die Angestellten usw.). Mit anderen Worten: von 10 Millionen Arbeitern sind etwas mehr als eine halbe Million in Gewerkschaften organisiert, wobei die Hälfte auf die Reformisten entfällt. Die Zahl der aktiven Kaderns in der Unitären (Roten) Arbeitskonföderation beträgt wahrscheinlich höchstens einige 10 000. Aus diesem Grunde müssen wir vor allem einsehen, daß es in Frankreich zunächst noch keine wirklichen, ernsthaften Massenorganisationen der Arbeiter gibt; diese müssen erst geschaffen werden. In Paris allein gibt es zur Zeit $\frac{1}{4}$ Million Metallarbeiter; wieviel von ihnen haben wir aber zu organisieren vermocht?

Das ist es, weshalb im Zentrum unserer ganzen Aufmerksamkeit jetzt die Arbeit in den Massen, die Organisierung der Nichtorganisierten stehen muß. Die Hauptaufmerksamkeit muß diesen 95 Prozent der nichtorganisierten französischen Proletarier zugewandt werden. Hier ist der Zentralpunkt unserer Tätigkeit. In Frankreich gab es bis jetzt keine Tradition großer Massenorganisationen. Jetzt aber, angesichts der 10 Millionen Arbeiter in Frankreich, kann und muß eine solche Tradition geschaffen werden. Die Hauptaufmerksamkeit gehört der Eroberung der noch nicht organisierten Arbeiter. Selbstverständlich werden wir mit den Spitzen der reformistischen Organisationen unterhandeln müssen. Im Mittelpunkt unserer Aufmerksamkeit aber müssen die noch nicht eroberten $\frac{9}{10}$ der französischen Arbeiter sein.

Hieraus ergibt sich auch die große Bedeutung der Gewerkschaftsfrage in Frankreich. Wenn wir einen Rückblick werfen auf alle früheren Krisen in der französischen Kommunistischen Partei, so sehen wir, daß die Hauptrolle in ihnen stets die Gewerkschaftsfrage gespielt hat. So war es immer in Frankreich, so ist es auch jetzt. Welches sind nun unsere Aufgaben auf diesem Gebiete?

Vor allem muß richtig erkannt werden, daß wir in Frankreich noch keine Massengewerkschaften besitzen. Daraus die Losung: „Heran an die Massen! Dann — ich glaube, daß wir das hier offen aussprechen müssen — müssen die Führer unserer revolutionären Gewerkschaften ihre Anstrengungen verdoppeln für eine richtige Durchführung der Einheitsfronttaktik. Ohne die Hindernisse in unserer eigenen Mitte zu überwinden, ist ein Vorwärtsgang in bezug auf Durchführung der Einheitsfront unmöglich. Die Antwort der französischen Genossen aus der Unitären Arbeitskonföderation ist gewöhnlich: Was sollen wir machen, wenn die Reformisten die Einheit nicht wollen. Wir haben ja schon so viele offene Briefe an sie gerichtet.

Daß die Führer der französischen Reformisten die Einheit sabotieren, unterliegt keinem Zweifel, aber daß auch in unseren eigenen Reihen der Gesichtskreis durch die Sonderinteressen unserer einzelnen Organisationen beschränkt wird, daß auch wir nicht alles Nötige tun, um die Idee der Einheit, ungeachtet der Hindernisse seitens der reformistischen Führer, um jeden Preis durchzusetzen, das ist ebenfalls Tatsache. In unseren allgemeinpolitischen Thesen wiesen wir offen darauf hin, daß in Frankreich (beiläufig bemerkt auch in der Tschechoslowakei) kein weiterer ernsthafter Erfolg möglich sei, solange es uns nicht gelingt, den stillschweigenden Widerstand unserer eigenen Genossen aus den revolutionären Gewerkschaften gegen die Durchführung der Einheitsfronttaktik zu brechen. Ich sehe darin niemandes persönliche Schuld. Die Eingenommenheit für die eigene Organisation ist allen eigen. Wir müssen aber doch endlich einsehen, daß 250—300 000 Arbeiter, die in unseren Gewerkschaften in Frankreich organisiert sind, gegenüber den 10 Millionen Arbeitern ein Tropfen im Meere sind. Wir brauchen Millionen. Denkt daran, was Lenin darüber schrieb, daß in der jetzigen Epoche eine ernsthafte Politik erst dort beginnt, wo Millionen Arbeiter beteiligt sind.

Welches sind die Fehler unserer Partei auf dem Gebiete ihrer Beziehungen zu den Gewerkschaften? Die Fehler der Partei bestehen des öfteren in der überstarken Unterstreichung ihrer führenden Rolle in den Gewerkschaften. Eine Kinderkrankheit analogen Charakters haben wir seinerzeit in anderen Ländern erlebt, sogar in Rußland. Die Leute bemühen sich, Etikettchen auf die Gewerkschaften zu kleben: das hier ist unsere kommunistische Gewerkschaft, hier hat, wie im eigenen Hause, unsere Partei zu bestimmen. Eine derartige Methode der „Arbeit“ schädigt uns überall — und besonders in Frankreich, wo die syndikalistischen Traditionen noch stark sind. Die jungen Parteimitglieder, die oft abseits von der gewerkschaftlichen Tagesarbeit stehen, blicken auf sie von oben herunter: es ist alles egal, die Partei leitet euch ja. Diese Stimmungen stiften den größten Schaden. Man erobert die Gewerkschaften nur durch langjährige Arbeit innerhalb ihrer Reihen. Der Kommunist muß durch seine Kleinarbeit in den Gewerkschaften beweisen, daß er ihnen die größten Dienste erweisen kann, daß er nicht nur Prinzipien zu formulieren, sondern auch sachliche Arbeit zu leisten vermag.

Es muß weiter anerkannt werden, daß in einer bestimmten Schicht von Arbeitern in den französischen revolutionären Gewerkschaften — leider! — noch immer ein Streben nach „Unabhängigkeit“ von der Partei vorhanden ist. Diese Genossen begreifen zuweilen in der Theorie sehr gut, daß von einer

Unabhängigkeit der Gewerkschaften von der Partei nicht die Rede sein kann, in der Praxis aber zeigen sie sich von einer anderen Seite. Manche von ihnen haben, man kann sagen, ihre unrichtigen Anschauungen über die Beziehungen zwischen Gewerkschaften und Partei mit der Muttermilch eingesogen. Auf diesen Geist der „Unabhängigkeit“ spekulieren jetzt Monatte und Rosmer, die zu den „prähistorischen“ Zeiten der französischen Gewerkschaftsbewegung zurückgekehrt sind. Ich glaube, die „Unabhängigkeit“ von der Partei muß um jeden Preis ausgerottet werden.

Alle diese Umstände müssen wir uns in Erinnerung rufen, damit wir die Gewerkschaftsfrage in Frankreich lösen können. Unsere Losung ist folgende: Nicht 5 Prozent, sondern für den Beginn wenigstens 25 Prozent gewerkschaftlich Organisierter, d. h. nicht eine halbe Million, sondern im Minimum $2\frac{1}{2}$ Millionen Arbeiter muß die Gewerkschaftsorganisation erfassen. Unsere Partei hat noch keine dauernde breitangelegte systematische Kampagne geführt zum Zwecke der Erweiterung der Gewerkschaftsorganisationen. Es handelt sich natürlich nicht darum, daß man ein Dutzend Artikel und ein halbes Dutzend Zirkulare über diesen Punkt schreibt. Es handelt sich darum, daß man die ganze Masse durchdringt, das ganze Land bearbeitet, in jede Werkstatt eindringt. Man muß lernen, mit den 10 Millionen französischen Proletariern „deutsch“ zu sprechen (im guten Sinne des Wortes), d. h. in der Sprache der breiten Massenorganisation.

In Deutschland können wir nicht einen Schritt vorwärts tun in der Durchführung der Einheitsfront, ohne mit den Spitzen der Sozialdemokratischen Partei und der sozialdemokratischen Gewerkschaften in Verhandlungen einzutreten. Das erklärt sich sehr einfach dadurch, daß die deutsche Sozialdemokratie und die deutschen Gewerkschaften in ihren Organisationen Millionen von Arbeitern zählen. In Frankreich muß die Hauptaufmerksamkeit der nichtorganisierten Masse zugewandt werden.

Gleichzeitig darf aber auch die Arbeit in der Bauernschaft nicht vergessen werden. Die revolutionäre Vergangenheit Frankreichs — 1789, 1848 usw. — hat eine reiche Erfahrung hinterlassen in bezug auf die Frage der Behandlung der Bauernmassen. Unsere Partei hat bedauerlicherweise diese Erfahrungen nicht in Betracht gezogen und ausgenützt. Die Cahiers des paysans, die Bauerndelegationen usw. könnten unter den gegebenen Verhältnissen unserer Partei ungeheure Möglichkeiten eröffnen. Der Kampf gegen den Krieg hat in der letzten Zeit nachgelassen; im Beginne des Marokkokrieges, das muß anerkannt werden, wurde aber die Arbeit in musterhafter Weise geführt. Die wichtigste Aufgabe ist: Heran an die Massen, an die breiten Massen der Arbeiter und Bauern.

Die Gefahr der Entstehung einer rechten „Partei“

Nummehr etwas über die Rechten. Meines Erachtens treten schon in Frankreich die Konturen einer Rechten Souvarine-„Partei“ hervor. Was Frossard nicht gelungen ist, gelingt offenbar teilweise Souvarine. In Frankreich gab es bekanntlich auch Parteien, deren zahlenmäßige Stärke einige hundert Mann nicht überschritt. Ich kann mir's vorstellen, daß Souvarine eine solche „Partei“ von einigen hundert oder einigen tausend Seelen wird

bilden können, ja daß er mit Hilfe der Bourgeoisie sogar einige Deputierte durchzubringen vermag.

Ich muß hier geradeheraus sagen: mir gefällt das gegenwärtige Verhalten der französischen Genossen gegenüber dem hier anwesenden Genossen Engler (einem Anhänger Souvarines, der nach Moskau wegen Abgabe von Erklärungen berufen ist) durchaus nicht. Niemand hat ihm die volle Wahrheit ins Gesicht gesagt. Und doch muß dem Genossen Engler direkt erklärt werden, daß die Tatsache der Bildung einer rechten Gruppe vorhanden ist, die es versucht, zu einer Konkurrenzpartei für die Kommunistische Partei zu werden. In der Epoche des Kampfes gegen die russische Selbstherrschaft, als die Liquidatoren bei uns zur Schaffung ihrer legalen Partei schritten, da erklärte Lenin, daß diese „Arbeiterpartei“ in Wahrheit eine Stolypinsche, d. h. eine zaristische, reaktionäre Arbeiterpartei sei. Meines Erachtens ist, was Souvarine u. Co. jetzt tun, nichts anderes als der Versuch zur Schaffung einer antibolschewistischen Souvarine-Partei, die in Wirklichkeit für die Bourgeoisie arbeiten wird. Gewiß, dem möchte man zunächst keinen Glauben schenken. Genau so wenig wollte man seinerzeit glauben, daß Martow je eine konterrevolutionäre Partei würde schaffen können, er hat sie aber geschaffen. Das ergibt sich nämlich aus der Logik des Kampfes: wer einen Kampf gegen die Kommunistische Partei begonnen hat, der gleitet unvermeidlich in das bürgerliche Lager hinab.

Wie aus einem Füllhorn ergießen sich über uns die Deklarationen der Rechten. Nach der Lektüre der letzten Deklaration der Rechten muß ich sagen, daß ein ZK, das eine ähnliche, die ganze Partei mit gemeinen Schimpfworten bedenkende Deklaration duldet, von niemand ernst genommen werden würde; wer würde für solches ZK noch Achtung übrig haben?

Unsere Meinungsverschiedenheiten mit den Rechten in Frankreich haben grundlegenden Charakter. Die erste Meinungsverschiedenheit: Die Rechten glauben nicht an die revolutionäre Entwicklung in Frankreich, sie bereiten sich auf eine solche nicht vor, kommen ihr nicht entgegen, arbeiten nicht in dieser Richtung. Die zweite Meinungsverschiedenheit betrifft die Frage über den Krieg. Aus einer ganzen Reihe von Dokumenten und Reden geht hervor, daß die französischen Rechten im Grunde auf dem Boden des Sozialpatriotismus stehen. Freilich, das Jahr 1926 ist nicht das Jahr 1914. Gegenwärtig verhalten sich die Sozialpatrioten erheblich vorsichtiger. Aber die gedruckten Veröffentlichungen der Souvarine-Gruppe über die Unmöglichkeit einer Verbrüderung mit einer „niedrigeren“ Rasse, ihre Formulierungen bezüglich der Frage Savoyen und Nizza, die wir im Plenum der Komintern zitierten — all das ist nichts anderes als Sozialpatriotismus. Wenn ein neuer großer Krieg ausbrechen sollte, werden die Masken fallen. Für den gegebenen Moment genügt, was die Rechten ausgesprochen haben, um zu sehen, in welche Richtung diese Gruppe hineinwächst. Die dritte Meinungsverschiedenheit: die Rechte tritt gegen die Eroberung der Bauernmassen und gegen die Neutralisierung der Kleinbourgeoisie auf, indem sie dabei die banalen Anschauungen der SPF und der II. Internationale verteidigt. Die Verelendung der Massen sieht sie als „positiven“ Prozeß der Industrialisierung Frankreichs an und stellt sich somit immer mehr auf den Boden der kapitalistischen Ordnung. Die vierte Meinungsverschiedenheit betrifft die

Fragen des organisatorischen Aufbaues der Partei. Die Rechten glauben offenbar, daß man eine kommunistische Partei auf irgendeiner beliebigen Grundlage aufbauen könne, nur nicht auf der Grundlage von Betriebszellen. Engler sagt: wir sind nicht gegen Betriebszellen überhaupt, aber wir sind gegen ihre Bildung dort, wo im ganzen 5—6 Kommunisten vorhanden sind. Das kann man verstehen. Auch wir sind Anhänger zahlenmäßig stärkerer Zellen, doch dreht sich der Streit im Augenblick nicht darum. Der Streit geht darum, welches Prinzip der Organisation dem Aufbau unserer Partei zugrunde liegen muß. Als allgemeine Regel muß eine kommunistische Organisation auf der Grundlage der Betriebszellen aufgebaut werden. Die fünfte „kleine“ Meinungsverschiedenheit betrifft die Frage nach dem Verhältnis zur Kommunistischen Internationale. Souvarine u. Co. sind im Grunde Gegner der Komintern, sie stehen ihrer ganzen Linie feindselig gegenüber. Sie nutzen jede Meinungsverschiedenheit in unserer Mitte aus. Und doch sind Meinungsverschiedenheiten in einer so großen Weltpartei unvermeidlich. Sie sind verschiedene Gegner der Einheitsfronttaktik in der Auslegung der Komintern. Sie reden sich in die widerlichste Agitation selbst aus Anlaß des Mausoleums für Lenin hinein. Mit jedem Tage entfernen sie sich immer mehr von der Komintern.

Wir alle wissen, wessen man sich in Frankreich zu versehen hat; sobald man gegen die Kommunistische Partei aufzutreten beginnt, wird man sich auch bald in den Armen der Bourgeoisie sehen. Souvarine hat sich entschlossen, zu „beginnen“, er ist für die Kommunistische Partei ohne Zweifel verloren.

Gen. Engler sagt: Ihr mögt noch so schwere Bedingungen stellen, sagt uns aber, unter welchen Bedingungen ihr bereit seid, Souvarine wieder in die Komintern aufzunehmen. Gen. Engler, hat etwa der 5. Kongreß zu harte Bedingungen gestellt? Der 5. Kongreß hat Souvarine gesagt: wenn du im Laufe eines Jahres dich der Disziplin unterordnen, nicht offen gegen die Partei kämpfen wirst, dann kannst du die Frage deiner Rückkehr stellen. Hat sich etwa Souvarine dieser Forderung gefügt? Nein, er hat sich nicht gefügt. Er hat eine Zeitschrift ins Leben gerufen, deren Spalten angefüllt sind mit einer ungeheuren Verleumdung gegen die französische Kommunistische Partei und die ganze Komintern. Er versteckt sich hinter dem Rücken einiger Dutzend guter Arbeiter, die er veranlaßt, all seine verleumderischen Deklarationen gegen die Partei zu unterschreiben. Diese aus einer Reihe von Mißverständnissen heraus Souvarine folgenden Arbeiter werden wir zurückzugewinnen versuchen. Der Grundkern der Souvarine-Partei jedoch steht jenseits der Barrikade. Das sind Grüppchen, die sich allmählich in Agenten der Bourgeoisie verwandeln.

Souvarine erscheint es vorteilhaft, einen monatelang währenden Schriftwechsel zu führen, Deklarationen auszutauschen, um damit unsere Partei immer mehr zu zersetzen. Die Komintern muß der französischen Kommunistischen Partei helfen, diesem unerhörten Spiel ein Ende zu machen.

Die Aufgabe der Französischen Kommunistischen Partei

Die französische Kommunistische Partei ist in ihrer Gesamtheit kräftiger und beharrlicher als ihre Spitzen. In der Parteiführung steht lange nicht alles besonders günstig. Hier drohte sogar eine Zeitlang die Gefahr der Zer-

splitterung. Wenn die Sache so weiter geht, wenn wir es nicht verstehen werden, unverzüglich eine bedeutend größere Festigung des ZK der Partei zu erreichen, wird die Souvarine-Gruppe der kommunistischen Bewegung großen Schaden zufügen können. Diese Souvarine-Gruppe weiß, was sie will. Ohne in den Mitteln wählerisch zu sein, bemüht sie sich, einen Keil nach dem anderen in unsere Organisation hineinzutreiben. Wenn die Zersplitterung der Kräfte in der Führung der Kommunistischen Partei weiter geht, wenn das ZK ihre früheren Fehler nicht zu korrigieren vermag und nicht gleichzeitig vollkommene Einheit im Kampf gegen die Rechten zeigen wird, werden der französischen Partei ernste Gefahren drohen.

Auf welchem Boden muß eine Festigung der Kräfte in der Führung der französischen KP erfolgen? Es ist klar, daß eine solche prinzipielle Grundlage die Beschlüsse der Komintern darstellen müssen, die wir hier in Weiterentwicklung der Dezemberkonferenz der französischen Kommunistischen Partei im Jahre 1925 annehmen werden.

Man darf auch jene Fehler nicht mit Schweigen übergehen, die von den Mitgliedern des französischen ZK begangen wurden. Die französische Sektion gehört nicht zu der Zahl unserer schlechtesten Sektionen. Vergleichen Sie die französische Partei, wie sie vor 2—3 Jahren ausgesehen hat und wie sie heute erscheint. Sie ist gewachsen, hat sich proletarisiert, schreitet vorwärts. Die französische Kommunistische Partei hat aber noch keine ernststen Schlachten hinter sich, sie ist noch nicht im Kampfe gestählt, sie hat noch nicht die Luft des Bürgerkrieges geatmet.

Ich halte es für meine Pflicht, zu betonen, daß die französische Kommunistische Partei bemüht ist, ehrlich und gewissenhaft alle Beschlüsse der Komintern durchzuführen, doch hat sie immerhin noch Fehler gemacht. Auf wem ruht die Verantwortung für diese Fehler?

Gewiß, auch das Exekutivkomitee der Komintern in seiner Gesamtheit trägt die Verantwortung für diese Fehler, soweit es nicht immer zur rechten Zeit eingegriffen, nicht immer zur rechten Zeit die nötigen Anweisungen gegeben hat. Verantwortlich ist aber auch das ZK der französischen KP in seiner Gesamtheit. Wenn das eine oder andere seiner Mitglieder unrichtige Losungen ausgegeben hat, so war das ZK der Partei verpflichtet, diese Fehler zu korrigieren, rechtzeitig. Wenn man nach persönlicher Verantwortung fragt, so muß man sagen: für die politischen Fehler ist zu 90 Prozent Gen. Treint verantwortlich, für die organisatorischen in erster Linie die Genossin Susanne. Gen. Humbert-Droz hat die ganze Kette der politischen Fehler, die vom Gen. Treint begangen wurden, eingehend dargelegt. Ich schließe mich dem Gen. Humbert-Droz an. Ich will damit nicht sagen, daß die von mir genannten Genossen keine Verdienste hätten. Denken Sie daran, daß die Gruppe der Linken unter engster Beteiligung von Susanne Girault und Treint den Kampf gegen Frossard und andere durchgeführt hat. Fehler muß man aber auf jeden Fall als solche erkennen, um sie zu korrigieren.

Ich erinnere daran, daß im Jahre 1925 nach der Demonstration in Paris der Vertreter des französischen ZK zu uns nach Moskau kam und uns seine Ansichten darlegte, die im höchsten Grade (bescheiden ausgedrückt) die Situation überschätzten. Unsere Erwiderung darauf war, daß wir ihm einen Eimer kalten Wassers über den Kopf schütteten und ihm rieten, sich vor

allem mit der Vorbereitung der Munizipalwahlen zu beschäftigen, damit der bekannte „Rote Gürtel“ um Paris geschaffen würde. Der Ausfall der Munizipalwahlen war für uns nicht günstig. Der französischen Partei gelang es nicht, um Paris einen roten Gürtel zu schaffen, nicht einmal ein Gürtelchen. Hier ist darauf hingewiesen worden, daß der Ausfall der Munizipalwahlen für die Kräfte der Partei nicht kennzeichnend sein könne. Man sagte, die Arbeiter hätten kein besonderes Interesse für die Munizipalwahlen. Bis zu einem gewissen Grade trifft das zu, doch nur bis zu einem bestimmten Grade. Man darf sich nicht selber Illusionen machen, man muß seine Fehler, seine schwachen Seiten erkennen, um sie zu überwinden.

Man muß ankämpfen gegen die Entartung des demokratischen Zentralismus zum bürokratischen Zentralismus. Es muß ein gesundes Verhältnis zu den Gewerkschaften geschaffen werden, denn eine Ueberadministration auf diesem Gebiete bedeutet eine ungeheure Gefahr. Es muß sofort an die Vorbereitung des bevorstehenden Parteikongresses gegangen werden und er muß so vorbereitet werden, daß der Kongreß nicht das Schauspiel des Kampfes aller möglichen Strömungen biete, — was nur den Rechten zugute käme. Die Partei muß normalisiert werden; den Parteimitgliedern muß die Möglichkeit der freien Meinungsäußerung in strittigen Fragen gegeben werden. Ebenso muß es verstanden werden, die rechte Opposition zu differenzieren, um alle ehrlichen Arbeiter an sich zu ziehen.

Ich würde zwei Resolutionen vorschlagen: eine, die die Analyse der politischen und wirtschaftlichen Lage enthält und eine andere, die speziell die rechte Gefahr behandelt.

Die Rechten, die bis jetzt ausgeschlossen wurden, bleiben unumstößlich ausgeschlossen. Die andern, die sich mit ihnen solidarisieren, werden seitens der Komintern die entschiedenste Abwehr erfahren. Von den Rechten spekulieren einige offensichtlich auf die von uns in der Komintern seinerzeit gegebene Erklärung, daß man sich weiterer Ausschließungen enthalten müsse. Wir sind deshalb gezwungen, offen zu sagen: wer auch ferner sich mit Souvarine gegen unsere Partei solidarisieren wird, wird ausgeschlossen. Das muß klar ausgesprochen werden.

Das Politische Büro muß kollegialer arbeiten. Wir bedauern sehr, daß Gen. Cachin dieses Mal nicht in Moskau ist. Unserer Meinung nach muß man Gen. Cachin mehr als bisher zur Leitung der Partei heranziehen. Gen. Cachin hat durch seine jahrelange Arbeit seine absolute Ergebenheit gegenüber der Komintern und die absolute Bereitschaft, die Beschlüsse der Partei durchzusetzen, bewiesen. In der gegenwärtigen Epoche handelt es sich vor allem um die Eroberung der Mehrheit der Arbeiter, darunter der Mehrheit der sozialdemokratischen Arbeiter. Wir möchten behaupten, daß in der Erfüllung dieser Aufgabe Gen. Cachin der Partei unschätzbare Dienste leisten könnte. Er ist besser als die anderen mit den Massen verbunden. Er kann besser als die anderen zu den sozialdemokratischen Massen sprechen, die am Scheidewege stehen und bereit sind, zu uns zu kommen. Die Hauptgruppe des Politischen Büros hat sich gebildet. Wir werden sie voll und ganz auch weiter unterstützen. Diese Gruppe muß sich jedoch darüber klar sein, daß sie die ganze Partei leitet, und daß sie deshalb alle gesunden und einflußreichen Elemente zur Leitung der Partei heranziehen muß.

Womit müssen die Genossen nach Frankreich zurückkehren?

1. Mit der reifen politischen Einschätzung der Lage und mit einer klaren Einstellung zur revolutionären Krise,
2. mit der festen Entschlossenheit, die rechte Souvarine-Gruppe unschädlich zu machen, da uns in derselben eine Gefahr erwächst und die Sache so liegt, daß entweder wir sie unschädlich machen müssen, oder sie wird uns schweren Schaden zufügen. Ohne Zweifel wird ihr die Bourgeoisie zu Hilfe kommen. Wir können die der Souvarine-Gruppe folgenden Arbeiter nur dann zurückgewinnen, wenn wir ihnen klar und offen das wahre Wesen der Sache aufzeigen und wenn wir unsere eigenen Fehler korrigieren werden.
3. Man muß sich darüber klar werden, daß wir in Frankreich noch keine ernsthaften Massenorganisationen der Arbeiter haben. Auf 10 Millionen eine halbe Million Organisierter, das ist vollkommen ungenügend.
4. Wir müssen die der Durchführung der Einheitsfronttaktik entgegenstehenden Hindernisse, denen wir in unserer eigenen Mitte begegnen, beseitigen. Diese gewissermaßen ultralinken Stimmungen müssen wir um jeden Preis niederkämpfen, sonst ist eine ernsthafte Krise unvermeidlich.
5. Wir müssen die Tendenz einer übermäßigen Affichierung der Leitung der Gewerkschaften durch die Partei überwinden.
6. Durch eine ganze Reihe ernsthafter pädagogischer Maßnahmen müssen wir den Geist der „Unabhängigkeit“ der Gewerkschaften von der Partei auszumerzen suchen. Die in den Gewerkschaften arbeitenden Kommunisten müssen begreifen, daß von einer solchen „Unabhängigkeit“ nicht die Rede sein kann.
7. In innerparteilichen Angelegenheiten muß man sich über die begangenen Fehler klar werden und es verstehen, dieselben zu liquidieren.

BUCHARIN : ZUR DEUTSCHEN FRAGE*

Einleitend möchte ich ein paar Worte sagen über die Krise, die, nicht in der deutschen Partei, sondern in Deutschland überhaupt, zu konstatieren ist. Man muß in der deutschen Volkswirtschaft im gegenwärtigen Moment zwei voneinander abweichende Tendenzen unterscheiden, oder, richtiger gesagt, zwei verschiedene Ursachen, die die gegenwärtige Krise bedingen.

Einerseits ist das die allgemeine Krise der deutschen Volkswirtschaft im Zusammenhang mit der geschichtlichen Niederlage Deutschlands im Weltkrieg, mit der Niederlage, die im Versailler Friedensvertrage, in dem Verlust der Kolonien usw. zum Ausdruck kommt. Das sind die großen historischen Ursachen, die den allgemeinen wirtschaftlichen Niedergang Deutschlands bedingen. In dieser Richtung besteht nun ein grundlegender Widerspruch, und zwar in folgendem: einerseits ist Deutschland gezwungen, große Reparationszahlungen zu leisten, so daß es im Zusammenhang damit seine Produktionsbasis erweitern und die Produktion forcieren muß; andererseits fehlen ihm die nötigen Absatzmärkte: der deutsche Innenmarkt ist im Zusammenhang mit der gesunkenen Kaufkraft der breiten Massen der deutschen Bevölkerung sehr zusammengeschrumpft, und die Absatzmöglichkeiten auf den äußeren Märkten sind infolge der Zollpolitik ebenfalls wesentlich zurückgegangen. Dieser Grundwiderspruch ist die Ursache des jetzigen Zustandes der deutschen Volkswirtschaft. Es ist aber auch eine entgegengesetzte Entwicklungstendenz vorhanden. Diese steht im Zusammenhang mit der Investierung ausländischer Kapitalien in Deutschland in Form des Ankaufs deutscher Unternehmen. Im Zusammenhang mit der Amerikanisierung der deutschen Volkswirtschaft ist die deutsche Bourgeoisie in erhöhtem Maße bestrebt, ihre Stellung auf dem Weltmarkt zu behaupten im Wege der Herabsetzung der Warenpreise durch Herabsetzung der Selbstkosten der Produktion usw. Man darf die Bestrebungen, die gesamte Produktion zu reorganisieren, nicht unterschätzen. Wir haben es hier mit einer gesteigerten Anstrengung der deutschen Bourgeoisie zu tun zur Reorganisation der Produktion: teilweise im Wege der Stilllegung weniger rentabler Betriebe und teilweise im Wege der technischen Umorganisation der Betriebe, durch Intensivierung der Arbeit, Verlängerung der Arbeitszeit, durch Herabsetzung der Löhne usw. Die Lasten dieser Reorganisation will die Bourgeoisie voll und ganz auf die Schultern des Proletariats abwälzen.

An und für sich ist diese Tendenz entgegengesetzt der erstgenannten, die den Niedergang der deutschen Volkswirtschaft anzeigt. In der gegenwärtigen Situation jedoch, wo die ganze deutsche Volkswirtschaft sich auf einer absteigenden Linie bewegt, sind die Versuche, sie mit Hilfe des Auslandskapitals zu sanieren, nur dazu angetan, die an sich schon gespannte Lage noch zu

* Rede in der deutschen Kommission der Erweiterten Exekutive.

verschärfen: sie steigern die Arbeitslosigkeit, beschleunigen die Verelendung der breiten Mittelschichten und bedingen gleichzeitig mit der wirtschaftlichen Krisis auch eine sozialpolitische.

Genossen, wenn wir nun von der Diagnose zur Prognose übergehen, so ist die Frage nicht so ohne weiteres zu beantworten, ob es der Bourgeoisie gelingen wird, eine Besserung der bestehenden Verhältnisse zu erreichen. Ich nehme es nicht auf mich, eine absolute Prognose zu stellen. Wenn man das Bestehen beider, einander dem Wesen nach wohl entgegengesetzter, jedoch die Lage gleichmäßig verschärfenden Tendenzen in Betracht zieht, so muß anerkannt werden, daß die Situation in Deutschland sich in wachsendem Maße revolutioniert und in der nächsten Zukunft sich noch mehr verschärfen wird. Wir wollen hier keine eingehende Analyse der Möglichkeiten einer Lösung der gegebenen Krise vom Standpunkt der Bourgeoisie vornehmen; wir müssen aber anderseits sagen, daß das Vorhandensein so großer Auslandsmärkte, wie beispielsweise des russischen — einige Bankgruppen haben schon begonnen, Rußland Kredite zu eröffnen — ein genaues Voraussagen des konkreten Ganges der Entwicklung im Rahmen einer breiten Perspektive sehr erschwert. Für die nächste Zeit jedoch ist eine einwandfreie Prognose durchaus möglich, und man muß sagen, daß eine Verschärfung der Lage in Deutschland unzweifelhaft ist, daß folglich die Bedingungen für die Entwicklung unserer deutschen Bruderpartei im großen und ganzen sich günstig gestalten. Anderseits haben wir es mit einer ganz eigenartigen Lage zu tun, wo für die Arbeiterschaft auf dem ersten Plan die Brotfragen stehen, und hier ist es von ungeheurer Wichtigkeit, daß wir es verstehen, mit der Sozialdemokratischen Partei zu konkurrieren. Wir besitzen in dieser Beziehung weniger Erfahrung als die Sozialdemokratie. Für uns ist die Aufgabe bedeutend komplizierter als für die Sozialdemokratie, da wir von der Notwendigkeit überzeugt sind, alle Teilforderungen und die kleine Alltagsarbeit mit unseren revolutionären Endzielen zu verbinden, während die Sozialdemokratie sich diese Aufgabe nicht stellt, sie schon längst vergessen hat.

Dieser Komplex der vor uns stehenden neuen Aufgaben verlangt von unserer Partei eine entsprechende Taktik, eine konkrete und überaus komplizierte Taktik.

Genossen, das alles steht in engem Zusammenhange mit dem sogenannten Stabilisierungsprozeß. Das müssen wir klar begreifen und uns stets vor Augen halten. Wir müssen alle Kräfte anspannen für die Ueberwindung der verschiedenartigen Hindernisse sowohl innerparteilichen wie außerparteilichen Charakters. Darin besteht eben unsere Aufgabe. Ich werde mit einigen Worten bei den verschiedenen ideologischen Strömungen verweilen, die in der deutschen Partei eine gewisse Rolle spielen; das ist notwendig, besonders im Hinblick auf eine ganze Reihe von Reden, mit denen hier eine Reihe ultralinken proletarischer Genossen hervorgetreten ist, die sich nicht in genügendem Maße darüber klar sind, was ein inneres Hemmnis für die Entwicklung der Partei ist, und die sich der Aufgabe der Eroberung der breiten Proletariermassen durch unsere Partei nicht in vollem Maße bewußt geworden sind. Vor allem möchte ich mit den Folgen gewisser künstlicher ideologischer Gedankengänge aufräumen. Uns allen ist bekannt, daß auf

dem 3. Weltkongreß unter dem Druck des Gen. Lenin ein gewisser Ruck innerhalb der III. Internationale vor sich gegangen ist. Ich erinnere die Genossen daran, daß unmittelbar am Vorabend des 3. Kongresses die ultralinken Tendenzen ihre Verkörperung fanden in einer Theorie des Gen. Thalheimer. Die sogenannte „Offensiv-Theorie“ für ewige Zeiten war das Produkt des Gen. Thalheimer. Ich erwähne das, um euch zu zeigen, daß mit einem Menschen ganz merkwürdige Dinge im Sinne einer Veränderung des Standpunktes passieren können. Im allgemeinen war dieser Ruck ein taktischer Wendepunkt, der auf dem 3. Kongreß der Internationale unter dem Druck des Gen. Lenin eintrat. War diese Schwenkung richtig und entsprach sie der allgemeinen veränderten Situation, die um jene Zeit eintrat und die im großen ganzen bis auf den heutigen Tag besteht? Ich glaube, daß diese Taktik absolut richtig war. Man kann ihr zustimmen oder man kann sie ablehnen, aber man muß auf diese grundlegende taktische Frage im Hinblick auf die Lage in der deutschen Partei eine absolut deutliche Antwort geben.

Ich beginne mit den Thesen des Gen. Maslow, in denen dieser sagt: 1. Gen. Lenin hat den Charakter der deutschen Partei vollkommen mißverstanden; 2. Gen. Lenin war leider der Bahnbrecher jener opportunistischen Politik, die auf dem 3. Weltkongreß ihren Anfang genommen hat.

Ihr müßt klipp und klar sagen, ob ihr mit diesen Anschuldigungen einverstanden seid oder nicht; wenn ihr euch mit ihnen solidarisiert, oder in der Tiefe eures Herzens, eurer Seele in dieser Beziehung irgendwelche Zweifel hegt, so muß das auch ausgesprochen werden. Man darf dieser Frage nicht ausweichen. Man muß die Lage in ihrer Gesamtheit beurteilen und sagen, ob Maslow im Rechte ist oder nicht. Ich habe bisher nicht gehört, daß irgendeiner von den ultralinken oder linken Genossen sich mit den in diesem Aufsatze Maslows ausgesprochenen Thesen einverstanden erklärt oder sie abgelehnt hätte; ich glaube aber, daß man gegen diese einen ideologischen Angriff führen muß, da diese Frage einen Grundstein, einen Prüfstein, den Anfang aller Anfänge in der Bestimmung unserer Taktik darstellt. Das ist es, was ich vor allen Dingen sagen wollte.

Zweitens will ich hier in vollkommen klarer Weise eine zweite Frage anschneiden, die gewissermaßen mit den beiden oben angeführten Thesen im Zusammenhang steht. Ich habe da die Gespräche über die sogenannten russischen Staatsnotwendigkeiten im Auge. Ich spreche ganz offen: vielleicht hält mancher von den ausländischen Genossen es für nicht ganz zweckmäßig, für nicht ganz delikats usw., sich über diesen Punkt auszusprechen. Man kann jedoch eine so überaus wichtige Frage nicht mit Stillschweigen übergehen und dafür über Astronomie, über die Wurstherstellung und sonstige schöne Dinge sprechen. Ich werde hier die russische Diskussion nicht berühren, weil ich es nicht für zweckmäßig halte. Ich halte es aber für meine Pflicht, eine eigenartige Konzeption einiger Genossen zu besprechen, die für alles übrige bestimmend ist. Ich werde versuchen, nachzuweisen, daß das ein grundlegender Faktor ist, der den sogenannten ultralinken Standpunkt bestimmt. Ich habe mich schon im Plenum über die von einigen deutschen Genossen gegen die russische Delegation vorgebrachte Anschuldigung ausgelassen. Sie sagen, daß unsere ganze Kampagne für die Einheitsfront in der Gewerkschaftsbewegung nur diktiert sei von den russischen

Staatsnotwendigkeiten. Analoge Beschuldigungen wurden schon auf dem 5. Weltkongreß vorgebracht. Ich frage, Genossen: Nimmt irgend jemand einen solchen Standpunkt in der deutschen Partei ein oder nicht? Ich behaupte, daß ein solcher Standpunkt besteht, und daß dies nicht nur eine Stimmung ist, sondern daß eine genau formulierte These besteht. Ich habe beispielsweise eine Rede des Genossen Korsch gelesen, die er in Frankfurt gehalten hat. In der Folge hat er im Zusammenhang damit sich noch zweimal in unserem Frankfurter Organ geäußert. Die grundlegende Einstellung Korsch's ist aber die alte geblieben.

Wie stellt Gen. Korsch die Frage? Er spricht zuerst von der überaus großen Rolle, die die Außenpolitik der USSR spielt, zweitens davon, daß die russischen Genossen die Möglichkeit einer Blockbildung mit bürgerlichen Staaten anerkennen. Gen. Korsch dechiffriert dies durchaus konkret, indem er von der angeblich bestehenden Wahrscheinlichkeit einer Blockbildung Rußlands mit Japan und anderen bürgerlichen Staaten spricht. Woher er dies hat, weiß ich nicht. Er folgert hieraus die Möglichkeit einer Wiederholung des Jahres 1914 in der russischen Regierung und in der Komintern. Was für eine absonderliche Konstruktion!: die russischen Staatsnotwendigkeiten diktieren der russischen Regierung gebieterisch einen Block mit dem japanischen Imperialismus; das gleiche wiederholt sich auf der Basis der Komintern; hieraus der Verrat der russischen Partei und der gesamten Komintern, unter dem Banner zweier Regierungen — der russischen und der japanischen! Diese Verkoppelung muß uns doch recht absonderlich erscheinen. Und derartige behauptet Gen. Korsch, ohne zu erröten. Hieraus ergibt sich dann auch die großartige Perspektive eines möglichen Bankerotts der Komintern und einer Wiederholung des Jahres 1914 in derselben. In diesem Zusammenhang stellt er die These einer weiteren sogenannten Ostkrise auf, die sich in derselben Richtung bewegt; sie läuft darauf hinaus, daß unsere Kampagne für die Gewerkschaftsbewegung in engem Zusammenhange mit den vitalen Bedürfnissen des russischen Staates stehe. Um diese Bedürfnisse zu befriedigen, brauchten wir das anglo-russische Komitee usw. usw. Kurz, nach allen Richtungen drängten wir die Komintern dem Abgrund zu, sowohl in der Richtung Japans wie in der Richtung Englands. Wir sind also nach Korsch völlig kaputt. Vielleicht tüftelt der Gen. Korsch noch eine andere Situation für die nördliche und südliche Himmelsrichtung aus, denn in der Tat, zwei Orientierungen — eine östliche und eine westliche — genügen nicht, um die Lage der Komintern ganz pessimistisch zu bewerten.

Als vierter Faktor muß der Fall Katz erwähnt werden. Katz ist wohl schon ausgeschlossen, es bilden sich aber um ihn verschiedene Gruppierungen. Noch jüngst war er mit dem ZK und mit einer ganzen Reihe ultralinken Genossen, darunter auch mit Korsch, sehr eng verbunden. Man darf sich also nicht wundern, daß man in der Ideologie von Katz auf solche Perlen von Wahrheit und Dichtung stößt, die ein Echo darstellen der Reden von Korsch. So behauptet Katz beispielsweise bei der Besprechung der neuen Taktik der KPD, daß diese im Grunde nichts anderes sei als die alte Taktik, die im Jahre 1914 die deutsche Sozialdemokratie zu dem bekannten Bankerott geführt hat. Er spricht dann auch von 1918 und 1923. Diesen Teil gestatte ich mir aber zu übergehen — der Vergleich mit 1914 genügt.

Nun einige Worte über die Resolution der Parteigruppe in Münster. In dieser wird vom „Offenen Brief“ gesprochen; er wird schroff verurteilt. Die Gruppe erklärt, daß sie den „Offenen Brief“ mit Entrüstung ablehne. Warum? Weil die Taktik, die in diesem Briefe aufgezeichnet ist, nichts anderes sei als die unrichtige Taktik, die schon früher von der Kommunistischen Internationale durchgeführt worden sei und zu den Niederlagen und dem Verrat des Jahres 1923 geführt habe. In der Resolution wird eine Anschuldigung gegen die Genossin Ruth vorgebracht, die angeblich diese Taktik verteidigt. Die Resolution solidarisiert sich vollständig mit Scholem und Rosenberg. Warum ich mich wohl bei diesen Dingen aufhalte? Nun darum, weil das hier bezüglich des Verrates Vorgebrachte in einem bestimmten ideologischen Zusammenhang mit den von mir geschilderten Geistesprodukten steht.

Einige Worte über die Briefe von Ruth. Auch hier spielte ganz unzweideutig der Hinweis auf die russischen Staatsnotwendigkeiten eine Rolle. Was schreibt die Genossin Ruth in ihrem Briefe an den Gen. Schlecht vom 9. Januar?

„Was aus der Kommunistischen Internationale werden soll, ist absolut unerfindlich. Hier werden Stimmen laut, daß die russische Partei für Amsterdam, für den Völkerbund sei“.

Genossen! Man braucht wahrlich kein besonderer Schlaupkopf zu sein, um den Sinn dieser Worte zu verstehen.

In einem anderen Schreiben der Genossin Ruth, das an Maslow adressiert ist, heißt es:

„Wir sind dem Untergang geweiht, weil in Leningrad der Terror herrscht. Vom 5. Kongreß sind nur noch Scherben geblieben. Der Traum der Bolschewisierung ist verflogen. Dem Jahre 1926 ist es beschieden, Ereignisse von weltgeschichtlicher Bedeutung zu bringen.“

Genossen! Versucht zu entziffern, was das bedeuten soll! Es bedeutet, daß die russische Partei auf Grund der russischen Staatsnotwendigkeiten eine Rechtsschwenkung mache und daß deshalb der Komintern der vollkommene Bankrott drohe; diese liege sogar schon in Scherben. Von einer Bolschewisierung könne nicht einmal die Rede sein, und es müßten Ereignisse von weltgeschichtlicher Bedeutung eintreten. Mit anderen Worten, die Sowjetmacht sei in Entartung begriffen und alles gehe in Trümmer.

Was bedeutet diese Konzeption? Unterscheidet sie sich irgendwie von der Konzeption Korsch's, Katz' und der andern oben erwähnten „glänzenden“ Literaten? Sie sind absolut identisch; es ist ein und dasselbe. Am 2. Januar schreibt Ruth Fischer an den Gen. Urbahns: „Ich glaube, daß wir am Vorabend einer neuen Situation in der ganzen Kommunistischen Internationale stehen, vor großen Schwierigkeiten, die der russische Parteitag aufgelöst hat, vor der Neuaufrollung mancher politischer Fragen, jedenfalls vor ihrer neuen Beleuchtung.“

(Urbahns vom Platze aus: „Ich konstatiere, daß ich diesen Brief nicht erhalten habe“.)

In diesem Falle hat die Gen. Ruth Fischer Sie wohl vermitteltst Radio zu überzeugen gewußt, wenn Sie diese Ansichten teilen; oder teilen Sie sie etwa nicht? Der Umstand, daß Sie den Brief nicht erhalten haben, ändert keines-

wegs seinen Inhalt. Ich wende mich an die ultralinken Arbeiter in Deutschland und bitte sie, sich nicht etwa über das Thema Moral — was moralisch zulässig sei und was nicht, — zu äußern, nicht einmal über organisatorische Fragen. Aber ich bitte, mir auf diese Frage rein politischen Charakters zu antworten. Wir müssen vor allem die Linie qualifizieren und erst, nachdem wir festgestellt haben, ob die politische Linie richtig ist oder nicht, können wir zu organisatorischen Fragen übergehen. Ich bedauere sehr, daß bisher in der deutschen Partei in der Hauptsache immer organisatorische Fragen diskutiert wurden, während politische Fragen von höchster Bedeutung und Wichtigkeit außer acht gelassen wurden. Ich halte es auch für einen Fehler, daß in der deutschen Kommission in erster Linie kleine Fragen und dann erst große politische Fragen beraten wurden, wenn auch einzelne Genossen, wie beispielsweise Gen. Kuusinen, versucht haben, größere politische Fragen anzuschneiden.

Jetzt möchte ich die ultralinken Arbeiter fragen, ob sie mit dieser grundlegenden Konzeption einverstanden sind oder nicht. Sie müssen es gerade heraus sagen, ob sie in dieser Beziehung irgendwelche Zweifel hegen, weil alle übrigen Fragen — nebensächlichen Charakters sind. Ich wage hier zu behaupten, daß diese ganze Konzeption, wie radikal sie sich auch drapiert, im Grunde eine halb sozialdemokratische — halb bürgerliche Ideologie darstellt. Wir wissen ja, daß das Gleiche über die Komintern und die USSR auch manche Anarchisten behaupten, daß das Gleiche auch Pfemfert in den Spalten seiner „Aktion“ sagt, mit der bekanntlich einige Genossen, wie z. B. Katz, verbunden sind. Wo ist der Scheidepunkt zwischen der bürgerlichen Ideologie, den bürgerlichen Angriffen und den sozialdemokratischen Angriffen gegen uns einerseits und diesen Behauptungen in bezug auf die russische Partei und die Sowjetmacht andererseits? Worin besteht der Unterschied? Wenn wir nach Osten hin manövrieren, sind wir rote Imperialisten. Manövrieren wir nach Westen, und im besonderen fordern wir die Einheitsfront, so sind wir Opportunisten! Das ist doch wahrlich vollkommen identisch mit der bürgerlichen und sozialdemokratischen Einstellung; jede beliebige Politik, die wir machen, ist vom Standpunkt der Bourgeoisie unrichtig, sie legt sie bewußt falsch aus, um die Arbeiter irrezuführen.

Es gibt aber leider immer noch proletarische Schichten, die unter dem Einfluß der bürgerlichen Ideologie stehen und das blöde Geschwätz wiederholen, das von der Bourgeoisie in Umlauf gesetzt wird.

Wir sträuben uns keineswegs gegen eine Diskussion über alle diese Fragen: ob wir wirklich für das anglo-russische Komitee aus Gründen der russischen Staatsnotwendigkeiten eingetreten sind, ob wir aus denselben Gründen die Einheitsfronttaktik verfechten und inwieweit wir die Sache der Revolution verraten haben usw. Seid so liebenswürdig, diese Fragen zu stellen. Ich halte diese zwar für töricht, aber ich bin bereit, auf jede dieser Fragen zu antworten. Sagt uns direkt, worin das Wesen Eurer Zweifel besteht, verheimlicht es uns nicht, denn es gibt nichts schlimmeres in der Diskussion, als wenn so überaus wichtige Fragen vertuscht werden.

(Ruth Fischer vom Platze aus: „Sehr richtig!“)

Genossin Ruth Fischer ruft „Sehr richtig!“; sie ruft immer „Sehr richtig!“, wenn ich diese Konzeption verurteile. Ich erinnere euch daran, daß es auch

im „Offenen Brief“ scharfe Worte gibt, die gegen diese Konzeption gerichtet sind, und daß Genossin Ruth Fischer diesen unterschrieben hat, was sie nicht hinderte, in der Folge dieselben Torheiten in ihren eigenen Briefen zu wiederholen. Es ist durchaus verständlich, daß in einigen Schichten des deutschen Proletariats — nicht nur unter den sozialdemokratischen, sondern auch unter anderen Arbeitern — nach den großen Niederlagen, die wir in Deutschland hatten — in Deutschland haben wir ja bisher keinen Sieg errungen, wir hatten da nur eine kontinuierliche Reihe von schweren Niederlagen —, es ist vollkommen verständlich, daß in dieser Atmosphäre im deutschen Proletariat Zweifel nicht nur möglich, sondern sogar unvermeidlich sind. Diese verschiedenartigen Schwankungen, die von der Bourgeoisie ausgenützt werden, sind — historisch gesehen — sozusagen eine unvermeidliche Erscheinung. Das soll keineswegs bedeuten, daß wir uns ihnen gegenüber fatalistisch verhalten sollen; diese Erscheinungen erklären sich aber durch eine ganze Reihe von Niederlagen, durch die bisherige Unmöglichkeit, größere Erfolge zu erreichen, durch die ganz eigenartige objektive Lage in Deutschland, durch die von der Bourgeoisie ausgestreuten verschiedenartigsten Gerüchte, durch die von ihr geführte Hetze gegen die USSR usw. Diese Erscheinung ist ziemlich kompliziert, und verschiedene Schwankungen sind hier möglich. Wenn aber diese Schwankungen von einigen Genossen in bestimmter Weise formuliert werden, wie z. B. durch Ruth Fischer und in den Erklärungen von Katz, Korsch und Maslow, so muß in diese Frage absolute Klarheit hineingebracht werden. Es wundert mich außerordentlich, daß einige Genossen, so z. B. der Gen. Engel und andere, die hier erscheinen, erklären: „Wir geben uns mit Diplomatie nicht ab, wir wollen auch keinen Unfall“ — daß diese über diese Dinge nicht offen und brutal sprechen. Bitte — greift uns aus allen Kräften an, wir werden euch Antwort geben; es ist durchaus nicht erwünscht, daß sich in unseren Reihen geheime Krankheiten einnisten, die nicht nach außen treten und deshalb sich einer Heilung entziehen.

Ich behaupte hier, daß diese Konzeption eine bestimmende Bedeutung für die ganze innerparteiliche Politik der ultralinken Gruppierungen innerhalb der deutschen Partei hat. Andererseits behaupte ich, daß es keinerlei objektive Gründe für die Berechtigung all dieser Befürchtungen gibt — über die angebliche Rechtsschwenkung der russischen Partei, über die russischen Staatsnotwendigkeiten, über die Liquidierung der Komintern und über die Auslieferung der KPD an die Rechten. Der Standpunkt von Korsch-Katz, teilweise von Ruth und Pfempfert, ist mit der Ideologie der Sozialdemokraten in dieser Frage identisch. Meines Erachtens hätte es nicht geschadet, diese Fragen in der gegenwärtigen Diskussion anzuschneiden. Besonders wünschenswert wäre es gewesen, wenn bezüglich dieser Fragen die ultralinken Arbeitergenossen ihren Standpunkt geäußert hätten. Wir werden ihnen Antwort geben und eine mehr oder weniger breite Diskussion entfalten.

Ich gehe zu anderen Fragen über, die mit den oben genannten in Verbindung stehen, zu Fragen rein deutschen Ursprungs. Ich werde mich nicht über den Frankfurter Parteikongreß und ähnliches verbreiten. Ich habe dies teilweise auf dem Erweiterten Plenum des EKKI berührt. Beginnen wir mit der Zeit des „Offenen Briefes“ des Exekutivkomitees; erinnern wir uns, was damals von Scholem und Rosenberg gesagt wurde. (Wenn ich hier ver-

schiedene Gruppen und eine ganze Reihe von Persönlichkeiten erwähne, so nicht deshalb, weil ich sie angreifen will, sondern, weil ich es für meine Pflicht wie auch für die Pflicht eines jeden wahren Kommunisten halte, alles nur mögliche für die Bekämpfung und Ueberwindung der Ueberreste der ultralinken Ideologie zu tun. Aus diesen Gründen eben ist man gezwungen, mit historischem, empirischem Material zu operieren.) Wir beginnen also mit dem „Offenen Brief“. Das Berlin-Brandenburger Bezirkskomitee formulierte um jene Zeit eine Resolution, in der es hieß, daß der „Offene Brief“ unannehmbar sei, weil er in sich eine scharfe Verurteilung der gesamten theoretischen Grundlage der durchgeführten Linie enthalte. Man stellte die Sache so hin, als wenn der „Offene Brief“ überhaupt die ganze theoretische Grundlage der früher durchgeführten Linie ablehne. Wer hat sich so verhalten? Ein Teil der Anhänger Ruths und Scholems. Genossin Ruth erklärt, daß die Linie richtig war, daß die politische Linie richtig war. Scholem und Rosenberg haben hier konstatiert, daß sie gegen den „Offenen Brief“ nicht deshalb gestimmt hätten, weil seine politische Linie unrichtig gewesen sei, sondern deshalb, weil in ihm Namen erwähnt worden seien, und weil gesagt worden sei, daß die einen und die anderen Personen sich zur Bourgeoisie geschlagen hätten.

Wie ist das zu verstehen? Ich nehme an, daß alle mit mir darin übereinstimmen werden, daß die allerheiligste Pflicht der Kampf für die richtige Linie ist. Ich vertiefe mich in die Dokumente, ich kann sie aber beim besten Willen nicht verstehen. Einmal ist deutlich gesagt: —,„die theoretische Grundlage der ganzen Linie (versteht sich — der richtigen Linie) wird durch diesen Brief annulliert“. Dann aber schreien sie von allen Seiten, daß die Linie des Briefes richtig sei. Mir ist das unbegreiflich. Ich nehme an, daß dies auch keinem anderen begreiflich ist. Das ist aber doch hier kein Spielzeug, das ist ein Dokument einer prominenten Organisation und Parteiinstanz, Genossen, wenn hier Instanzen der internationalen Bewegung mit einem solchen Dokument unter den Bedingungen einer überaus scharfen innerparteilichen Krisis auftreten. Wie könnt ihr Arbeiter belehren, wie könnt ihr Arbeiter erziehen, ihr, die ihr in dieser Weise wirkt, wenn ihr, wo es sich um so überaus wichtige Probleme handelt, bald das eine, bald das direkte Gegenteil sagt; einmal die Dinge weiß, ein anderes Mal — schwarz oder rot oder gar grün nennt. Der Gen. Scholem zuckt nervös mit den Schultern. Damit werden Sie der Sache nicht helfen. Derselbe Scholem sagt einmal, daß die Politik der Einheitsfront richtig sei, ein anderes Mal bezeichnet er die Politik der Listenverbindung bei den Stichwahlen als Zeigner-Politik der allerschlimmsten Sorte.

Es ist jetzt in Mode gekommen, über „Analyse“ in hohem Stile zu sprechen. Bei der „Analyse“ spielt die Tatsache der Linksschwenkung der Arbeiterklasse eine große Rolle. Bisher haben wir diese Linksschwenkung des westeuropäischen Proletariats, darunter auch des deutschen Proletariats, für einen wichtigen Faktor bei der Betrachtung der deutschen Arbeiterbewegung gehalten. Das ist ein Bestandteil, und zwar ein überaus großer Bestandteil der berühmten politischen „Analyse“ . . . Von allen Seiten behauptet man, daß die Analyse glänzend sei. Aber es ist sonderbar. Wenn man eine allgemeine Charakteristik gibt, wird erklärt, daß die Analyse rich-

tig sei: in dem Briefe der Genossin Ruth Fischer vom 9. Dezember an Theodor Kögler lesen wir jedoch folgendes: „Das törichte Geschwätz über den linken Flügel kommt einem schon zum Halse heraus“.

(Ruth Fischer vom Platze: „Kann das denn wirklich kein Blödsinn sein?“)

Sie haben ja gar nicht von dem Geschwätz geschrieben, daß Sie im Café mit Ihren Freunden geführt haben, sondern davon, was im Rahmen der Kommunistischen Internationale geschieht.

(Ruth Fischer vom Platze: „Ich meinte da „Die Rote Fahne““).

Darüber schreiben Sie an einer anderen Stelle. Verzeihen Sie, aber ich habe Ihre Briefe überaus aufmerksam „analysiert“. Diese „Analyse“ erwähnen Sie in den Briefen an zwei Genossen — Kögler und Lenz. In dem Briefe an Lenz nehmen Sie auf „Die Rote Fahne“ Bezug, aber in dem anderen Briefe darauf, was im Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale gesprochen wird. Bedauerlicherweise haben Sie die Adresse nicht genannt, doch wird jeder halbwegs vernünftige Mensch verstehen, was Sie hier im Auge haben. Die Genossin Ruth Fischer gibt ihrerseits eine „Analyse“, eine historische Analyse: „Zwei oder dreimal schon haben wir mit den linken Sozialdemokraten einen Bankerott erlebt“. Und dann folgt ein Punkt. Mag der Genosse Lenz verstehen, was das bedeuten soll, wenn die Rede ist von „dem blöden Geschwätz bezüglich der Linksschwenkung“, und wenn dann hinzugefügt wird, daß „wir schon zwei oder dreimal mit unseren linken Sozialdemokraten Bankerott erlitten haben“, — das ist gleichwertig mit einer politischen Kompromittierung der von uns gegebenen Analyse.

Kann man ein solches politisches Spiel zulassen? Ich frage Sie, kann man das oder nicht? Wir behaupten, daß das einer der wichtigsten Faktoren der gegenwärtigen Arbeiterbewegung ist. Das ist für uns kein Spiel. Wenn wir uns davon überzeugen würden, daß in der Analyse Fehler enthalten sind, so würden wir sie korrigieren, wir kompromittieren sie aber nicht. Es ist das der grundlegende Faktor der derzeitigen Arbeiterbewegung im Westen. Studiert bitte jedes einzelne Dokument der Komintern in der letzten Zeit. Ihr werdet in jedem Dokument die These über die Linksentwicklung der Arbeiterbewegung finden. Für uns ist das nicht nur eine theoretische Behauptung; im Einklang mit dieser Behauptung handeln wir auch, auf dieser Behauptung ist unsere ganze Einheitsfronttaktik aufgebaut, sie liegt dem ganzen System unserer Teilforderungen zugrunde usw. Es gibt aber Genossen, die einerseits sagen, die Analyse sei richtig, andererseits aber diese Behauptung verneinen.

Im Zusammenhang mit dieser Analyse haben wir es für nötig befunden, eine neue Losung aufzustellen, die auf einen sympathisierenden Widerhall in den breiten Bevölkerungsschichten rechnen könnte. Im Zusammenhang mit dieser Analyse haben wir in Deutschland die Losung des Volksentscheids aufgestellt. Es gibt Genossen, die erklären: die Analyse ist richtig, die Taktik ist richtig und überhaupt alles steht günstig. So verhält sich z. B. Gen. Ruth Fischer, gleichzeitig aber erklärt sie: „Das alles ist absolute Onanie“, dieses ganze Geschwätz über die Linksschwenkung der Arbeiterklasse ist, philosophisch ausgedrückt, ein Korrelat der Onanie mit dem Volksentscheid. Es ist ganz klar, daß das der Ausdruck der gleichen Auffassung ist.

Es gibt noch andere überaus wesentliche taktische Fragen für die deutsche Partei. Es wird aber niemand bestreiten, daß dies die grundlegenden taktischen Fragen für die deutsche Partei sind. Ist das so oder nicht? Alle sagen: Das ist so, alle erkennen das an, und gleichzeitig kompromittieren Sie diese Taktik und bedienen sich hierbei der übelsten Methoden. Genossen! Wie ich schon gesagt habe, ist die gegenwärtige Lage in Deutschland eine derartige, daß die sogenannten Brotfragen, wie sich der „Vorwärts“ auszudrücken beliebt, eine überaus große Rolle spielen. Meines Erachtens gehören zu den Aufgaben unserer Kommission: ein gründliches Studium der verschiedenen Forderungen, Losungen, Kampfmethoden usw., sowie die Ausarbeitung entsprechender Resolutionen auf Grund dieses Studiums. Hier muß nicht nur die Frage des Volksentscheids, sondern auch die Frage der Arbeitslosigkeit, als der zentralen Frage des gegenwärtigen deutschen Lebens beraten werden. Im März dieses Jahres läuft die Frist einer ganzen Reihe von Kollektivverträgen ab; man muß daran denken, daß im Zusammenhange damit eine ganze Reihe mehr oder weniger großer Streiks bevorsteht, und damit im Zusammenhang wird auch die Frage der Teilforderungen, in Zusammenhang mit unserem Endziele und mit unseren Endlosungen aufgerollt. In diesem Zusammenhange werden wir ein positives Aktionsprogramm brauchen, das schon auf diesem Plenum für die deutsche Partei ausgearbeitet werden muß. Ich wünsche, Genossen, daß ihr es in Verbindung mit allem oben Gesagten begreift, daß das größte Hindernis auf dem Wege zur Eroberung der Massen die Ueberbleibsel der ultralinken Ideologie in der KPD sind. Das ist die wahre Gefahr. Bis auf den heutigen Tag leidet die Partei unter einer ganzen Reihe von Mängeln; das wird auch das gegenwärtige ZK nicht bestreiten. Das neue ZK konnte nach der berühmten Wirtschaft des früheren doch keine Wunder wirken. Die Sache liegt bis heute noch so, daß die politisch noch nicht organisierten Arbeiter, teilweise auch die sozialdemokratischen Arbeiter, und selbst Arbeiter, die unserer Partei Beifall zollen und mit unseren Rednern sympathisieren, daß diese gegenüber unserer Partei kühler werden, wenn ein Streik ausbricht. Unsere Partei ist noch immer ungenügend vorbereitet für die richtige Leitung eines hartnäckigen Kampfes um Teilforderungen — nicht sozialdemokratischen, sondern revolutionären Charakters. Unsere Partei muß besonders große Aufmerksamkeit dem Studium dieser Seite der Frage widmen, besonders im Zusammenhang mit der Frage der Arbeitslosigkeit und der Kollektivverträge.

Noch einige Worte über die rechten Gefahren usw. Ich muß vor allem erklären, daß ich den Standpunkt des Gen. Meyer nicht teile, der erklärte, daß nicht er sich dem ZK, sondern umgekehrt, das ZK sich ihm genähert habe. Die Geschichte des Berges mit Mohammed wird hier unrichtig gedeutet. Die Frage über die Rechten wird von mir folgendermaßen gestellt: Man muß gegen die Gefahren ankämpfen, die tatsächlich, in Fleisch und Blut, existieren, nicht aber gegen abstrakte Gefahren. Genossen, gibt es eine rechte Gefahr? Gewiß gibt es eine solche, teilweise in der Gewerkschaftsfrage, in der Frage über unsere Aufgaben in den Kommunen usw. Die konkreten Formen dieser Gefahr sind aber zur Zeit nicht sehr groß. Andererseits ist es für die Partei überaus schädlich, wenn man die eine oder andere Frage anschneidet, ohne sich in derselben zurechtzufinden, oder ohne irgend etwas Positives vorbringen zu können. Ich behaupte, daß die ganze Diskus-

sion um den „Offenen Brief“ der Komintern und um andere Fragen in der deutschen Partei in der Form geführt wurde, daß man sagte: das kommt der rechten Gefahr zugute. Von Beweisen aber — keine Spur. Man schrie davon an allen Straßenecken. Genossen! Es ist ganz unnötig, über diese Dinge in eine Panik zu verfallen, wenn die rechte Gefahr droht, werden wir ihr schon den nötigen Stoß versetzen. Habt ihr nicht gesehen, wie wir gegen die rechte Gefahr in der französischen Partei in dieser Tagung des Erweiterten Plenums gekämpft haben? Wir werden auch fürderhin kämpfen. Es ist eine üble Manier, inhaltlose Reden vorzubringen, ohne irgend welches konkrete Material anzuführen. Vertieft euch in die Analyse, die in den verschiedenen, teilweise von den Linken ausgehenden Dokumenten enthalten ist: nichts als Gejammer, ohne irgend welche Beweise. Genossen, gestattet mir im Zusammenhang damit, mich mit einigen Worten an die ultralinken Arbeiter zu wenden. Worin liegt die treibende Kraft, die Quelle der politischen Leidenschaft der Gen. Engel und Maslowski, wenn sie hier auftreten; was erzeugt diese politische Leidenschaftlichkeit, diese Seelenkraft? Die panische Furcht vor einer rechten Gefahr. Sie sagen: Seht, Meyer sitzt schon am Tisch, er spricht hier bereits, und er ist ja die Verkörperung aller Uebel. Sie sind von Halluzinationen erfaßt, sie sehen überall, an der Wand, am Tisch, eine rechte Gefahr, warum aber erklären sie nicht, worin diese rechte Gefahr besteht; warum sagen sie uns nicht: das hier ist eine unrichtige politische Aktion, eine opportunistische Abweichung usw. Ich versichere euch, wir sind bereit, das alles zu unterstreichen, gegen alles anzukämpfen; ich spreche ganz ehrlich — wir werden es für unsere Pflicht halten, mit euch zusammen gegen diese Erscheinungen anzukämpfen; so lange ihr aber keinerlei konkrete Beispiele anführt, oder wenn ihr, wie die Münster-Gruppe, nur erklärt, daß der „Offene Brief“ in seiner Gesamtheit ein durchgehender Brandlerismus sei, daß er vielleicht sogar von Brandler selbst verfaßt sei, so ist das einfach lachhaft, Genossen.

Gestattet mir noch auf eine üble Gewohnheit hinzuweisen, die sich in der deutschen Partei eingewurzelt hat. Ich denke da an die Gewohnheit, auf der Stelle zu treten. Es ist möglich, daß das bei militärischen Uebungen angebracht ist; es gibt eine solche Uebung, die im Treten auf dem Platze besteht. Wir aber müssen meines Erachtens nach neuen Erscheinungen sehen und sie zu analysieren suchen. Wo wird von euch auch nur ein einziges gewichtiges Argument angeführt? Das einzige Argument — ist die Erinnerung an das Jahr 1923. Brandler hat einen großen Fehler begangen, die Rechten haben überaus große Fehler begangen; wir haben sie verurteilt. Sind wir aber wirklich so degradiert, daß wir in alle Ewigkeit hin über das Jahr 1923 zu sprechen hätten und gar keine Sorge darum zu haben brauchten, was gegenwärtig in Deutschland geschieht? Ihr zieht hartnäckig die ganze Partei rückwärts. Die Partei will vorwärts schreiten, die jetzige Lage der Dinge analysieren, sich über die laufenden Aufgaben, über die innerparteiliche Lage klar werden. Ihr aber zieht die Partei unablässig zurück. Bei jeder Diskussion der laufenden Aufgaben jammert ihr sofort über das Jahr 1923. Wir haben das schon Hunderte von Malen gehört und unser Gedächtnis reicht vollkommen dazu aus, um das nicht zu vergessen, wir sind doch aber keine Papageien und wir raten euch, auch euch nicht auf die Stufe von Papageien zu stellen. Es ist das auch die Methode von Ruth Fischer:

wenn sie nichts vorbringen kann, dann muß das schlagende Argument des Jahres 1923 erhalten; das ist ein arithmetisches Spiel, nichts weiter, — eine Analyse der wahren Lage der Dinge wird dabei nicht gegeben. So kann man selbstverständlich keine Partei führen; eine richtige Führung besteht darin, daß die Partei instande ist, sich in neuen Erscheinungen zurechtzufinden und richtig auf dieselben zu reagieren.

Hierzu ist eine bestimmte Übung notwendig, und das ist — eine leninistische Tugend.

Gestattet mir hierzu noch eine Bemerkung allgemeinen Charakters: aus der ganzen Reihe der hier vorgebrachten Reden konnte man folgern, daß Genossen, die sich als Führer bezeichnen, es fürchten, gegen die Vorurteile der Masse aufzutreten, — selbst in solchen Fällen, wo sie sich im Rechte wissen. Wie kann man Arbeiter bei einer solchen Auffassung erziehen? Dabei erstreckt sich dieses Spiel bis auf den heutigen Tag. Die Genossin Ruth Fischer hat hier erklärt, daß sie auf dem Frankfurter Parteitag eine entsprechende Linie nicht hätte durchführen können, weil die anderen Genossen anders gestimmt gewesen seien. In der Tat, eine tapfere Führerin der deutschen Partei!

(Losowski vom Platze aus: „Ich war damals in Frankfurt — sie wollte keine richtige Linie einhalten!“)

Man kann diese Dinge von zweierlei Gesichtspunkten analysieren: so weit die Erklärungen der Genossen wahr sind, treffen meine Argumente nicht die Augenbrauen, sondern das Auge selbst; wenn nicht, — so ist es also die uns bestens bekannte doppelte Buchführung.

Und ebenso —, soweit von den ultralinken Tendenzen die Rede ist, die einigen proletarischen Schichten eigen ist, — bestreitet das niemand. Ist es wahr, daß einige Arbeiter mit Katz gehen? Wahr ist es leider. Kann dies als Grund für ideologische Zugeständnisse dienen? Keinesfalls.

(Zuruf: „Durchaus richtig“).

Wenn hier gerufen wird: durchaus richtig, so laßt uns doch eine wirklich gehaltvolle, gedankliche Diskussion entfalten und beschränken wir uns nicht auf leere Worte, indem wir nicht aufhören, auf den Oktober 1923 und ähnlichen Geschichten herumzupauken. Wollen wir uns doch mit einer wirklichen Analyse der Lage und der durch diese bedingten Aufgaben beschäftigen. Man muß überhaupt auseinander zu halten wissen: organisatorische Folgerungen und ideologische Ueberwindung. In organisatorischer Beziehung kann man auf eine Reihe von Kompromissen eingehen, nachdem der Feind innerhalb der Partei endgültig geschlagen ist. Im ideologischen Kampfe jedoch muß man bis zum Ende gehen, da es sich hier um einen Kampf um die richtige politische Linie handelt, wo keinerlei Kompromisse zulässig sind. Andere politische Methoden dürfen nicht angewendet werden. Wir begrüßen beispielsweise die Erklärungen des Gen. Rosenberg und anderer bezüglich ihrer Bereitschaft, Hand in Hand mit dem ZK zu arbeiten; wir sagen ihnen aber: Beweist uns durch die Tat, daß ihr bereit seid, für diese politische Linie zu kämpfen. Wenn es vorkommen sollte, daß der eine oder der andere Arbeiter aus der Opposition auftritt, so bedeutet es noch nicht, daß wir uns sofort erheben, uns in die entsprechende Positur werfen

und erklären müssen: „Seht hin, das ist ein einfacher Arbeiter, ein Arbeiter von der Werkbank, ein prachtvoller Revolutionär . . .“ Diese Demagogie ist uns schon längst zuwider. So werden Arbeiter nicht erzogen. Der Arbeiter, auch wenn er ganz schwarze Hände hat, ist nicht immer im Recht. Wenn ihr Führer der Partei sein wollte, so müßt ihr die Arbeiter im Geiste des Kommunismus erziehen. Euer Standpunkt ist aber stets der: Ach, ein einfacher Arbeiter! So hat beispielsweise Gen. Engel erklärt: Ich bin ein einfacher Arbeiter, ich bin nicht ein so kunstvoller Redner wie andere. Dabei ist er ein überaus schlauer Berliner Funktionär. Diese Genossen wiederholen im kleinen Maßstabe die Fehler der großen Geister, die an der Spitze der Partei stehen.

(Urbahns vom Platze aus: „Was sagt ihr zu dieser grandiosen Hetze gegen die Intellektuellen?“)

Ich hetze keineswegs gegen die Intellektuellen, aber wir haben einen Genossen, der so intelligent ist, daß er sich sogar in der doppelten italienischen Buchführung auskennt.

Das sogenannte Mißtrauen gegenüber der Führung rührt aus zwei Quellen her. Das Mißtrauen zu den führenden Instanzen ist eine wirkliche Tatsache. Gen. Engel hat das erwähnt und er hat vollkommen recht. Welches Vertrauen kann aber bestehen, wenn man heute das eine sagt, morgen etwas ganz anderes, wenn ihr Furcht habt vor denen, zu deren Führung ihr berufen seid? So kann man Vertrauen nicht einflößen. Man vertraut nur solchem Führer, von dem jedem Arbeiter bekannt ist, daß er für seine politische Linie bis zum Ende kämpfen wird. Er mag bisweilen Niederlagen erleiden, doch wird er für eine Linie kämpfen, und nicht mit ihr spielen, jene aber, die spielen, die flößen kein Vertrauen ein. Wenn in dieser Beziehung keine radikale Wendung eintritt, so liegt die Gefahr vor, daß es sich zu einem üblen System auswächst. Jedes auf einer unteren Stufe der Parteihierarchie stehende Parteimitglied wird donnernde Reden gegen die Führer halten, dabei sich aber gleichzeitig mit ihnen in ihren Aktionen gegenüber den unteren Massen vergleichen. Ein ganzes System von Mißtrauen wird einreißen — von oben bis unten. Genossen, meines Erachtens ist ein großes Verdienst des gegenwärtigen ZK sein ehrlicher Kampf für eine vollkommen bestimmte Linie und das Fehlen jeglicher Aengste, wie wohl darüber der eine oder andere der in Hannover Katz folgenden einfachen Arbeiter denken oder die Genossin Tante Ruth Fischer. Nur so muß für eine politische Linie gekämpft werden. In der deutschen Partei gibt es nichts schlimmeres als die Gruppe Ruth Fischer. Ich muß das hier offen erklären. Nach alledem. was gewesen ist: nach dem „Offenen Brief“ und den hier vor mir auf dem Tische liegenden Briefen, muß man sagen, daß das die Verkörperung der übelsten Methoden politischer Prinzipienlosigkeit ist, und für einen Parteiführer kann es nichts Uebleres geben. Man kann sich vorstellen, daß eine Gruppe Fehler macht, daß sie für ihre irriige Linie kämpft; aber die Prinzipienlosigkeit zu einem Prinzip zu erheben, — das ist etwas geradezu Widerliches. Mit einer solchen Gruppe muß man aufräumen. Unter solchen Voraussetzungen kann man keine Arbeiter erziehen.

Genossen! Ich möchte noch bei einer Sache verweilen. Die jetzige Führung braucht wirklich ein positives Arbeitsprogramm. Das ZK muß die

innerparteiliche Demokratie verwirklichen; jeder, der an dieser Arbeit mit-helfen will, muß die Möglichkeit dazu erhalten, dann aber muß über die Gruppierungen und Personen auf Grund ihrer Handlungen geurteilt werden. Das ist das einzig mögliche. Die Voraussetzungen für eine fruchtbare Arbeit sind in Deutschland gegeben. Man muß ein für allemal mit den Ueber-bleibseln eines feigen Verhaltens den Massen gegenüber sowie gegenüber den Vorurteilen einiger Schichten der Masse aufräumen und der Prinzipienlosig-keit ein Ende machen. Nur in diesem Falle werdet ihr die Möglichkeit haben, neue Kaders wirklicher Führer zu erziehen und keine parteipoliti-schen Feiglinge. Nur dann werdet ihr Kaders erhalten, die der wirklich guten Qualifikation des deutschen Proletariats entsprechen. Eine schwache Seite der Partei ist zunächst noch das Fehlen genügender Führerkaders. Ihr werdet sie haben und wir müssen mit allen Kräften das gegenwärtige ZK unterstützen, weil dieses im großen und ganzen den richtigen Weg geht.

J. STALIN:
ZUR DEUTSCHEN FRAGE*

Genossen! Nach den ausgezeichneten Reden, die wir hier von unseren Genossen gehört haben, insbesondere nach der Rede des Gen. Bucharin, mit der ich mich vollkommen solidarisch erkläre, werde ich mich auf wenige Bemerkungen beschränken.

1. Einige Genossen glauben, daß die kommunistischen Parteien Westeuropas, wenn die Interessen der Sowjetunion dies erfordern würden, auch eine rechte Politik betreiben müßten. Genossen, ich bin damit nicht einverstanden. Ich muß sagen, daß eine solche Annahme mit den Grundsätzen, von denen wir russische Genossen uns in unserer Arbeit leiten lassen, unvereinbar ist. Ich vermag Ihnen keinen Fall zu nennen, bei dem die Interessen unserer Arbeiterrepublik Abweichungen nach rechts seitens unserer Bruderparteien erfordern würden. Was heißt: eine rechte Politik treiben? Kurz und schlicht heißt es: die Interessen der Arbeiterklasse „ein bißchen verraten.“ Ich kann mir nicht denken, daß die Interessen der Sowjetunion einen Verrat der Interessen der Arbeiterklasse seitens unserer Bruderparteien auch nur für eine Sekunde erfordern könnten. Ich kann mir nicht denken, daß die Interessen unserer Republik, die die Basis der internationalen Arbeiterbewegung ist, statt eines Maximums an revolutionärem Geist und politischer Aktivität von den Arbeitern Westeuropas eine Herabsetzung dieser Aktivität, ein Erlöschen des revolutionären Geistes verlangen könnten. Eine solche Annahme ist für uns russische Genossen eine Beleidigung. Ich halte es daher für meine Pflicht, diese widersinnige und gänzlich unakzeptable Annahme entschieden zurückzuweisen.

2. Ein paar Worte über das deutsche ZK. Bei einigen Intellektuellen werden Stimmen laut, daß das ZK der KPD schwach sei, daß seine Führung schwach sei, daß der Mangel an Intellektuellen im ZK dessen Arbeit beeinträchtige, daß ein ZK eigentlich gar nicht existiere usw. Ich halte dergleichen Ausfälle für eine Kampfweise von Intellektuellen, die unwürdig sind, sich Kommunisten zu nennen. Das gegenwärtige ZK der KPD ist nicht vom Himmel gefallen, es entstand im Kampfe gegen die von rechter Seite gemachten Fehler und es ist erstarkt im Kampfe gegen die ultralinken Fehler. Es ist daher weder ein rechtes noch ein ultralinkes, es ist ein leninistisches ZK, also diejenige, die ganze Arbeit leitende Gruppe, deren die deutsche Kommunistische Partei jetzt gerade bedarf. Man sagt, das heutige ZK sei arm an Theoretikern. Das ist noch kein großes Unglück, sofern nur eine richtige Politik vorhanden ist. Die theoretischen Kenntnisse werden sich schon einstellen. Kenntnisse können erworben werden. Was heute nicht ist, kann morgen werden. Sich aber die gegenwärtig vom deutschen ZK vertretene Politik zu eigen zu machen, das dürfte manchem hochnäsigen Intellektuellen schon etwas schwerer fallen. Die Stärke unseres gegen-

*) Rede in der deutschen Kommission der Erweiterten Exekutive.

wärtigen ZK besteht darin, daß es eine richtige leninistische Politik durchführt, was die auf ihre „Kenntnisse“ so stolzen Intellektuellen absolut nicht zugeben wollen. Es gibt Genossen, die da glauben, daß es genüge, wenn ein Intellektueller ein paar Bücher mehr gelesen oder ein paar Broschüren mehr verfaßt habe, damit er Anspruch auf die Führung der Partei erheben könne. Das ist falsch, Genossen, lächerlich falsch! Mögt ihr noch so dicke Wälzer über Philosophie oder über die sexuelle Frage geschrieben haben, sofern ihr euch nicht die richtige Politik des ZK der KPD angeeignet habt, müßt ihr dessenungeachtet von der Leitung der Partei ferngehalten werden. Genosse Thälmann! Wenn Intellektuelle wirklich der Arbeitersache dienen wollen, so stellt sie in den Dienst der Partei. Wollen sie dagegen um jeden Preis herrschen und befehlen, so jagt sie zum Teufel! Die Tatsache, daß im heutigen ZK Proletarier überwiegen, gereicht der KPD nur zur Ehre. Worin besteht heute die Aufgabe der KPD? Sie hat sich den Weg zu den sozialdemokratischen Arbeitermassen zu bahnen, die sich im sozialdemokratischen Urwald verirrt haben, sie muß auf diese Weise die Mehrheit der Arbeiterklasse für die Kommunistische Partei zu gewinnen trachten. Ihre Aufgabe besteht darin, ihren auf Irrwege geratenen Klassenbrüdern zu helfen, den richtigen Weg zu finden und mit der Kommunistischen Partei in Fühlung zu treten. Es sind hierbei zwei Methoden möglich. Die eine Methode ist eine spezifisch intellektuelle, eine Methode des Antreibens der Arbeiter, eine „Eroberung“ der Arbeiter gewissermaßen mit der Peitsche in der Hand. Es erübrigt sich, zu betonen, daß diese Methode mit einer kommunistischen Methode nichts gemein hat, da sie die Arbeiter nicht gewinnt, sondern sie abstößt. Die andere Methode besteht darin, mit den ins sozialdemokratische Lager geratenen, verirrtten Brüdern eine gemeinsame Sprache zu finden, ihnen zu helfen, aus dem sozialdemokratischen Urwald einen Weg ins Freie zu finden, ihnen den Uebergang zum Kommunismus zu erleichtern. Allein diese Methode ist kommunistisch, nur sie führt zur Eroberung der Massen. Durch die gegenwärtige proletarische Zusammensetzung des ZK wird die Anwendung dieser zweiten Methode in Deutschland außerordentlich erleichtert. Sie erklärt uns auch die Erfolge, die das heutige ZK der KPD auf dem Gebiete der Verwirklichung der Einheitsfront unbestreitbar zu verzeichnen hat.

3. Einiges zur Rede des Genossen Meyer. Ich habe die klugen Ausführungen des Genossen Meyer aufmerksam verfolgt, muß jedoch sagen, daß ich ihm in einem Punkte nicht beipflichten kann. Seine Rede erweckt den Anschein, als ob nicht er sich dem ZK der KPD genähert habe, sondern umgekehrt das ZK sich ihm. Das stimmt nicht, Genossen. Er hat das zwar nicht offen ausgesprochen, es geht aber aus seiner ganzen Rede ohne weiteres hervor. Diese Auffassung ist falsch, ist ein großer Irrtum. Das heutige ZK ist im Kampf gegen die Rechte entstanden, in deren Reihen Genosse Meyer noch vor kurzem mitgestanden hat. Das ZK kann sich nicht auf den rechten Standpunkt stellen, ohne sich selbst zu verleugnen und das Rad der Geschichte der KPD zurückdrehen zu wollen. Wenn nun Genosse Meyer dessenungeachtet dem jetzigen ZK heute näher steht als ehemals, so folgt daraus, daß eben Genosse Meyer nach links gerückt ist und begonnen hat, die Fehler der Rechten einzusehen, von ihnen somit abzurücken. Nicht das ZK kommt also dem Genossen Meyer entgegen, sondern

Genosse Meyer dem ZK. Genosse Meyer bewegt sich in dieser Richtung, er ist aber noch nicht ganz am Ziel angelangt. Er muß noch etliche Schritte in der Richtung zum ZK machen, um sagen zu können, er stehe ganz auf dem Boden der heutigen Leitung der KPD. Ich halte den Genossen Meyer keineswegs für einen Aussätzigen und empfehle es nicht, ihn abzustoßen. Ich meine nur, er hat noch einige Schritte zu machen, damit seine endgültige Annäherung an das gegenwärtige ZK der KPD als vollzogen gelten kann.

4. Ueber Scholem. Ich will mich nicht über die Ultralinke in Deutschland und über die Politik des Genossen Scholem verbreiten, denn der Worte sind hier genug gewechselt. Ich möchte nur auf eine Stelle aus der Rede des Genossen Scholem aufmerksam machen und an ihr Kritik üben. Scholem tritt jetzt für die Demokratie in der Partei ein und schlägt daher vor, eine allgemeine Diskussion zu eröffnen. Brandler und Radek, kurz alle, von der Rechten bis zur Ultralinken, einzuladen und eine allgemeine Amnestie zu verkünden. Das ist falsch, Genossen. Das brauchen wir nicht. Früher war Scholem gegen die Demokratie in der Partei, jetzt verfällt er ins andere Extrem, indem er sich für eine unbeschränkte, ungezügelter Demokratie ausspricht. Auf eine solche Demokratie verzichten wir. Ein russisches Sprichwort lautet: „Laß einen Dummkopf beten, er zerschlägt sich sicher die Stirn“. Damit ist uns also nicht gedient. Die KPD hat die rechte Krankheit bereits überwunden und sie braucht ihr nicht erneut künstlich eingimpft zu werden. Die deutsche KP krankt jetzt am ultralinken Uebel, das beseitigt, aber nicht belebt sein will. Was wir brauchen, ist nicht eine Diskussion und Demokratie um jeden Preis, sondern eine solche Diskussion und eine solche Demokratie, die die kommunistische Bewegung in Deutschland fördert. Ich bin darum gegen die Scholemsche allgemeine Amnestie.

5. Nun zur Gruppe Ruth Fischer. Auch über diese Gruppe wurde bereits soviel gesprochen, daß ich mich auf wenig beschränken kann. Ich bin der Ansicht, daß unter allen unerwünschten und negativen Gruppen der KPD diese Gruppe die am wenigsten erwünschte, die negativste ist. Ein ultralinkes Proletarier ließ hier die Bemerkung fallen, die Arbeiter begännen den Glauben an die Führer zu verlieren. Wenn das wahr ist, so ist das eine sehr traurige Erscheinung; denn es kann keine wahre Partei geben, wenn der Glaube an die Führer fehlt. Wer trägt dann aber die Schuld daran? Die Gruppe Ruth Fischer mit ihrer doppelten Buchführung in der Politik, mit ihrer Praxis, das eine zu sagen und etwas ganz anderes zu tun, der dauernde Widerspruch zwischen Worten und Taten dieser diplomatischen Gruppe. Die Arbeiter können ihren Führern keinen Glauben schenken, wenn diese Führer im diplomatischen Spiel versumpfen, wenn das Wort nicht durch die Tat gestützt wird, wenn sich Wort und Tat bei Führern nicht decken. Warum haben die russischen Arbeiter dem Genossen Lenin ein so unbegrenztes Vertrauen entgegengebracht? Etwa bloß deshalb, weil seine Politik richtig war? Nein. Nicht nur deshalb, sondern auch, weil sie wußten, daß bei Lenin zwischen Wort und Tat kein Widerspruch bestand, weil sie wußten: „Lenin betrügt uns nicht!“ Das war es, worauf unter anderem die Autorität Lenins gegründet war. So erzog Lenin die Arbeiter, so erhielt er in ihnen den Glauben an die Führer lebendig. Die Methode der Gruppe Ruth Fischer dagegen ist die Methode der verfaulten

Diplomatie und steht im schärfsten Gegensatz zur Methode Lenins. Dem Genossen Bordiga, den ich für keinen Marxisten und keinen Leniisten halte, kann ich dennoch glauben, weil er das ausspricht, was er denkt. Selbst Genossen Scholem kann ich glauben, obwohl er nicht immer das ausspricht, was er denkt, der sich aber zuweilen verplappert. Ruth Fischer aber kann ich beim besten Willen auch nicht für eine Sekunde glauben, da sie niemals das ausspricht, was sie denkt. Darum halte ich die Gruppe Ruth Fischer für die negativste aller negativen Gruppen der KPD.

5. Ich komme zum Genossen Urbahns. Ich habe für den Genossen Urbahns als einem Revolutionär die größte Hochachtung. Für seine Haltung vor Gericht verdient er das höchste Lob. Dennoch muß ich sagen, daß man allein mit all diesen guten Eigenschaften des Genossen Urbahns noch nicht weit kommt. Revolutionärer Geist ist eine gute Sache, Ausdauer nicht minder. Wenn jedoch dies die einzigen Eigenschaften sind, wenn man sonst nichts im Arsenal hat, so ist das etwas zu wenig, allzuwenig, Genossen. Eine solche Ausrüstung mag ein bis zwei Monate herhalten; wird sie aber nicht von einer richtigen Politik unterstützt, so versiegt die Quelle, versiegt sie bestimmt. Gegenwärtig tobt zwischen dem ZK der KPD und der Katz-Bande ein unerbittlicher Kampf. Auf wessen Seite steht der Genosse Urbahns? Auf der Seite von Katz und seiner Bande oder auf der Seite des ZK? Auf der Seite des spießbürgerlichen Philosophen Korsch oder auf der Seite des ZK? Hier heißt es wählen! Man kann nicht auf halbem Wege zwischen diesen beiden Kampfslagern stehen bleiben, man muß den Mut haben, offen zu erklären, auf wessen Seite man steht, Genosse Urbahns: auf seiten des ZK oder seiner erbitterten Gegner. Da heißt es Farbe bekennen! Das Mißgeschick des Genossen Urbahns besteht gerade darin, daß es ihm, wie es scheint, noch an solcher Bestimmtheit mangelt, daß er an politischer Kurzsichtigkeit leidet. Nun, eine solche Kurzsichtigkeit wäre verzeihlich, wenn sie sich das eine oder andere Mal wiederholte; wird sie dagegen zur Politik erhoben, so grenzt sie an Verbrechen. Darum glaube ich, wird Genosse Urbahns, sofern er nicht den letzten Rest seines Einflusses in der Partei einbüßen will, gut tun, sich offen und ehrlich für die eine oder die andere Seite zu erklären. Die Arbeitermassen können nicht dauernd allein von den Erinnerungen an das tapfere Verhalten des Genossen Urbahns vor Gericht zehren. Wird Genosse Urbahns keine klare und bestimmte Politik verfolgen, so braucht man kein großer Prophet zu sein, um vorauszusehen, daß das Ansehen des Genossen Urbahns bei den Massen nicht einmal in der Erinnerung fortleben wird (Beifall).

PHILIPP DENGEL:
DIE KRISE IN DEUTSCHLAND UND DIE
LAGE DER DEUTSCHEN ARBEITERSCHAFT

Krieg und Inflationsperiode waren für wesentliche Teile der deutschen Industrie eine gewaltige Aufblähung. Die Technisierung des Krieges erforderte nicht nur Erhaltung des bestehenden Produktionsapparates, sondern seine fortwährende Erweiterung, allerdings schon damals unter ungeheurer Einschränkung des zirkulierenden Kapitals. Die Inflationszeit hat diese Tendenz noch verstärkt. Die Inflation wirkte wie eine Pumpe, die der Industrie fortwährend Kapital zuführte auf Kosten der breitesten Mittelschichten. Eine andere Erscheinung der Inflation war die fortgesetzt wachsende Schmälerung des Anteils der Arbeiter am Gesamtprodukt und die Anhäufung größerer Profite des Industriekapitals.

Als mit dem Zusammenbruch des Ruhrwiderstandes und der damit zusammenhängenden heranreifenden proletarischen Revolution sich für die deutsche Bourgeoisie die Notwendigkeit der Stabilisierung der Valuta ergab, zeigte es sich, daß die Verwendung der Ueberprofite keine eigentliche Kapitalbildung gewesen war. Die Inflationskonjunktur beruhte auf dem Dumping auf den Auslandsmärkten und auf der Wiederherstellung und Erweiterung des Produktionsapparates im Inland. Nach der Stabilisierung schrumpfte der Auslandsmarkt ein und die innere Konjunktur der Erweiterung des Produktionsapparates brach zusammen.

Der Zusammenbruch des Stinneskonzerns war das erste Opfer großen Stils dieses Kraches. Dieser Zusammenbruch war ein Ergebnis der „Flucht aus den Sachwerten“, d. h. der beginnenden Erkenntnis von der Unrentabilität des vorhandenen hypertrophen Produktionsapparates. Andere Umstände freilich wirkten dabei noch mit, so vor allem die Strukturveränderung in der Rolle des Industrie- und Bankkapitals. In der Inflationsperiode spielten die Banken als kreditvermittelnde, d. h. führende Organe keine wesentliche Rolle. Die Kreditgewährung erfolgte unmittelbar durch die öffentlichen (staatlichen) Banken an die Industrie, d. h. die Industrie wurde fortlaufend direkt vom Staat finanziert. Dabei wurden die Grundlagen der inneren Kreditmöglichkeiten selbst zerstört. Nach der Inflation bestand ein ungeheurer Mangel an Betriebskapital für die industriellen Unternehmungen ohne nennenswerte Kreditangebote, wodurch eine außerordentlich rasche Aenderung der Rollen zwischen Bank- und Industriekapital herbeigeführt, die Bedeutung der Banken als Zuleiter wenn auch unzureichender Kredite ungeheuer erhöht wurde.

In dieser ersten Krisenphase nach der Inflation wackelten die meisten großen Industriekonzerne: Stumm, Krupp, Otto Wolff, und andere. Nur durch abermaliges direktes Eingreifen des Staates (700-Millionen-Geschenk an die Ruhrindustriellen usw.) wurden größere Katastrophen verhütet.

Diese Entwicklung wurde infolge der Wirkungen des Dawesplanes (Moratorium für Reparationsleistungen, Erleichterung der außenpolitischen Lage und vor allem Auslandsanleihen) aufgehalten. Der Strom ausländischen Kapitals, der der deutschen Industrie zufließ, schuf eine neue Konjunktur, die nur durch Teilkrisen (Kohlenkrise, später Automobilkrise) durchlöchert war. Im Herbst des vergangenen Jahres brach auch diese Konjunktur zusammen.

Welches ist der Charakter der jetzigen Krise? Nur noch wenige sprechen von einer „Gesundungskrise“, wie bei der ersten Krisenphase nach der Inflation. Auch die bürgerlichen Ökonomen erkennen, daß diese Krise das Resultat einer schweren Krankheit der deutschen kapitalistischen Wirtschaft ist, die ihre Ursache in der Disproportionalität zwischen fixem und zirkulierendem Kapital, in der Hypertrophie des gesamten Produktionsapparates hat. Bürgerliche Wirtschaftskritiker fordern deshalb die planmäßige Verkleinerung dieses Produktionsapparates, die Stilllegung, die Zerstörung und Verschrottung eines Teiles der industriellen Anlagen. Dieser Prozeß hat tatsächlich schon vor dem Einsetzen der vollen Krise begonnen, in der Kaliindustrie und im Kohlenbergbau. In diesem Prozeß haben wir in der Hauptsache das Wesen der sogenannten „Rationalisierung“ zu erkennen.

Was soll durch diese „Rationalisierung“ erreicht werden? Man sagt, die Wiederherstellung der Konkurrenzfähigkeit auf den Weltmärkten. Warum war bis jetzt die deutsche Industrie trotz der niedrigen Löhne nicht konkurrenzfähig? Eine Ursache ist zweifellos die technische und organisatorische Zurückgebliebenheit relativ zur amerikanischen industriellen Produktion. Eine zweite Ursache ist das Valutadumping der Länder mit nicht stabilisierter Valuta (Frankreich, Luxemburg, Belgien, Italien usw.), eine dritte die reichlichen Subventionen der englischen Industrie durch den Staat. Die Hauptursache aber ist darin zu suchen, daß tatsächlich bei einem zu großen, zu vielleicht nur 50 Prozent ausgenutzten Produktionsapparat ein unverhältnismäßig bedeutendes Betriebskapital zu außerordentlich hohen Zinssätzen notwendig ist, daß dadurch und durch die Verwaltung und Instandhaltung des ganzen nur zur Hälfte ausgenutzten Apparates die Produktionskosten weit über den „notwendigen“ Produktionskosten liegen. Die Einschränkung des Produktionsapparates ist für die Kapitalisten wirklich das Hauptmittel, um die Produktionskosten wirksam herabzusetzen, das im Rest des Produktionsapparates investierte Kapital rentabel zu machen.

Ist dieser Weg gangbar? Ist eine Ueberwindung der Krise der deutschen kapitalistischen Wirtschaft auf diesem Wege möglich? Wir glauben nein: erstens ist die planmäßige Einschränkung des Produktionsapparates nur für die Industrie mit Monopolcharakter möglich; in der Fertigungsindustrie aber hat der Konzentrationsprozeß noch längst nicht jene Formen angenommen, daß man von Monopolisierung reden kann. Gewiß, hier ist keine unüberwindliche Schranke. Der Konzentrationsprozeß, die Tendenz zur Monopolbildung macht auch in diesem Teil der Industrie ungeheure Fortschritte gerade mit Rücksicht auf das gemeinsame Interesse der Einzelkapitalisten an der Ueberwindung der spezifischen Form der deutschen Krise. }

Aber man muß erkennen, daß dieser Prozeß der „Rationalisierung“ als Ganzes eine fortlaufende innere Einschränkung des Marktes darstellt. Die „Rationalisierung“ des Kohlenbergbaues, die im wesentlichen besteht in der Stilllegung eines Teiles der Zechen, in der Intensivierung der Arbeitsmethoden, in der Verschärfung des Antreibersystems, und nur zum kleinsten Teil in einer fortschreitenden Technisierung und Mechanisierung, wird z. B. rückwirkend einen Teil der Schwer- und Fertigungindustrie treffen. Umgekehrt wird die „Rationalisierung“ der Schwerindustrie und der Fertigungindustrie ungünstig auf die Absatzverhältnisse des Kohlenbergbaues einwirken, ganz abgesehen von der dauernden Verkleinerung der Kaufkraft der Arbeiterschaft, die im Verlauf dieses Prozesses zu immer größeren Teilen in die absolute Verelendung gestoßen wird.

Diese rückläufige Bewegung könnte nur aufgehalten werden und in eine Aufwärtsbewegung umschlagen durch eine gewaltige Steigerung des Exports. Dazu aber fehlen alle Voraussetzungen: außenpolitische Macht, innere Kapitalbildung und vor allem ein Schritthalten mit der „normalen“ Entwicklung der Produktionsmethoden in den gesunden oder relativ gesunden kapitalistischen Ländern. Gerade der letzte Punkt ist von ausschlaggebender Bedeutung. Die Vorwärtsentwicklung der Produktionsmethoden (Technisierung, Verbesserung der Organisation, Fordisierung usw.) hängt nicht ab von dem Willen der Kapitalisten, sondern sie steht in engstem Zusammenhang mit der Ausdehnung des Marktes. Aber die sogenannte „Rationalisierung“ der deutschen kapitalistischen Wirtschaft bedeutet eine fortlaufende Verengung des inneren Marktes, d. h. also eine fortlaufende Hemmung der wirklichen Vorwärtsentwicklung der Produktionsmethoden. Von den weltwirtschaftlichen Gesichtspunkten, die einer starken Ausdehnung des deutschen Exports hinderlich sind, sei hier ganz abgesehen.

Wird sich dieser Prozeß in der deutschen kapitalistischen Wirtschaft geradlinig vollziehen? Keineswegs. Die jetzige Krise in Deutschland hat natürlich wesentliche Elemente einer „normalen“ Krise in sich. Soweit diese Krise „normal“ ist, wird sie auch einen „normalen“ Verlauf nehmen, d. h. durch eine neue Konjunktur abgelöst werden. Aber mit Sicherheit kann man sagen, daß die neue Konjunkturphase hinter der letzten Konjunkturphase zurückbleiben wird, wenn nicht durch Befruchtung einer außerordentlich starken Kapitalzufuhr vom Ausland eine vorübergehende, nur kurz dauernde, scheinbare Höherentwicklung erreicht wird.

Ist die Lage für den deutschen Kapitalismus angesichts des bis jetzt geschilderten Prozesses katastrophal? Es wäre vollständig falsch, das anzunehmen. Dieser Prozeß kann ein langwieriger Prozeß werden mit ungeheuren Qualen für das deutsche Proletariat. Aber die Perspektive bleibt gerade dadurch revolutionär, daß der Fortbestand der deutschen kapitalistischen Wirtschaft nur möglich ist bei gleichzeitiger Verschärfung der Ausbeutungsmethoden, bei weiterer Herabdrückung des Lebensniveaus eines immer größer werdenden Teiles des deutschen Proletariats.

Schon heute sind die Auswirkungen der sogenannten „Rationalisierung“ für die deutsche Arbeiterschaft sehr stark. In der Kaliindustrie ist die Belegschaft von 22 000 auf 9000 herabgedrückt worden. Im Kohlenbergbau

des Ruhrgebiets allein wurden im vergangenen Jahre 80 000 Arbeiter entlassen. Im Braunkohlenbergbau sind die Relativziffern noch größer als im Kohlenbergbau des Ruhrgebiets. Fest steht, daß auch eine verhältnismäßig günstige Konjunktur nicht instande sein wird, diese infolge der „Rationalisierung“ aus dem Produktionsprozeß ausgestoßenen Arbeiter aufzusaugen. Die Massenarbeitslosigkeit wird in Deutschland zu einer Dauererscheinung werden mit all den Nebenerscheinungen, die eine Massenarbeitslosigkeit auch für die noch in der Produktion stehenden Arbeiter mit sich bringt.

Selbstverständlich ist mit den besonderen Formen und dem Ausmaße der Krise verbunden die Vernichtung zahlreicher, vor allem kleinerer und mittlerer kapitalistischer Existenzen. Im Dezember wurden folgende Rekordziffern erreicht: 1683 Konkurse, 1394 Geschäftsaufsichten. Im Januar sind die entsprechenden Zahlen: 2104 und 1573. Diese Ziffer erhöht sich noch dadurch, daß ein beträchtlicher Teil der Konkurse gar nicht zur Eröffnung gelangt, daß andere Unternehmungen durch außergerichtliche Vergleiche oder stille Liquidationen verschwinden. So berichtet die „Frankfurter Zeitung“, daß im Bezirk Frankfurt a. M. die Ziffer der auf diese Weise liquidierten Unternehmungen für mindestens ebenso hoch gehalten wird wie die gerichtlich eingetragenen Konkurse. Charakteristisch ist ferner die Tatsache, daß die relative Zunahme der Konkurse industrieller Unternehmungen größer ist als die der Handelsunternehmungen, wenn auch nach wie vor die Zusammenbrüche von Handelsunternehmungen die Mehrzahl darstellt.

Die Krise hat sich endlich außerordentlich ungünstig auf die Klein- und Mittelbauernschichten ausgewirkt. Die nach der Ernte fällig werdenden hohen Steuern, die Rückzahlung kurzfristiger Kredite, die zum Ankauf von Düngemitteln und Saat verwandt worden sind, bewirkten ein Ueberangebot von Getreide, dem infolge des Kreditmangels keine entsprechende Aufnahmefähigkeit gegenüberstand. Infolgedessen lagen auf den deutschen Märkten die Preise für Getreide lange Zeit unter dem Weltmarktpreis. Und es ist selbstverständlich, daß die den Klein- und Mittelbauern wirklich gezahlten Preise abermals weit unter den deutschen Marktpreisen liegen. Es kommt hinzu, daß die Preise für Hauptprodukte gerade des kleinen und mittleren Bauerntums, Kartoffeln und Roggen, weit unter Friedenspreisen liegen, z. B. für Roggen nur 30 Mark pro Tonne. Auch die Viehpreise liegen teilweise unter den Friedenspreisen. Die Schere besteht wieder. Als Beweis für die sinkende Kaufkraft dieser Teile der deutschen Landwirtschaft sei angeführt, daß der Kaliabsatz seit Oktober dauernd geringer ist als der Absatz für dieselbe Zeit des vergangenen Jahres. Im Januar dieses Jahres z. B. betrug der Absatz des deutschen Kalisyndikats 900 000 Doppelzentner, gegen 1 660 000 Doppelzentner im Januar 1925, trotz des verhältnismäßig günstigen Auslandsabsatzes.

Es ist im Verlaufe der Darstellung gezeigt worden, daß die erste Konjunkturphase nach der Inflation sehr stark günstig beeinflußt wurde durch den Zustrom ausländischen Kapitals. Ueber den Umfang des Kapitalimports kann man sich eine Vorstellung machen, wenn man die Zahlungsbilanzen der Jahre 1924 und 1925 heranzieht. Die Passivität der Zahlungsbilanz im Jahre 1924 betrug schätzungsweise 2,7 Milliarden Mark, im Jahre 1925:

4,5 Milliarden. Rechnet man den Rückfluß von Kapital, das in der Inflationsperiode ins Ausland geflüchtet war, ab, so verbleibt für die Jahre 1924 und 1925 eine Passivität, d. h. eine Verschuldung an das Ausland von rund 6 Milliarden.

Wie wurde diese Passivität gedeckt? Für 1925 liegen folgende Ziffern vor: langfristige Anleihen in der Höhe von insgesamt 1320 Millionen Mark, davon 951 Millionen von den Vereinigten Staaten. Von diesem Nominalbetrag müssen durchschnittlich 13 Prozent in Abzug gebracht werden. Eine zweite Form der Kapitaleinfuhr ist die Beteiligung in Aktienform. Die „Frankfurter Zeitung“ schätzt die Summe des auf diese Weise importierten Kapitals auf höchstens eine halbe Milliarde, so daß für 1925 mehr als 2 Milliarden kurzfristiger Bankschulden übrig bleiben. Erst in den letzten Monaten hat sich ein lebhaftes Interesse des Auslandes am Ankauf deutscher Aktien. Uebernahme von Aktienpaketen gezeigt. Die Januarhaussa an den deutschen Börsen ist auf diese Erscheinung zurückzuführen.

Dieser Kapitalimport hat bereits zu einer starken Ueberfremdung geführt. Fast alle deutschen Großbanken haben größere Aktienpakete an ausländische Kapitalgruppen abgegeben. Teilweise geschieht die Unterordnung unter ausländische Kontrolle in der Form des Anschlusses an stärkere Kapitalgruppen: schon ältere Vorgänge in dieser Richtung sind Hapag und Norddeutscher Lloyd, in unserer Zeit Verbindung Siemens mit Westinghouse, AEG mit General Electric, Depag mit Anglo Persian Oil, Köln-Rottweil und Deutsch-Nobel mit der englischen und amerikanischen Nobelgruppe, der in Bildung begriffene Ruhrmontantrust mit Dillon Read usw. usw. Eine andere Form ist der Uebergang der direkten Kontrolle an ausländische Kapitalgruppen. So sind z. B. 30 Prozent der deutschen Zündholzindustrie, darunter die größten Zündholzfabriken, in Händen des schwedisch-amerikanischen Zündholztrusts, dazu gehört die Kontrolle des Konzerns Gisches Erben durch Harriman usf.

Die direkte Beteiligung ausländischen Kapitals an deutschen Unternehmungen wird von den maßgebenden deutschen Industrie-Bankkreisen offen gefordert. Dies geschah nicht nur wegen des hohen Zinsfußes der Anleihen (mindestens 8,5 Prozent tatsächliche Verzinsung), sondern vor allem, um das Ausland (Amerika) an der Prosperität der deutschen kapitalistischen Wirtschaft zu interessieren. Auch von der Regierung werden diese Bestrebungen unterstützt, weil von dieser Seite aus der Angriff auf den Dawes-Plan wirksam unterstützt werden kann.

Es ist schon darauf hingewiesen worden, daß der Zustrom ausländischen Kapitals zwar die Krisenerscheinung in Deutschland vorübergehend abzuschwächen vermag, aber eine Ueberwindung der Krise mit Hilfe ausländischen Kapitals ist unmöglich. Letzten Endes wird der Zinsendienst, der mit dem Kapitalimport verbunden ist, den Einschrumpfungsprozeß der deutschen kapitalistischen Wirtschaft noch befördern müssen. Ein besonderes Gefahrenmoment ergibt sich aus der Tatsache der oben angeführten Höhe kurzfristiger Bankschulden im Ausland. Eine Krise in den Vereinigten Staaten z. B. mit evtl. massenhaftem Abruf der kurzfristigen Kredite muß zu gewaltigen Erschütterungen in Deutschland führen.

II.

Wie ist die Lage der deutschen Arbeiterschaft angesichts der wirtschaftlichen Krise?

Um diese Lage ganz zu verstehen, muß man hier zur Niederlage des Herbstes 1923 zurückkehren.

Die Folgen dieser Niederlage können folgendermaßen zusammengefaßt werden:

1. Stärkste Verschiebung des Machtverhältnisses zwischen Bourgeoisie und Proletariat zuungunsten der Arbeiterklasse.
2. Beseitigung der Reste des Kontrollrechts der Betriebsräte. Damit zusammenhängend grundlegende Aenderung der Arbeitsverhältnisse in den Betrieben.
3. Beseitigung des Achtsturentages.
4. Verbot und Unterdrückung der KPD.

Die Arbeiterschaft wurde in eine breite Niederlagenstimmung hineingerissen, das Selbstvertrauen auf die eigene Klasse ging teilweise verloren. Ein Ausdruck dafür war die panikartige Austrittsbewegung aus den Gewerkschaften, die Reduzierung des Bestandes der Gewerkschaftsmitglieder auf fast ein Drittel des Höchststandes (3,6 Millionen gegen 9 Millionen). Auf die Fehler der KPD in diesem Zusammenhang — Verkennung der Austrittspsychose, das Mitgerissenwerden in die Niederlagenstimmung und infolgedessen das ruinöse Nichtverstehen der Gewerkschaftsarbeit und der Einheitsfronttaktik — sei nur nebenbei hingewiesen.

Der Sommer 1924 ist charakteristisch durch eine tiefgehende Lethargie in der deutschen Arbeiterklasse, der Sieg der Bourgeoisie, die Befestigung der kapitalistischen Wirtschaft wird in der gewaltigen Mehrheit der Arbeiterschaft als endgültig hingenommen. Man glaubt an die Möglichkeit einer allgemeinen Besserung der wirtschaftlichen Lage als Auswirkung des Dawes-Planes. Die Besserung der wirtschaftlichen Konjunktur verstärkt diese Illusionen.

Aber schon im Spätherbst 1924 beginnt der Umschwung, der zusammenhängt mit einer gewissen Planmäßigkeit, mit der der deutsche Kapitalismus an die „Sanierung“ auf Kosten der Arbeiterschaft herangeht. Die Partei hat weder rechtzeitig diesen Umschwung erkannt noch eine richtige Politik durchzuführen verstanden. Das änderte sich auch nicht — trotz einiger Deklarationen im Zentralaussschuß im Januar 1925 —, als der Stimmungsumschwung innerhalb der Arbeiterschaft sich in elementaren Bewegungen äußerte.

Zu diesen sehr tiefgehenden Bewegungen rechnen wir die Aenderung in der Stellungnahme breiter Arbeiterschichten zu Sowjetrußland. Was signalisierte diese Bewegung? Sie signalisierte:

1. Das Verflattern der Dawes-Illusionen.
2. Das Wiedererwachen des Vertrauens in die Kraft der eigenen Klasse.
3. Die stärkere Kraftausstrahlung des im sozialistischen Aufbau befindlichen Sowjetstaates auf die westeuropäische Arbeiterschaft.

Man soll die Bedeutung und das fundierte Ergebnis der Entsendung von Arbeiterdelegationen nach Sowjetrußland gewiß nicht überschätzen. Es gelang noch nicht, eine tiefergehende Zersetzung in die Sozialdemokratische Partei hineinzutragen. Dazu fehlte auch eine entschlossene und klare Einheitsfronttaktik auf anderen Gebieten.

Wie tief aber die Gärung in den Massen der sozialdemokratischen Arbeiter ist, das zeigte der Widerstand gegen den Eintritt der Sozialdemokratischen Partei in die neue Regierung Luther-Stresemann. In Hunderten von sozialdemokratischen Organisationen wurden Resolutionen gegen eine neue große Koalition angenommen, eine Reihe von Organisationen verlangten den Bruch mit der Koalitionspolitik überhaupt. Es ist kein Zweifel, daß dieser Massendruck die Hauptursache war, die die Wels, Hilferding und Hermann Müller veranlaßten, die Verhandlungen mit den bürgerlichen Mittelparteien scheitern zu lassen.

Noch klarer und eindeutiger wird die Wendung in den Reihen der sozialdemokratischen Arbeiter charakterisiert durch die Revolte gegen die Absichten des Parteivorstandes, in der Frage der Fürstenabfindung mit den bürgerlichen Mittelparteien ein faules Kompromiß einzugehen. Die Kampagne der Kommunistischen Partei für die entschädigungslose Enteignung der Fürstenhäuser fand einen so elementaren Widerhall bei den sozialdemokratischen Arbeitern, daß alle Sabotageversuche des Vorstandes der SPD überrannt wurden. Als die KPD zusammen mit dem unter ihrer Führung entstandenen Ausschuß für entschädigungslose Enteignung der Fürstenhäuser (proletarische Freidenker, pazifistische Organisationen usw.) einen Gesetzentwurf zur Durchführung eines Volksentscheides bei der Regierung eingereicht hatte, da war nach einer vorausgegangenen Sitzung des Parteiausschusses der Vorstand der SPD gezwungen, sich diesem Gesetzentwurf anzuschließen.

Die Bedeutung dieses Vorganges muß außerordentlich hoch eingeschätzt werden. Zum ersten Male seit der Anwendung der Einheitsfronttaktik war es der KPD gelungen, durch eine Einheitskampagne von unten die Führer an der Spitze an den Verhandlungstisch zu zwingen. Zum ersten Male war es der KPD gelungen, in einer nicht unbedeutenden Frage kommunistische Arbeiter mit sozialdemokratischen Arbeitern zu einer gemeinsamen Aktion zu vereinigen.

Die Führung dieser Bewegung liegt in den Händen der KPD. Das unterscheidet diese Aktion von allen früheren gemeinsamen Aktionen (Kapp-Putsch, Rathenau-Kampagne). Diese Kampagne zu vertiefen und zu erweitern, die gemeinsame Aktion der Arbeiter unten auch auf andere wichtige Gebiete auszudehnen, das ist jetzt die große Aufgabe, die die KPD durchzuführen hat.

Der Schwung in der Fürstenenteignungskampagne darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Kampffähigkeit der deutschen Arbeiterschaft noch sehr begrenzt ist. Die erste Phase der sogenannten „Rationalisierung“ der Wirtschaft wurde — abgesehen von lokalen Aktionen — kampflos hingenommen. Unsere Kampagne für die Führung der Erwerbslosenbewegung durch die Gewerkschaften hat bis jetzt nur dürftige Ergebnisse gezeitigt. Der Druck von unten auf die Gewerkschaftsführung in den Fragen der wirtschaftlichen

Kämpfe, der gesamten Gewerkschaftstaktik ist noch verhältnismäßig gering, so gering, daß die reformistische Bürokratie es wagen darf, Verhandlungen über die Bildung einer neuen Arbeitsgemeinschaft zu führen, ohne daß ein elementarer Massensturm diesen Verrat in seiner Wurzel vernichtet hätte.

Die Erfolge in der Fürstenenteignungskampagne dürfen und werden uns nicht täuschen darüber, daß der Nachdruck unserer Arbeit in den Gewerkschaften liegen muß. Solange diese gewaltige Massenorganisation noch fast ohne Hemmung der reformistischen Führung folgt, einer Führung, die die reaktionärste und kapitalistenfreundlichste in Europa ist, so lange kann von einem wirklichen Durchbruch der sozialdemokratischen Front keine Rede sein. Ohne diesen Durchbruch aber ist weder ein allgemeiner Widerstand der Arbeiterschaft gegen die Massenverelendung, gegen die Auswirkungen der „Rationalisierung“, gegen die Folgen der Krise in Deutschland möglich noch ein Uebergang zur Offensive.

Die objektiven Verhältnisse sind auch zur Durchführung dieser Aufgaben günstig, und sie werden günstig bleiben. An diesem Teil der Front muß die KPD ihre Hauptkräfte konzentrieren, alle ihre Handlungen in den Dienst dieser Aufgabe stellen. Läßt sie sich weder durch kleinbürgerlich-revolutionäres Phrasengedresch beirren noch in die Lockungen des Opportunismus verstricken, dann wird auch die Lösung dieser Aufgabe gelingen.

K. KILBOM:
SCHWEDISCHE POLITIK UNTER
SOZIALDEMOKRATISCHEM
REGIME

Die Arbeiter Schwedens hatten in den letzten Jahren reichlichen Anlaß zu Reflektionen über die „Vorteile“ des sozialdemokratischen Regimes. Die gegenwärtige Regierung ist die dritte sozialdemokratische während der letzten sechs Jahre: im gewissen Sinne ein guter Beweis für die Stärke der Sozialdemokratie, nicht aber, leider, auch für die Stärke des Sozialismus. Denn bereits die zweite sozialdemokratische Regierung verleugnete ihren Parteinamen und nannte sich „Volksregierung“. Sie benutzte jede sich bietende Gelegenheit, um kundzugeben, daß sie keine Regierung der Arbeiterklasse sei; sie vertrat die „Interessen des Landes“, die der Bourgeoisie sowohl wie die des armen Volkes, die der Bankdirektoren wie die der Arbeiter, die der Gutsbesitzer wie die der ausgebeuteten Landarbeiter. Auf jeden Fall war dieses das Resultat ihrer Politik. Die ökonomische Politik der sozialdemokratischen Regierungen unterschied sich in den Details nur schwerlich von der der bürgerlichen Regierungen. Das Staatsbudget des zweiten Kabinetts Branting für das Jahr 1923/24 umfaßt an Steuern, Zöllen und Akzisen 458,1 Millionen Kronen, während das Budget des darauffolgenden Rechnungsjahres, das von einer reaktionären Regierung aufgestellt wurde, 462,9 Millionen Kronen aus denselben Posten aufstellt. Die Ausgaben z. B. für das Gefängniswesen betragen im ersteren Falle genau so viel. Dasselbe war der Fall in bezug auf die Ausgaben für das Königshaus. Dagegen betragen die Ausgaben für das Militärwesen 1924/25 147,5 Millionen, 1923/24 aber 154,1 Millionen Kronen, also rund 7 Millionen Kronen mehr zur Zeit der letztmaligen Aufstellung des Budgets durch eine sozialdemokratische Regierung. Es ist zwar richtig, daß auch einige andere Ausgaben höher angesetzt waren: Unterricht, Auslandsrepräsentationen, soziale Zwecke und Landwirtschaft, wofür einige andere Posten beschnitten wurden. Die tatsächlichen Einnahmen — im schwedischen Staatsbudget werden die Anleihemittel in einer besonderen Abteilung geführt — machten 1923/24 = 610,6 Millionen Kronen. 1924/25 = 599,2 Millionen Kronen aus. Die tatsächlichen Ausgaben — die Ausgaben für „Kapitalvermehrung“ werden gesondert geführt — schlossen im ersten Jahre mit 619,6 Millionen, im letzteren Jahre mit 581,6 Millionen Kronen ab.

Wenden wir uns einigen anderen Details zu, so erhalten wir dasselbe Bild. Die sozialdemokratische Regierung subventionierte im Jahre 1922/23 die durch die rücksichtsloseste Spekulation bankrottierten Banken mit 115 Millionen Kronen. Diese Gelder sind teilweise jetzt schon bezahlt worden durch Steuern und den um mehrere 100 Prozent erhöhten Kaffeezoll, was für die arbeitenden Klassen große Mehrausgaben bedeutet. Dagegen sprach sich dieselbe Regierung, mit ihrer Partei an der Spitze, gegen die kommunistischen

Anträge aus über o r d e n t l i c h e Unterstützung der Arbeitslosen, Trennung der Kirche vom Staate, Enteignung der Kirche, der Unternehmungen und der großen Privatbesitzer von ihren großen Landbesitzen und Zuteilung der Ländereien an die armen Proletarier des Landes. Wir haben hier nur einige Beispiele herausgegriffen, sie könnten um das Vielfache aus allen Gebieten vermehrt werden. Natürlich waren die bürgerlichen Parteien durch diese Politik nicht zufriedengestellt. Durch eine vereinte außerparlamentarische und parlamentarische Aktion wurde die zweite sozialdemokratische Regierung im Frühling 1923 gestürzt. Besonders hatte es den Bürgerlichen ihre „radikale“ Arbeitslosenpolitik angetan. Daß aber, trotz dieser, große Massen Arbeitslose dennoch ohne jede geringste Unterstützung seitens des Staates verblieben, bedeutete nichts. Die Regierung hatte ihren Zweck erfüllt, sie hatte die Mißstimmung der Massen gedämpft und konnte demzufolge abtreten.

Nach den Wahlen im Herbst 1924 wurde jedoch die reaktionäre Regierung Trygger durch das neue Brantingkabinett — die dritte sozialdemokratische Regierung — abgelöst. Viele Arbeiter glaubten, daß nunmehr eine völlig andere Politik verfolgt werden würde, daß die Sozialdemokraten etwas gelernt hätten von der „Dankbarkeit“, die ihnen von bürgerlicher Seite erstattet wurde. Diese Arbeiter kannten indessen noch nicht die Sozialdemokratie; sie übersahen des weiteren, daß die Regierung durch die Gnade einer bürgerlichen Partei am Steuer saß. Die Sozialdemokraten und die Kommunisten haben nämlich in der Zweiten Kammer, die direkt gewählt wird, 109 von 230 Sitzen, und noch schlimmer wird das Verhältnis, wenn man die erste Kammer mitrechnet, die das Vetorecht zu gewissen Gesetzesakten hat. Die Regierung stützt ihre Politik auf ihre eigenen Parteianhänger und auf die sogenannte Partei des Volksfreisinns; d. h. die letztere regiert real, die Sozialdemokratie formell. Es herrscht also dasselbe Verhältnis wie während der zweiten sozialdemokratischen Regierung. Selbstverständlich auch dieselbe Politik, nur mit dem Unterschiede, daß die jetzige sozialdemokratische Regierung eine noch bürgerlichere Innenpolitik betreibt. Ebenso unterscheidet sich ihr Budget nur in ziemlich unwesentlichen Details von dem der reaktionären Regierung, mit Ausnahme der Ausgaben für das Militärwesen, die durch den Beschluß des Reichstages 1924 von 148 Millionen auf 138 Millionen Kronen herabgesetzt werden mußten. Diese Verminderung ist jedoch keine „Rüstungsverminderung“, wenn auch die schwedischen Sozialdemokraten die Sache als solche hinstellen wollen. Der Beschluß in der Militärfrage kommt vielmehr einer Umorganisation gleich, die besonders im Hinblick auf die Erfahrungen des Weltkrieges vorgenommen wird. Dieses wird auch dadurch verdeutlicht, daß der Beschluß den s e h r b e d e u t e n d e n Ausbau der Luftwaffe vorsieht. Aber auch auf anderem Gebiete führen die Sozialdemokraten eine Politik, die sich in der Tat nur graduell von der ihrer reaktionären Vorgänger unterscheidet. Die kommunistischen Anträge zur Abschaffung der Zölle auf Getreide, Kaffee und andere, besonders die arbeitende Klasse bedrückende Zölle wurden abgelehnt. Hierbei ist zu bemerken, daß die Zölle auf die Bedürfnisse der schwedischen Landwirtschaft für ein Areal von 1 bis 2 ha 55,65 Kronen betragen, dagegen für ein Areal ü b e r 100 ha nur 67 Oere pro 1 ha. Die kleinen Bauern wie auch die kinderreichsten Arbeiterfamilien müssen die Zölle tragen, wodurch die direkten Steuern, die eher große Einkommen betreffen, geringer werden. Genau so erging es den

kommunistischen Anträgen bezüglich Hilfeleistung für die Arbeitslosen, deren Anzahl gegenwärtig etwa 50 000 betragen dürfte; ebenso dem Antrag über Abschaffung der Monarchie, Beseitigung des Religionsunterrichtes und Zuteilung von Landteilen an die arme ländliche Bevölkerung, und mehreren weiteren Anträgen. Dagegen bewilligte die sozialdemokratische Regierung mit Freuden dem Kronprinzen für eine Vergnügungsreise nach Amerika 50 000 Kronen, sie legalisierte die Streikbrechergarden in ihrem Kampfe gegen die Arbeiter; sie kommandierte Polizei zum Kampfe gegen die Arbeiter und lehnte die im Namen von 300 000 Arbeitern der Regierung übermittelten Amnestieforderungen für die Arbeiter, die wegen Demonstrationen gegen dieselben Streikbrechergarden zu langjährigen Zuchthausstrafen verurteilt worden waren, rundweg ab. Dieselbe Regierung bezeichnet die Direktiven für die Entgegennahme der Unterstützung bei Arbeitslosigkeit, deretwegen die sozialdemokratische Regierung 1923 stürzte, als die Ermöglichung einer „humanen Arbeitslosenpolitik“; sie empfängt den höchsten Repräsentanten des weißen Mörder-Finnlands in Stockholm als Gast und schickt den schwedischen König zur Gegenvisite nach Finnland, zur großen Freude der englischen reaktionären Regierung, die sich nichts Besseres wünscht als einen skandinavischen Block als Glied der Bestrebungen Englands, Sowjetrußland zu umzingeln.

Diese Beispiele dürften genügen, um die Politik der jetzigen sozialdemokratischen Regierung zu veranschaulichen. Doch soll der Zusammenhang mit noch einigen Beispielen vervollständigt werden, damit noch besser ersichtlich ist, wie nützlich diese Politik für die Bourgeoisie ist. Die Regierung hat z. B. in letzter Zeit einen Weg beschritten, der wahrscheinlich letzten Endes dazu führt, den Arbeitern das Streikrecht zu nehmen. Bei Arbeitskonflikten setzt sie ihren ganzen Einfluß ein, um Kompromisse zu erzielen, die für die Arbeiterschaft gleichbedeutend sind mit Niederlagen u. a. m.

Die Bourgeoisie hat allen Anlaß, mit dieser Politik zufrieden zu sein. Die konservative Presse kann es nicht unterlassen, von Zeit zu Zeit ihrem Vergnügen, besonders über die Verfolgung der kommunistischen Bewegung, Ausdruck zu geben. Jedoch wird diese als noch nicht ausreichend angesehen, es werden Stimmen laut, die die vollständige Unterdrückung der kommunistischen Bewegung fordern, wobei das Beispiel Finnlands als nachahmenswert bezeichnet wird. Bis jetzt ist es so weit noch nicht gekommen, zweifelsohne steht jedoch ein verschärfter Klassenkampf bevor. Die Bourgeoisie ist bestrebt, die Arbeiterklasse mit allen Mitteln zurückzudrängen. Auch in Schweden haben die Klassengegensätze sich bereits so weit entwickelt, daß bewaffnete Faschisten- und Streikbrecherorganisationen ganz offenkundig gebildet werden, die bereits mehr als ein Arbeiterleben zunichte gemacht haben. Als die bürgerliche Rechte bei der „Lösung“ der Militärfrage ihren Willen nicht durchsetzen konnte, ging sie unmittelbar an die Aufstellung einer eigenen Armee. Selbstverständlich geschah dies unter der Erklärung, daß das „Vaterland der Hilfe benötige“; nichtsdestoweniger war aber der arbeiterfeindliche Charakter dieser Oberklassenarmee klar ersichtlich. Wie wenig sich diese schwedischen Oberklassen um den Parlamentarismus kümmern, wie wenig sie sich an die „Demokratie“, an die gesetzmäßig gefaßten Beschlüsse halten, wenn dies nicht ihren Klasseninteressen entspricht, geht daraus hervor, daß 7 Monate nach dem Beschluß des Reichstags über die

Umorganisation des Militärwesens die Rechte im Reichstag die Aufhebung des Gesetzes beantragte — obwohl sie, wie bereits gesagt, regelrecht begonnen hatte, eine *w e i ß e A r m e e* zu organisieren. Doch damit nicht genug. Die Bourgeoisie geht systematisch vor. Sie fordert die Beseitigung des Arbeitszeitgesetzes, obwohl dieses schon jetzt einen Minimalarbeitstag von 9 Stunden zuläßt. Sie fordert Beschränkung des Wahlrechtes, Durchführung des Streikverbotes, Einführung neuer Zölle, Subventionierung des Zuckertrustes auf Kosten der Konsumenten, verschlechterten Schulunterricht für die Kinder der Arbeiter und Bauern, und natürlich vor allem: den verschärften Kampf gegen die Kommunisten. Die Bourgeoisie hat in erster Linie die Agitation der Kommunistischen Jugend unter dem Militär unruhig gemacht. Es glückte ihr auch, einige junge Kommunisten dafür ins Gefängnis zu bringen. Auf dem gewerkschaftlichen Gebiet wird natürlich die Herabsetzung der Löhne gefordert, während gleichzeitig die Arbeitsintensität außerordentlich in die Höhe geschraubt wird. Die Arbeitslosen sollen sich selbst überlassen bleiben, da ja die Rechte in der Tat ein fanatischer Gegner der Arbeitslosenversicherung ist. Und dies, obwohl der Gesetzentwurf der sozialdemokratischen Regierung zu dieser Frage eines der jämmerlichsten Produkte überhaupt ist, aufgebaut auf den Prinzipien des sogenannten Genter Systems. Die Lage ist demnach die, daß das Land formell von den Sozialdemokraten regiert wird, die, gestützt auf die sogen. Volksfreisinnige Partei, eine vollkommen bürgerliche Politik führen. Die Großfinanz, parlamentarisch vertreten durch die Rechte und den Bauernbund, außerparlamentarisch durch die Unternehmerorganisationen, die ihrerseits stark zentralisiert sind, hat es in dieser „Demokratie“ durchaus angenehm. Diese Demokratie hilft die Massen in Schach halten und darf deshalb weiter existieren. Der Profit ist nicht schlechter als unter einer konservativen Regierung und die Sozialdemokraten kompromittieren sich bei den Arbeitern noch mehr. Die parlamentarische Repräsentation der Großfinanz bereitet die weitere Zurückdrängung der Arbeiter vor, so wie sie an den Vorbereitungen zur Uebernahme auch der parlamentarisch-formellen Macht arbeitet. Geht dies nicht mit Hilfe der bürgerlichen Demokratie, so ist doch der Boden ziemlich gut vorbereitet zur Anwendung anderer Mittel.

Ohne Zweifel hat sich der Kapitalismus auch in Schweden stabilisiert. Aber auch seine Stabilisierung ist nur relativ. Das Land hat eine feste Valuta, die auf dem Goldmünzfuß beruht, die Handelsbilanz ist zwar noch passiv, hat aber die Tendenz, aktiv zu werden. Der Wert der Ausfuhr betrug 1924: 1 260 Millionen Kronen, der der Einfuhr 1 424 Millionen Kronen. In einer großen Reihe von Industrie-, Handels- und Finanzunternehmungen wurde eine ziemlich gründliche Sanierung vorgenommen, und die Profite beginnen aufs neue zu steigen. Dasselbe ist auch bei der Produktion der Fall.

Der Wert der Produktion betrug 1922 auf den neun wichtigsten Industriegebieten 3 715 Millionen, 1923 belief er sich auf 3 819,7 Millionen Kronen. Diese Aufwärtsentwicklung hat sich in den Jahren 1924 und 1925 sicherlich fortgesetzt, obwohl wir im Moment dafür keinen statistischen Anhaltspunkt haben. Hierbei muß aber doch beachtet werden, daß der Produktionswert dieser neun Gebiete im Jahre 1920 nicht weniger als 6 989,9 Millionen Kronen betrug, so daß der Kapitalismus noch ein gut Stück Weges zu passieren hat,

ehe die Krise überwunden ist. Wie sehr der Profit gestiegen ist, geht daraus hervor, daß bei 52 Privatpersonen, die in Stockholm ansässig sind, und die alle ein für Steuerzwecke taxiertes Einkommen von über 200 000 Kronen jährlich haben, nur 12 ein etwas geringeres Einkommen im Jahre 1924 hatten als im Vorjahre, während die übrigen 40 in gewissen Fällen sogar den vielfachen Profit erzielt haben. Dasselbe trifft übrigens auch auf eine Reihe von Gesellschaften zu, deren besteuerbare Einnahmen je 250 000 Kronen übersteigen. Trotz dieser Erscheinung wird wahrscheinlich schon der diesjährige Reichstag die Steuern vermindern, wobei auf jeden Fall so verfahren wird, daß den Profiteuren die Senkung in viel größerem Maße zugute kommen wird als den arbeitenden Klassen. Hinzugefügt muß noch werden, daß die Ernte des Jahres 1925 die beste war, die seit langer Zeit in Schweden erzielt wurde. Damit sind die wichtigsten Kreditposten genannt, die zur Beurteilung der kapitalistischen Entwicklung in Schweden erforderlich sind.

Nun zur Debetseite. Die Staatsschulden stiegen von 1 634 am 30. Juni 1924 auf 1 734 Millionen am selben Tage 1925. Es ist richtig, daß neue Anleihen fast ausschließlich für produktive Zwecke verwendet werden; dennoch signalisiert die Steigerung eine wachsende Abhängigkeit von der aus- und inländischen Großfinanz. Dieselbe Tendenz ist auch bezüglich der kommunalen Schulden vorhanden, nur mit dem Unterschiede, daß diese noch schneller steigen, was schon aus dem mächtigen Ansteigen der kommunalen Steuerabgaben in den letzten Jahren hervorgeht. In gewissen Kommunen betragen die Kommunalsteuern über 20 Prozent des Einkommens, was für einen Arbeiter mit 1000 Kronen Jahreseinkommen äußerst fühlbar ist. Wen auch die Handelsbilanz die Tendenz hat, aktiv zu werden, so ruht doch der Export auf einem, in gewissem Sinne, unsicheren Boden: 1. der nicht völlig sichere Ausfuhrmarkt, 2. wenige Industriezentren. Die hauptsächlichsten Exportartikel sind: Eisenerze, Papiermasse, Papier, Separatoren, landwirtschaftliche Maschinen, Kugellager- und Telephonmaterial und Streichhölzer. Für gewisse Industrien von denen einige früher recht kräftig waren und eine bedeutende Rolle bei der Erzielung einer hohen Ausfuhr spielten, ist jetzt die Situation mehr oder weniger schwierig. Dazu gehören (mit Ausnahme der Eisen- und Stahlwerke für die Spezialproduktion): die Eisenindustrie, deren Lage man jetzt durch eine weitgehende Fusion zu verbessern gedenkt, wobei die sozialdemokratische Regierung mitwirkt, die Steinindustrie, die Textilindustrie, die Schuhwarenindustrie, die Holzwarenindustrie (Sägewerke). Die Letztgenannte hat eine harte Konkurrenz seitens Finnlands und Norwegens auszuhalten, sie fühlt vor allem die Konkurrenz der Holzwarenausfuhr der Sowjetunion. Schlecht steht es endlich, wenn auch nur teilweise, um die Schiffsbauindustrie. Ein Hemmnis für die meisten Industrien ist, daß, sie, praktisch genommen, vollständig vom Finanzkapital kontrolliert werden, ein Verhältnis, das nicht zuletzt in Erscheinung tritt, wenn der Export nach der Sowjetunion in Frage kommt.

Aber wenn auch das Finanzkapital im Lande selbst äußerst stark ist, so ist es seinerseits in seinen Operationen von der englischen und amerikanischen Großfinanz abhängig. Daß die ökonomische Lage nicht auf allen Gebieten gleichmäßig günstig ist, geht auch daraus hervor, daß sich mehrere

Industrien als Anleihesucher auf dem amerikanischen Geldmarkt beworben haben, der übrigens mehrere 10 Millionen in Schweden placiert hat.

Schließlich ist entscheidend für die Zukunft des Kapitalismus die offenkundige Revolutionierung, die in der schwedischen Arbeiterwelt vor sich geht. Der verschärfte Kampf der Bourgeoisie wie auch die mehr zugespitzten Formen des Kampfes, die Gefangenschaft der sozialdemokratischen wie auch der reformistischen gewerkschaftlichen Führer in der bürgerlichen Ideologie, ihre ständige Kompromißbereitschaft und ihre Verrätereien an den Interessen der Arbeiter konnten nicht umhin, die Kleinbürgerlichkeit zu durchbrechen. Die Arbeitslosigkeit, die übrigens auch in Schweden die Tendenz hat, permanent zu werden, und die Politik, die in dieser Frage von den Machthabenden von rechts bis zu den Sozialdemokraten betrieben wurde, haben vor allem dazu beigetragen, den breitesten Arbeiterschichten klarzumachen, daß die Befreiung nur durch den revolutionären Kampf erreicht werden kann. Das Beispiel der russischen Genossen hat in derselben Richtung gewirkt, am eindringlichsten geschah dies nach der Heimkehr der Arbeiterdelegation der 300, die im vorigen Sommer die Sowjetunion besuchte und danach eine umfassende Propaganda betrieb.

Nachdem Herr Höglund und einige andere Sozialdemokraten im Sommer 1924 aus der Kommunistischen Partei hinausgefegt worden waren, war es der Partei möglich, die Arbeit ernstlich zu beginnen. Die Bolschewisierung ist ein gut Stück Wegs vorwärts gekommen, organisatorisch wie auch ideologisch. Die Partei wurde vollkommen reorganisiert. Als Folge zeigt sich eine wachsende Mitgliederzahl und gesteigerte Aktivität auf allen Gebieten. Der beste Beweis hierfür ist die Kampagne, die von der Sozialdemokratie gegen die Kommunisten eröffnet wurde, eine Kampagne, die geführt wird unter Zuhilfenahme der verschiedenen Organe des Klassenstaates wie auch unter Ausnutzung des gesamten sozialdemokratischen Parteiapparates. Dennoch sind die Sozialdemokraten außerstande, den wachsenden Einfluß des Kommunismus auf die Arbeiter der Städte und des flachen Landes zu unterbinden. In den Gewerkschaften steigert sich immer mehr die Mißstimmung und nimmt immer klarere organisatorische Formen an. Dasselbe ist der Fall bei der armen Bauernschaft. Ja sogar innerhalb der sozialdemokratischen Organisationen beginnt die Unzufriedenheit zu wachsen. Erst kürzlich beschloß die sozialdemokratische Organisation zu Malmö, der drittgrößten, immer als feste Burg der Sozialdemokratie angesehenen Stadt des Landes, trotz hartnäckigem Widerstand, gegen die Politik ihrer Regierung zu protestieren. Die Voraussetzungen zur Entwicklung der Kommunistischen Partei zu einer Massenpartei sind also vorhanden, und sie wird ausgenutzt werden. Mit der Sammlung der Arbeiter und der armen Bauern um die Kommunistische Partei und unter ihren Parolen tritt der Klassenkampf auch in Schweden in seine entscheidende Epoche, aber auch nur dann erst.

M. N. ROY:

DIE NEUE ÖKONOMISCHE POLITIK DES BRITISCHEN IMPERIALISMUS

Der bürgerliche Nationalismus in Indien hat zu einem völligen Kompromiß mit dem Imperialismus geführt, wie all jene es vorausgesehen, die die Situation mit marxistischem Realismus betrachteten. Der Klassengegensatz entwickelte sich in der Nachkriegsperiode der indischen nationalistischen Bewegung gleichzeitig mit dem nationalen Gegensatz. Schließlich erlangte er das Uebergewicht. Der Prozeß der Klassendifferenzierung in den nationalistischen Reihen verursachte ständige Neugruppierungen in der politischen Sphäre. Es bestand die Tendenz zur Bildung eines bürgerlichen konstitutionellen Oppositionsblocks. Der Imperialismus unterstützte diese Tendenz äußerst geschickt und erfolgreich mit seiner Politik „ökonomischer Zugeständnisse und politischer Unterdrückung“. Diese Rechtsbewegung — nach einem Kompromiß mit dem Imperialismus hin — war gekennzeichnet durch zwei deutlich unterschiedene Etappen: 1. Die Loslösung der bürgerlichen nationalistischen Bewegung von den revolutionärsten sozialen Faktoren — den Arbeitern und Bauern; 2. die Spaltung zwischen Groß- und Kleinbourgeoisie. Die erste hatte ihr Ende erreicht im Jahre 1922, als das Programm der passiven Resistenz, mit den Massen als Trägern, gegenüber dem Imperialismus preisgegeben wurde zugunsten der parlamentarischen Obstruktion. Die Organisierung der Swaradschisten-Partei bedeutete die Loslösung der nationalistischen Bewegung von den Aktionen der revolutionären Massen. Ende 1925 war die Kluft zwischen Groß- und Kleinbourgeoisie weit genug gediehen zur Spaltung der Swaradschisten-Partei, die zwei Jahre lang als Brücke zwischen dem Konstitutionalismus der Großbourgeoisie und den revolutionären Neigungen der Kleinbourgeoisie gedient hatte. Die Spaltung in der Swaradschisten-Partei bedeutete die Zerstörung dieser Brücke: damit war das letzte Hindernis eines erfolgreichen Kompromisses zwischen der indischen Bourgeoisie und dem britischen Imperialismus — natürlich unter der Hegemonie des letztgenannten — aus der Welt geschafft.

Der Wunsch nach diesem Kompromiß ist nicht einseitig. Der britische Imperialismus hat ein starkes Interesse, die ökonomische und politische Situation in Indien zu stabilisieren. Seit langem haben weitsichtige imperialistische Staatsmänner anerkannt, daß ein Land wie Indien nicht ständig in Unterdrückung gehalten werden kann ohne die aktive und bereitwillige Mitwirkung eines einflußreichen Teiles der einheimischen Bevölkerung. Mit anderen Worten, der Imperialismus braucht eine soziale Basis in Indien. Bis zu den ersten Jahren des 20. Jahrhunderts stützte sich der britische Imperialismus in Indien auf zwei einheimische Faktoren: der eine war positiv, der andere negativ. Der erste Faktor war die Loyalität der reaktionären Grundbesitzeraristokratie, die der britische Eroberer teils selbst geschaffen hatte. Der zweite Faktor war die Passivität der Massen. Indem er

sich auf diese beiden Faktoren stützte, konnte der britische Imperialismus es sich leisten, die schwächlichen Forderungen der entstehenden Bourgeoisie und die wachsende revolutionäre Unzufriedenheit der niederen Intellektuellenmassen unbeachtet zu lassen. Nebenbei lag es bis zum Weltkriege im Interesse der Wirtschaft der Imperialisten, daß Indien (wie andere Kolonialländer) in einem Zustand industrieller Rückständigkeit erhalten wurde, um den Industrien der Metropole den Markt und den Bezug von Rohstoffen zu sichern. Daraus ergab sich ein Gegensatz zwischen dem Imperialismus und der kolonialen Bourgeoisie. Dieser Gegensatz fand seinen Ausdruck in der nationalistischen Bewegung. Aber es gab außerdem einen anderen ökonomischen Umstand, der schuld war, daß der Nationalismus der indischen Bourgeoisie selbst in jenen Tagen schwächlich und kompromißbereit war. Infolge der erzwungenen industriellen Rückständigkeit des Landes war die indische Bourgeoisie vorwiegend im Handel engagiert, der politisch und ökonomisch von dem britischen Imperialismus abhängig war. Politisch, weil die Sicherheit und die Entwicklung des Handels eine stabile Regierung und Ordnung im Lande erheischten — Bedingungen, die die Engländer erfüllten. Ökonomisch, weil die Inder dank dem Umstand, daß Ausfuhr und Einfuhr praktisch ein britisches Monopol darstellten, ökonomische Vasallen des Imperialismus waren. Die nationalistische Bewegung, von einer so schwachen sozialen Klasse inspiriert und geführt, vermochte den Imperialismus nicht zu erschüttern. Die terroristischen geheimen Gesellschaften, die die wachsende Unzufriedenheit der unbeschäftigten und keine Aussicht auf Beschäftigung habenden niederen Intellektuellenmassen in krankhaftem Aufwallen zum Ausdruck brachten, konnten mittels brutaler Unterdrückungsmaßnahmen erfolgreich liquidiert werden.

So blieb die Lage mehr oder weniger bis zum Weltkriege. Bald nach dessen Ausbruch wurde es klar, daß die britische Herrschaft in Indien nicht länger auf der alten schmalen sozialen Basis aufrechtzuerhalten war. Die soziale Basis der britischen Herrschaft konnte nur erweitert und vertieft werden durch Einbeziehung der oberen Schichten der nationalistischen Bourgeoisie in den ökonomischen Rahmen des Imperialismus. Dies erforderte einen Wechsel in der ökonomischen Politik des Imperialismus. Noch ein anderer wichtiger Faktor trug zu diesem Wechsel bei und beschleunigte ihn. Die Kriegsnotwendigkeiten zwangen England, den Druck auf das ökonomische Leben Indiens abzuschwächen. Damit begann die neue Ära, die durch Englands Wunsch charakterisiert war, zu einer Verständigung mit der indischen Bourgeoisie zu gelangen.

Die indische Bourgeoisie hat sich ständig beklagt, daß die britische Regierung die industrielle Entwicklung Indiens hemmte. Die zwei Hauptforderungen des nationalistischen Programms waren: Fiskalautonomie und fortschreitende Verwirklichung der Selbstverwaltung. Die Forderung der Fiskalautonomie wurde in dem Maße energischer erhoben, wie die Menge des akkumulierten Kapitals in den Händen der indischen Bourgeoisie wuchs. Die phänomenale Zunahme des britischen Handels mit Indien hat unleugbar eine entsprechende Akkumulation von Kapital in den Händen jener Inder zur Folge gehabt, die in irgendeiner Beziehung mit diesem blühenden Handel standen. Die folgende Tabelle zeigt das Wachsen des indischen Außenhandels seit Beginn des 20. Jahrhunderts.

Außenhandel (in 10 Millionen)			
Fünfjahresdurchschnitt	Ausfuhr	Einfuhr	Ausfuhrüberschuß
1874—79	63	38	25
1879—84	79	59	20
1884—89	88	61	27
1889—94	104	71	33
1894—99	107	74	33
1899—04	122	85	37
1904—09	144	103	41
Jahresdurchschnitt	Ausfuhr	Einfuhr	Ausfuhrüberschuß
1909—10	188	122	66
1910—11	209	133	76
1911—12	228	144	84
1912—13	246	166	80
1913—14	249	191	58

Die Tabelle zeigt, daß das Charakteristikum dieses zahlenmäßig großen Handels stets ein bedeutender Überschuß der Ausfuhr über die Einfuhr war. In Ländern mit normalen ökonomischen (kapitalistischen) Bedingungen offenbart eine solche fortgesetzt günstige Handelsbilanz den Zustand nationaler Prosperität. Aber in Indien steht hinter der ständig aufwärtsstrebenden Linie des Ausfuhrüberschusses das direkte Gegenteil. Die Menge der ausgeführten Waren, denen keine entsprechende Einfuhr gegenüberstand, schuf keinen Kredit zugunsten Indiens. Der indische Ausfuhrüberschuß repräsentierte in seinem überwiegenden Teil einen Tribut an den Imperialismus. Zum anderen wurde er von der einheimischen Handelsbourgeoisie angeeignet, und zwar in einer Art, über die sofort berichtet werden soll.

Der ständige Ausfuhrüberschuß ist kennzeichnend für die fürchterliche Ausbeutung der indischen Bauernwirtschaft. Selbst heute noch handelt es sich bei 70 Prozent der indischen Ausfuhr um Rohstoffe und Lebensmittel. Vor dem Kriege war dieser Prozentsatz noch größer. Eingeführt wurden Fertigfabrikate. Die verhältnismäßige Geringfügigkeit ihrer Menge zeigt die entsprechende Beschränktheit der Kaufkraft der indischen Massen. Diese Massen produzierten und waren gezwungen, mehr herzugeben, als sie als Entschädigung dafür bekamen. Der Vorteil der Außenhandelsbilanz zugunsten Indiens wurde geteilt zwischen dem britischen Imperialismus und den indischen Händlern. Ein Teil des Ausfuhrüberschusses wurde mit der Einfuhr von Gold und Silber bezahlt, das zum größten Teil von den oberen Kreisen der indischen Gesellschaft aufgesogen wurde. Der Rest wurde verwendet, um die indischen Verpflichtungen England gegenüber auszugleichen und zum Unterhalt der britischen Herrschaft.

Die nachstehenden Tabellen zeigen, wie der Wert des Ausfuhrüberschusses sich bis zum Kriege verteilte:

Fünfjahresdurchschnitt	Ausfuhr- überschuß	Einfuhr von Edelmetall	Verwendet zur
			Liquidierung von Obligationen in England
1874—79	25	10	15
1879—84	20	12	8
1884—89	27	13	14
1889—94	33	14	19
1894—99	33	8	25
1899—04	37	14	23
1904—09	41	22	19

Jahresdurchschnitt *	Ausfuhr- überschuß	Einfuhr von Edelmetall	Verwendet zur Liquidierung von Obligationen in England
1909—10	66	31	35
1910—11	76	32	44
1911—12	84	49	35
1912—13	80	51	29
1913—14	59	37	21

So belief sich der aus den indischen Massen herausgepreßte und von der indischen Bourgeoisie angeeignete Mehrwert im Verlauf der Periode 1874 bis 1914, in Geld ausgedrückt, auf annähernd 6710 Millionen Rupien. Es bestand keine Möglichkeit, diesen Reichtum in Kapital zu verwandeln durch genügend profitbringende Investierung im Boden und im Handel — den beiden Hauptausbeutungsquellen für die indische Bourgeoisie. Das Streben nach lukrativeren, industriellen Profitmöglichkeiten wurde immer dringender und kristallisierte sich in der Forderung nach fiskalischer Autonomie.

Es ist klar — und hierin liegt der Keim für das spätere Kompromiß mit dem Imperialismus —, daß die politischen Forderungen des nationalistischen Programms nicht halb so stark fundiert waren wie die ökonomische Forderung der fiskalischen Autonomie. Was besagte die Forderung der fiskalischen Autonomie? Sie besagte, daß Indien unabhängig (von Britannien!) in seinen finanziellen und in seinen Handelsoperationen sein soll. Es ist klar, daß die Autonomie in finanzieller und kommerzieller Hinsicht unwirksam ist, ohne gleichzeitige politische Autonomie. So lange Britannien der herrschende politische Faktor — die Staatsmacht — in Indien bleibt, wird es der indischen Bourgeoisie nicht gestatten, ihre finanziellen und kommerziellen Beziehungen in einer Weise zu regeln, die seinen Interessen zuwiderläuft. Aber bezeichnenderweise erhob der Nationalismus der indischen Bourgeoisie niemals — und er tut es auch jetzt nicht — die Forderung der politischen Freiheit.

Spätere Ereignisse haben gezeigt, daß die indische Bourgeoisie unter fiskalischer Autonomie ausgedehntere Möglichkeiten zur Ausbeutung der indischen Arbeit verstand durch die Verwandlung ihres akkumulierten Reichtums in industrielles Kapital. Im Laufe der Zeit erkannte sie die Unmöglichkeit der Verwirklichung selbst dieser winzigen ökonomischen Freiheit ohne einige politische Macht. Im Jahre 1916 stellte die nationale Bourgeoisie als Bedingung für ihre Unterstützung Englands im Kriege die Forderung der Selbstverwaltung (innerhalb des Imperiums) und der unverzüglichen Bewilligung der fiskalischen Autonomie. Der britische Imperialismus konnte sich dieser, in einem sehr kritischen Moment aufgestellten Forderung gegenüber nicht länger völlig ablehnend verhalten. Der erste Schritt zu einer Verständigung war somit getan, ihm sollten in schneller Folge bald weitere folgen.

Faktisch hatte eine Reihe weiterer und unerwarteter Ereignisse bei den imperialistischen Staatsmännern eine Tendenz zur Verständigung mit der

* Die Zusammenstellung der Tabellen erfolgte auf Grund von Ziffern des Government Statistical Abstract; es wurden runde Ziffern verwendet, die den genauen Wert annähernd wiedergeben.

indischen Bourgeoisie bereits aufkommen lassen, noch ehe diese ihre Haltung im Jahre 1916 endgültig formuliert hatte. Der damalige Vizekönig, Lord Hardinge, empfahl in einem Telegramm an den indischen Staatssekretär, Ende 1915, eine Politik der Förderung der industriellen Entwicklung Indiens. Er schrieb:

„Es wird immer klarer, daß eine entschiedene und bewußte Politik der Entwicklung der industriellen Fähigkeiten Indiens nach dem Kriege durchgeführt werden muß, wenn Indien nicht in wachsendem Maße der Tummelplatz für die Fabrikanten anderer Staaten werden soll . . . Die Stellungnahme der indischen Öffentlichkeit in bezug auf diese wichtige Frage ist einmütig und kann nicht unberücksichtigt bleiben . . . Nach dem Kriege wird Indien sich für berechtigt halten, die weitgehendste Hilfe zu fordern, die die Regierung ihm sichern kann, um es in den Stand zu setzen, nach Maßgabe seiner Mittel als Industrieland zu fungieren.“ (Lord Hardinges Telegramm an den Staatssekretär für Indien im Jahre 1915.)

Entsprechend dieser Empfehlung des Vizekönigs und um den Forderungen der nationalistischen Bourgeoisie entgegenzukommen, setzte die britische Regierung eine offizielle Industriekommission ein „zur Untersuchung und Berichterstattung über die Möglichkeit einer weiteren industriellen Entwicklung in Indien“. Ein nationalistischer Führer und drei hervorragende indische Kapitalisten saßen in der Kommission zusammen mit Vertretern des Imperialismus. Nach zwei Jahren ermüdender Untersuchungen über die Voraussetzungen in bezug auf Kapital, Rohstoffe, Absatzmöglichkeiten und Arbeitskräfte empfahl die Kommission unter anderen Dingen:

1. müsse die Regierung in Zukunft einen aktiven Anteil an der Förderung der industriellen Entwicklung des Landes nehmen;
2. Produziere Indien zwar alle notwendigen Rohstoffe für den Bedarf eines modernen Staatswesens, es sei aber außerstande zur Fabrikation vieler Artikel und Materialien von wesentlicher Bedeutung in Zeiten des Krieges wie des Friedens. Daher sei es eine Lebensfrage, daß die Regierung die Entwicklung solcher Industrien in Indien fördere, deren Fehlen in Zeiten des Krieges eine Gefahr bedeuten würde;
3. müßten moderne Methoden in der landwirtschaftlichen Produktion Eingang finden, damit die zur Zeit in großen Mengen vergeudete Arbeitskraft für die Industrie frei würde;
4. müßte die von der Regierung mit bezug auf die Industrie befolgte Politik des „Laissez faire“ aufgegeben werden;
5. seit die Errichtung von Industriebanken, wenn erforderlich, auf dem Wege der Finanzierung durch die Regierung zu fördern;
6. sei die Notwendigkeit der ökonomischen Sicherstellung des Landes und die Unfähigkeit des Volkes, diese Aufgaben ohne die Mitwirkung der Regierung zu vollziehen, offenkundig, darum müsse sich „die Regierung zu einer Politik energischen Eingreifens in industrielle Angelegenheiten bekennen“.

Während die Kommission noch ihre Untersuchungen fortsetzte, wurden die von ihr später gemachten Ratschläge durchgeführt. Im Jahre 1917 wurde das indische Kriegsausrüstungsamt geschaffen „zur Entwicklung der indischen Hilfsmittel, um den Kriegserfordernissen und der durch den Krieg geschaffenen Situation gerecht zu werden“. Der (englische) Vorsitzende der Industriekommission, der immer den Standpunkt vertreten hatte, daß die industrielle Entwicklung Indiens die Basis des Imperialismus festigen würde,

wurde der Leiter des neugeschaffenen Staatsorgans, das der indischen Industrie einen kolossalen Anstoß gab. Dieses Amt arbeitete nach folgenden Richtlinien:

1. direkter Kauf in Indien von Artikeln und Materialien aller Art, die die Armee, die Zivilbehörden und die Eisenbahnen benötigten;
2. die Zuweisung aller aus dem Vereinigten Königreich kommenden Aufträge auf Artikel und Materialien an die Fabrikanten in Indien;
3. die Unterstützung von Einzelpersonen und Firmen zur Errichtung neuer Industrien und Entwicklung bereits bestehender.

Das Resultat spiegelte sich in den vergrößerten Mengen ausgeführter Fertigfabrikate, und zwar von 24 Prozent auf 31 Prozent innerhalb zwei Jahren. Nebenbei wurden ausgedehnte Transport- und Militäraufträge an indische Fabrikanten vergeben, denen Staatshilfe gewährt wurde, um sie in den Stand zu setzen, die Aufträge auszuführen. Das Wachstum der Tata Iron Steel Company (Indisch) ist bezeichnend für die Lage im allgemeinen.

Jahr	Roheisen	Stahl	Eisenbahn- schienen	Jahr	Der Nettoprofit belief sich auf
1915 . . .	154 509	66 603	45 639	1915 . . .	2 805 000 Rupien
1917 . . .	167 870	114 027	72 670	1916 . . .	5 103 000 „
1918 . . .	198 064	130 043	71 096	1917 . . .	7 927 500 „
1919 . . .	232 368	134 061	70 969	1918 . . .	7 900 000 „

Der nächste Schritt zur Verständigung war der Plan konstitutioneller Reformen, die der Staatssekretär, Montagu, zusammen mit dem Vizekönig, Lord Chelmsford, vorbereitet hatte. Sie machten den Vorschlag, die indische Bourgeoisie und die höheren Intellektuellenschichten an der legislativen und administrativen Gewalt des Landes teilnehmen zu lassen. Die Hauptlinien der Reformen waren:

1. Abänderung der Kontrolle der indischen Regierung durch das britische Parlament;
2. Schaffung einer zentralen gesetzgebenden Körperschaft und provinzieller gesetzgebender Körperschaften, die sich in ihrer Mehrheit aus gewählten Delegierten zusammensetzen sollten;
3. Ausdehnung des Wahlrechts auf die gesamte Bourgeoisie und die oberen Schichten der Kleinbourgeoisie;
4. Erhöhung der Zahl indischer Mitglieder des vizeköniglichen Exekutivrates (Regierung) und Ernennung indischer Minister bei den provinziellen Regierungen zuzüglich der Exekutivräte (englisch und indisch);
5. Uebertragung der lokalen Selbstverwaltung auf die Inder; Zugang zu den höheren Stellungen im Staatsdienst für Inder usw.

Diese (im wesentlichen unzureichenden) politischen Reformen, zusammen mit der Anerkennung des Rechtes des indischen Kapitals, befriedigten die indische Bourgeoisie vollständig. In wirtschaftlicher Beziehung brachte die Kommission zur Ausarbeitung konstitutioneller Reformen die folgende Auffassung zum Ausdruck:

„In dem Maße, wie sich die industrielle Entwicklung des Landes als wünschenswert herausstellte, machte sich die indische Regierung die Wünsche der indischen Führer hinsichtlich der Sicherung der ökonomischen Vorteile, die sich aus der Verarbeitung der Rohstoffe im Lande ergeben würde, vollauf zu eigen. Die englischen Theorien in bezug

auf die naturgegebenen Schranken des staatlichen Eingreifens sind auf Indien nicht anwendbar. Wir sind davon überzeugt, daß dies unbedingt hinsichtlich der Industrien zutrifft, und daß, wenn die Hilfsquellen des Landes entwickelt werden sollen, die Regierung in Aktion treten muß.“

Man muß sich dabei ganz klar sein, daß die gemachten Zugeständnisse nicht allein auf die Forderungen der indischen Bourgeoisie hin gewährt worden waren. Zwei weitere Faktoren von außerordentlich großer Bedeutung wirkten in derselben Richtung. Es waren:

1. die Kriegserfordernisse;
 2. die Notwendigkeit der Erweiterung der sozialen Basis des Imperialismus.
- Dazu kam später ein weiterer Faktor: die durch den Krieg hervorgerufene Krise des Weltkapitalismus.

Gegen Kriegsende war der negative Faktor — die Passivität der Massen —, auf dem die britische Herrschaft in Indien beruht hatte, fast völlig geschwunden. Trotz der sich anbahnenden Annäherung zwischen dem Imperialismus und der nationalistischen Bourgeoisie befand sich das Land in einem Zustand revolutionärer Gärung. Die Notwendigkeit der Erweiterung und Vertiefung der sozialen Basis der britischen Herrschaft in Indien mit Hilfe der Gewinnung der einheimischen Bourgeoisie wurde dringend. Die Annahme der Reform Act von 1919 durch das britische Parlament ergab sich aus dieser Situation. Aber der erste große revolutionäre Ausdruck des indischen Nationalismus war durch einen Parlamentsakt nicht völlig zu ersticken. Einige Jahre der Unruhe waren unvermeidlich. Die revolutionäre Gärung von 1919 bis 1922 vermochte indessen den Prozeß der Verständigung nicht zu verhindern. Umgekehrt trieb die Furcht vor der Revolution die indische Bourgeoisie in die Arme des Imperialismus.

Das Auftauchen gewaltiger revolutionärer Kräfte ermunterte die Kleinbourgeoisie, sich den Reformen, die ihr kaum eine Verbesserung brachten, zu widersetzen. Sogar ein Teil der Bourgeoisie schloß sich dieser Opposition an. Aber die von dem Imperialismus befolgte Politik der wirtschaftlichen Zugeständnisse an die indische Bourgeoisie zerschlug auf die Dauer die Grundlage der Opposition, die in der Form des Boykotts der Reformierten Legislative zum Ausdruck gekommen war. Wir betonen erneut, daß die Politik der Zugeständnisse dem Imperialismus durch zwei Erwägungen aufgezwungen worden war, die völlig unabhängig waren von den Forderungen der indischen Bourgeoisie. Diese waren:

1. der Wunsch, sich bei den Bemühungen, den revolutionären Freiheitskampf der indischen Massen zu unterdrücken, die Dienste der nationalistischen Bourgeoisie zu sichern;
2. das Bestreben, die Nachkriegskrise des Kapitalismus durch die Schaffung neuer Märkte und die Ausnutzung billiger Arbeitskraft zu überwinden.

Um den Prozeß der Industrialisierung Indiens zu fördern, brachte die Regierung im Dezember 1919 in der Gesetzgebenden Versammlung eine Resolution ein, die die Ernennung einer Kommission vorsah, deren Aufgabe es sein sollte, den Ratschlägen der Indischen Kommission praktische Form zu geben. Diese Resolution besagt:

„Die klarste und direkteste Form der Unterstützung, die die Regierung den Industrien des Landes geben kann, ist der Ankauf der von dem Staat benötigten Güter soweit als möglich im Lande selbst.“

Auf die Ursache und die Folgen der Errichtung des Indischen Vorräte-Department Bezug nehmend, schrieb die Britische Handelskommission in Indien:

„Sowohl die indischen als auch die nichtoffiziellen europäischen Mitglieder der Gesetzgebenden Versammlung sind der Meinung, daß in Zukunft alle staatlichen Käufe in Indien gemacht werden müssen, und daß die Offerten in Indien einzufordern sind, und zwar auf Grundlage der Berechnung in Rupien. Dieser Forderung ist von der indischen Regierung in gewissem Maße entsprochen worden. Die einer Revision unterzogenen Vorräte-Gesetze erlauben dem neugegründeten Indischen Vorräte-Departement in Delhi-Simla, fast unbeschränkte Mengen von Warenvorräten zu kaufen, die in Indien selbst lagern. Sie gestatten auch den Ankauf von Maschinen aus indischen Unternehmen britischer Fabrikanten oder von deren technischen Agenten. Es ist nicht zweifelhaft, daß das neue Indische Vorräte-Departement seine Bedeutung rasch steigern wird, und daß das Zentrum der Einkaufsoperationen, soweit die Einfuhr in Betracht kommt, von London nach Indien verlegt werden wird.“

Bereits im Jahre 1918 hatte die Regierung erklärt, daß sie bei indischen Fabrikanten Bestellungen in Höhe von jährlich 3000 Eisenbahnwaggons für die Dauer von zehn Jahren tätigen würde, vorausgesetzt, daß die Preise nicht höher wären als die Preise, die man bei der Einfuhr von Waggons aus anderen Ländern zahlen müßte. Mit der Tata Company war ein Kontrakt getätigt worden über die Lieferung von jährlich 20 000 t Eisenbahnschienen für die Dauer von drei Jahren. Ein weiterer Kontrakt war mit der gleichen Firma geschlossen worden über die Lieferung von 10 000 t Stahlplatten jährlich für eine Periode von zehn Jahren. Das Budget 1922/23 sah 1½ Milliarden Rupien für die Wiederherstellung der Eisenbahnen vor. Auf Antrag von Sir Vithaldas Thakersey, einem führenden indischen Industriellen und Finanzmann, nahm die Gesetzgebende Versammlung eine Resolution an, die die Einsetzung einer Kommission vorsah, die prüfen sollte, „welche Schritte die indische Regierung unternehmen müßte, um die Errichtung der notwendigen Industrien zu ermutigen, damit ein möglichst großer Teil der für die Wiederherstellung der Eisenbahnen bestimmten Summe in Indien selbst ausgegeben werde“.

In ihrem Bericht nannte die Eisenbahnkommission die Gründe für die Unmöglichkeit für die indischen Fabrikanten, erfolgreich mit den Fabrikanten anderer Länder zu konkurrieren. Die Kommission war der Meinung, daß die jungen indischen Industriellen zur Herstellung von Eisenbahnmaterialien von vornherein mit den seit langem bestehenden ausländischen Industrien ohne eine gewährte Unterstützung nicht konkurrieren können. Als logische Konsequenz dieses Eingeständnisses verabschiedete die Gesetzgebende Versammlung im Juni 1924 ein Gesetz über die Gewährung von Prämien auf die Fabrikation von Eisenbahnwaggons in Indien bis zum Jahre 1929.

Alle diese Maßnahmen zielten auf den Schutzzoll hin — dem Hauptpunkt der indischen nationalistischen Forderungen. Zur großen Unzufriedenheit der indischen Bourgeoisie war die Industriekommission von 1916 gehindert worden, die Tarifffrage zu berühren. Der britische Imperialismus hat sich naturgemäß gehütet, die indische Bourgeoisie mit einer Waffe auszurüsten, die sie eventuell gegen ihn selbst kehren konnte. Aber die Dinge entwickelten sich schnell. Der Beschluß des Ankaufs von in Indien hergestellten Eisenbahnmaterialien usw., falls der benötigte Bedarf nicht gedeckt werden konnte, war eine Einladung an das britische Kapital, in Indien Industrien aufzubauen. Die Konzession an die indische Bourgeoisie war ein

Nebenprodukt. Der Prozeß der Akkumulation von Kapital in den britischen Industrien kam ins Stocken; wenn das britische Kapital keine anderen Investierungsmöglichkeiten zu finden vermochte, die ihm einen Ausgleich boten für die zurückgehende Akkumulation in der Heimat, so mußte für den britischen Imperialismus die Nachkriegskrise entschieden fatal werden. Dazu kam, daß der indische Markt schnell aufhörte, ein britisches Monopol zu sein. Von allen Seiten wurde auf ihn eingedrungen; die Vereinigten Staaten, Japan, Deutschland und Belgien, das dabei die Spitze hatte. Die folgende Tabelle zeigt die Situation in bezug auf die Eisen- und Stahlindustrie:

Importierter Stahl		
	1914	1922
Britannien	59,8%	45,7%
Belgien	17,0%	30,7%
Ver. Staaten von Amerika	2,2%	13,7%

der Gesamteinfuhr
" "
" "

Selbst Deutschland, das vom indischen Markt bis 1920 völlig verdrängt worden war, erlangte bis zum Jahre 1922 seine Position von 12,1 Prozent der gesamten Einfuhr zurück:

Eisenbarren in tons		
	1920	1922
Britannien	77 726	17 616
Deutschland	9 743	37 404
Belgien	39 580	113 116

Der Textilmarkt, der über 30 Prozent der britischen Ausfuhr nach Indien aufzog, hat durch Japan eine ernste Einbuße erlitten. Die folgenden Zahlen illustrieren die Lage:

Importiertes Garn in Pfunden		
	Britannien	Japan
1922—23	31 018 372	26 546 905
1923—24	24 789 923	20 430 025
1924—25	20 759 078	32 324 773

Im ersten Jahresviertel 1925 betrug die japanische Einfuhr 16 160 285 Pfund gegenüber 4 861 775 Pfund, die aus England eingeführt wurden. In bezug auf Webwaren, insbesondere feineren Qualitäten, widerstand Lancashire der Konkurrenz; aber über 60 Prozent des indischen Textilbedarfs besteht infolge des niedrigen Lebensstandards des Volkes aus billigeren Qualitäten. Immer größere Mengen geringerer Garnsorten, aus Japan eingeführt, werden in den indischen Fabriken verarbeitet und verdrängen das Lancashirer Gewebe vom indischen Markt. Diese Tatsache veranlaßt die Lancashirer Fabrikanten kürzlich, eine Verständigung mit den indischen Fabrikanten zu suchen, indem sie der Beseitigung der Besteuerung der indischen Baumwollindustrie zustimmten.

Der größere Teil der (im Jahre 1921) für die Wiederherstellung der Eisenbahnen votierten 1½ Milliarden Rupien war in England ausgegeben worden. angesichts der hartnäckigen Forderung Indiens sollen diese Käufe für die indischen Eisenbahnen auf dem billigsten Markte getätigt werden. Die indischen Aufträge würden sonst in andere Länder gehen, nach dem Gesetz der Konkurrenz (dem Grundprinzip der kapitalistischen Wirtschaft), es sei denn, daß England Indien gestattet, sich selbst zu versorgen.

Die britischen Fabrikate waren im Begriff, in annähernd entsprechendem Grade von anderen östlichen Märkten verdrängt zu werden. Die Fabrikation in Indien selbst war die beste Gegenaktion. Ungemein billige Arbeitskräfte, Rohstoffe und geringe Transportkosten — alles dies würde die britischen Kapitalisten nicht nur instand setzen, sich auf dem östlichen Markt zu halten; die enormen Profite würden ihnen auch die Möglichkeit geben, über die Industriekrise in England hinwegzukommen.

Bald nach Kriegsende wurde eine Reihe von Eisen- und Stahlkompagnien in Indien registriert, die alle mit britischen Firmen in enger Verbindung standen. Die wichtigsten waren:

1. Indian Iron and Steel Company, Ltd., Kapital 5 Millionen Rupien. Eingetragen 1918. Projektierte Produktion 180 000 t Roheisen pro Jahr. Ge-gründet von Burn & Co., einer britischen Maschinen- und Schiffbau-firma in Indien.

2. Die United Steel Corporation of Asia, Ltd., Kapital 150 000 000 Rupien. Eingetragen 1921. Projektierte Jahresproduktion 300 000 t Roheisen und 200 000 t Fertigstahl, in wenigen Jahren zu steigern auf 700 000 respektive 450 000 t. Gegründet von Camel, Laird & Co. in Sheffield.

3. Die Peninsula Locomotive Company. Kapital 6 Millionen Rupien, unter Beteiligung von Kerr, Stuart & Company in Stoke-on-Trent und indischen Kapitalisten. Anfängliche Jahresproduktion 200 Lokomotiven.

Es war klar, daß dem Beispiel dieser Firmen bald weitere folgen würden. Zollschranken, von der indischen Regierung aufgerichtet, würden sich so nicht mehr gegen die britischen Interessen richten. Sie würden die indische Schlüsselindustrie schützen, die in weitem Maße vom britischen Kapital ge-gründet und in britischen Händen ist.

Überdies hatten finanzielle Schwierigkeiten der Nachkriegsjahre die in-dische Regierung gezwungen, die Einfuhrzölle in einem Maße zu erhöhen, daß sie faktisch protektionistische Wirkung hatten. Von einem Durch-schnitt von 3 Prozent vom Werte, der vor dem Kriege aus fiskalischen Gründen erhoben wurde, wurden die Einfuhrabgaben auf 11 bis 15 Prozent erhöht. Von diesem Gesichtspunkt aus betrachtet, blieb nur noch übrig, die Dinge bei ihrem Namen zu nennen — sich offiziell für den Schutzzoll in Indien zu erklären und die traditionelle Forderung der nationalistischen Bourgeoisie zu erfüllen.

Anfang 1922 nahm die Gesetzgebende Versammlung die folgende Resolution an, die der indische Kaufmann und Finanzmann Lallubhai Samaldas ein-gebracht hatte:

„Dem Generalgouverneur wird empfohlen, der Regierung Seiner Majestät durch Ver-mittlung des Staatssekretärs die Bitte zu übermitteln, daß der indischen Regierung die volle fiskalische Autonomie gegeben werden möge im Rahmen der Gouvernement of Indica Act.“

Unmittelbar nach Annahme dieses Beschlusses verkündete der Staats-sekretär für Indien auf die Anfrage einer Deputation aus Lancashire (das stets der heftigste Gegner der indischen Fiskalautonomie war) den Beschluß:

„der indischen Regierung das Recht zu geben, das Interesse Indiens in erster Linie wahrzunehmen; gerade so wie wir, ohne Einspruch irgendeines Teils des Imperiums unsere und die anderen Teile des Imperiums ohne Einspruch von unserer Seite ihre Tarifvereinbarungen getroffen haben, nach Maßgabe dessen, was jeder Teil in seinem Interesse für nötig hält, wobei er in erster Linie an seine eigenen Bürger denkt.“

Dieser Rede folgte ein Telegramm, vom 30. Juni 1921 datiert, an die indische Regierung, das den Beschluß der britischen Regierung mitteilte, das Prinzip der Fiskalautonomie anzuerkennen.

Im Oktober 1921 wurde die Fiskalkommission eingesetzt zur Prüfung der Tarifffrage, unter der Präsidentschaft Sir Ibrahim Rahimtoollas — eines großen Bombayer Fabrikbesitzers. Von elf Mitgliedern der Kommission waren sieben Inder, die alle eine bedeutende Rolle im industriellen, kommerziellen und nationalistischen politischen Leben des Landes spielen. Ein völlig neuer Charakterzug war, daß der Kommission nur ein einziger englischer Bureaukrat angehörte.

Die Fiskalkommission unterbreitete ihren Bericht Ende des nächsten Jahres. Indem sie sich auf den Standpunkt stellte, daß die bisherige industrielle Entwicklung Indiens in keinem Verhältnis stehe zu dem Umfang des Landes, seiner Bevölkerung und seinen Naturreichtümern, und daß eine weitgehende Entwicklung der indischen Industrie dem Lande als Ganzes große Vorteile bringen würde, empfahl die Kommission u. a.:

1. daß die indische Regierung eine differenzierte Schutzzollpolitik treiben solle;
2. daß ein ständiges Tarifamt eingesetzt werden solle zur Prüfung der Anträge besonderer Industrien auf Zollschutz;
3. daß Rohmaterialien und Maschinen steuerfrei bleiben sollen;
4. daß die Besteuerung der indischen Baumwollindustrie aufgehoben werden solle;
5. daß dem Zustrom ausländischen Kapitals keinerlei Hindernisse entgegengestellt werden sollen, wobei jedoch staatliche Monopole oder Konzessionen nur den in Indien und mit Rupienkapital gegründeten und registrierten und unter indischer Leitung stehenden Kompagnien zugestanden werden dürfen.

Fünf indische Mitglieder der Kommission (mit Einschluß ihres Präsidenten) fanden den Bericht der Kommission nicht weit genug und versahen den allgemeinen Bericht mit einer besonderen Feststellung ihres Minderheitsstandpunktes. Das Wesentliche ihres Gesichtspunktes dürfte von Interesse sein, da er die Forderung des radikalsten Teiles der indischen Bourgeoisie zum Ausdruck bringt. Die Minderheit schrieb:

1. Es müsse ein unbedingter Beschluß gefaßt werden, daß die beste Fiskalpolitik für Indien die Schutzzollpolitik sei;
2. es ist ein Gemeinplatz, zu sagen, daß ein reiches Indien das Imperium stärken würde, während ein wirtschaftlich schwaches Indien eine Quelle der Schwäche ist Indien wäre für England während des Krieges von größerem Nutzen gewesen, wenn die Schutzzollpolitik zum mindesten eine Generation früher eingeführt worden wäre. . . . Dies (die Revision der Tarifpolitik) wäre für Indien von Vorteil gewesen und ebenso für das Imperium. . . . Indien, das von einem Fünftel der Menschheit bewohnt sei, kann von ungeheurem wirtschaftlichen und politischen Wert sowohl für Indien selbst als auch für das Imperium sein, wenn die Entwicklung sich auf der Linie vollzieht, die seinen Existenzbedingungen am besten angepaßt ist.“

In bezug auf die Frage des Zustroms ausländischen Kapitals schien die Minderheit von dem im allgemeinen Bericht zum Ausdruck gebrachten Standpunkte abzuweichen. Hier ihre Ausführungen:

„Wir stimmen darin überein, daß es nicht nur im Interesse der Konsumenten, sondern auch des ökonomischen Fortschrittes des Landes eine wesentliche Notwendigkeit ist,

daß die Industrialisierung in raschem Tempo vor sich geht. . . . Wir werden darum von vornherein feststellen, daß wir keinerlei Widerspruch erheben würden gegen die Beteiligung des ausländischen Kapitals in Indien an den Vorteilen des Industrieschutzes, vorausgesetzt, daß entsprechende Bedingungen im Interesse der wesentlichen Interessen Indiens niedergelegt werden.“

Die von der Minderheit vorgeschlagenen Bedingungen sind indessen dieselben wie die im allgemeinen Bericht niedergelegten: Gründung von Gesellschaften in Indien mit Rupienkapital und proportionelle Beteiligung von Indern an der Leitung der Unternehmen.

Im Februar 1923 proklamierte die indische Regierung die Annahme des Grundsatzes einer differenzierten Schutzzollpolitik, den die Fiskalkommission vorgeschlagen hatte. Die Regierungsresolution, die von der Gesetzgebenden Versammlung einstimmig angenommen worden war, akzeptierte im Prinzip den Vorschlag, daß die Zollpolitik der indischen Regierung zum Ziel haben müsse, die Entwicklung der Industrie in Indien zu fördern.

Wenige Monate später, in Durchführung der Vorschläge der Fiskalkommission, ernannte die Regierung ein Tarifamt aus drei Mitgliedern, von denen zwei Inder waren. Damit war zwischen der indischen Bourgeoisie und dem britischen Imperialismus über die wichtige Frage des wirtschaftlichen Gegensatzes eine Verständigung erreicht. Ohne das imperialistische Monopol wesentlich zu gefährden, hatte man dem indischen Kapitalismus Zugeständnisse gemacht auf Kosten der Massen. Das Tarifamt begann seine Arbeit mit der Eisen- und Stahlindustrie. Die Tatas rückten sogleich mit der Forderung an nach einem Einfuhrzoll auf Eisen und Stahl in Höhe von 33,5 Prozent. Auf Vorschlag des Tarifamts brachte die Regierung im Mai 1924 in der Gesetzgebenden Versammlung die Stahlindustrie-(Schutz-)Bill ein, die einen Zoll auf die Einfuhr von Eisen und Stahl vorsah in Höhe von 20—25 Prozent sowie eine sehr hohe Prämie auf die Produktion von Eisenbahnwaggons in Indien. Das Gesetz ermächtigte die Regierung, den Einfuhrzoll zu erhöhen, wenn zollpflichtige Artikel nach Indien zu Preisen eingeführt würden, die den beabsichtigten Schutz in Frage stellen. Das Gesetz wurde in der Gesetzgebenden Versammlung fast ohne Opposition angenommen. Die Swaradschisten-Partei brach ihren Schwur der Obstruktion und stimmte mit der Regierung.

Die Wirkung des Schutzzolles auf die Eisen- und Stahlindustrie läßt sich ermessen aus den folgenden Schätzungen über das Wachstum der Produktion des Tatakonzerns bei Bestehen einer Zollschanke. Die Gesamtproduktion im Jahre 1923 betrug 121 000 t; in den drei folgenden Jahren war eine Steigerung vorgesehen auf 250 000, 335 000 und 390 000 t.

Kaum ein Jahr nach der Annahme des Zollschutzgesetzes erklärten die Tatas, daß der ihnen durch den Zoll gewährte Schutz nicht genüge, und verlangten seine Erhöhung. Die Regierung entsprach dieser Forderung, allerdings nicht durch eine Erhöhung des Zolles, sondern durch eine ansehnliche Prämie auf die Produktion, um dem Konzern eine festgesetzte Profithöhe zu garantieren.

Dann empfahl das Tarifamt Schutzzollmaßnahmen für die Papier- und Zementindustrie, und im Augenblick prüft es die entsprechenden Forderungen der Kohlengrubenindustrie. Da die Industrien, deren Forderungen geprüft werden, von der Regierung selbst vorgeschlagen werden, sind die

Schutzzollmaßnahmen für diese Industrien eine im voraus beschlossene Sache. Der Hauptpunkt der Politik, die die ökonomischen Beziehungen zwischen der indischen Bourgeoisie und dem britischen Imperialismus aus gegensätzlichen zu Beziehungen der Zusammenarbeit gewandelt hat, war die Abschaffung der 3,5prozentigen Steuer auf die indische Baumwollindustrie. Mit der Beseitigung dieser Steuer wird die wichtigste Industrie Indiens ebenfalls „eine geschützte“, da gegenüber der 3,5prozentigen Steuer ein Einfuhrzoll auf eingeführte Baumwollwaren in Höhe von 11 Prozent bestand, der in Kraft bleibt. Eine der hauptsächlichsten Klagen der Nationalisten ist stets gewesen, daß die wichtigste Industrie Indiens im Interesse von Lancashire niedergehalten wurde. Das phänomenale Wachstum der indischen Baumwollindustrie rechtfertigt diese Klage nicht. Mit einem Gesamtkapital von rund 300 Millionen Rupien erzielte die Textilindustrie in den drei Jahren 1919—21 einen Nettoprofit von insgesamt 350 Millionen Rupien. Selbst als im September 1925 die in den Bombayer Textilfabriken beschäftigten (150 000) Arbeiter ausgesperrt wurden, um ihnen eine 11,5prozentige Lohnkürzung (nach einer bereits im Jahre 1924 durchgeführten 20prozentigen) aufzuzwingen unter dem Vorwand der ruinösen Geschäftslage, da zahlten nicht weniger als 50 Prozent der Fabriken recht ansehnliche Dividenden aus. Immerhin beseitigte die Aufhebung der Textilsteuer die letzte Ursache der Reibung zwischen der indischen Bourgeoisie und dem Imperialismus. Das politische Ergebnis dieses Schrittes war die Spaltung der nationalistischen Bewegung auf der Linie der Abtrennung der Großbourgeoisie von dem Kleinbürgertum.

Auch diese Konzessionen wurden nicht gemacht in Berücksichtigung der Forderungen der nationalistischen Bourgeoisie Indiens. Englands eigene ökonomische Interessen waren dafür maßgebend, daneben die Erwägungen einer raffinierten Strategie der politischen Isolierung der kleinbürgerlichen Nationalisten, die man zu erreichen gedachte, indem man den indischen Kapitalisten klarmachte, daß ihr wirtschaftlicher Aufstieg im Rahmen der imperialistischen Wirtschaft nicht nur möglich ist, sondern die höchste Förderung erfahren kann.

Trotz der enormen Steigerung der einheimischen Produktion importierte Indien noch immer nahezu 50 Prozent seines Bedarfes an Textilien, der bis vor kurzem vornehmlich aus Lancashire kam. Aber in den letzten Jahren haben sich die Dinge außerordentlich geändert. Japan brach mit bedrohlicher Schnelligkeit in den indischen Markt ein. Sein Anteil am indischen Handel wuchs von 0,3 Prozent im Jahre 1914 auf 9,1 Prozent im Jahre 1924. Für 1925 war das erwartete Verhältnis weitaus größer. England ist außerstande, mit den unter den erbärmlichsten Arbeitsbedingungen produzierten japanischen Waren zu konkurrieren. Nur die indischen Fabriken können das auf Grund der bei ihnen herrschenden Kuli Arbeitsbedingungen; und die britische Bourgeoisie hat immer die Möglichkeit, an den sich ergebenden Profiten teilzunehmen durch die Ausfuhr von Kapital nach Indien und seine Investierung in diesen Fabriken.

Es ist bemerkenswert, daß vor der Bekanntgabe der Beseitigung der Textilsteuer der Vorsitzende der Bombayer Fabrikanten-Vereinigung, N. N. Wadia, England einen Besuch abstattete und mit Lancashirer Fabrikanten konferierte. erinnert man sich der stürmischen Opposition Lanca-

shires gelegentlich der Erhöhung des Zolltarifes auf eingeführte Baumwollwaren von 7,5 Prozent auf 11 Prozent ohne gleichzeitige Erhöhung der Textilsteuer, so ist die außerordentlich ruhige Aufnahme der Beseitigung der winzigen Textilsteuer bei Bestehenbleiben des verhältnismäßig hohen Einfuhrzollens durch die Lancashirer Fabrikanten bemerkenswert. Die Erklärung dieser veränderten Haltung finden wir in dem folgenden Zitat aus Ausführungen in einer Versammlung der Fabrikanten in Manchester, die unmittelbar nach Bekanntgabe der Beseitigung der Textilsteuer einberufen worden war.

„Falls die industrielle und die allgemeine Lage in Indien sich in der Weise verbessert, die so sehr erwünscht ist, so ist es klar, daß als Ergebnis die Lancashirer Industrie auf eine Besserung der Geschäftslage hoffen darf. Daß es in Indien eine potentielle Kaufkraft gibt, die genügen würde, um die Produktionskapazität sowohl Indiens als auch der Lancashirer Industrie zu beschäftigen, ist nicht zu bezweifeln. . . . Es ist zu hoffen, daß die jetzt geschaffene neue Lage den Weg eröffnet zu einem Zustand, wo die Bedürfnisse des indischen Marktes befriedigt werden durch eine wachsende Ausdehnung der indischen Produktion hinsichtlich der für dieses Land in Frage kommenden Waren und durch Lancashire in jenen Waren, auf die es sich natürlicherweise konzentriert. Ein solcher Zustand der Dinge würde die Wünsche Indiens befriedigen, ohne die Lancashirer Industrie irgendwie zu schädigen. Wenn diese, von beiden Seiten aufrichtig anerkannte Lage zu besseren Beziehungen, gegenseitiger Sympathie, Unterstützung und Anpassung führen würde, so würden wir gern alle Schwierigkeiten akzeptieren, die der Lancashirer Industrie durch den gegenwärtigen Beschluß aufgezwungen werden.“ („The Oeconomist“, Dec. 5. 1925, p. 939.)

Die Lage ist klar: Das indische und britische Kapital haben ihren langen Streit beendet und sind zu einer Verständigung gelangt gegenüber dem gemeinsamen Feind — Japan. Auf die Beseitigung der Textilsteuer hinweisend, schrieb der „Oeconomist“ (Dec. 5. 1925) folgendes:

„Die Zeiten haben sich geändert. Indien hat jetzt die Fiskalautonomie, und es ist zwecklos für Lancashire, gegen die Herabsetzung der Steuern oder die Herabsetzung der Zölle zu protestieren. Es darf nicht vergessen werden, daß diese Handlung der indischen Regierung für Japan eine ernstere Angelegenheit sein wird als für England. Lancashire ist sich immer mehr darüber klar, daß es in Zukunft seine Produktion mehr und mehr auf die feineren Gewebe konzentrieren müssen, indem es die weniger feinen Artikel den Fabriken des Ostens überläßt. Während der letzten wenigen Jahre haben führende Autoritäten festgestellt, daß bei den indischen Käufern von Baumwolle der Wunsch zum Kauf besserer Qualitäten bemerkbar wird. Bleibt dies bestehen und entwickelt es sich, wie man anzunehmen berechtigt ist, wenn die Kaufkraft der Einheimischen sich steigert, dann besteht für die Baumwollfabrikanten in unserem Lande keine Ursache zu Befürchtungen. Es ist in allererster Linie wünschenswert, daß ein Geist der Freundschaft und des Wohlwollens zwischen dem Volke unseres Landes und Indien besteht.“ („The Oeconomist“, Dec. 5. 1925, p. 939.)

Die Beseitigung der Textilsteuer machte einen gewaltigen Eindruck in Indien. Obwohl sie sich hüteten, das offen auszusprechen, anerkannten die Nationalisten sie im allgemeinen als ein unmißverständliches Zeichen eines „Gefühlsumschwung“ bei den Engländern; und ein „Gefühlsumschwung“, das war alles, was die Nationalisten erwünschten, als Preis für ihre „mit ganzem Herzen betriebene und ehrliche Zusammenarbeit“ mit der britischen Regierung auf der Grundlage der reformierten Konstitution.

Ein anderes sehr bezeichnendes Ereignis war die Ernennung einer Kommission, die prüfen sollte, unter welchen Bedingungen der Zustrom fremden Kapitals nach Indien zugelassen werden könnte. Der Bericht der Kommission akzeptierte alle Bedingungen, die die Minderheit der Fiskal-

kommission niedergelegt hatte. Das besagt, daß in unmittelbarer Zukunft die Industrialisierung Indiens durchgeführt werden wird in gemeinsamer Arbeit des britischen und indischen Kapitals.

Es dürfte von Interesse sein, die Erwägungen zu prüfen, die den britischen Imperialismus zu seinem radikalen Wechsel in seiner wirtschaftlichen Politik in Indien veranlaßten, ein Wechsel, der als Nebenprodukt die Befriedigung der Wünsche der einheimischen Bourgeoisie in weitgehendem Maße hatte. Die politischen Erwägungen wurden bereits genannt. Es ist die Anerkennung des Umstandes, daß der nationale Freiheitskampf nicht mehr nur der politische Ausdruck der verhältnismäßig schwachen kapitalistischen und Intellektuellenschichten ist. Seine soziale Basis ist ungeheuer erweitert worden und umfaßt praktisch die ganze Bevölkerung. Sein objektives Programm hat sich darum gewandelt, von einem Programm konstitutioneller Agitation für ökonomische Zugeständnisse und administrative Reformen zu einem Programm der — Revolution. Der Streit zwischen dem Imperialismus und der einheimischen Bourgeoisie ging um die Verteilung des von den indischen Massen produzierten Mehrwertes. Der Imperialismus findet sich damit ab, einen Teil der Beute abzugeben, um nicht alles zu verlieren.

Eine Untersuchung der ökonomischen Erwägungen wird indessen zeigen, daß es dem Imperialismus lange nicht soviel kosten wird, die Dienste der indischen Bourgeoisie und sogar der oberen Schichten der Mittelklassen entsprechend zu bezahlen, wie die von den Massen kommende revolutionäre Gefahr ihm kosten könnte. Es wird ihm faktisch gar nichts kosten.

Das Interesse des britischen Kapitalismus erfordert nicht nur die Verteidigung des indischen Marktes gegenüber der japanischen und amerikanischen Aggression; es erheischt auch eine fortgesetzte Erweiterung dieses Marktes. Es müssen Märkte gefunden — geschaffen — werden für die britischen Waren, die vor dem Kriege in Zentral- und Mitteleuropa gekauft wurden. Indien bietet in dieser Richtung außerordentliche Möglichkeiten. Indessen schränkte der wirtschaftliche Ruin der zentral-europäischen Länder die Kaufkraft Indiens in hohem Maße ein. D. h. gerade in dem Moment, wo der britische Kapitalismus einen erweiterten Markt in Indien benötigt, sehen wir eine Einschränkung des indischen Marktes. Trotz Wachsens des Gesamtaußenhandels Indiens (5490 Millionen Rupien im Jahre 1920) bleibt derselbe um 28 Prozent hinter dem Stand von 1914 zurück. Der Grund für diese Zusammenschrumpfung ist folgender: Während im Durchschnitt 60 Prozent der indischen Einfuhr aus England kamen, gingen etwa 60 Prozent seiner Ausfuhr in die Länder, die nicht zum britischen Imperium gehörten. Seit dem Kriege kauften die europäischen Länder, die einen großen Teil des indischen Exports aufnahmen, weitaus weniger. Die Lage kommt zum Ausdruck in der folgenden Tabelle:

Gesamthöhe des Exports nach:	1914	1922
Oesterreich und Ungarn	99 748 000	8 355 000
Belgien	120 648 000	80 032 000
Frankreich	176 827 000	98 270 000
Deutschland*	263 558 000	162 777 000
Italien	78 351 000	58 378 000
Rußland	24 542 000	35 000

* Deutschlands Anteil war 1920 auf 13 859 000 gesunken.

Dieser ernste Rückgang seiner Ausfuhr spiegelte sich naturgemäß in der sinkenden Fähigkeit Indiens zur Einfuhr, was letzten Endes die englischen Fabrikanten in Mitleidenschaft zog, da der größere Teil der indischen Einfuhr aus England kam. In dem großen Ueberschuß der Ausfuhr über die Einfuhr äußerte sich der Prozeß der imperialistischen Ausbeutung, da der größere Teil seines Ueberschusses verwandt wurde zur Liquidierung der indischen Verpflichtungen in England. Im Jahre 1920 erfuhr die indische Handelsbilanz (eine im Interesse des Imperialismus künstlich aufrechterhaltene Bilanz) eine Umkehrung. Die Einfuhr zeigte einen enormen Ueberschuß (890 Millionen) über die Ausfuhr. Im nächsten Jahre war durch eine entsprechende Herabsetzung der Einfuhr die Disparität auf 440 Millionen reduziert worden. Die Lage war für den Imperialismus im hohen Grade beunruhigend. Das Budget wies ein großes Defizit auf. Der Vertreter der indischen Regierung, Charles Innes, berichtete auf der Wirtschaftskonferenz des Imperiums (London 1923): „Infolge des Krieges und der durch den Krieg entstandenen Desorganisation verkaufen wir weniger, und wir kaufen weniger. Dieses Sinken des Handels schädigt uns in vieler Hinsicht.“ Des weiteren erläuterte der gleiche Redner die neue ökonomische Politik der indischen Regierung. Er sagte:

„Ich sehe, daß sie in England einige Beunruhigung hervorgerufen hat; aber wenn, was wir hoffen, das Ergebnis dieser Politik (des Schutzzolles) die Steigerung des Reichtums und der Produktivität Indiens sein wird, dann haben jene, die mit Indien Handel treiben, nichts zu befürchten. Schon jetzt ist der Handel mit Indien bedeutend, aber er steht in keinem Vergleich zu dem Umfang des Landes und der Zahl seiner Bevölkerung. Wir haben in Indien 315 Millionen Menschen — rund gerechnet $\frac{1}{5}$ der Menschheit —, und wenn es uns möglich ist, die Lebenshaltung dieser Millionen zu heben und ihre Konsumkraft zu steigern, so sind die Möglichkeiten Indiens als Faktor des internationalen Handels und als Markt fast grenzenlos.“

In dem neuen Zustand der Weltwirtschaft ist es für die britischen Kapitalisten unmöglich geworden, in Zukunft ihren Tribut aus Indien in der Form eines großen unbezahlten Ueberschusses des Exports über den Import zu ziehen. Der größere Teil des Außenmarktes für die indische Produktion von Rohstoffen ist fast völlig und unwiederbringlich zerstört worden. Darum muß die imperialistische Ausbeutung einen neuen Weg finden. Um die Einschränkung des britischen Handels mit Indien zum Stillstand zu bringen, die verursacht wurde durch die Zusammenschrumpfung von Indiens Export, muß man seine Kaufkraft auf andere Weise steigern. Dies kann nur erreicht werden durch Erhöhung der Lebenshaltung der indischen Bevölkerung. Die Lebenshaltung der indischen Bevölkerung kann nicht gesteigert werden, wenn nicht die Knebelung des Wirtschaftslebens Indiens in bedeutendem Maße gelockert wird. Andererseits muß, da ein genügender Markt für indische Rohprodukte außerhalb des Landes nicht zu finden ist, ein solcher im Lande selbst geschaffen werden. Das muß zur Industrialisierung des Landes führen. Die Industrialisierung eines Landes mit so enormen Rohstoffquellen, mit so billiger Arbeitskraft und einem so potentiell unbeschränkten Markt, wird hinwiederum dem britischen Kapital neue Betätigungsfelder eröffnen, die ihm die Möglichkeit einer geradezu märchenhaften Akkumulation garantieren. Das in Indien investierte britische Kapital wird den Markt für die Produktion der heimischen Industrien erweitern.

Dies sind die grundlegenden Erwägungen, die den britischen Imperialis-

mus veranlaßten, eine neue koloniale Politik zu betreiben, die das Wachstum des indischen Kapitalismus innerhalb gewisser Grenzen erlaubt.

Wir fassen zusammen: Seit 1916 hat die britische Regierung eine Reihe wirtschaftlicher Maßnahmen durchgeführt, die der indischen Bourgeoisie in hohem Maße günstig sind. Infolgedessen ist der Gegensatz zwischen dem Imperialismus und dem indischen Kapitalismus, zum mindesten auf absehbare Zeit, fast aus der Welt geschafft. Das politische Ergebnis dieser veränderten ökonomischen Beziehungen spiegelt sich in einem ständigen Zurückschrauben der nationalistischen Forderungen und einem bemitleidenswerten Bankerott der vorwiegend kleinbürgerlichen Swaradschisten-Partei, deren Programm reinkapitalistische Interessen zum Ausdruck brachte.

Welches sind die Hauptforderungen der nationalistischen Bourgeoisie? Beschleunigung der Industrialisierung des Landes: Fiskal-Autonomie; Schutzzoll. Alle diese Forderungen wurden verwirklicht als Nebenprodukt der Bestrebungen des britischen Kapitalismus, die ernste Nachkriegskrise zu überwinden durch Wiederherstellung der wirtschaftlichen Basis des Imperiums. Die Forderung der Selbstverwaltung wurde aufgestellt auf Grund der Hypothese, daß das Programm der freien Entwicklung des indischen Kapitalismus nicht zu verwirklichen sei, wenn die einheimische Bourgeoisie nicht eine gewisse politische Macht besaß. Jetzt ist in der Praxis der Nachweis erbracht, daß das wirtschaftliche Programm des bourgeoisen Nationalismus verwirklicht werden kann, trotz der imperialistischen Opposition gegenüber einer schnellen politischen Veränderung, wie das Kleinbürgertum sie verlangt. Mit anderen Worten: die Bourgeoisie hat sich davon überzeugt, daß ihr wirtschaftlicher Aufstieg möglich ist innerhalb des Rahmens des Imperialismus.

G. WALETZKI:

FELIX COHN, „UNTER DEM BANNER DER
REVOLUTION“ * — „DAS PROLETARIAT“ **

Am 28. Januar 1886 wurden in der Warschauer Zitadelle unter den Fenstern des historischen Zehnten Pavillon durch Erhängen vier Mitglieder der polnischen sozialrevolutionären Partei „Proletariat“ hingerichtet: Peter Bordowsky, Stanislaus Kunietzky, Michael Ossowsky und Jahn Petruschinsky. Fünfundzwanzig andere Angeklagte wurden von demselben Militärgericht zu langjähriger Zwangsarbeit, zu insgesamt 296 Jahren verurteilt und auf Schlüsselburg, Kara und Sachalin verteilt. Von 29 Angeklagten waren 18 Arbeiter und 11 Intellektuelle. Unter den Arbeitern waren 7 Weber, 2 Schlosser, 2 Tischler, 2 Schuhmacher, 2 Dienstmänner und je ein Seifensieder, Zimmermann und Angestellter. Unter den Intellektuellen waren 5 Studenten und ehemalige Studenten, 2 Rechtsanwälte, 3 Offiziere und 1 Friedensrichter. Bezeichnend war auch die Zusammensetzung der vier vom Gericht zum Erhängen Bestimmten. Zwei Arbeiter: Ossowsky aus Warschau und Petruschinsky aus Zgierz, Kreis Lodz, ein ehemaliger Student: Kunietzky und ein Friedensrichter russischer Nationalität: Bardowsky. Die Auswahl hatte den deutlichen Zweck, auf die entsprechenden Gesellschaftskreise, denen die Hingerichteten angehörten, abschreckend zu wirken.

Die sozialrevolutionäre Partei „Proletariat“ war am ersten September 1882 öffentlich hervorgetreten, indem sie einen programmatischen Aufruf veröffentlichte. Dieses Programm, dessen Verfasser der ideelle Führer der Partei, Ludwig Warinsky, war, stellte in ideologischer Beziehung eine gewisse Mischung von Marxismus und Anarchismus dar, allerdings mit einem Ueberwiegen von marxistischen Gedankengängen in den für die praktische Tätigkeit der Partei wesentlichen Punkten. Wir führen hier einige Stellen aus diesem Programm an.

„Die Arbeiter,“ so heißt es da, „beginnen in zunehmendem Maße sich dessen bewußt zu werden, daß es gar keine Freiheit gibt, wo wirtschaftliche Abhängigkeit besteht, wo der Boden und die Produktionsmittel das Privateigentum von Privilegierten bilden...“. „Unser Land bildet keine Ausnahme in der allgemeinen Entwicklung der europäischen Gesellschaft. Wie in der Vergangenheit, so bringt auch in der Gegenwart diese Gesellschaftsstruktur, die sich auf Ausbeutung und Unterdrückung gründet, unserem Arbeiter nichts als Armut und Erniedrigung. Unsere Gesellschaft zeigt alle Züge der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaftsordnung, und das Fehlen politischer Freiheit verleiht ihr dazu noch eine krankhafte und erschöpfte Physiognomie...“. „Indem sie alle Polen zur Einheit und zu gemeinsamem Kampf gegen die äußeren Bedrücker aufrufen, ertönen die nationalen Bewegungen und Aufstände in unserer Gesellschaft das Klassenbewußtsein überhaupt und das Klassenbewußtsein der Werktätigen im besonderen...“. „Im Bewußtsein dessen, daß die Interessen der Ausgebeuteten mit denen der Ausbeuter nicht in Einklang gebracht werden können und unter keinen Umständen den gleichen Weg im Namen der fiktiven nationalen Einheit gehen können, daß im Gegenteil die Interessen der städtischen Arbeiter und Schaffenden mit denen der werktätigen Landbevölkerung gemeinsam sind, sondert sich das polnische Proletariat voll und ganz von den privilegierten Klassen ab und tritt als selbständige Klasse, die in ihren wirtschaftlichen, politischen und sittlichen Bestrebungen gesondert dasteht, gegen jene in dem Kampf...“. „Die Befreiung der Arbeiterklasse aus wirtschaftlicher, politischsozialer und sittlicher Bedrückung muß die Angelegenheit der Arbeiter selbst sein. Diese große Aufgabe des sozialen Umschwungs wird das

* Erinnerungen. Verlag „Proletarier“, Moskau, 1926, 330 S.

** 1885—1925, mit 26 Bildnissen. Verlag „Gesellschaft ehemaliger politischer Gefangener“, Moskau 1926. 64 Seiten.

polnische Proletariat nur dann durchführen können, wenn es sich für diese ihm von der Geschichte zugewiesene Rolle vorbereitet. Deshalb bildet die vorbereitende Tätigkeit, deren Ziel die Zusammenfassung aller Kräfte der Arbeiter unseres Landes zu einem organischen Ganzen ist, das sich seiner Interessen bewußt ist und die Verwirklichung des oben angeführten Programms anstrebt, eine der ersten Aufgaben unserer Arbeiterbewegung. Diese Aufgabe wird die sozialrevolutionäre Organisation „Proletariat“, deren Leitung im wirtschaftlichen Kampf das Arbeiterkomitee übernommen hat, erfüllen.“

Die Ergänzung dieses Programms war ein unmittelbar nach der Gründung der Partei erlassener und mit der Unterschrift des Zentralkomitees versehener Aufruf an die Bauern. In diesem noch bis auf den heutigen Tag mustergültigen agitatorischen Aufruf heißt es:

„Ihr braucht Land. Wer wird es euch geben? Wer wird euer Schicksal günstiger gestalten? Die Pans? Nein. Niemand gibt freiwillig heraus, was er an sich gerissen hat. Etwa der Zar? Ihr habt auf ihn gehofft, habt angenommen, daß auch er eure Pans, die sich früher mit Aufstandsabsichten trugen, haßt, und daß er euch deren Land übergeben wird. Doch eine Krähe hackt der anderen die Augen nicht aus. Die Pans haben jetzt jeden Gedanken an Aufstände aufgegeben. Der Zar ist sich mit ihnen einig und will ihnen das Land keineswegs nehmen, wird es niemals tun. . . .“ „Euch wird der Zar kein Land geben, er wird euch aber immer schwerere Lasten auferlegen und er wird euch die letzte Kuh aus dem Stalle nehmen. . . .“ „Wir Sozialisten haben den Kampf im Namen eurer Nöte und Interessen begonnen und werden alles zertrümmern, was sich als schwere Last auf das arbeitende Volk legt. Die voranschreitende Revolution wird den Arbeitern die Fabriken, sie wird euch Bauern das Land und allen die Freiheit geben. Damit aber die Pans diese nicht für ihre Interessen mißbrauchen, müßt ihr in Massen an ihr teilnehmen und zusehen, daß man euch nicht Schaden zufügt. . . .“ „Im Augenblick der Revolution werden wir mit euch sein. Ihr werdet uns erkennen, denn wir allein werden die Forderung erheben: Das Land denen, die es beackern; die Fabriken denen, die in ihnen arbeiten.“

Nach dem Wortlaut der Anklageschrift gegen das „Proletariat“ ist dieser Aufruf an die Bauern in zwei Auflagen herausgekommen; eine in einem größeren Flugblatt, die andere in Form einer Broschüre. Beide wurden entdeckt in den Kreisen Blondsky, Sochatschewsky, Grontzky und Radsyminsky im Gouvernement Warschau sowie in den Kreisen Sedlice, Plotzk, Kielce, Lublin im Gouvernement Petrikau.

Eine nachhaltige organisatorische Arbeit konnte man allerdings unter den Bauern nicht entfalten. Unter den Arbeitern aller Industriezentren jedoch, in Warschau, Lodz, Ziergrz, Pawjanice, Tomaszow, Zirardow, Bialostok, bildeten sich schnell Vereinigungen und im Anschluß daran auch lokale Arbeiterkomitees.

Ueberaus bezeichnend ist der Grund, der die Partei „Proletariat“ zuerst veranlaßte, auf die Arena eines wirklichen Massenkampfes der Arbeiter zu treten. Im Februar 1883 war eine Verfügung des Warschauer Oberpolizeimeisters über eine periodische sanitäre Untersuchung aller in den Fabriken und in den Betrieben beschäftigten Frauen herausgekommen. Die Partei reagierte darauf mit einem Aufruf, der die Arbeiter zum Kampf und zur Abwehr aufforderte:

„Arbeiter,“ so heißt es in dem Aufruf, „man hat euch eine Ohrfeige versetzt, man will euch erniedrigen, eure Geduld und Unterwürfigkeit auf die Probe stellen. Was werdet ihr dagegen tun? Werdet ihr wirklich den feilen Agenten erlauben, die schwächere Hälfte unserer Arbeiterklasse so zu verhöhnern? . . .“ „Arbeiter! Laßt es nicht so weit kommen! Weicht vor der unsere Klasse bedrohenden Gefahr nicht zurück! Weist den Angriff zurück, wenn es auch mit Blut zu erkaufen ist. Tot ist besser als Schande! Sie wollen den Kampf — sie sollen ihn haben!“

Dieser in Tausenden von Exemplaren verbreitete Aufruf tat seine Wirkung. Vor der drohenden Haltung der Arbeitermassen wichen die Behörden zurück, und die Verfügung wurde zurückgenommen. Das „Proletariat“ verzeichnete diesen Sieg mit einem neuem Aufruf, der dieses Mal an die Adresse der Arbeiterinnen gerichtet war und sie zur Organisation für den weiteren Kampf aufforderte.

Die ausschlaggebenden Tatsachen für das weitere Schicksal der jungen Partei, die ihre Tätigkeit unter den Arbeitern Polens erweiterte und vertiefte, waren zwei Geschehnisse: das Bündnis mit der russischen „Narodnaja Wolja“ („Volkswille“) und der dem „Proletariat“ aufgezwungene Kampf gegen die Provokation durch Beseitigung der Provokateure. Schon im Januar 1883 wurde vom Zentralkomitee der Partei „Proletariat“ folgender Beschluß gefaßt:

„In Anbetracht dessen, daß der politische Kampf die gemeinsame Sache aller innerhalb der Grenzen des zaristischen Rußlands tätigen sozialistischen Gruppen bildet und daß er unter der Leitung eines für ganz Rußland gemeinsamen Zentrums geführt werden muß, hat die Partei beschlossen, wegen dieser Frage mit dem Vollzugskomitee der Partei „Narodnaja Wolja“ in Verbindung zu treten.“

Ein formelles Bündnis mit dem Vollzugskomitee wurde erst im März 1884 in Paris geschlossen. Die „Narodnaja Wolja“ befand sich damals schon in der Periode der Desorganisation und des Zerfalls. Absonderlich und fast kindisch mutet heute ein Punkt dieses Vertrages an, der übrigens als erster Akt in der Aufstellung des Prinzips der organisatorischen Einheit der polnischen und russischen Arbeiterklasse ungeheure historische Bedeutung besitzt; er lautet:

„Im terroristischen Kampfe bis zum Generalgouverneur handelt das Zentralkomitee der Partei „Proletariat“ selbständig; vom Generalgouverneur beginnend und weiter hinauf — nur mit Zustimmung des Vollzugskomitees.“

In Wirklichkeit hat das „Proletariat“ keinerlei terroristische Tätigkeit mit Ausnahme der indirekten Beteiligung einiger seiner prominenten Mitglieder an einigen Unternehmungen der „Narodnaja Wolja“ (Die Beseitigung Sudjeikins) entwickelt, sondern nur propagandistische, agitatorische und organisatorische Arbeit geleistet. Die terroristische Ideologie, die dem „Proletariat“ von seinem russischen Verbündeten eingepflegt wurde, trat lediglich in der außerordentlichen Leidenschaftlichkeit hervor, mit der sich die junge Organisation der Ausrottung der in ihre Reihen eingedrungenen polizeilichen Provokation hingab. Als später, einige Jahre nach der Auflösung des „Proletariat“ (1889), unter dem Namen „Verband Polnischer Arbeiter“ in Polen eine Arbeiterorganisation entstand, die auf dem Boden des Marxismus stand und die besten Traditionen der ersten Periode der Tätigkeit des „Proletariat“ übernahm, äußerte sich die Reaktion gegen die terroristische Abweichung der zweiten Periode dieser Partei in einer gewissen zeitweiligen Abweichung in der Richtung des „Oekonomismus“.

Eines der ersten Opfer der Verhaftungen unter dem „Proletariat“ war Ludwig Warinsky, der faktische Führer der Partei, einer der hervorragendsten Männer in der revolutionären Arbeiterbewegung jener Zeit überhaupt.

Im Jahre 1885 saßen schon neun Zehntel der Organisation hinter Gefängnismauern. Gegen zweihundert Personen waren auf administrativem Wege nach Sibirien verschickt worden, einigen Dutzend Kämpfern gelang die Flucht ins Ausland, 29 kamen vor das Kriegsgericht.

Von diesen 29 ließ sich nur ein einziger (ein Student) von den Drohungen der Gendarmen einschüchtern und wurde zum Verräter. Alle anderen, darunter alle Arbeiter, hielten sich heldenhaft und verteidigten vor dem Gericht der Henker die Ideen und die Tätigkeit der Partei.

Warinsky, der in dreistündiger Rede, die ungeheuren Eindruck machte, das Programm und die Bestrebungen der Partei darlegte, erklärte, daß er, wenn er auch früher als die anderen verhaftet worden sei, seine vollkommene Solidarität mit allem ausspreche, was nach seiner Verhaftung geschehen sei, im besonderen mit der Herstellung der engen Verbindung mit der Partei „Narodnaja Wolja“. „Sie sind also mit der „Narodnaja Wolja“ solidarisch?“ — wandte der Prokureur schnell ein. „Voll und ganz“, war die Antwort Warinskys:

„In ihrem Streben zur radikalen Veränderung der Struktur der Gesellschaft führt die Arbeiterpartei gegenwärtig die entsprechenden Vorarbeiten durch. Ihre Aufgabe besteht darin, die Arbeiter zu veranlassen, ihren Interessen bewußt zu dienen, sie

zu einer beharrlichen Verteidigung ihrer Rechte aufzufordern. . . . Wir waren bestrebt, die Arbeiterbewegung in Polen ins Leben zu rufen und die Arbeiterpartei in Polen zu organisieren. . . . Wir sind Feinde der Regierung, doch sind wir keine polnischen Patrioten in der politischen Bedeutung dieses Wortes und schneiden die nationale Frage nicht an. Wir sind Feinde der besitzenden und privilegierten Klassen, die in unserem Lande dank ihrer Entwicklung und dank den politischen Traditionen ein starker und gefährlicher Gegner sind. In unserer Tätigkeit stand an erster Stelle die Propaganda sozialistischer Ideen, indem wir die Arbeiter auf das Ideal der zukünftigen Gesellschaftsordnung hinwiesen, zu dem sie hinstreben müssen. Wir betrieben auch eine Agitation für die täglichen Interessen der Arbeiterklasse, indem wir den Arbeitern zeigten, wie sie ihre Rechte verteidigen und was sie in jedem einzelnen Falle zu erreichen versuchen müssen. . . .“ „Ich habe nur noch eines hinzuzufügen: Welches Urteil sie auch über mich aussprechen mögen, ich bitte darum, mein Schicksal nicht vom Schicksal meiner übrigen Genossen zu trennen. Ich bin vor ihnen verhaftet worden. Was sie taten, hätte auch ich getan, wäre ich an ihrer Stelle gewesen. In Ehren habe ich unserer Sache gedient und ich bin bereit, für sie mein Leben hinzugeben.“

Mankowski (ein Tischler) sagte:

„Wir haben die Arbeitermassen organisiert und sie für die kommende Revolution, die wir für unausbleiblich halten, vorbereitet. Wenn das ein Verbrechen ist, so frage ich: was wird geschehen, wenn die Arbeiter im Augenblick des Umschwunges keine Organisation haben werden, wenn kein Strahl des Bewußten in ihre Mitte dringt? . . . Wenn Sie, meine Herren Richter, mich zum Tode verurteilen, so werde ich ohne Furcht mit der Ueberzeugung sterben, daß ich für Wahrheit und Gerechtigkeit zugrunde gehe.“

Ossowski, ein achtzehnjähriger Schuhmacher, der zum Tode verurteilt und dann gehenkt wurde, erklärte in seiner Rede:

„Sie glauben vielleicht, daß die Arbeiter sich deshalb der sozialistischen Bewegung anschließen, weil sie von den Intellektuellen in diese hineingezogen werden. Ich protestiere entschieden gegen eine solche Auffassung. Wir Arbeiter sind uns dessen klar bewußt, daß der Kampf für unsere Interessen geführt wird. Wir geben in diesen Kampf unsere ganze Energie hinein und sind bereit, für alles, was durch uns geschehen ist, die Verantwortung auf uns zu nehmen. Es wäre deshalb im höchsten Grade ungerecht, wenn Sie bei Fällung des Urteils irgendeinen Unterschied zwischen Arbeitern und Intellektuellen machen. Ich meinerseits verzichte auf solche Gnade. . . .“

Von den in der Sache des „Proletariat“ Verurteilten sind nur noch sehr wenige am Leben. Warinsky starb 1889 in Schlüsselburg, Janowitsch, ebenfalls ein Schlüsselburger, hat sich in Jakutsk erschossen; ebenso endeten einige in Sachalin durch Selbstmord, und mancher kam bei einem Fluchtversuch ums Leben. Mankowski ist vor einigen Jahren in Polen als parteiloser Revolutionär gestorben. Reschnewski starb bei Beginn des Krieges als Mitglied der „Linken der PPS“. Felix Cohn, ein langjähriges Mitglied der Linken, war 1920 Mitglied des polnischen Revolutionären Komitees und ist zur Zeit Mitglied der KP der Sowjetunion. Tomaschewski wurde im Jahre 1920 als alter Mann in Zchnow in Polen von den polnischen Behörden verhaftet und nach dem Rückzug der Roten Armee unter der Beschuldigung, an der Bildung eines lokalen Revolutionskomitees in dieser Stadt beteiligt gewesen zu sein, dem Kriegsgericht übergeben. Die damals an der Macht befindliche PPS wagte es jedoch nicht, den hochbejahrten „Proletarier“ hinrichten zu lassen. In letzter Zeit wurde Tomaschewski als Kandidat der Kommunistischen Partei Polens für die Sejmwahlen aufgestellt.

Die Partei „Das Proletariat“, unter deren Begründern und Führern es Männer ganz großen Formats gab — so in erster Linie Warinsky —, entstand auf dem Boden des sich in Polen stürmisch entwickelnden Kapitalismus und war eng mit der starken polnischen Arbeiterklasse verbunden. Die Ideologie der Partei, in ihren Grundlagen revolutionär-marxistisch, erlitt einige Entstellungen teils durch die Einflüsse des damaligen europäischen Anarchismus, teils durch die der „Narodnaja Wolja“. Die nahezu vollständige physische Vernichtung der führenden Parteikaders durch die Zarenregierung verhinderte einen konsequenten Ausbau der ideologischen Linie. Jedoch muß — außer dem schon an-

geführten programmatischen Aufruf des „Proletariat“ — noch ein Dokument erwähnt werden, das besonders eindringlich zeigt, welch wertvolle Elemente, vom revolutionären marxistischen Standpunkt aus, in der Ideologie des „Proletariat“ enthalten waren. Wir meinen einen Artikel über das Verhalten zum Kriege, erschienen 1888 in dem Auslandsorgan der Partei, „Walka Klas“ (Klassenkampf) und abgedruckt vom Genossen Felix Cohn im letzten Heft des theoretischen Organs der KP Polens („N o w y P o z e g l a d“, Januar-Februar 1926).

Dieser Artikel besagt:

„In der Frage des uns gegenwärtig bedrohenden Krieges hat es die sozialistische Partei (gemeint ist hauptsächlich die deutsche Sozialdemokratie) nicht verstanden, einen Gedanken zum Ausdruck zu bringen oder die Politik der Partei zu bestimmen. Es gibt einen Ausgangspunkt, an den wir uns ständig klammern. Das ist die Konstatierung der Tatsache, eine materialistische Erklärung für sie und die Versicherung, der Sozialismus sei gegen den Krieg. Wir haben vor Augen sogar eine ganze Reihe verschiedener „angesichts dessen“, auf Grund deren wir den Krieg verwerfen. Aber darum handelt es sich doch gar nicht! Es gibt nur zwei Möglichkeiten: entweder sind wir imstande, den Krieg zu verhindern — oder wir sehen seine Unvermeidlichkeit voraus. Im ersten Falle muß man unverzüglich in Aktion treten und die Lage lösen. Im zweiten Falle muß man das politische und nicht das soziologische Verhalten bestimmen, das einer Partei entspricht, die handeln kann, will und es versteht.“

Nach der Feststellung, daß die Sozialisten nicht darum außerstande sein werden, dem Krieg Widerstand zu leisten, weil ihre Kräfte unbedeutend sind, sondern darum, weil „weder das jetzige Organisationssystem noch die durch ihr Alter geheiligte Taktik für eine energischere Aktion taugen“, fährt der Artikel fort:

„Unserer Meinung nach sind die Kräfte der sozialistischen Armee nicht so schwach, daß es unangebracht wäre, die Möglichkeit einer bestimmten revolutionären Aktion in Rechnung zu ziehen, die man vielleicht sogar gleichzeitig mit der Eröffnung der Kriegsoperationen beginnen könnte.“

Und zum Schluß heißt es in dem Artikel:

„Unsere Meinung ist die, daß die sozialistischen Organisationen eine sofortige Aktion vorzubereiten haben, um den Krieg auszunützen und ihn überall als einen Bürgerkrieg fortzusetzen.“

Diese Formel, die die Kriegsfrage richtiger stellt, als es bei der sozialdemokratischen Mehrheit im Kampfe gegen die halbanarchistische Minderheit auf dem Züricher Kongreß 1893 der Fall war, ist eine direkte Vorwegnahme jenes Standpunktes, auf den sich 1907 der revolutionär-marxistische Flügel des Stuttgarter Kongresses stellte und den dann im Weltkriege der Bolschewismus einnahm.

Rosa Luxemburg hat dem „Andenken des Proletariat“ eine ihrer glänzendsten Untersuchungen gewidmet und mit Recht auf den im Grunde marxistischen Charakter der revolutionären Ideologie desselben und seiner Praxis in der Organisation und Leitung des Kampfes der Arbeiterklasse hingewiesen.

Beide Bücher Felix Cohns enthalten überaus wertvolles, zum großen Teil bisher noch nicht veröffentlicht gewesenes Material über diese wichtige Periode in der Geschichte der Arbeiterbewegung Polens. Das Buch „Unter dem Banner der Revolution“ enthält daneben höchst wertvolle Erinnerungen des Autors an den Aufenthalt in der Kara-Katorga (Zwangsarbeit).

P. K.:

A. BURNETT-HURST

LABOUR AND HOUSING IN BOMBAY*

In dem Buch, das aus der Feder eines Professors der Universität in Allahabad (Indien) stammt, finden wir eine eingehende Schilderung der Lebensverhältnisse der Arbeiter Bombays, ihrer Wohnungsverhältnisse, der Teilnahme der Frauen an der Produktion, des Arbeitslohnes und der Gewerkschaftsbewegung. Das Buch ist reich illustriert.

Der Bürgerkrieg zwischen den amerikanischen Nord- und Südstaaten und der diesen begleitende Baumwollhunger in Lancashire ließ Bombay zu einem bedeutenden Zentrum der Textilindustrie werden. Mit dem Anwachsen von Handel und Industrie in Bombay ging eine starke Zunahme der Bevölkerung Hand in Hand. Im Jahre 1872 zählte Bombay 644 000 Einwohner, im Jahre 1921 war die Einwohnerzahl auf 1 176 000 gestiegen.

Wir weisen hier beiläufig darauf hin, daß die Entwicklung der Baumwollkultur in Ägypten gleichfalls in hohem Grade durch den abolitionistischen* Krieg bedingt war. Ägypten vermag allerdings zur Zeit nicht, sich aus einem Baumwolle erzeugenden und ausführenden Lande in ein Baumwollrohstoff verarbeitendes Land zu verwandeln, weil das Fehlen feuchter Atmosphäre im Niltale der Entwicklung der Textilindustrie nicht förderlich ist. Bombay dagegen liegt in klimatischer Beziehung für die Textilfabrikation äußerst günstig. In der Umgebung Bombays sind ungeheure Baumwollplantagen angelegt, die die Textilfabriken Bombays unmittelbar mit Rohstoff versehen. Schon im Jahre 1921 gab es in Bombay 85 Spinnereien und Webereien, in denen im Durchschnitt täglich 146 000 Arbeiter beschäftigt waren.

Der imperialistische Krieg hat der Entwicklung der indischen Industrie einen mächtigen Anstoß gegeben. Handel und Industrie erreichten den Höhepunkt ihrer Entwicklung. Die Eisenbahnwerkstätten wie die Maschinenbaubetriebe und Werften arbeiteten fieberhaft. Bombay wurde die erste Hafenstadt Indiens. In den Jahren 1921—22 passierten 41 Prozent des Gesamtimportes und 38 Prozent des indischen Exportes den Hafen von Bombay, dessen Docks für die Einfahrt der größten Ozeandampfer hergerichtet wurden.

Von Interesse sind die Kapitel, die sich mit der Lage der Arbeiter in Bombay beschäftigen. Die vom Autor angeführten Ziffern über die Sterblichkeit unter den Kindern zeigen anschaulich die überaus dürftige Lage des Proletariats in Bombay. Wenn in England in den Jahren 1911—14 auf 1000 Kinder 172 Sterbefälle kamen, so kamen in Bombay im Jahre 1918 572 und im Jahre 1921 — 667 Sterbefälle auf je 1000 Kinder (Annual Reports of the Executive Health Officer for the City of Bombay).

Diese in einem offiziellen Bericht niedergelegten Ziffern bedürfen keines Kommentars.

Der Arbeitstag beträgt in der Regel zwölf Stunden bei überaus niedrigen Löhnen. Der Autor verweilt sehr eingehend bei den Lohnsätzen der verschiedenen Kategorien des Proletariats Bombays. Wie er sich auch bemüht, die Wirklichkeit schön zu färben (er ist ja seiner Ideologie nach Imperialist), so sprechen doch die Ziffern für sich selbst.

Das Buch verdient unbedingt die ernsteste Aufmerksamkeit aller an Kolonialfragen Interessierten.

Das Proletariat Bombays hat gelernt, für seine Rechte zu kämpfen; der nach dreimonatiger Dauer jüngst beendigte Streik der Textilarbeiter Bombays legt ein hereditäres Zeugnis davon ab. Im neunten Kapitel, das sich mit der Gewerkschaftsbewegung beschäftigt, finden wir äußerst lehrreiche Tabellen über das Wachstum der Gewerkschaften in Bombay. Schon im Jahre 1922 bestanden hier 48 Verbände, die 80 000 Mitglieder zählten.

Im Text und im Anhang sind sehr viele offizielle Dokumente und statistische Tabellen angeführt, die die materielle Lage des Proletariats in Bombay, die hygienischen und Wohnungsverhältnisse des Schöpfers so vieler Werte für die englische und einheimische Industrie, eingehend beleuchten.

* London 1925. 152 Seiten.

** Sklavenbefreiungskrieg zwischen den amerikanischen Nord- und Südstaaten um die Mitte des 19. Jahrhunderts.